Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. August 1979
Jg. 7 Nr. 32

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21903 C

Commonwealth-Konferenz: Thatcher in der Defensive

z.pel. Nach dem Beschluß der OAU zur bedingungslosen Unterstützung der Patriotischen Front und der Entscheidung der Frontstaaten, mit einer Wirtschaftsgemeinschaft den ökonomischen Kampf gegen die Imperialisten im Südlichen Afrika zu intensivieren, haben diese jetzt auf der Commonwealth-Konferenz in Lusaka weitere Schläge hinnehmen müssen. Am 1.8. gab Nigeria die Verstaatlichung des gesamten Besitzes der BP wegen fortgesetzter Öllieferungen an die südafrikanischen Siedler bekannt. Der sambische Präsident Kaunda ließ keinen Zweifel: ,,Die Ausweitung des Krieges (in Zimbabwe) wird die Rebellion beenden.'' Britanniens Thatcher, die noch vor kurzem die Anerkennung der Marionette Muzorewa angekündigt hatte, mußte jetzt eine neue Verfassung und die Einberufung einer Allparteienkonferenz unter Einschluß der Patriotischen Front ankündigen.

Patriotischen Front ankündigen.

Hohe Verluste für äthiopisch-sowjetische Armee in Eritrea

z.erm. Aus dem Rückzug heraus, den die Eritreische Volksbefreiungsfront Anfang des Jahres hatte einleiten müssen, ist es der EPLF in den letzten Wochen erneut gelungen, der äthiopisch-sowjetischen Großoffensive schwere Gegenschläge zu versetzen. Am 14. Juli hatten die Aggressoren die fünfte Offensive innerhalb eines Jahres eröffnet. Ihr Ziel war, Nacfa, die größte der von den Befreiungskämpfern kontrollierten Städte, sowie das zentrale Stützpunktgebiet Sahel zu besetzen. Die EPLF konnte diese Angriffe erfolgreich zurückschlagen. Insgesamt 6000 feindliche Soldaten wurden verwundet oder getötet. An der Ostfront gelang es den Befreiungskämpfern, ihre Stellungen gegen die Aggressoren zu halten, 400 feindliche Soldaten zu töten und 600 zu verletzen. Bis Ende Juli hat die Befreiungsarmee über 2000 Waffen erbeutet.

Mexiko hält an Beschränkung des Erdölexports in die USA fest

z.joh. Mexiko hat kurz vor dem Besuch von Präsident Portillo bei Carter bekräftigt, daß der US-Anteil an seinem Ölexport ab 1981 auf 60% begrenzt wird (derzeit ca. 80%). Seit langem üben die USA Druck aus, um diesen Anteil zu steigern, zuletzt durch empfindliche Exportbeschränkungen für mexikanisches Obst und Gemüse, verschärfte Zwangsdeportation illegal eingewanderter mexikanischer Arbeiter und Hetze. Mit ihren Manövern sind sie nicht durchgekommen. Gegen die Drohungen der USA, nicht zuletzt durch die Aufstellung einer 100000-Mann-Truppe ,,zur Absicherung der Ölfelder in aller Welt'', hat der mexikanische Verteidigungsminister, General Galvan, erklärt: ,,Wenn die Amerikaner uns angreifen ..., steht unsere Armee bereit, jeden Angriff auf das Vaterland Mexiko abzuwehren.''

Erstarken des Islam in der Turkmenischen SSR

z.hku. ,,Den wachsenden Einfluß des Islam'' hat der 1. Sekretär der revisionistischen Partei Turkmenistans in der Presse verurteilt. Viele Parteifunktionäre duldeten die illegale Ausübung religiöser Bräuche, z.B. Gebete während der Arbeit. Einige versuchten die Sache so darzustellen, ,,als verkörpere der Islam die nationalen Eigenschaften der Völker des sowjetischen Orients''. – Bei der Unterwerfung Turkistans war der Zar mit dem britischen Imperialismus zusammengestoßen: daher leben heute eineinhalb Mio. Turkmenen in der UdSSR, eine Million in den nördlichen Provinzen des Iran und Afghanistans. – Im europäischen Teil der UdSSR liegt die Pro-Kopf-Produktion viermal höher als in Turkmenistan, und der Abstand vergrößert sich. Die ,,überschüssige Landbevölkerung'' wollen die Sozialimperialisten in die Fabriken Sibiriens pressen.

Propagandaschlacht für weitere Lohnsenkungen läuft an

Kapitalisten schlagen ,,Multi''-Schaum, Loderer bereits eingeseift

z.frb. Gegen Ölpreise, gegen Ölmultis, für die Rettung des Konjunkturpflänzchens, bloß nichts gegen die Kapitalisten. Unter den Finanzbourgeois, die in den letzten Wochen den Ideologen der Kapitalistenklasse die Richtung wiesen, war Karl Klasen zweimal wegweisend. Anfang Juli hatte er erklärt: ,,Jetzt lautet die Devise: Luft anhalten und kühlen Kopf bewahren. Das bedeutet für die Gewerkschaften: Keine neuen Lohnforderungen bis zu den Tarifverhandlungen im Winter.'' Karl Klasen war früher für die Deutsche Bank tätig, bevor er bis vor kurzem als Präsident der Deutschen Bundesbank tätig war. Aus *seinem* Munde wundert man sich also über solche Ratschläge nicht.

Vor einigen Tagen hat er erneut in die Diskussion eingegriffen und den ,,Ölmultis'' vorgeworfen, Riesenprofite zu machen und eine ,,unverschämte Preispolitik'' zu betreiben. Das war te zu machen und eine ,,unverschämte Preispolitik'' zu betreiben. Das war der Startschuß für eine allgemeine Welle der Empörung über die Preispolitik der Ölmonopole. Der ,,Stern'' entdeckte Tankschiffe, die die Fahrt drosselten, um den Preis in Rotterdam zu treiben, Ministerialbeamte deckten schamlos Intimitäten des Ölmarktes auf. Kein Tag, an dem der Öffentlichkeit nicht neue Schandtaten enthüllt wurden. Bis endlich das Kartellamt aktiv wurde und zur Anhörung lud. Der Ton wurde direkter. Unser Staatsapparat würde ja gern, aber leider, leider endet der Arm des Kartellamtes in Aachen.

Wenn unser Arm doch stärker wär und weiter reichte! In diese Richtung sollte der Blick gehen. Und vor allem um Gottes Willen keine Forderung gegen die hiesigen Kapitalisten. Als ob die Kapitalisten ihre Preispolitik jemals an Kategorien wie ,,unverschämt'', ,,gerechtfertigt'' oder was sonst noch vorgeschlagen wird, ausgerichtet hätten. Gerecht ist, was der Markt hergibt, und ein Kapitalist, der danach nicht handelt, geht pleite. Und vor allem: als ob es nicht die westdeutschen Kapitalisten wären, die die Arbeitskraft der Arbeiter in Westdeutschland kaufen, um sie auszubeuten.

Die Anti-Ölmulti-Welle mußte ins Propaganda-Repertoire genommen werden, weil das zuerst gegen die Lohnbewegung geführte propagandistische Sperrfeuer schon stark an Wirkung eingebüßt hatte. Noch von Saudi-Arabien aus hatte Lambsdorff in die Heimat gefunkt, was an die Ölförderländer mehr gezahlt werden müsse, könne im Inland nicht noch mal ,,verteilt'' werden. Der Bankenverband, der Industriellenverband, der Handelstag, Helmut Schmidt, einmütig bliesen sie in diese Richtung. Selbst der unbefleckte Matthöfer stimmte ein, der doch mehr Steuern auf das Öl erhebt, als den Förderländern als Preis gezahlt wird. Soll er doch die Mineralölsteuer senken. Dahinter muß man jetzt sowieso mehr Druck setzen.

Jedenfalls hat das Gewicht der Männer die Qualität des Arguments nicht gehoben. Der Kupferpreis z.B. wurde auf ein Drittel des Standes von 1970 gedrückt. Haben deshalb die Elektrokapitalisten die Löhne gehoben? Oder die Stahlkapitalisten wegen sinkender Eisenerzpreise, oder die Kapitalisten der Tabakindustrie, oder der Kautschukin- senerzpreise, oder die Kapitalisten der Tabakindustrie, oder der Kautschukin- dustrie? Oder die ganze Kapitalistenklasse, weil die Ölpreise im Jahre 1978 um 14% gesunken waren?

Verteuertes Mineralöl, wie bei jedem Rohstoff, der in die Produktion eingeht, erfordert von den Kapitalisten eine höhere Auslage an Kapital und drückt auf die Profitrate. Das ist wahr, aber mit dem Lohn hat dies überhaupt nichts zu tun. Noch nie war umgekehrt ein extra Profit in der Kasse für die Kapitalisten ein Grund, Löhne zu erhöhen, sondern bloß, die Ausbeutung auszudehnen und zu steigern.

Ginge das Öl nur in die Produktionskosten der Kapitalisten ein, so hätten die Arbeiter damit gar nichts zu schaffen. Es geht aber auch in ihre eigenen Reproduktionskosten ein. Steigt der Preis für Heizöl und Benzin, so steigen die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Der Kapitalist konsumiert die Arbeitskraft wie zuvor auch, also muß er jetzt auch ihren höheren Preis zahlen. Wenn man schon von Gerechtigkeit reden will, so ist dies das einzige, was ,,gerecht'' ist. Denn nur so wird der Forderung nach Gleichheit von Käufer und Verkäufer auf dem (Arbeits-)markt nachgekommen. – Aber davon wollen die Kapitalisten, die sonst die Gleichheit des Marktes als die höchste Stufe menschlicher Kultur hinstellen, nichts wissen. *Weil sie den Lohn senken wollen.*

Während die Öl-Argumente der Propaganda für Lohnsenkung den Flankenschutz geben sollen, geht Gesamtmetall, zwar etwas plump, direkt gegen den Lohn an. Unter Hinweis auf die gestiegenen Beschäftigungszahlen erklärt der Verband, daran sehe man, wie erfolgreich die ,,vernünftigen Lohnabschlüsse der Jahre 1978 und 79'' gewesen seien. Damit sei auf eindrucksvolle Weise ,,der Wirkungszusammenhang zwischen geringem Lohnanstieg, besseren Gewinnen, höheren Investitionen und mehr Beschäftigung'' demonstriert. Leider seien immer noch 800000 arbeitslos, aber das dürfe man keinesfalls als Gegenbeweis nehmen, sondern vielmehr als Hinweis, auf dem beschrittenen Weg fortzuschreiten. Denn je niedriger die Löhne ... pipapo. Bloß, selbst wenn die Arbeiter umsonst arbeiten würden, hätten die Kapitalisten nicht genug und die periodische Überproduktion von Kapital, die die Krisen erzeugt, wäre auch nicht beseitigt.

Die Propaganda der Kapitalisten ist brüchig, weil sie vom Kampf der Arbeiterbewegung sichtbar abgenutzt ist. Die Gewerkschaftsführung allerdings, mit seltenem Geschick, ist jedem dieser Sirenengesänge auf den Leim gegangen, wiewohl es sich an sich nur um Mehlpapp handelt. So kann sich BDI-Chef Rodenstock den Spaß erlauben, Sonderzahlungen abzulehnen, weil die Unternehmen, wenn sie jetzt den Forderungen der Belegschaften nachgeben würden, damit bloß der Gewerkschaftsführung in den Rücken fielen. Und über den tief empörten Angriff der ,,Metall'' gegen die Ölmultis werden sich die westdeutschen Kapitalisten als lachende Dritte *wieder* den Bauch halten.

USA: Indianer und weiße Farmer bekämpfen ge-

USA: Indianer und weiße Farmer bekämpfen gemeinsam den Landraub der Energiemonopole



Riesige, im Tagebau ausbeutbare Kohle- und Uranvorkommen im Westen und Südwesten der USA sind, nach den Worten des früheren Energieministers Schlesinger, ,,der Trumpf im Ärmel'' des US-Imperialismus. Jedes dieser Projekte liefe darauf hinaus, den Indianern ihr letztes Land zu rauben; zugleich würden, vor allem durch Grundwasserabsenkungen, die Existenzbedingungen der ansässigen weißen Farmer vernichtet. Mit den Indianern als Hauptkraft haben sich an vielen Orten breite ,,Volkskoalitionen'' gegen das Energieprogramm der Carter-Regierung gebildet. – *Bild:* Demonstration von 4000 gegen die geplanten Urangruben in den Black Hills, Süd-Dakota, am 7. Juli 1979

Frankreich: Barre will Lohnsenkungen mit Gewalt durchsetzen

Bindung der Lohnmasse der Betriebe an Preissteigerung und Senkung der Facharbeiterlöhne geplant

z.jon.Paris. Premierminister Barre hat angekündigt, daß die französische Regierung nunmehr Lohnsenkung mit administrativer Gewalt durchsetzen will. ,,In der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, müssen wir uns strikt an das Prinzip der Erhaltung der Kaufkraft halten'', sagte er am 11.7. ,,Wenn eine besondere Anstrengung zugunsten der niedrigsten Löhne gemacht wird, dann müssen die Empfänger der höchsten Löhne Opfer bringen.'' Am nächsten Tag erläuterte er: ,,Ich habe schlicht gesagt, daß die Lohnmasse in den Betrieben nicht schneller als die Preise wachsen darf.''

Lohnsenkung verbrämt mit der Parole: ,,Anhebung der niedrigen Löhne'' ist Barres Regierungsprogramm seit 1976. Die dabei erzielten Erfolge reichen nicht aus, um in der Jagd nach dem Höchstprofit die imperialistischen Konkurrenten auszustechen. Das angekündigte Programm zur Senkung der ,,Lohnmasse'' soll die unteren und mittleren Lohngruppen gegeneinanderhetzen, die Facharbeiterlöhne senken und die Ausdehnung von Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit erleichtern.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist in Frankreich 1977 bis '79 um rund 200000 gefallen. Ein großer Teil der Entlassenen kehrt mit dem Arbeitsdienstprogramm ,,Pakt für die Beschäftigung'' wieder in die Fabriken zurück. 400000 Arbeitslose, viele Facharbeiter, werden nach diesem Teufelspakt den Kapitalisten dieses Jahr angeboten. ,,Senkung der Lohnmasse'' findet statt: Die ,,Entschädigung'' für diese Arbeiter beträgt 90% vom Mindestlohn SMIC oder weniger. Seit Jahren sehen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst stufenweise Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate im Nachhinein vor, gleichzeitig Anhebung der untersten Löhne durch ,,Ausgleichsprämien''. Erst dieses Jahr wurde eine Prämie von 20 FF (9 DM) neu eingeführt. Zusammendrängen der mittleren und unteren Löhne auf niedrigem Niveau ist die Folge. Alle uns bekannten Lohnabkommen der letzten Zeit enthalten solche Bestimmungen. Die CGT hat berechnet, daß so die Tariflöhne fast aller Hilfs- und angelernten Arbeiter und von 10% der Facharbeiter P1 unter dem SMIC (z.Zt. 2114 FF) liegen.

Der Nachteil dieser Lohnsenkungsmethoden für die Bourgeois: Sie sind zu empfindlich gegen den Klassenkampf. Die Stahlarbeiter haben verhindert, daß sie nach den geplanten Entlassungen in die erwähnten Zwangsarbeitsprogramme kommen. Ihnen muß ihr bisheriger Lohn ganz oder zu großen Teilen weitergezahlt werden. Die Tarifverträge werden fast nur von kleinen gelben Gewerkschaften unterschrieben. Real liegt der Lohn von weniger als ¼ der Metallhilfsarbeiter unter dem SMIC. Das Verbot, die Lohnsumme der Betriebe mehr als die Preise zu erhöhen, soll Abhilfe schaffen. Die Bindung dieser Sorte Betriebsgemeinschaft an Prozenterhöhungen wird weiter die Mästung des Aufseherpacks ermöglichen. Kapitalisten, die gegenüber Lohnforderungen weich werden, wird mit Kreditsperren Klassenmoral gelehrt. Die Facharbeiter sollen lernen: Solidarität kostet. Jede – dringend notwendige – Anhebung der niedrigsten Lohngruppen soll sich für sie in direkter Lohnsenkung auswirken. Für die Kämpfe der Arbeiter in Westdeutschland ist es von direkter Bedeutung, daß die französische Arbeiterklasse diesen Spaltungs- und Lohnraubangriff zurückschlägt.

Die Völker Birmas wissen sich gegen das Vordringen des Sozialimperialismus zu helfen



Die Völker Birmas haben die britischen Kolonialisten, die japanische Faschisten verjagt, sie stehen im bewaffneten Kampf gegen Neokolonialismus und Hegemoniestreben. (Artikel Seite 15)

z.gab. **Die Verbände der Rentner fordern höhere Rente und Anpassung der Rente nach dem Bruttolohnprinzip.** In zahlreichen Anträgen forderten die Delegierten einer Landesverbandstagung des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) in Darmstadt die vorbehaltlose Wiedereinführung des Bruttolohnprinzips, lineare Ableitung der Rentenhöhe bei Kriegsversehrten (entsprechend der 100%igen Kriegsversehrtheit), Wiedereinführung der Witwenrente von Schwerkriegsbeschädigten (70–90%) – diese war mit dem Haushaltsstrukturgesetz gestrichen worden. Gleichzeitig forderte der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen auf einer Sonderkonferenz in Hannover eine Erhöhung der Renten um 6,2% statt der für 1980 vorgesehenen 4% Ehrenbergs. Die 4% seien schon 1979 verbraucht, erklärte der Präsident des Verbandes. – Der Zorn der Rentner auf diesen Tagungen richtete sich gegen Ehrenberg. Kaltschnäuzig hatte er das Ergebnis seiner Rentenversicherungssanierung bilanziert. „Das vergangene Jahr der Kostendämpfung war kein Blick zurück im Zorn", hatte er auf der Bismarck-Gedenkstätte erklärt. Mag sein, daß es ihm dort glimpflicher gegangen ist. „Die Betroffenen denken da ganz anders", schrieb uns ein zu 100% kriegsversehrter Rentner über die Schröpfung seiner Rente durch Ehrenbergs Maßnahmen. „Nur ein ganz krasser Fall. Nach § 27b Bundesversorgungsgesetz können Kriegsversehrte Erholungshilfe für sich und ihre notwendige Begleitung erhalten. Bis zum Erlaß der Ehrenberg'schen Schröpfungen erhielten die Kriegsversehrten einen gewissen Tagessatz plus Taschengeld plus Fahrtkosten. Für Begleitpersonen ebenfalls. Ohne jeden Abzug." Ehrenberg hat nun den § 27b Abs. 3 hinzugefügt: „Aufwendungen, die während des Erholungsurlaubs für die häuslichen Le-
kosten. Für Begleitpersonen ebenfalls. Ohne jeden Abzug." Ehrenberg hat nun den § 27b Abs. 3 hinzugefügt: „Aufwendungen, die während des Erholungsurlaubs für die häuslichen Le-bensunterhalte erspart werden, sind als Einkommen des Hilfesuchenden einzusetzen." Im diesjährigen Bescheid wurden dem Rentner von den insgesamt bewilligten 1278 DM Erholungshilfe einschließlich Taschengeld und Fahrtkosten für den 3wöchigen Erholungsurlaub für sich und seine Begleitperson 529,33 DM „Haushaltsersparnis" abgezogen. Es bleiben 749 DM. – Derweil errechnete das rheinland-pfälzische Sozialministerium: Senkung der flexiblen Altersgrenze von 63 auf 60 Jahre koste bis 1982 zusätzlich 22 Mrd. DM, minus 9 Mrd. DM Entlastung der Arbeitslosenversicherung, macht 13 Mrd. DM. Langfristig steige die Ersparnis der Rentenversicherung durch die niedrigeren Renten wegen der gekürzten Versicherungszeit um rund 8 Mrd. Und die verbleibenden 7 Mrd. DM Mehrkosten könnten, so schlägt die CDU-Sozialministerin Hellweg vor, durch die Einführung von Abschlägen an der Rentenhöhe beim Vorziehen der Altersgrenze ausgeglichen und sogar in ein „Plus" verwandelt werden.

z.gis. **Am 7. August will die Bundesregierung über die Zahlung eines Heizkostenzuschusses für den Winter 79/80 beraten.** Geplant ist eine einmalige Pauschale für Heizöl, die an Empfänger von Sozialhilfe, Wohngeld, Kriegsopferfürsorge und die Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen unter 750 DM (2,5facher Sozialhilferegelsatz) liegt, gezahlt werden soll. Nach einem entsprechenden Gesetz im Winter 73/74 hatten 1,8 Mio. einen solchen Zuschuß bekommen. Am 25.7. hat der NRW-Innenminister Hirsch einen Gesetzentwurf für NRW vorgelegt, der eine Pauschale in Höhe von 180 DM für Alleinstehende und je weiterem Familienmitglied 90 DM mehr bis maximal 540 DM vorsieht. Von 29,26 DM je 100 l im Juni 78 auf 58,91 DM im Juni 79 ist der Preis für leichtes Heizöl gestiegen, mit Erhöhung der Mehrwertsteuer im Juli nochmal weiter auf 60,91 DM je 100 l. Die Ausgaben eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes" für Elektrizität, Gas und Wasser sind vom 1. Quartal 78 auf das 2. Quartal 79 von 5,4% auf 7,8% des Einkommens gestiegen, bei Rentnern und Sozialhilfeempfängern im gleichen Zeitraum von 7,8% auf 12,8% des Einkommens. Die geplante Maßnahme der Bundesregierung zielt darauf, durch die Auszahlung eines Teils der durch die Preissteigerungen, kombiniert mit Mehrwertsteuern und Mineralölsteuer zusätzlich ausgeplünderten Steuergelder als Almosen (Hirsch rechnet bei der Maßnahme mit einem Volumen von 500 Mio. DM) gerade den am niedrigsten gedrückten Teil der Arbeiter, der an einem hohen Festgeldbestandteil einer Lohnforderung größtes Interesse hat, abzuspalten, um damit die sich entwickelnde Lohnbewegung zu schwächen. Ebenso ist sie darauf gerichtet, die im 21. Rentenanpassungsgesetz festgelegte weitere Rentenkürzung zum 1.1.1980 auch tatsächlich durchführen zu können.

z.güv. **Bereits im 2. Brief an die SPD-Fraktion mahnte Herbert Wehner, „die gesetzlich zwingend vorgeschriebene Beratung der Schwangeren nicht zur Farce zu machen".** Anlaß seiner Erregung sind die vermehrten Abtreibungen, die über die „Beratungsstellen" durchgeführt werden (1978 = 73548). Wenig im Vergleich mit den amtlich geschätzten 500000–1000000 jährlichen Abtreibungen, erfüllen diese Zahlen Wehner jedoch mit tiefer Sorge, wie sein Reformwerk seinen Zweck erfüllen und die Effektivität des Staatsanwalts erhöht werden kann.





z.hep. **Kein Parteienprivileg für den KBW bei verfassungsfeindlicher Verunglimpfung entschied der Bundesgerichtshof (BGH).** Darüber unterrichteten Presse und Rundfunk die Bourgeoisie in den letzten Tagen, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 3.8. auf Seite 1. Berichtet wird über das jetzt schriftlich vorliegende Urteil des BGH vom 11.7.1979 gegen den Genossen Steenken (siehe KVZ vom 23.7. 1979). Der BGH beschied, daß der wissenschaftliche Nachweis der Auswirkungen des Ehrenbergprogramms und die daraus entwickelten Bezeichnungen des Ministers Ehrenberg als Schreibtischmörder, Endlöser der Rentnerfrage, Versicherungsschwindler in den Publikationen des KBW nicht als einfache Beleidigung – wie Arschloch – behandelt werden können, sondern verfassungsfeindliche Verunglimpfung eines Staatsorgans sind. Damit knüpft der BGH direkt an seine Unterdrückertätigkeit von 1954 zur Vorbereitung des KPD-Verbots an. Er eröffnet einen höheren Strafrahmen von 3 Monaten bis 5 Jahre Gefängnis gegenüber bis zu 1 Jahr für Beleidigung. Mit dem Urteil riß der BGH die rechtliche Schranke des Parteienprivilegs ein. Was ist das für ein Privileg und wem gegenüber? Es gibt einfache politische Vereinigungen und Parteien, die nehmen an Wahlen teil. Einfache Vereinigungen der Arbeiterklasse zum Zweck des Sturzes der Bourgeoisie sind als verfassungsfeindlich nach Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz generell verboten. Die Partei der Arbeiterklasse genießt demgegenüber das „Privileg", daß sie nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden kann. Aus diesem Parteienprivileg wird rechtlich abgeleitet, daß organisierte Kommunisten wegen ihrer Tätigkeit für die Partei der Arbeiterklasse so lange keinerlei rechtliche Nachteile erfahren dürfen, wie die Partei nicht verboten ist. Danach waren vor Verbot z.B. Berufsverbote oder Verurteilung wegen Staatsschutzdelikten von verfassungsfeindlicher Verunglimpfung bis Hochverrat unzulässig. Auf diese Unterdrückungsmittel vor Verbot konnte die Bourgeoisie aber gerade zur Vorbereitung des Verbots der Partei der Arbeiterklasse schon in den 50er Jahren nicht verzichten. Entsprechend wurden Berufsverbote verhängt, wurden viele Kommunisten wegen Staatsschutzdelikten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Nach der Zerschlagung der KPD erklärte das Bundesverfassungsgericht als Befriedungsmanöver 1961 diese Urteile für verfassungswidrig. Im Steenken-Urteil führt das Gericht nun aus, diese Unterdrückungsschranke sei schon bei den Berufsverboten und beim Wehrkraftzersetzungsparagraphen gefallen, umfassende Unterdrückung wie 1954 müsse wieder her. Die Bourgeoisie will im Ehrenbergprogramm voran und weiter.

z.gid. **Kühn, „Bundesbeauftragter für die Integration ausländischer Arbeitnehmer", will der Bundesregierung Ende Sptember in einem ersten Bericht Vorschläge zur „vollen rechtlichen Gleichstellung der Ausländer mit den Deutschen" vorlegen.** Weil es bei „sinkender Geburtenrate vielleicht schon 1986 nicht mehr genügend junge Deutsche zur Besetzung aller Lehrstellen gebe" und „die Arbeitsplatzbedürfnisse des Bergbaus ohne Türken nicht mehr erfüllt werden können". – Tritt die Sozialdemokratie also doch noch für die politischen Rechte der ausländischen Arbeiter ein, oder sogar für die obligatorische Einbürgerung? Staatsbürgerschaft sollen nach Kühn ausschließlich die „hier geborenen Ausländer" erhalten. Sein erklärtes Vorbild: Die „Eingliederung" der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet vor dem ersten Weltkrieg. Frisches Blut für Industrie und Armee ... Die übrigen sollen weiterhin der bekannten Praxis der politischen Entrechtung unterliegen.

z.gek. **Ein zentrales Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen alle in der BRD in Haft gehaltenen Iraner mit Richtung auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung" wird geprüft.** In Nordrhein-Westfalen sind weitere drei, in Kiel zwei Iraner verhaftet worden, in Bremen die Ehefrau eines bereits Inhaftierten. „Sie soll Landsleute verprügelt haben." (ZDF, 27. Juli) Die Verhafteten werden in scharfer Isolation gehalten. 8 inhaftierte CIS-Mitglieder in Hamburg sind in den Hungerstreik getreten, um zumindest die Offenlegung der gegen sie fabrizierten Anklagen zu erreichen. Bisher ist ihren Anwälten jede Akteneinsicht verweigert worden, da „noch Beweise gesichert werden müssen". Man versteht! – Die iranische Regierung hat am selben Tag, an dem sie die Imperialisten, namentlich die beiden Supermächte, vor einer militärischen Intervention gewarnt hat, auch die feindselige Pressekampagne in der BRD gegen den Iran verurteilt. – In Hamburg und Köln haben am 4. August auf einen Anruf der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) hin je 150 „Für die Freilassung der inhaftierten iranischen Studenten! Auslieferung der SAVAK-Agenten!" demonstriert. Der KBW hat dort seine Unterstützung in diesem Kampf erklärt.

z.brf. **In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche" vom 23.7. legt Matthöfer Wert darauf, von der Profitmacherei ebensoviel zu verstehen wie von der Steuerausplünderung.** „Die Saarbergwerke sind ohne Zweifel das nach Schichtleistung leistungsstärkste Bergwerksunternehmen in Europa, und das nicht zufällig." Er möchte die Bundesunternehmen, wie die Saarbergwerke, nicht „als eine Ansammlung von Fußkranken, sondern als gesunde, leistungsfähige Unternehmen". Matthöfer sagte in der „Wirtschaftswoche" auch von sich, er sei ein pragmatischer Mensch. Pragmatisch wird im Brockhauslexikon mit „geschäftskundig" übersetzt. „Alle Industrieunternehmen meines Bereichs machen derzeit Gewinn." (Matthöfer)

z.ebk. **Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil vom 24.7. einen Streik gegen die Entlassung eines Betriebsratsvorsitzenden für verboten erklärt.** Dem Kapitalisten holt es den während des Streiks entgangenen Profit durch Lohnabzug nach dem Streik wieder herein. 62 Druckarbeiter aus Hagen haben 1975 gegen die geplante Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden zwei Tage lang gestreikt. Als sie am dritten Tag die Arbeit wieder aufnehmen wollten, hatte der Kapitalist die Druckaufträge zur Sicherung seines

Steh auf, nimm dein Bett und wandle

Ambulante Operationen / „5-Milliarden-Ding" des Deutschen Ärzteblattes

z.elf. Am 19.7.79 stellt das „Deutsche Ärzteblatt", Standesblatt der westdeutschen Ärzte, durch den Offenbacher Chirurgen Hoehle das Thema „ambulante Operationen" mit dem Untertitel „Ein Fünf-Milliarden-Ding" unter den Ärzten zur Diskussion. Unter anderem sollen folgende Operationen ambulant gut durchgeführt werden können: Blinddarmoperation bei nicht akuter Entzündung, die totale Unterleibsoperation, die Mandeloperation, Schienbeinnagelungen. – Die Blinddarmoperation, wenn auch ein kleiner Eingriff, ist wie jede Bauchoperation mit dem Risiko einer längeren Darmlähmung behaftet; die totale Unterleibsoperation kann mit einem erheblichen Blutverlust verbunden sein; auf Mandeloperationen, wie auch auf Blinddarm- und Unterleibsoperationen können selbst bei kunstgerechtem Vorgehen lebensbedrohliche Nachblutungen folgen, Knochenoperationen schließlich sind extrem infektionsgefährdet. Dennoch begründet der Autor seinen Vorschlag mit der Sorge für die Patienten. Die Infektionsgefahr sei geringer, da zuhause „Hospitalkeime" (Krankheitserreger, die durch mangelnde Hygiene im Krankenhaus verbleiben und durch Gewöhnung an Medikamente schwer zu bekämpfen sind) fehlen würden, alte Leute kämen zuhause schneller mithilfe einer „Bezugsperson" auf die Beine, da sie sich nur schwer an neue Umgebung gewöhnten, Kindern schließlich bliebe die lange Trennung von den Eltern erspart.

Minister Ehrenberg ist dabei, durch Krankenversicherungskostendämpfungs- und Krankenhausfinanzierungsgesetz die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern auf ein solch miserables Niveau zu drücken, daß die

Volksmassen das Krankenhaus lieber von draußen als von drinnen sehen, und auch viele niedergelassene Ärzte hegen ein gesundes Mißtrauen gegenüber den Zuständen in den Krankenhäusern. Auf dieses Mißtrauen spekuliert das „Deutsche Ärzteblatt" und legt den Gedanken nahe: So kurz wie möglich ins Krankenhaus! Nach dem Vorbild der US-Supermacht wird der miserable Versicherungsschutz der amerikanischen Volksmassen bei Krankheit in wahre Wunderheilungen verkehrt. Man ist an die Aufforderung Jesu „Steh auf, nimm dein Bett und wandle" erinnert, wenn der Autor schwärmt, daß die Patienten dort nach Leistenbruchoperationen vom OP-Tisch aufstehen und am nächsten Tag wieder arbeiten. Eine Einschränkung macht der Autor allerdings für seinen Vorschlag, der der Versicherungskasse 5 Mrd. DM Kapital ersparen soll: Gehfähig muß der Patient sein, und Telefon muß er haben.



Araber in Israel kämpfen gegen Landraub

US-Imperialismus läßt Stützpunkte ausbauen / ZDF-Korrespondent hetzt

Araber in Israel kämpfen gegen Landraub

US-Imperialismus läßt Stützpunkte ausbauen / ZDF-Korrespondent hetzt

z.pel. „Galiläa den Arabern, Juden raus! Nieder mit Israel, es lebe Palästina!" Den Abgeordneten des Siedlerparlamentes in Tel Aviv muß es am 24. und 30.7. in den Ohren gedröhnt haben. Tausende Araber aus der Negev im Südzipfel des Zionistenstaates sowie aus dem nördlich gelegenen Galiläa demonstrierten gegen das Vorhaben der Regierung Begin, 6000 Beduinen zugunsten des Baus eines Militärflughafens von ihrem Land zu vertreiben und in Galiläa neue Wehrsiedlungen anzulegen.

Der im Camp-David-Abkommen festgelegte Rückzug der israelischen Besatzer vom Sinai macht eine Umgruppierung der Streitkräfte nötig. Außenminister Dajan hat vorgeschlagen, die Sinaibasen „der amerikanischen, ägyptischen und israelischen Luftwaffe zur Sicherung ihrer gemeinsamen strategischen Interessen im Mittleren Osten zur Verfügung zu stellen." (Jerusalem Post, 21.7.) Sadats Unterwerfung läßt die Zionisten dreist werden, aber nicht unvorsichtig. Auf dem Negev-Hochplateau sollen weitere Basen entstehen. Ein hastig zusammengezimmertes Gesetz sieht die Enteignung der Negev-Beduinen innerhalb der nächsten drei Monate vor. Das Verfahren wird der Überprüfung durch die Gerichte entzogen, Enteignung wie Entschädigungssumme können nicht angefochten werden, der Landraub wird so beschleunigt.

Als die Zionisten 1947/48 sich mit Hilfe des US-Imperialismus den Siedlerstaat zusammenraubten, haben sie die Negev zum Sprungbrett ihrer Aggression gegen die ägyptische Nation ausgebaut. 50000 der 65000 dort lebenden Beduinen wurden von ihren Terrorkommandos vertrieben, ihr Land enteignet mit dem Hinweis: Jeder Araber, der sein Land verlassen hat, ist zum Feind übergelaufen. Das Wohngebiet der verbliebenen 15000 begrenzten sie auf 10% der vorherigen Fläche. Die Militärverwaltung besetzte alle Wasserstellen und verkaufte das Wasser in begrenzten Rationen, Bewässerungssysteme wurden zerstört, Bodenerosionen waren die Folge.

Hatten sie so erst einmal die Lebensgrundlage dieser Stämme, den Ackerbau und die Viehzucht, zerstört, gingen sie daran, sie als Saisonarbeiter in die Ausbeutung auf den Zitronen- und Baumwollfarmen jüdischer Siedler zu pressen. Gelungen ist ihnen das bei ganzen 13%. Die Masse der arabischen Bevölkerung hielt im zähen Kampf gegen die Militärverwaltung an ihrer Selbständigkeit auf Grundlage von Viehzucht fest, selbst wenn sie die Herden auf der Suche nach Nahrung und Wasser kilometerweit treiben mußten.

Den ZDF-Korrespondenten Platz stimmt die jetzt von den Israelis geplante endgültige Vertreibung am 24.7. „wehmütig", denn: „Die Negev-Beduinen haben schon seit Jahrzehnten immer mehr Land an die vordringende Zivilisation verloren". Jetzt sollen „jene, denen Zelt ... und ständige Wanderung seit Menschengedenken Lebensinhalt sind, in Betonmonstren." Wer kann schon gegen den historischen Fortschritt? So will der Lump die Verbrechen der Zionisten weglügen und jegliche Solidarität mit den kämpfenden arabischen Massen unnütz erscheinen lassen.

Die Imperialisten wollen ihren Siedlerstaat als Stützpunkt und Bollwerk gegen die arabischen Völker halten. Deshalb finanziert Carter die Negev-Basis mit 800 Mio. Dollar und hat er Sadats Zustimmung erpreßt. Die Sozialimperialisten glauben, sich erneut ins Spiel bringen zu können, und preisen den Völkern ihre „Beobachtertruppe" für den Sinai als Schutz an. Die Kampfeseinheit des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der 1948 besetzten Gebiete ist ein wirksames Mittel gegen alle Hegemonieversuche.

Entwicklungshilfebericht 1978 – Das Instrumentarium wird neu geordnet

z.anb. Wenn Brandt noch Bundeskanzler wäre ... zu ihm hätte Rainer Offergeld nicht solch delikate Widersprüche, wie sie Anfang Juli zutagegetreten sind, als Helmut Schmidts innerer Kreis des Bundeskabinetts den Posten Entwicklungshilfe im Budget 1980 festlegte und damit eine Entscheidung fällte, deren ,,Wirkung nach außen kaum positiv sein kann'' (Handelsblatt, 9.7.79). Entgegen Offergelds Vorschlag wird die öffentliche Entwicklungshilfe bis 1983 auf eine jährliche Steigerungsrate von nur 12,5% eingegrenzt, allemal zu wenig, um die 0,7%-Marke des Bruttosozialprodukts zu erreichen. Die derzeitigen 0,31% sind Gegenstand heftiger Angriffe von seiten der Länder der Dritten Welt, und was soll nun Offergeld vor den Vereinten Nationen dazu sagen? Wäre es nicht zweckmäßig, angesichts der Tatsache, daß die UNO im Herbst die Entwicklungsstrategie für das kommende Jahrzehnt ausarbeiten wird, sich ein wenig mehr an Brandts Sachkenntnis zu orientieren, der ,,mit *seiner* internationalen Kommission dafür die Richtung angeben wird''? (Handelsblatt)

Zuviel des Lobes für Brandt, zuwenig für Offergeld. Weder wird Brandt die Entwicklungsstrategie der UNO in ihrer Richtung bestimmen, noch hat Offergeld eine Schlappe erlitten. Die Bundesregierung hat sowohl den Jahresbericht seines Ministeriums für 1978 als auch die in vierjährigem Abstand neu zu formulierenden ,,Thesen zur Entwicklungspolitik'' kürzlich mit ihrer uneingeschränkten Zustimmung honoriert. Ihr entscheidender Vorzug präsentiert sich nach Auffassung des Organs der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) in der Maxime ,,Vielleicht ist es politisch klug, nicht immer zu sagen, was man vorhat'' (Entwicklung und Zusammenarbeit, Heft 7-8/79).

Vermutlich hat der Handelsblatt-Kommentator den ebenfalls zugänglichen Jahresbericht der DEG nicht konsultiert. Als Kapitalgesellschaft, deren Haupteigner die Bundesregierung ist, wurde sie 1962 gegründet, um in der öffentlichen Entwicklungshilfe den Schwerpunkt der Förderung des industriellen Aufbaus in den Ländern der Dritten Welt, vornehmlich durch ,,joint ventures'' zu realisieren. Seither sind die Kapitalströme der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die Direktinvestitionen in der Dritten Welt – 1978 7,2 Mrd. DM – aus dem Fonds des DEG durch weitere 551 Mio. DM begleitet worden, staatlich subventionierte ,,Projektplanung'' und ,,-betreuung''. Und das Geschäft expandiert, so daß das Einlagekapital der DEG im Vorjahr auf 1 Mrd. DM, 20% der gesamten Entwicklungshilfe, aufgestockt wurde.

So besehen wendet sich die ,,Schlappe'' Offergelds in Anerkennung. Es findet eine Umschichtung in der *Zusammensetzung* der Instrumente statt, über die Kapitalexport, Erpressung, Plünderung, Schuldendienstabhängigkeit und politische Einmischung in der Dritten Welt organisiert werden sollen. Und der Entwicklungsminister hat dazu in einer Rede vor der Thailändischen Handelskammer am 25. Juli den Standpunkt der Regierung adäquat vertreten: niemand wende sich gegen die Forderung nach Bereitstellung von 0,7% des Bruttosozialprodukts für öffentliche Kredite der Entwicklungshilfe, schließlich, die ,,Kreditwürdigkeit der Dritten Welt ist inzwischen international anerkannt''. Die 22 Mio. Dollar, die diese Länder allein 1978 am Euromarkt an Krediten aufnehmen mußten, nur um die reinen Schuldendienste für ihr Handelsbilanzdefizit mit den westlichen Imperialisten zu finanzieren, sind Offergelds Belege für ,,Fortschritt'' in der weltweiten ,,Interdependenz.'' Die Verschuldung, falls man nach ihren Ursachen fragt, rührt nicht aus den Gesetzen des ungleichen Tausches, die den ,,interdependenten'' kapitalistischen Weltmarkt beherrschen, sondern aus der Unerfahrenheit der Dritten Welt, die sich, durch ihre Kreditwürdigkeit ,,in Versuchung'' geführt, zuviel zumutet und den Bogen überspannt.

Folglich, und hier liegt die Stärke der Entwicklungshilfe von Institutionen wie der DEG, ,,sind wirtschaftliche Auflagen sinnvoll und notwendig.'' ,,Alles andere wäre Finanzierung in ein Faß ohne Boden.'' Das Faß, in das die DEG finanziert, lief 1978 über; 12,4 Mio. Zinserträge für Kredit schwappten über seinen Rand, weitere 13,7 Mio. DM flossen an Kapitalerträgen zurück in die Taschen der Kapitalisten, die an von der DEG projektbegleiteten ,,joint ventures'' beteiligt sind.

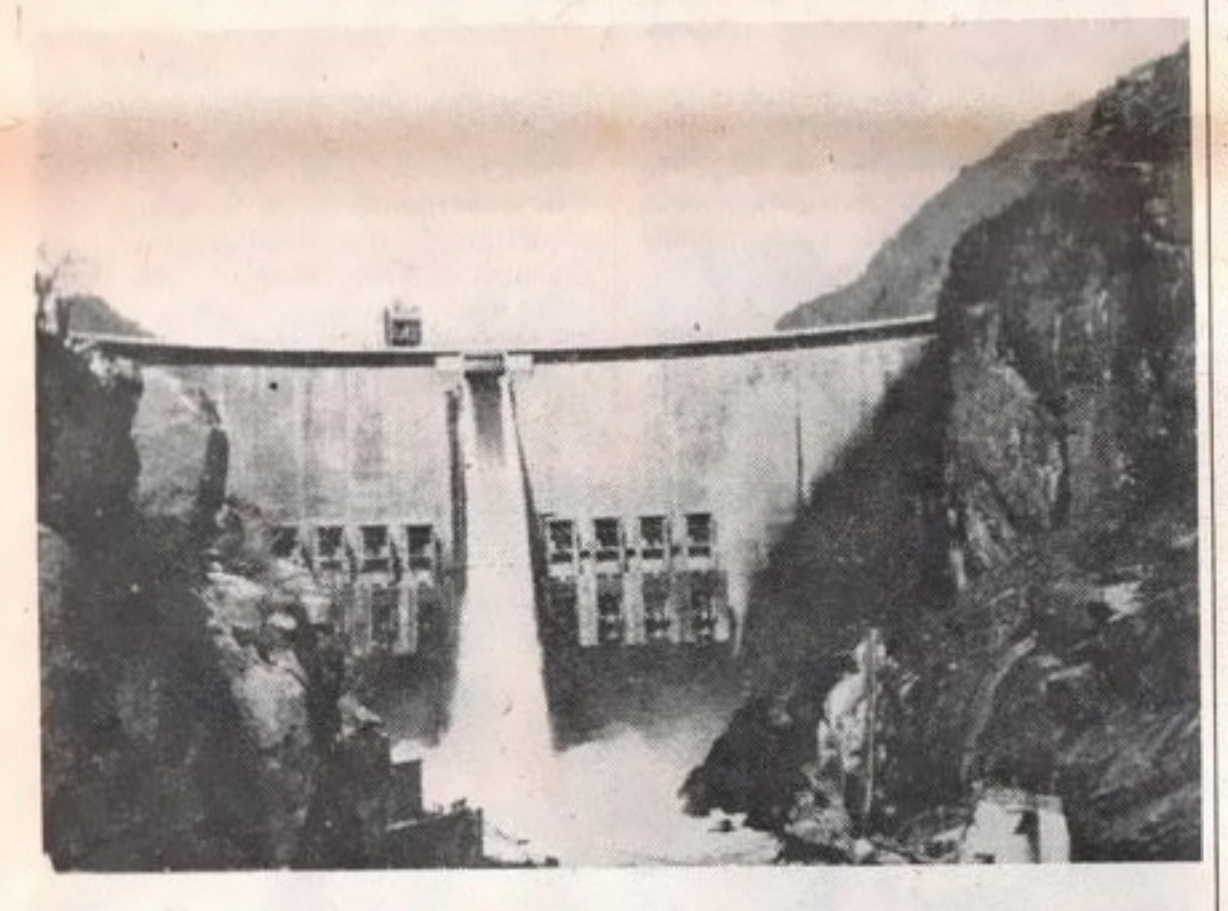
Rund ¾ aller Projekte betreffen die Textilproduktion in Ländern der Dritten Welt, die zu den ärmsten gehören. Soeben ist auch Ägypten erstmalig bedacht worden. Ernst meint es die Bundesregierung mit der ,,Freiheit der Märkte'': die in Kamerun produzierten Baumwolltextilien, mit westdeutschem Kapital aus niedrigstbezahlten Arbeitern herausgepreßt, erhalten Zutritt zu den Märkten der Imperialisten, wie anders sollte auch der Mehrwert zugunsten der Kapitaleigner realisiert werden? Und wie vermessen wäre da die Errichtung von Handelsschranken!

Nur eines drückt erheblich auf die Aussichten solcher ,,Entwickklungshilfe''. Und daran ist die OPEC schuld, deren Preiserhöhungen genau diese von der DEG besonders geförderten Länder am härtesten treffen. Offergeld möchte sie ,,vom Öl unabhängig machen'', heimische Energiequellen wie Sonne, zumeist reichlich vorhanden, Wind, Biomasse nutzen. Die gesamte

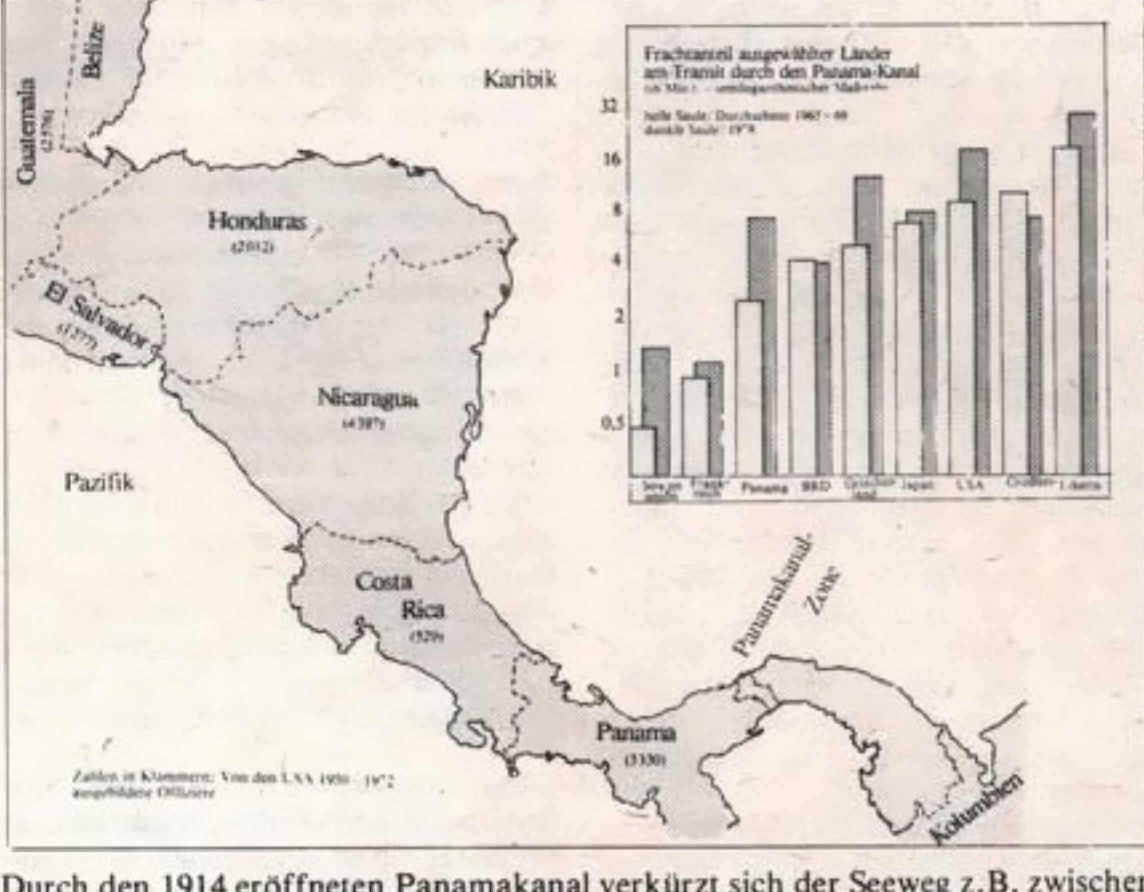
Heft 7-8/79). ren, sind Offergelds Belege für ,,Fort
Sonne, zumeist reichlich vorhanden, Wind, Biomasse nutzen. Die gesamte

Technologie für solche ,,Alternativstrategie'' zur Senkung der fixen Kosten des Ausbeutungsprozesses würden die westdeutschen Bourgeois großzügig zur Verfügung – und Bezahlung – stellen. Besser, das Wertprodukt dieser Länder fließt in die Tasche von erfahrenen Strategen des Weltmarktes, als daß die OPEC-Länder die Erlöse aus dem Verkauf ihres Öls für zinslose Kredite an diese ärmsten Länder verwenden, die niemals ,,eine Perspektive der Entwicklung'' sein können, sondern nur ,,Trostpflaster''.

Liberalismus ist heutzutage vor allem auf ideologischem Gebiet nötig, meint Offergeld, deshalb spricht er von ,,Interdependenz'' und nicht von der neuen Weltwirtschaftsordnung, auch wenn ersteres ,,instrumental-technokratisch'' klinge. So hat es auch schon was mit Ideologie zu tun, daß der liberale Scheel, kaum seines Präsidentensessels entledigt, den Vorsitz in der DEG übernehmen wird. Ihm zur Seite stehen die Vorstandsmitglieder von Deutscher Bank, Dresdner Bank, Bayer und Schering. Wenn das keine Beförderung von Scheel ist ...



Der mit westdeutscher Kapitalbeteiligung von 680 Mio. DM gebaute Staudamm Cabora Bassa (seit Dez. 1974 in Betrieb) staut riesige Wassermassen des Sambesi künstlich auf und vernichtet den ökologischen Zyklus des gesamten Flußdeltas, in dem früher drei Ernten pro Jahr eingebracht wurden.



Durch den 1914 eröffneten Panamakanal verkürzt sich der Seeweg z.B. zwischen New York und Tokio um 13000 km. Die 30 km breite Panamakanal-Zone steht unter US-Hoheit. In ihr befinden sich 14 Militärsiedlungen, ca. 9000 US-Soldaten sind dort dauernd stationiert.

Sozialistische Internationale will in Nicaragua ins Geschäft

z.rua. Zwei Tage bevor die erste Maschine der Bundeswehr mit ,,Hilfsgütern'' der westdeutschen Pharma-Industrie am 1. August nach Nicaragua aufbrach, hat das SPD-Präsidium Mitglieder und Anhänger aufgerufen, ,,durch eine persönliche Spende ihren Beitrag zum Wiederaufbau Nicaraguas zu leisten'' und damit ,,ein Zeichen unserer Solidarität mit den politischen Freunden'' zu setzen. Dies, nachdem der Beauftragte der nicaraguanischen Regierung, Kühl, Ende Juli in Bonn dem Staatsminister Wischnewski auf Anfrage versichert hatte, daß innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront die sozialdemokratische Tendenz dominiere. Zufrieden erklärte darauf der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Brandt, die europäischen Länder hätten keinen Grund, der neuen Regierung Nicaraguas Schwierigkeiten etwa auf wirtschaftlichem Gebiet

zu bereiten, und verwies auf die von
ten etwa auf wirtschaftlichem Gebiet

zu bereiten, und verwies auf die von der SI Ende Juli versprochene ,,schnelle Aufbauhilfe''.

Das Volk Nicaraguas wird plötzlich von vielen neuen ,,Freunden'' heimgesucht. Einer Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften folgt gegenwärtig ein Trupp der SI unter Leitung des Portugiesen Soares, der bedeutenden Anteil an der Restauration imperialistischer Ausbeutungsverhältnisse in Portugal hat. In Bonn packt zur Zeit eine ,,Sachverständigen''-Delegation des Entwicklungshilfeministeriums die Koffer, um in Nicaragua ,,mögliche Projekte der Entwicklungshilfe'' zu prüfen. Wie das Auswärtige Amt erklärte, stehen Nicaragua noch von früher Kredite in Höhe von 10 Mio. DM offen.

Die westeuropäischen und vor allem die BRD-Imperialisten versuchen nach dem Sturz der US-Marionette Somoza, in Nicaragua einzusickern und dem US-Rivalen die Einflußsphäre streitig zu machen. Das mittels Kuba betriebene Vordringen der Sozialimperialisten wollen sie verhindern. Mit Hilfe der Sozialdemokratie soll der Boden bereitet werden. Die Sozialdemokraten setzen auf Spaltung in der aus 20 Organisationen gebildeten Regierung, um ihrem reformistischen Dreck zum Durchbruch zu verhelfen.

Am 26.7. widmete sich der ,,Vorwärts'' Nicaragua. ,,Vorrangige Aufgabe'' sei die Auflösung des Nationalkongresses und seine Ersetzung durch eine demokratische Versammlung''. Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit seien geschaffen worden, ,,damit in Nicaragua auch gewählt werden kann''. Als ,,durchgreifende Reform im wirtschaftlichen Leben'' huldigt er einem Vorschlag des Industriellen Robelo für ,,eine Mischung aus Markt-. und Planwirtschaft'', die den Imperialisten Tür und Tor öffnen soll. Ebenso wie die Revisionisten bescheinigt der ,,Vorwärts'' dem Volk Nicaraguas Unfähigkeit, aus eigener Kraft das Land aufzubauen,

dem Volk Nicaraguas Unfähigkeit, aus
eigener Kraft das Land aufzubauen,

und kommt zu dem Schluß: ,,Viel Geduld, Zeit und Unterstützung sind notwendig, damit sich die ehrgeizigen Pläne der ,Regierung des nationalen Wiederaufbaus' verwirklichen lassen''.

Die vorrangige Aufgabe des Volkes von Nicaragua ist es, das vom Terror der Nationalgarde und den sie unterstützenden US-Truppen zerstörte Land wieder aufzubauen, die Versorgung mit Nahrung und Kleidung zu sichern und Maßnahmen zu treffen, um eine imperialistische Intervention zu verhindern. In den wenigen Wochen seit dem Sturz Somozas hat es bereits bedeutende Erfolge erzielt. Komitees der Zivilverteidigung sichern die Nahrungsmittel- und medizinische Versorgung; die zerstörten Transportverbindungen und Wohngebiete werden neu aufgebaut. Die FSLN bildet die Volksmassen im Waffenhandwerk aus, um eine schlagkräftige Armee und Volksmiliz zu schaffen. Die Verstaatlichung der Banken, des Fischereiwesens, der Energie-, Bergbau- und Holzwirtschaft sind wichtige Maßnahmen, um allen imperialistischen Einsickerungsversuchen entgegenzuwirken.

Profits an eine andere Druckerei vergeben und ihnen den Lohn für diesen Tag verweigert. Der Streik war nach der Entscheidung des Gerichts verboten, weil die Mittel des Betriebsverfassungsgesetzes den Arbeiter ausreichend gegen eine Kündigung sicherten. Was der ,,Mitbestimmung'' unterliegt, soll kein zulässiges Streikziel sein. Den Lohnabzug für den Tag nach dem Streik rechtfertigt es damit, daß die Arbeiter, die die Arbeit niedergelegt hatten, den Kapitalisten ,,rechtzeitig darüber unterrichten müssen, daß sie wieder arbeiten wollen''.

z.jös. Mit der Frage ,,Hat sich die 1978 getroffene Regelung und angebotene Möglichkeit, nicht einzutreibende Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeiten abzuarbeiten bewährt oder nicht und warum?'' forderte die CDU vom Westberliner Senat eine Zwischenbilanz. (Jährlich steigt die Summe der eingetriebenen Geldstrafen, wie auch die Zahl der nicht eintreibbaren.) Die Haftanstalten sind ständig überbelegt – ein willkommener Anlaß, die unbezahlte Zwangsarbeit auszudehnen. Der Senat kann wählen, die zu Geldstrafen verurteilten Besitzlosen einzusperren oder für sich arbeiten zu lassen. §4 der Verordnung: ,,Gestattet die Strafvollstreckungsbehörde dem Verurteilten, eine Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen, so bestimmt sie den Arbeitgeber und mit dessen Einvernehmen Arbeitsplatz, Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, die Tage der Arbeitsleistung und die tägliche Arbeitszeit.'' Diese freie Arbeit läßt der Senat zunächst direkt unter seiner Regie verrichten. Im Berichtszeitraum – gut einem Jahr – gingen 121 Anträge auf ,,freie'' Arbeit ein. 95 wurden angenommen, beim Archäologischen Amt (25), Senator für Familie, Jugend und Sport (16) und anderen Behörden. ,,Es handelt sich vorwiegend um Reinigungs-, Aufräum-, Reparatur-, Transport-, Küchen- und Gartenarbeiten.'' Nur in wenigen Fällen mußte der Widerruf der Gestattung erfolgen, was u.a. möglich ist, wenn der Verurteilte trotz Abmahnung mit seiner Arbeitsleistung hinter den Anforderungen zurückbleibt.

z.gid. Dr. Paul C. Martin, Wirtschaftspublizist und Kolumnist bei der ,,Welt am Sonntag'', macht Stimmung unter den Kapitalisten für den Krieg ums Öl. Aus ,,basis''-Wirtschaftsinformationen, Juli 1979 (internes Rundschreiben für die Kapitalisten): ,,Nach Genf und Tokio: *Eine Alternative heißt Depression ... Die andere heißt Krieg* ... Noch ist die Fahrt in eine neue Wirtschaftskrise zu stoppen: mit militärischen Mitteln. Führende Politiker wie Helmut Schmidt, Ex-Nato-Chef Alexander Haig, Henry Kissinger und selbst der Chefkommentator der ,Prawda' sprechen immer deutlicher von *Krieg ums Öl* ... In der Tat: Die Industrienationen in West *und Ost* können nicht tatenlos zusehen, wie ein internationales Preis- und Mengenkartell, die OPEC, alles zerstört, was in Jahrzehnten durch Fleiß und Intelligenz aufgebaut wurde und *20 bis 30 Millionen Arbeitslose* beschert. – *Beispiel Libyen:* ... ein (Öl)Stopp aus Libyen (bedeutet) *den Kollaps*. Die Antwort kann nur lauten: *Einmarsch*. Die verbale und die tatsächliche Erpressung von *zwei Milliarden* Menschen der Industrienationen durch *zwei Millionen* Beduinen unter einem notorischen Megalomanen hat ihre Grenzen erreicht. Das *Kriegsrisiko* ist minimal, sowohl militärisch, als auch politisch. Die Besetzung der wichtigsten Ölfelder im Nahen Osten ist bestenfalls ein Kommandounternehmen, wobei die Araber bei ihrer bekannten Kriegstüchtigkeit wahrscheinlich *sofort kapitulieren* werden ...''

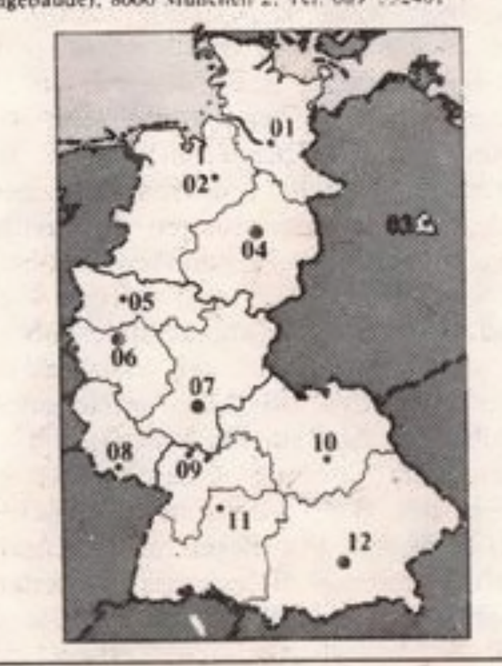
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41 B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM
Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 50, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030 6145099 **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201 252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621 16279 **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911 492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711 620582 **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089 532481



r.pev. **Die Versuche der westdeutschen Behörden, den Schah-Geheimdienst SAVAK zu konsolidieren, werden bekämpft.** Am 24.7. waren in den beiden Göttinger Studentenwohnheimen „Afro-Asiaten-Heim" und „Akademische Burse" Razzien der Polizei gegen die Unterkünfte iranischer Studenten gemacht worden. Aufgrund einer Anzeige eines Mitgliedes der revisionistischen Tudeh-Partei, der auf der Mitgliederliste des SAVAK gestanden hatte, waren zwei Iraner bis zum Abend festgehalten worden. Der Göttinger AStA und der KBW führten am Samstag den 28.7. je eine Kundgebung gegen die Unterdrückung der Iraner in der BRD durch. Der AStA der Universität Hannover hat in einer Presseerklärung die Verhaftungen verurteilt, was verschiedene Reaktionäre so erbost hat, daß sie in einer Leserbriefkampagne in der Zeitung Luft machen mußten. Ein SAVAK-Agent hatte eine Zeitlang als AStA-Ausländervertreter der Uni Hannover sein Wesen treiben können.

b.hek. **Die Sonnen-Bassermann-werke Seesen lassen in den Obst- und Gemüsekampagnen rund um die Uhr arbeiten.** Fast täglich von Mai bis August werden Überstunden erpresst, indem die Werksbusse einfach später fahren. Rund 30% der Frauen arbeiten in Nachtschicht. Die Frauen bekommen 7,20 DM Stundenlohn, Schlosser und Elektriker 9,80 DM, sie müssen teilweise bis zu 12 Stunden arbeiten. Überstundenzuschläge gibt es nicht. Jetzt haben die Sonnen-Werke (Sieburg & Pförtner) ausländische Studenten angeheuert, „damit sie besser die deutsche Sprache erlernen." Die Studenten würden dann den Acht-Stunden-Tag kennenlernen. Völliger Willkür sind die irischen Studenten den S&P-Kapitalisten ausgeliefert. Bis zu 12 Stunden den einen Tag, den anderen werden sie wieder nach Hause geschickt. Im Arbeitsvertrag heißt es dazu: „Saisonarbeitnehmer ... erhalten im Fall, daß sie aus Gründen, die nicht in ihrer Person liegen, ihre Arbeit nicht aufnehmen können, wie z.B. beim Ausbleiben von Rohware, Betriebsunterbrechungen, Maschinenschaden, Witterungseinflüsse o.ä. eine Entschädigung von 2 Stundenlöhnen für den Tag... " Die Saisonarbeiter haben 6-tägige Kündigungsfrist, Sieburg & Pförtner kann jeden Tag entlassen. Gewerkschaftliche Organisierung ist unerwünscht, damit diese Verhältnisse auch aufrechterhalten werden können.

b.wes. **Oberstleutnant kürzt Ernteurlaub.** Nachdem bis in die 60iger Jahre

würden dann den Acht-Stunden-Tag kennenlernen. Völliger Willkür sind die irischen Studenten den S&P-Kapitalisten ausgeliefert. Bis zu 12 Stunden den einen Tag, den anderen werden sie wieder nach Hause geschickt. Im Arbeitsvertrag heißt es dazu: „Saisonarbeitnehmer ... erhalten im Fall, daß sie aus Gründen, die nicht in ihrer Person liegen, ihre Arbeit nicht aufnehmen können, wie z.B. beim Ausbleiben von Rohware, Betriebsunterbrechungen, Maschinenschaden, Witterungseinflüsse o.ä. eine Entschädigung von 2 Stundenlöhnen für den Tag... " Die Saisonarbeiter haben 6-tägige Kündigungsfrist, Sieburg & Pförtner kann jeden Tag entlassen. Gewerkschaftliche Organisierung ist unerwünscht, damit diese Verhältnisse auch aufrechterhalten werden können.

b.wes. **Oberstleutnant kürzt Ernteurlaub.** Nachdem bis in die 60iger Jahre

die einzigen Söhne auf Bauernhöfen vom Wehrdienst freigestellt wurden, werden sie jetzt gezogen und bekommen nur einen befristeten Ernteurlaub. Die Entscheidung darüber ist allein in die Hände der Bataillonskommandeure per Verordnungen zum Soldatengesetz gelegt worden. Ein Bauer aus Süddeutschland, der in Göttingen stationiert ist, berichtete, daß er oft am Wochenende nach seiner Ankunft mit dem Zug Freitags um 20 Uhr bis zum Sonntagnachmittag arbeiten muß. Jetzt ist ihm der Ernteurlaub von 14 auf 5 Tage zusammengestrichen worden. Bei einem 13 ha Hof bedeutet das gerade die knappste Zeit zum Einbringen der Ernte und die notwendige Erholung soll nach den Wünschen der Offiziere als Dienst vernutzt werden.

b.klm. **Asylrecht mit zweierlei Maß.** Laut Runderlaß des Innenministers Niedersachsens vom 7.6.79 zur „Ausländerrechtliche(n) Behandlung von Ausländern, die im Rahmen einer humanitären Aufnahmeaktion in die Bundesrepublik... eingereist sind", heißt es: „Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß bei (diesen) Ausländern... **nicht** nach den für die aufenthaltsrechtliche Behandlung von Asylbewerbern geltenden Grundsätzen zu verfahren ist." Die Grundsätze haben ihren Ursprung in der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938 (Reichsgesetzbl. I, S.1053), die durch Art. 74,4 des GG zu Bundesrecht, dem Ausländergesetz, geworden ist. In 55 Paragraphen werden ausländische Arbeiter und Studenten entrechtet. Sie dürfen sich nicht politisch betätigen und keine Versammlungen durchführen (§6), sind ständig von Abschiebung bedroht (§§ 10, 13) und werden laufend von der Ausländerpolizei überwacht. Die nun von den vietnamesischen Behörden aufs Meer getriebenen Flüchtlinge sind für die BRD-Imperialisten willkommener Anlaß ihr Ansehen in der Welt „menschenrechtlich" aufzupolieren. Für diesen humanitären Kraftakt müssen die eigenen Behörden ausgerichtet werden auf das politische Ziel: Sie wollen aus den Verbrechen der vietnamesischen Behörden politisches Kapital schlagen und dabei ihre eigenen imperialistischen Ziele mit dem Schleier der Humanität verdecken.

b.rav. **General Schulze: „Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif".** Dieses der Creme von 250 auserlesenen Freßgästen, örtliche Bourgeois, zu untermauern, war der Oberbefehlshaber der Nato-Landstreitkräfte Europa-Mitte während des Liborimahles in Paderborn angetreten. Ausgangslage: dem deutschen Volk werde in der Schicksalsgemeinschaft freier Völker endlich wieder Vertrauen entgegengebracht. Das muß man ausbauen. Darum müsse Europa geschlossen und einheitlich mit einer Stimme reden. Schließlich seien die US-Imperialisten „keine Wach- und Schließgesellschaft Europas".

r.köc. **Umschüler fordern Recht auf Betriebsrat und Tarifvertragsrecht.** In Westberlin gibt es ca. 1000 Umschulungsinstitutionen, die von der LVA und dem Arbeitsamt finanziert werden. Im Mai ist das Berufsbildungszentrum mit 90 Ausbildungsplätzen neu eröffnet worden. Träger ist das DRK. Auf einer Vollversammlung im Berufsbildungszentrum wurde festgelegt, daß die Gruppensprecher eine Resolution an Ehrenberg, Stingl, den Senator für Arbeit und Soziales und den Bundestag abfassen sollen mit folgenden Forderungen: Tarifvertragsrecht für Umschüler! Arbeitnehmerstatus für Umschüler! Gegenwärtig stehen sie in einem öffentlich-rechtlichen Anstaltsnutzungsverhältnis, d.h. sie dürfen keine Betriebs- und Personalräte bilden. Zahlung der vollen 80% vom Nettolohn bis zur tarifvertraglichen Regelung! Statt der vom Arbeitsamt versprochenen 80% erhalten die meisten Umschüler weniger als 65% ihres Nettolohnes, da das Arbeitsamt besondere Berechnungsmethoden vorsieht und z.B. einmalige Zahlungen nicht einbezieht. Einbeziehung des Urlaubs-, Weihnachtsgeldes und sonstiger einmaliger Zahlungen in die Berechnung! Zahlung der Berlinzulage! Volle Fahrgelderstattung! Sofortige und pünktliche Auszahlung der Gelder! Lohnfortzahlung im Krankheitsfall! Bei Krankheit wird der Unterhaltsanspruch aufgehoben und dann wiederbewilligt. Man wartet dabei bis zu 10 Wochen auf sein Geld. – In dem von den Gruppensprechern vorbereiteten Beitrag sagte Kollege Freudenberger: „Wir Umschüler sind hier, weil das Arbeitsamt den Auftrag hat, in einigen Bereichen mit hohen Löhnen das Lohnniveau zu senken durch die Erhöhung des Facharbeiterangebotes."

lung! Statt der vom Arbeitsamt versprochenen 80% erhalten die meisten Umschüler weniger als 65% ihres Nettolohnes, da das Arbeitsamt besondere Berechnungsmethoden vorsieht und z.B. einmalige Zahlungen nicht einbezieht. Einbeziehung des Urlaubs-, Weihnachtsgeldes und sonstiger einmaliger Zahlungen in die Berechnung! Zahlung der Berlinzulage! Volle Fahrgelderstattung! Sofortige und pünktliche Auszahlung der Gelder! Lohnfortzahlung im Krankheitsfall! Bei Krankheit wird der Unterhaltsanspruch aufgehoben und dann wiederbewilligt. Man wartet dabei bis zu 10 Wochen auf sein Geld. – In dem von den Gruppensprechern vorbereiteten Beitrag sagte Kollege Freudenberger: „Wir Umschüler sind hier, weil das Arbeitsamt den Auftrag hat, in einigen Bereichen mit hohen Löhnen das Lohnniveau zu senken durch die Erhöhung des Facharbeiterangebotes."

b.mia. Gifhorn. **Prozeß Flugblattverteilung vor Kaserne Wesendorf eingestellt.** Mit Widerstand und Ordnungswidrigkeit sollte die Verteilung eines Flugblattes mit einer Erklärung Triangler Spanplattenarbeiter gegen die disziplinarische Verfolgung von sieben Soldaten der Hammersteinkaserne, die sich gegen die Interventionspläne der Bundesregierung und für die ZANU in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt ausgesprochen haben, unterdrückt werden. Die Anklage stützte sich auf die Aussage eines Polizisten, den die Bundeswehr zur Personalienfeststellung der Verteiler angerufen hatte, wie er selbst aussagte. Ohne Angabe von Gründen sei er zur Personalienfeststellung berechtigt, so sei es ihm beigebracht worden, sagte er als mittlerweile zweiter Polizist in Gifhorn aus. Die Anklage auf Widerstand, weil zwei ihn böse angeschaut hätten und einer sich nicht einfach wegschleifen ließ sowie auf Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer gemäß § 1 Straßenverkehrsordnung war nicht zu halten und mußte eingestellt werden.

b.wes. **15 Stundentag, um für die Baukapitalisten die Aufträge einhalten zu können.** Die Baukapitalisten nutzen die Aufschiebung der Bautermine nach der langen Winterzeit in allen Bereichen zur haltlosen Ausdehnung der Arbeitszeit. 15 Stunden mußten die Arbeiter von Fehr und Riedel an zehn hintereinanderliegenden Tagen Teerarbeiten durchführen. Wo sonst 15 Mann gearbeitet haben, wurde jetzt die gleiche Menge Teer von 10 Mann verarbeitet. Bei der Firma Ebel-Bau Fertigteile in Bovenden wird ebenfalls versucht, besonders ausländische Arbeiter bis zu 15 Stunden in der Fabrik festzuhalten. Die Kapitalisten haben den bis zu 40%igen Lohnverlust im Winter für den Zwang zu Überstunden einkalkuliert, denn die angehäuften Schulden haben sich bei vielen Arbeitern in den Sommer hineingezogen. Eine Nachschlagszahlung wird jetzt auf vielen Baustellen diskutiert.

Heizölkostenzuschuß, Wohngeld...

... damit die Kapitalisten den Massen erfolgreicher in die Tasche greifen können

r.scm. Matthöfer soll laut FAZ vom 26.7. erklärt haben, die Ölpreiserhöhungen seien weder durch zusätzliche Lohnerhöhungen noch durch Steuererleichterungen ausgleichbar, weil die Milliardenbeträge, die den OPEC-Staaten zuflössen, im Verteilungskreislauf nicht mehr zur Verfügung stünden. Die Ökonomen unter den Gewerkschaftsführern hätten dies eingesehen. Und Lambsdorff im Fernsehen: „Wer in diesen Tagen die Heizkostenrechnung des vergangenen Winters erhält und die inzwischen erfolgten Preissteigerungen einkalkuliert, erhält eine äußerst drastische Anregung zur Energieeinsparung."

Diese Absichtserklärungen muß man sich gut merken, wenn jetzt allenthalben mit einem „Heizölkostenzuschuß" hausieren gegangen wird, um die Plünderung durch die Heizölpreise zu erleichtern und den Lohnkampf zu spalten. Während die Kapitalisten der Meinung sind, die Plünderung durch die Heizölpreise gegenüber der Masse der Lohnabhängigen ein gut Stück weitertreiben zu können, fürchten sie doch die schroffe Zuspitzung des Klassengegensatzes, wenn diese Plünderung im vollen Ausmaß gegenüber jenen Teilen des Volkes Anwendung findet, die durch Lohnsenkungen, Zerstörung der Arbeitslosenversicherung, Rentenreform und BAföG auf einen absoluten Elendstand hinabgedrückt sind. Um diese Zuspitzung zu vermeiden, trotzdem aber gegenüber der Masse ihren Plünderungsfeldzug durchführen zu können, braucht die Bourgeoisie solche Maßnahmen wie Heizölkostenzuschuß, um den im Gang der Bürokratie eh noch viele „Berechtigte" geprellt werden. Zumal derartige Zuschüsse eine wesentliche Bedingung für Lohnsenkungen darstellen, ist die Einhelligkeit der bürgerlichen Parteien nicht verwunderlich.

Nicht anders liegen die Dinge beim Wohnungsgeld, das die Mietpreisplünderung für die Massen erleichtern soll, indem es jenen, die obdachlos würden, müßten sie die Miete in vollem Umfang zahlen, als Zuschuß gewährt wird – freilich um den Preis entwürdigendster Bespitzelung und Schikane. Beantragt man Wohngeld, so muß man nicht nur ein halbes Dutzend und mehr Belege beibringen, sondern wird einem je nach innerbehördlichen Richtlinien das Wohngeld versagt, soweit seine Gewährung zur Vermeidung sozialer Härten nicht erforderlich ist" (§18 Wohngeldgesetz). Letzteres ist z.B. immer bei ledigen Studenten der Fall, weil ja durch das BAföG der Unterhalt einschließlich Miete sichergestellt sei, in der Praxis meistens durch Verpflichtung der Eltern zum Zahlen.

Entsprechend traut sich die bürgerliche Mietrechtsprechung vor: Der § 5 Wirtschaftstrafgesetz, der wesentliche Überschreitung der „ortsüblichen" Miete ahnden soll, führte 1978 zu 1400 Verfahren, ein Drittel weniger als 1977. Der Grund für das Sinken der Zahl liegt in der durch Gerichtsentscheidungen veränderten Definition von „wesentlich". War früher 10% mehr als die Vergleichsmiete wesentlich, so sind es jetzt 20%, wie es Ende 78 in Anpassung an die Gerichtsentscheidungen in die Länderrichtlinien aufgenommen wurde. (Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung 19.7.1979). Von den 1400 Verfahren sind 41% noch im selben Jahr eingestellt worden, in 42 Fällen erging ein Bußgeldbescheid, von denen ganze vier rechtskräftig wurden.

Kein Wunder, daß der neue Mietspiegel in Hamburg gegenüber 1977 in Neubauwohnungen 3,5%, in Altbauwohnungen 8% höhere Mieten aufweist. Die Zuschüsse zur Wohnungsmodernisierung und zu energiesparenden Einrichtungen, die die Mietpreissteigerungen auffangen sollen, bewirken das gerade Gegenteil: Eine staatlich geförderte Modernisierungsmaßnahme darf der Mieter nur in besonderen Härtefällen ablehnen. Die Beschränkung der Mieterhöhung sichert nur ihre etappenweise Durchsetzung. Und nach spätestens neun Jahren ist der Hausbesitzer in der Mietpreisgestaltung wieder frei. Er hat die Zuschüsse kassiert und die Mieter konnten selbst beschaffte Öfen und Einbaudusche zum Schrottplatz fahren.

„Zerstörung der Substanz akademischen Studiums"

Bourgeoisie bekommt Studentenbewegung nicht in den Griff

r.kea. Die FAZ läßt in ihrer Ausgabe vom 3. August den Trierer Prof. Morkel klagen über die „Verschulung des Studiums" und die „Zerstörung der Substanz des akademischen Studiums". Die Möglichkeit den bürgerlichen Elitenachwuchs zu züchten, käme zu kurz. Nicht in Zweifel gezogen wird der Zweck der noch stattfindenden Hochschulreform: massenhaft billige akademische Arbeitskräfte auszubilden für den Bedarf der imperialistischen Bourgeosie. Aber es tauchen Widersprüche auf.

Seit Jahren läßt die Bourgeosie die Hochschulen und Studenten intensiv erforschen „zur Schaffung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Rationalisierung in den Hochschu-

Beruf mehr Bedeutung zumessen, als „hohem gesellschaftlichen Ansehen" oder „Anweisungsbefugnissen". Danach gefragt, von welchen gesellschaftlichen Gruppen sie sich Unterstützung erhoffen, gaben die meisten Studenten Gewerkschaften und Berufsverbände an. Parteien und Arbeitgeberverbände schnitten schlecht ab.

Man weiß jetzt, was von den in letzter Zeit in der bürgerlichen Presse öfter verbreiteten Meldungen, die Mehrheit der Studenten neige den bürgerlichen Parteien zu und hege staatstragende Anschauungen, zu halten ist. Den Widerstand der Studenten an *allen* Hochschulen gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und die Verschärfung des materiellen Elends tot-

zuschweigen, nützt der bürgerlichen Presse auch so immer weniger. In Hannover z.B. führen Studenten des Wohnheims „Silo" einen Mietzahlungsboykott durch und haben am letzten Samstag das schäbige Mobiliar einer Studentenunterkunft dieses Wohnheims öffentlich auf der Straße ausgestellt und Unterschriften zur Unterstützung ihres Kampfes gesammelt (Bild). In letzter Zeit hörte man von Überlegungen einiger SPD- und FDP-Hochschulpolitiker in Richtung Abschaffung der Regelstudienzeit und der Zwangsexmatrikulation. Solche Leute sollte man beim Wort nehmen und die Studentenorganisationen ihrer Partei zu praktischen Aktionseinheiten zwin-
gen

„Zerstörung der Substanz akademischen Studiums"

Bourgeoisie bekommt Studentenbewegung nicht in den Griff

r.kea. Die FAZ läßt in ihrer Ausgabe vom 3. August den Trierer Prof. Morkel klagen über die „Verschulung des Studiums" und die „Zerstörung der Substanz des akademischen Studiums". Die Möglichkeit den bürgerlichen Elitenachwuchs zu züchten, käme zu kurz. Nicht in Zweifel gezogen wird der Zweck der noch stattfindenden Hochschulreform: massenhaft billige akademische Arbeitskräfte auszubilden für den Bedarf der imperialistischen Bourgeosie. Aber es tauchen Widersprüche auf.

Seit Jahren läßt die Bourgeosie die Hochschulen und Studenten intensiv erforschen „zur Schaffung von Entscheidungsgrundlagen und Verfahren zur Rationalisierung in den Hochschulen." (Jahresarbeitsbericht der Hochschul-Informations-System GmbH 1978). „Insbesondere wurde festgestellt, inwieweit die Hochschulabsolventen sich bereitfinden, verschlechterter Arbeitsmarktlage durch geringere Einkommensansprüche und größere berufliche und örtliche Mobilität zu begegnen." (HIS Einzelprojekt „Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt"). Weiter mußte HIS feststellen, „daß der Anteil der Abiturienten 77, der ein Studium an wissenschaftlichen Hochschulen aufgenommen hat, signifikant geringer ist, als der der Abiturienten 76." Bei Befragung höherer Semester kam heraus, daß diese günstigen Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung im späteren Beruf mehr Bedeutung zumessen, als „hohem gesellschaftlichen Ansehen" oder „Anweisungsbefugnissen". Danach gefragt, von welchen gesellschaftlichen Gruppen sie sich Unterstützung erhoffen, gaben die meisten Studenten Gewerkschaften und Berufsverbände an. Parteien und Arbeitgeberverbände schnitten schlecht ab.

Man weiß jetzt, was von den in letzter Zeit in der bürgerlichen Presse öfter verbreiteten Meldungen, die Mehrheit der Studenten neige den bürgerlichen Parteien zu und hege staatstragende Anschauungen, zu halten ist. Den Widerstand der Studenten an *allen* Hochschulen gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und die Verschärfung des materiellen Elends totzuschweigen, nützt der bürgerlichen Presse auch so immer weniger. In Hannover z.B. führen Studenten des Wohnheims „Silo" einen Mietzahlungsboykott durch und haben am letzten Samstag das schäbige Mobiliar einer Studentenunterkunft dieses Wohnheims öffentlich auf der Straße ausgestellt und Unterschriften zur Unterstützung ihres Kampfes gesammelt (Bild). In letzter Zeit hörte man von Überlegungen einiger SPD- und FDP-Hochschulpolitiker in Richtung Abschaffung der Regelstudienzeit und der Zwangsexmatrikulation. Solche Leute sollte man beim Wort nehmen und die Studentenorganisationen ihrer Partei zu praktischen Aktionseinheiten zwingen.



b.mio. **Die Belegschaft der Herrenkleiderwerke Odermark und die Gewerkschaft Textil-Bekleidung mußten wieder mit Kampfmaßnahmen drohen, um die Auszahlung der Augustlöhne zu erreichen.** Nach der Demonstration der Arbeiter und Angestellten von Odermark aus Goslar, Salzgitter und Wolfsburg Ende Juni, an der 2000, darunter Delegationen aus sämtlichen Goslarer Betrieben, teilnahmen, hatte das Land Niedersachsen unter der Bedingung eine Bürgschaft von 7 Mio. DM übernommen, daß die drei „Hausbanken" ebenfalls Kapital investieren, um die Produktion der Winterkollektion vorzufinanzieren. Bis Ende Oktober, bis dahin sollte der Konkursverwalter die Geschäfte führen, sollte ein Käufer gefunden sein. Jetzt mußten Teile der Belegschaft mit Arbeitsniederlegung drohen, um die Auszahlung der Löhne durchzusetzen, weil der Konkursverwalter zahlungsunfähig war. Die Financial Banc of Chicago wollte sich vom Land Niedersachsen erst noch schnell die Zusage holen, auch für ihre Gelder zu bürgen. Das Geld ist nun zwar da, für die Belegschaft aber nichts gesichert. Nach Angaben der GTB ist bei den Übernahmeverhandlungen weder sicher, ob alle drei Werke, noch, ob die ganze Belegschaft übernommen wird. Inzwischen hat sich ein „Aktionskreis" gebildet, in dem so etwa alles sitzt, neben Gewerkschaftern, was in Goslar und Umgebung das Volk betrügt. Daß Kampfmaßnahmen mehr nützen, weiß die Belegschaft inzwischen erst recht. Die GTB bereitet eine Dokumentation insbesondere gegen die Banken vor.

b.rej. **Verstärkt streitet die christliche Reaktion gegen die „Um-Interpretation" des Strafparagrafen 218 („Der Dom"), die zu viele Notlagen-Abtreibungen ermöglicht habe.** Auf Antrag der CDU habe der Kreis Höxter vorbildhaft 50000 DM im Jahr und die Stadt 5000 für unbürokratische Hilfe zum Schutz werdenden Lebens beschlossen. Damit Notlage nicht mehr so oft zur Abtreibung führt, sollen auch Frauen, die anonym bleiben und Sozialhilfe nicht beanspruchen wollen, Hilfe bekommen: mit einmalig 1000 DM oder bis zu 4500 DM in 18 Monaten für Haushalt, Ausbildung, Babyausstattung oder anderes soll (mit Genehmigung des Kreissozialamtes) das „selbständige Rechtsgut" Kind geschützt werden. Laut Richtlinie muß die § 218-Beratungsstelle dafür einen Bericht über die Arbeit „vor Ort" liefern.

r.scd. **Falschmeldung über Einkommenshöhe der landwirtschaftlichen Betriebe.** Im jüngsten Bericht des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wird das Reineinkommen einer selbständigen bäuerlichen Familie mit 4430 DM pro Monat für das Jahr 1978 angegeben. Zu Recht greift der Landvolkverband diese Veröffentlichung an und stellt die Untersuchungsergebnisse des Agrarberichts 1979 demgegenüber. Danach betrug das Reineinkommen 1978 in Niedersachsen 2224 DM im Bundesdurchschnitt sogar nur 2000 DM. Die Angaben des DIW liegen somit ca. 90% über den tatsächlichen *durchschnittlichen* Einkommen. Das Reineinkommen enthält das Entgelt für die mithelfende nicht entlohnte Familie, aus ihm müssen alle neue Investitionen bestritten werden. Das DIW, in dessen Aufsichtsbehörde der Bundespräsident, der Senat von Berlin, fast alle Bundesministerien und bürgerlichen Parteien, sowie die großen Westberliner Banken sitzen, ist führendes Institut auf dem Gebiet der Wirtschaftsforschung. Die Bourgeosie will mit dieser Veröffentlichung die zur Zeit laufende Kampagne nach mehr Steuern von den Bauern stützen.

Hamburg: Generalverkehrsplan für kapitalistischen Warenverkehr – Zwangsmittel gegen die Massen

r.güt. Am 24.7.79 hat der Hamburger Senat einen Generalverkehrsplan vorgelegt. Seit 1971 hatten in seinem Auftrag eine Reihe bourgeoiser Wissenschaftler an diesem Plan gearbeitet. 1976 hatten sie ein Dokument mit Vorschlägen zur Veränderung des Verkehrsnetzes vorgelegt. Jetzt hat der Senat einige dieser Vorschläge als Generalverkehrsplan verabschiedet.

Bei der Entwicklung des Verkehrsplanes wurde von folgenden ,,Hauptzielen'' ausgegangen:

- ,,Gewährleistung der gewünschten Mobilität der Bevölkerung und damit Befriedung der Verkehrsnachfrage
- Vorhalten eines leistungsfähigen Verkehrssystems für die Wirtschaft als Voraussetzung eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums.
- Entwicklung kostengünstiger Transportmittel und -weisen, sowie
- Gewährleistung freier Transportmittelwahl''.

Für die Hamburger Kapitalisten bedeutet das vor allem: Anschluß des Hamburger Hafens an die europäischen Fernverkehrsstraßen, Erschließung des Unterelberaumes und Beschleunigung der Expansion nach Osten.

Nach den beiden ,,Jahrhundertwerken'' – neuer Elbtunnel und Köhlbrandbrücke – hatte der Hafen bereits direkten Anschluß an die Nord-Süd-Autobahn. Was fehlte, war die Verbindung in den Raum Lübeck, nach Berlin und die DDR. Diese Verbindung herzustellen ist der Kernpunkt des Generalverkehrsplanes. Die Hafenautobahn stellt den direkten Weg zur Autobahn nach Lübeck und zur geplanten Autobahn nach Berlin her. Außerdem ist eine direkte Verbindung des Hafens mit der Hamburger Innenstadt durch einen dritten Elbtunnel geplant sowie eine nördliche Umgehung des Flughafens.

Der Senat will den Generalverkehrsplan als Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen verkaufen. Er hätte sich bei seiner Abfassung vor allem leiten lassen vom Ziel der ,,Wohnumfeldverbesserung'', ,,Schutz der Bürger vor Unfällen und Umweltbelästigungen'' und dem ,,Erhalt und Ausbau der Natur- und Landschaftsräume für Erholung'' (Pressemitteilung vom 27.7.79). Aus diesen Gründen hätte er den Plan fallenlassen, weitere Stadtautobahnen zu bauen, wie es noch im letzten Jahr im Gespräch war (siehe Karte). Stattdessen bekäme der öffentliche Nahverkehr Vorrang und parallel zum Generalplan würde ein Stadtentwicklungsplan ausgearbeitet, der die Wohnverhältnisse verbessern soll.

Ein hinterhältiges Kalkül. Deutlich wird das, sieht man sich die Begründung für den Generalverkehrsplan an. Dort heißt es, daß in Zukunft: ,,häufige und einschneidende Verkehrsbehinderungen nicht zu vermeiden sein werden und im Berufsverkehr bewußt mit Stauungen gerechnet werden muß.'' Das ist sozusagen ein Bestandteil des Plans. Die Arbeiter und Angestellten sollen gezwungen werden, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Der Bau von Park- und Ride-Plätzen wird forciert. Wenn das Auto benutzt wird, dann höchstens bis zum nächstgelegenen Bahnhof. Und am besten das Autofahren ganz aufgeben. Die Wohnstraßen von Arbeitervierteln sollen zu verkehrsberuhigten Zonen ausgebaut werden. Das sieht dann so aus, wie in einigen Straßen Hamburgs bereits praktiziert: Die Straßen werden durch quergestellte Blumenkästen soweit abgesperrt, daß man nur im Slalom bis zu seiner Wohnung kommt. Weitere Mittel sind vorgesehen: ,,Aufhebung der Parkflächen'', ,,Verminderung von Gehwegparken'' und ,,Umwandlung in Fußgängerzonen''. Nach Durchführung dieser Maßnahmen ist es wirklich nicht mehr weit und das Autofahren wird genehmigungspflichtig. Geprobt wurde das ja bereits während des Schneeunwetters: Benutzung des PKW war nur durch behördliche Genehmigung gestattet.

Der Senat kann nur durch Zwangsmaßnahmen gegen die Massen die verstopften Straßen für den kapitalistischen Warenverkehr freiräumen. Ob er damit durchkommt, ist längst nicht ausgemacht. Die Hamburger Handelskammer ist sich da nicht so sicher. Sie sieht nicht nur finanzielle Schwierigkeiten auf sich zukommen.



,,Vietnam-Aktion'' – Spenden für ein Schiff

Subventionsfonds für Chauvinismus und Expansionsinteressen der BRD-Imperialisten

b.düb. ,,Helfen – Menschenleben retten, das will die Vietnam-Aktion'', so der Aufruf aller drei Ratsfraktionen in Wolfenbüttel unter Führung von SPD-Landrat und MdL Bosse, Ernst Henning Jahn, CDU-Kreisvorsitzender, Ratsmitglied und MdL. 23000 DM als Einstieg (20000 aus Steuergeldern des Landkreises und der Stadt) sollten wohl die aufrichtige Absicht beweisen. Vietnamesen mit Sammeldose und Jahn mit Leierkasten sollten das Geld der Massen locker machen. Der Europakämpfer Jahn mußte über das Ergebnis in der Presse berichten: ,,Die Leute reagierten mit begeisterter Zustimmung bis hin zu krasser Ablehnung'' (...),,und wenn wir damit auch nur ein Menschenleben retten (...), die geschichtliche Erfahrung gerade von uns Deutschen sollte uns verpflichten'' (Bosse). Eben diese Erfahrung Vieler ist, daß die gleichen Größen auf der Seite der US-Impeirialisten standen bei dem Vernichtungskrieg gegen die Völker Vietnams, Laos und Kambodschas. Trotz Polizeieinsatz konnten Jahn und Bosse nicht verhindern, daß der Aufruf für die Konferenz in Stockholm unterstützt und 14 DM für den Kampf des kampucheanischen Volkes gesammelt wurden, weil der Flüchtlingsexport Ergebnis der Einlassung Vietnams mit dem Sozialimperialismus und der Aggression gegen die VR China und das Demokratische Kampuchea ist.



Zu Spenden für ,,Ein Schiff für Vietnam'' fordern im Göttinger Tageblatt die Germanistikprofessoren Garbe und Graubner, der Kapitalist Adams, die GT-Redaktion auf. Die Initiatoren dieses Schiffs sind Kalina, Vertreter des Bevollmächtigten der EKD in Bonn, der katholische Prälat Bocklet, ein ,,illustrer Kreis von Politikern, Journalisten und Künstlern'': ,,Jeder, der sich für Auschwitz und Dachau schämt, erhält jetzt die Chance, in einer ähnlichen Situation wie damals Partei zu ergreifen für die Unterdrückten und Verfolgten (...) soviel wie möglich (Flüchtlinge) sollten in die BRD gebracht werden, die Zahl von 50000 sei nicht unrealistisch''. Auf den ,,kühnen Plan'' des Leiters der SOS-Kinderdörfer Gmeiner nach einem ,,Staat für Vietnam-Flüchtlinge'' antwortet der Geschäftsführer des Bonner Vietnam-Büros: er hält es für möglich, in Lateinamerika zwar keinen Vietnam-Staat ähnlich wie Israel zu gründen, jedoch *unbesiedelte* Landstriche urbar zu machen (...) mit Bolivien seien entsprechende Verhandlungen geführt.

Das Flüchtlingselend über das diese Sorte Menschenretter so entsetzt tun, die Spenden in die Töpfe des ,,Schiff für Vietnam'' sind nichts als Vehikel, um den BRD-Imperialisten die Steigbügel für Einmischung und Expansion in Südostasien zu halten. Glänzende Profite, wie sie die Nord-LB aus Rollei Singapur zieht, sind der Stachel, der Jahn und Bosse treibt, mit der Spendenbüchse loszuziehen, damit die BRD-Imperialisten mit den amerikanischen und italienischen Kriegsschiffen vor den Küsten Indochinas um Beute streiten können.

US-Marinepiloten in Subic Bay berichten von ,,nur wenigen Booten'', Korvettenkapitän Merz: ,,Es ist ein bißchen enttäuschend, wir hatten gehofft, mehr Menschen *helfen* zu können''. Der Vertreter der VR China Zhang Wenjing hat auf der Genfer Flüchtlingskonferenz diese Absichten verurteilt: ,,Wenn diese Konferenz nur die Hilfe für die Flüchtlinge und deren Unterbringung diskutiert, der Ursache aber ausweicht, wird sie nutzlos (...) solange wir nicht den Flüchtlingsexport an seiner Wurzel gepackt haben, können wir nicht behaupten, wir hätten unsere humanitäre und moralische Verantwortung erfüllt''.

Niedersachsen: Rasche Verabschiedung des Polizeigesetzes geplant

b.hob. ,,08.00 Uhr: Raketenüberfall auf das Gebäude des Niedersächsischen Ministers des Innern von Osten her. Durch mindestens 15 Raketen wurden zwölf Bedienstete getötet, 28 verletzt, erhebliche Gebäudeschäden verursacht, das Lagezentrum der Polizei ist ausgefallen (...)'', so berichtet die ,,Hannoversche Allgemeine Zeitung'' am 31.7.79 u.a. über einen Lagebericht aus dem niedersächsichen Innenministerium, der den Gewerkschaften zugeleitet wurde.

In diesem Lagebericht wird davon ausgegangen, daß fünf bis sieben ,,Terroristen'' vom Dachgeschoß des Ihme-Zentrums in Hannover aus, verschiedene öffentliche Gebäude beschießen. Ein zweiter Bericht geht davon aus, daß mit drei Hubschraubern ein Angriff aus der Luft auf eine chemische Fabrik erfolgen soll, die Bundeswehr den Einsatz von Luftabwehrwaffen ablehnt und die Einsatzleitung Maschinengewehre einsetzt.

Die Schlußfolgerung des Berichts aus dem Innenministerium ist: ,,(...) 1. die Anordnung über die Anwendung des unmittelbaren Zwanges ggf. auch von Weisungsberechtigten erteilt werden muß, die sich nicht am Einsatzort befinden, 2. daß polizeiliche Lagen denkbar sind, die ohne Einsatz von Handgranaten nicht lösbar erscheinen und dennoch unterhalb der Schwelle des Einsatzes der Bundeswehr liegen.''

Die Ausrüstung der Polizei mit nicht polizeitypischen Waffen wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Als vor zwei Jahren der erste große Versuch gestartet wurde, das Polizeigesetz zu novellieren und den Todesschuß und die Ausrüstung mit Maschinengewehren und Handgranaten durchzusetzen, hat die Vertreterversammlung der IG Metall Wolfsburg sich gegen dieses Gesetz ausgesprochen.

Als direkte Vorbereitung auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und den heftigen Widerstand gegen das imperialistische Energieprogramm wurden im Haushalt 1979 und im Nachtragshaushalt 830 zusätzliche Stellen für den Polizeiapparat geschaffen. Gegenüber den großen Demonstrationen, wie am 31.3. in Hannover (50000) oder dem hartnäckigen Kampf der Bauern, die Verschärfung der Klassenwidersprüche durch Streikbewegung in der Metallindustrie, im Handel – das sind die Gründe, die die Landesregierung jetzt veranlassen, endlich ihr Polizeigesetz durchzuboxen. Mit den jetzigen Veröffentlichungen sollte bewiesen werden, daß es eben unbedingt notwendig ist, die Polizei mit MGs und Handgranaten auszustatten.

Die einzigen, die auf die Veröffentlichung in der ,,Hannoverschen Allgemeinen Zeitung'' Schützenhilfe für Innenminister Möcklinghoff gegeben haben, sind der Vorsitzende der Länderinnenministerkonferenz, Innensenator Fröhlich (SPD) aus Bremen, und der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann.



50000 demonstrierten am 31.3.79 in Hannover. Die Polizeikräfte mußten zurückgezogen werden.

b.ret. **Im VW-Werk Hannover sind gegenwärtig an die 3000 Monteure im Einsatz.** In der Zeit des Werksurlaubs wollen die VW-Kapitalisten ihre Produktionsanlagen umbauen lassen. In dieser Zeit sind besonders Studenten gefragt. Sie werden ohne Versicherungsschutz und ohne andere soziale Leistungen zum Stundenlohn von 18,50 DM rund um die Uhr eingesetzt. Sind gerade in letzter Zeit die Auseinandersetzungen um die Abpressung von Überstunden der Stammarbeiter der ,,Fremdfirmen'', die teilweise ein Jahr und länger schon zu 10 bis 16 Stunden Arbeit gezwungen wurden, auf ein Maß angewachsen, wo viele schon körperlich und nervlich am Rande des Erträglichen angekommen sind, so werden nun Studenten eingesetzt, um weitere Überstunden gegen die Arbeiter durchzusetzen.

b.wof. **Der Oberkreisdirektor des Kreises Lippe hat am 30.7.79 die Zusammenlegung der AOKs Detmold und Lippe verfügt.** Der Zweck: Der Beitragsatz der AOK Detmold erhöht sich für die 50000 Mitglieder von bisher 10,2% auf den der AOK Lippe, 10,8%. Diese Möglichkeit die Ausplünderung zu steigern, ist in Bundesminister Ehrenbergs Krankenversicherungskonstendämpfungsgesetz von 1977 ausdrücklich vorgesehen.

b.alk. **Am 23. Juli hat das Verwaltungsgericht Braunschweig beschlossen, daß der Referendar und Personalratsmitglied A. Kleene rückwirkend wieder in den Schuldienst eingestellt werden muß.** ,,Die aufschiebende Wirkung der Klage des Antragstellers (...) gegen die Entlassungsverfügung (...) wird bis zur Beendigung der (...) Pädagogischen Prüfung (...) längstens zum 31. Oktober 1979 wiederhergestellt; insoweit gilt die bereits durchgeführte Entlassung (zum 30.6.) als nicht erfolgt.'' ,,Zweifellos bleibt in der Celler Öffentlichkeit der Eindruck bestehen, Verkaufen der Kommunistischen Volkszeitung sei eine Tätigkeit, die einem Studienreferendar erlaubt sei.'' Mitnichten, nur ,,dieser Nachteil'' müsse wegen des ,,Grundrechts der Berufsfreiheit hingenommen werden.'' Die Beschlüsse gegen die Entlassung haben gewirkt. Das Urteil gibt den Referendaren politischen Raum, zumal am Celler Studienseminar drei weitere Anhörungsverfahren laufen. Die Schulleitung wird versuchen, die Lage über die Benotung zu ändern.

Ausgewählte Veranstaltungen

Bezirk Hannover

Revolutionäres Volksbildungsprogramm des KBW – Schulungen:

Montag, 6.8. bis Freitag, 10.8.1979

W.I. Lenin ,,Was tun'';
Hannover, Studentenwohnheim Silo, Dorotheenstr., jeweils 20 – 22 Uhr
Hildesheim, Gaststätte Jägerhof (6.,7.,8.8.), Gaststätte Immengarten (9.,10.8.), jeweils 20 – 22 Uhr
Celle, Gaststätte Bürgerstuben, Hattendorfstr., jeweils 20 – 22 Uhr

Kreismitgliederversammlungen der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten Bezirk Hannover für alle Kreise in Hannover, Hildesheim, Celle und Hameln

Vorankündigung

Montag, 13.8. bis Freitag, 17.8.1979

Karl Marx ,,Bürgerkrieg in Frankreich'';
Hameln, Gaststätte Bürgerstuben, Koppenstr., jeweils 20 – 22 Uhr
Friedrichs Engels ,,Anti-Dühring''
Nienburg, Gaststätte Henkel, Ludwig-Jahn-Str., jeweils 20 – 22 Uhr

Bezirk Südostniedersachsen

Revolutionäres Volksbildungsprogramm in der Woche vom 6. bis 10. August:

Reihe: Türkei. a.) Die Türkei bleibt im Feudalismus stecken. Die Imperialisten machen sich an ihre Verteidigung. England, Rußland, Österreich und das Deutsche Reich. b.) 1898. Der deutsche Kaiser turtelt mit dem Sultan. Die Absicht, die Türkei in eine Halbkolonie des Deutschen Reiches zu verwandeln, ist durchsichtig; in der Türkei erstarkt die Bewegung für eine demokratische Revolution. c.) 1905. Das Deutsche Reich nutzt den Expansionsdruck des russischen Zarismus gegen die Türkei aus, um die Türkei in das Bündnis zu zwingen und auszubluten. Krupp macht glänzende Geschäfte; die britischen Imperialisten versuchen, die arabische Nation zu spalten und sich immer tiefer einzunisten. d.) 1923. Die demokratische Revolution des Atatürk. Die große Oktoberrevolution hat den Kampf gegen den Imperialismus und Feudalismus machtvoll gefördert. Die Politik der Bolschewiki unterscheidet sich grundlegend vom Expansionismus der alten Zaren.

Osterode-Herzberg, Montag: Brandenburger Tor, Herzberg; Dienstag bis Freitag: Zur Post, Pöhlde, 19.30 Uhr.

Reihe: Das russische Reich ist vom Zaren zusammengeraubt. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß.
Peine, Ilse Klause, 19.30 Uhr.

Schulung:
Marx: ,,Bürgerkrieg in Frankreich''
Braunschweig, Gauß-Stuben, Bültenweg, 19.30 Uhr

Bezirk Ostwestfalen

Reihen des revolutionären Volksbildungsprogramms

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft. 6. – 10.8., Detmold, Gaststätte Zur Linde, jeweils 19.00 Uhr

Die Deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion. 13. – 16.8., Bünde, Gaststätte Niedermeyer, jeweils 19.00 Uhr

Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung. 13. – 16.8., Paderborn, Gaststätte Rolandseck, jeweils 19.30 Uhr

Reihe zur Kritik am Reformismus. 13. – 15.8., Minden, Gaststätte Kabüffchen, jeweils 19.30 Uhr

Umschüler bei Hanomag: Kapitalisten sacken ein

b.tfr. Gegenwärtig arbeiten 35 Umschüler als „Gäste" auf der Hanomag. Sie werden zu Maschinenschlossern ausgebildet. Die Umschulung dauert zwei Jahre und endet mit der Facharbeiterprüfung. Bezahlt wird sie von der Bundesanstalt für Arbeit, vertreten durch das Arbeitsamt Hannover. Als Unterhaltsgeld wird 80% vom letzten Nettolohn gezahlt. Das ist für die Mehrheit der Umschüler zwischen 800 und 1000 DM. Von 26 Arbeitern an einem Kurs mußten bereits vier aufhören, weil sie von dem Geld nicht leben konnten, der Vorjahreskurs schrumpfte innerhalb eines Jahres auf die Hälfte zusammen. Bei Krankheit verschlechtert sich die Lage der Umschüler noch mehr. Das Unterhaltsgeld wird eingestellt und man muß an die Krankenkasse einen Antrag zwecks Krankengeld stellen. Nach Ende der Krankheit stellt die Kasse die Zahlung ein, notwendig wird ein Wiederaufnahmeantrag an das Arbeitsamt. Fünf Formulare müssen hin und her geschickt werden; ehe die Zahlungen vom Arbeitsamt kommen, vergehen sechs Wochen.

Für die Kapitalisten ist die Ausbildung der Umschüler eine profitable Angelegenheit. Aus einem Vertrag zwischen dem Arbeitsamt Hannover und Massey-Fergusson Hanomag ergibt sich, daß die Kapitalisten aus der Arbeitslosenversicherung vor drei Jahren bereits 17000 DM pro Umschüler eingesackt haben. Heute sind es über 20000 DM. Auch die Bezahlung der Lernmittel geschieht durch das Arbeitsamt. So sind die Kosten für die Kapitalisten niedrig, und sie können sich die Arbeitskraft der Umschüler zum Nulltarif einsaugen, wenn sie nach Beendigung der Grundausbildung in die Produktion gehen.

Um Widerstand der Umschüler gegen die Vernutzung ihrer Arbeitskraft auszuschalten, ist zwischen dem Arbeitsamt und den Kapitalisten vertraglich festgehalten: „Der Träger überwacht laufend die Leistungen der Teilnehmer. Er teilt dem Arbeitsamt die Namen der Teilnehmer umgehend schriftlich mit, die wegen fehlender Eignung oder aus anderen Gründen das Maßnahmeziel voraussichtlich nicht erreichen... Das gilt auch für Teilnehmer, die durch ihr Verhalten den Erfolg der Bildungsmaßnahme gefährden oder deren Ablauf stören." Gegen ihre Entrechtung beginnen sich die Umschüler zu organisieren. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad steigt, Verbindungen zwischen Betriebsrat und Jugendvertretung werden bereits unterhalten.

Einsatz von THW und DRK und Feuerwehr unter Fuchtel der Kreisverwaltung

b.mio. Mitte Juli hat im Landkreis Goslar die bisher größte Katastrophenschutzübung stattgefunden. Über 500 Helfer von DRK, THW und freiwilliger Feuerwehr waren im Einsatz mit mehr als 100 Fahrzeugen. Erstmals arbeitete die Einsatzleitung dieser Organisationen „vor Ort" zusammen mit einem kompletten Katastrophenschutzstab in der Kreisverwaltung, der durch Kreisdirektor Mücke als zur Übung amtierenden Hauptverwaltungsbeamten geleitet wurde. Die Initiatoren hatten sich folgendes Drehbuch einfallen lassen: „Auf der Grundlage der Annahme, daß ein mit 120 Jugendlichen besetzter Personenzug und ein Güterzug zusammengestoßen waren, lagen auf und an dem Bahndamm die mit markanten Verletzungen - geschminkten Unfallopfer wimmernd und um Hilfe rufend herum, die Züge waren durch einige Kraftfahrzeuge markiert." (Goslarsche Zeitung vom 16.7.79)

Soweit ist das Regiebuch ganz normal. Interessant sind die Details. Es handelt sich zum einen um die stillgelegte Bahnstrecke Bad Harzburg – Eckertal. Gewollt naiv schreibt die GZ: „Als tatsächliche Katastrophe bei dieser Katastrophenübung geriet in Erinnerung, daß sich ein solcher Unfall im Eckertal nicht mehr ereignen kann, weil die Bahnstrecke als Folge der Grenzziehung zum anderen Deutschland nicht mehr existiert." Zum anderen wurde die Übung durch einen Atomalarm gekrönt. Rein zufällig stand im Drehbuch, daß an der Unfallstelle „spaltbares Material freigesetzt" worden war. Aus der Bergung von 76 teils schwer verletzten Jugendlichen war unter der Feder der Initiatoren fein kalkuliert eine Kriegs- bzw. Bürgerkriegsübung geworden. Die Leimrute war mit den gefährdeten Menschenleben (auch noch Jugendlichen!) gelegt, für den Rest hätte man kaum 500 „freiwillige Helfer" von THW, DRK und Feuerwehr gewinnen können. „Es hat eigentlich alles sehr gut geklappt", resümierte Kreisdirektor Mücke. Daß sich ein Helfer bei dem Manöver tatsächlich einen Armbruch zugezogen hat, ist für diesen Schreibtischstrategen scheinbar genauso selbstverständlich wie ein paar Tote bei einem Bundeswehrmanöver „dazugehören".

Die Kreisverwaltung pumpt Jahr für Jahr beträchtliche Mittel in den Katastropenschutz. 1979 ist bereits die Rekordsumme von mehr als einer halben Mio. DM beschlossen: 433000 DM gehen an die Kreisfeuerwehren, 50000 DM an den DRK-Kreisverband und 15000 DM an den THW-Kreisverband. Über die genaue Verteilung der Mittel bestimmt der Ausschuß für öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landkreises. Neben der sog. „Luftschutztruppe", die dem „Objektschutz" dienen soll und direkt der Kreisverwaltung untersteht (sie ist ca. 100 Mann stark, Wehrpflichtige können sich als „Alternative" zur Bundeswehr hier für 10 Jahre verpflichten), ist über den Ausschuß für öffentliche Sicherheit und Ordnung der Zugriff auf die „freiwilligen Hilfsorganisationen" gesichert. Ebenso auch dadurch, daß Funktionsträger des Landkreises Ämter in diesen Organisationen besetzen. Oberkreisdirektor Müller z.B. ist Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Goslar, dessen Mitglieder 1978 insgesamt 123124 „Dienststunden" unentgeltlich verrichteten und so dem Landkreis rd. 2,5 Mio. DM ersparten.

P&S Betriebsrat: 5-Tage-Woche an den Schulen!

b.sul. Der Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter, Werk 1, ist gegen die Abschaffung der Fünf-Tage-Woche an den Schulen. In einem offenen Brief an den Kultusminister heißt es: „Im Namen der von uns vertretenen etwa 10000 Belegschaftsmitgliedern sind wir der Auffassung, daß Ihr Vorhaben in unserem Wohnbereich zu einem wesentlichen Rückschlag führen würde. An vielen allgemeinbildenden Schulen in Salzgitter ist der Samstag schulfrei. Das Familienleben hat sich diesem Tatbestand angepaßt. Dies ist vor allem für Schichtarbeiter von erheblicher Bedeutung, da sie nur an einem Wochenende die Möglichkeit haben, mit der ganzen Familie etwas zu unternehmen". Der Brief des P&S-Betriebsrates richtet sich gegen die von Remmers per Erlaß geplante Maßnahme, nur noch den zweiten Samstag im Monat unterrichtsfrei zu lassen.

In einem Brief an das Kultusministerium bekräftigt der Elternrat der Grundschule Liebenburg-Othfresen ebenfalls die Forderung nach Beibehaltung der Fünf-Tage-Woche im Schuljahr 1979/80 und darüberhinaus. Seit 1975 wird an dieser Schule die Fünf-Tage-Woche auf Wunsch der Eltern praktiziert und wird nach neuester Befragung von 95,4% aller Eltern unterstützt. In dem Brief heißt es, daß wegen der organisatorische Schwierigkeiten, d.h. Unterrichtsausfall, noch eine Überforderung der Schüler durch den Nachmittagsunterricht aufgetreten seien. Auch die Kosten für den Schülertransport würden durch die 5-Tage-Woche gesenkt. Insbesondere die Fahrschüler, die wegen der langen Anfahrwege während der Woche früh aufstehen müssen, haben jetzt die Möglichkeit, zweimal in der Woche auszuschlafen. Das freie Wochenende verlängere und intensiviere die dringend notwendige Erholungsphase der Grundschüler, was dem Argument der „Schulstreßballung" entgegensteht. Auch das Familienleben, das während der Woche aufgrund von Berufstätigkeit eines oder beider Elternteile nicht ausreichend gepflegt werden könne, kann am Wochenende intensiviert werden.

50-Stundenwoche ist schon die Regel

b.roh. Mit der Drohung, den Werkzeugbau zu schließen, falls keine Überstunden mehr geleistet würden, hat der Kapitalist Benteler den Betriebsrat des Bielefelder Maschinenbaubetriebes erpreßt, eine Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen, wonach die Arbeitszeit von Mitte Mai bis zum 31. Juli auf mindestens 51 Stunden in der Woche ausgedehnt wird. Die Arbeiter des Werkzeugbaus hatten kurz vorher eine Resolution verabschiedet, in der sie sich gegen die Überstundenarbeit ausgesprochen hatten. Von Januar bis Mai hatten die Arbeiter ebenfalls 51 Stunden pro Woche arbeiten müssen. Für den Rest des Jahres hat Benteler die „Hoffnung" ausgesprochen, daß auch ohne Betriebsvereinbarung Überstunden gearbeitet würden, als Gegenleistung dafür, daß ein paar Arbeiter höhergruppiert worden sind. Ähnliche Überstundenschinderei gibt es auch in den anderen Maschinenbaubetrieben: Der Landmaschinenkapitalist Claas läßt seit Anfang des Jahres täglich 9 Stunden in zwei Schichten fahren; ab 1.6. 8½ und ab 4.8. wieder 9 Stunden täglich; die Bielefelder Werkzeugmaschinenkapitalisten Droop und Rein verlangen „freiwillige Überstunden"; ebenso Gildemeister. Auch hier sind 50 Stunden in der Woche die Regel.

Zur Begründung geben die Maschinenbaukapitalisten brancheneigentümliche Ursachen an: „Abnehmende Produktlebedauer, steigende Produktvielfalt und als Folge davon geringere Auftragsstückzahlen." Die Folge: „So sind selbst in kurzfristigen Planungsspielräumen Absatzschwankungen von 50% über und unter den ermittelten Planwerten keine Seltenheit mehr." (Verband deutscher Ingenieure). Also Überstunden und bei Bedarf Schichtarbeit unumgänglich, zumindest aber unabhängig vom Willen des einzelnen Kapitalisten? So ist das keinesfalls. Zwar weist der Auftragseingang beispielsweise im Werkzeugmaschinenbau tatsächlich starke Schwankungen aus:

Veränderungen im Auftragseingang gegenüber dem Vorjahr:

Jahr	%	Jahr	%
1976	-21	1973	80
1968	62	1974	-21
1969	51	1975	-35
1970	-35	1976	-39
1971	-40	1977	17
1972	21	1978	12

(Quelle: Fachgruppe Werkzeugmaschinen im Verband der Maschinnenbauanstalten)

Der Auftragseingang spiegelt nichts weiter als die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus wider. Im „Boom" vor der Krise 74/75 verlangten die Kapitalisten nach Werkzeugmaschinen, um soviel Arbeitskraft wie irgend möglich flüssig zu machen, um so einen Extraprofit zu scheffeln. Die gleiche Absicht verfolgen sie, um die Krise für sich zu überwinden. Jedesmal kommt es darauf an, daß sie die erforderlichen Maschinen schnell, das heißt vor der Konkurrenz haben. Folglich drängen sie auf kurze Termine. Der Maschinenbaukapitalist, der am schnellsten liefern kann, bekommt den Zuschlag. Mit anderen Worten, derjenige Kapitalist, der am meisten Arbeitskraft aus den Belegschaften herauspressen kann, macht die dicksten Profite. Es sind also nicht spezielle Produktionsbedingungen im Maschninenbau, die Überstunden erfordern, sondern höchstens die Bedingungen der Profitmacherei. Sowieso zeigt die obige Tabelle, daß die Schwankungen ins Auftragsplus viel größer sind als ins Minus, was für die grenzenlose Profitgier der Maschinenbaukapitalisten spicht. Schon hier ist kein Grund zu sehen, warum sich die Arbeiter der Profitjagd ihres Kapitalisten unterwerfen sollten. Es liegt auf der Hand, daß die Konkurrenz unter den Kapitalisten die Überstundenarbeit in schwindelnde Höhen treibt, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird. Die Überstunden, die jetzt gefahren werden, sind offensichtlich keine kurzfristig angeordneten, um diesen oder jenen Auftrag zu ergattern. Vielmehr sind die Kapitalisten dabei, den niedrigen Lohnabschluß des letzten Jahres zu nutzen, um die Arbeitszeit auf einem höheren Niveau zu fixieren.

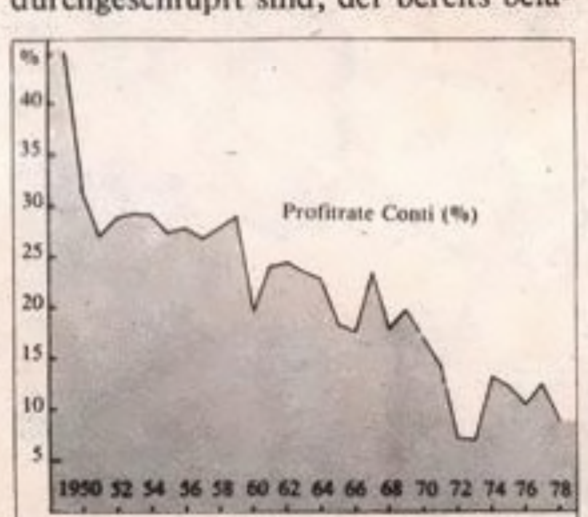
Conti: Der Kauf von Uniroyal soll mit verschärfter Ausbeutung gesichert werden

b.gef. Conti-Vorstandsvorsitzender Hahn hat, nachdem es lange Jahre keine Dividende gab, mit Dividendenausschüttung Anfang der 80er Jahre frohlockt und eine Erhöhung des Kurses der Conti-Aktie vorausgesagt. Er hat das getan im Zusammenhang mit der Übernahme von Uniroyal-Europa, wofür es gilt, erstmal 120 – 130 Mio DM aufzubringen. Dieses Kapital soll, vermittelt über die „Hausbank" der Conti, der Deutschen Bank, mittels sog. Wandeldarlehen einfließen, das heißt festverzinste Darlehen können ab 1981 in einem Verhältnis 100 DM = 1 Aktie und 1985 120 DM = 1 Aktie eingetauscht werden. Beim gegenwärtigen Stand der Conti-Aktie von 54.80 DM (2.8.) eine Steigerung in knappen sechs Jahren auf über 100%? Hahn scheint sich einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der Conti- und Uniroyalarbeiter sicher zu wähnen.

Stehen die Umstrukturierungen in den einzelnen Conti-Werken vor dem Abschluß (Konzentration bestimmter Produkte in bestimmten Werken), so werden jetzt die Uniroyalwerke folgen, wo in allen Werken noch alle Reifengrößen produziert werden. Neben der Steigerung der Produktivität der Arbeit durch ein Investitionsprogramm von 300 Mio. DM (1978-1980) steht die reine Intensivierung der Arbeit in keinem Punkt zurück. Mit dem Einbau stärkerer Motoren in die Wickelmaschinen der Wickelei der Reifenfabrik vom Werk Vahrenwald z.B. wurden die Akkordwerte für Traktorreifen von 46 Minuten auf 29 bzw. 32 Minuten gekürzt. In der Vahrenwalder Runderneuerung wurden vor einem Monat 30 – 60% höherer Akkord erpreßt mit der Drohung, die Abteilung zu schließen und die Reifen bei der Runderneuerungsfirma Vergölst, einer Contitochter, fertigen zu lassen. Und die jetzt vorgenommene Heruntersetzung der Heizzeit an den Doppelheizern um 10 Minuten auf 50 Minuten bedeutet für die Reifenheizer nichts anderes als ein Sechstel mehr Arbeit in einer Schicht. Das solche niedrigen Heizzeiten sich auf einen Reifen auswirken, machen die Conti-Kapitalisten höchstens mit noch größerem Qualitätsgeschrei in ihrer Werbung wett. Für die Arbeiter wirken sich die niedrigen Heizzeiten als Mehrarbeit aus, auch in den Folgeabteilungen.
Den Arbeitern der Ablieferung in Vahrenwald wurde z.B. angedroht, daß bei mehr als fünf fehlerhaften Reifen, die durchgeschlüpft sind, der bereits belastene Anhänger wieder zu entladen und nachzukontrollieren ist, ohne Lohnausgleich.

Damit auch die Meister spuren und die Arbeiter zu Mehrarbeit antreiben, hat der Vorstand extra ein Handbuch für die Führung der Abteilung den Meistern in die Hand gedrückt: „Eine einwandfreie Qualität müssen Sie mit möglichst niedrigen Kosten erzielen." Und: „Letztlich ist die Qualität Ihrer Erzeugnisse Ausdruck Ihrer eigenen Qualifikation und Leistungsfähigkeit Ihrer Mitarbeiter."

Mitte August werden die Arbeiter die Lohnabrechnungen für den Monat Juli erhalten. Mit Juli werden zum erstenmal die 4,2% Lohnerhöhung dieses Jahres ausgewiesen sein. Dann hat man es schwarz auf weiß, daß das nicht reicht und man handeln muß.



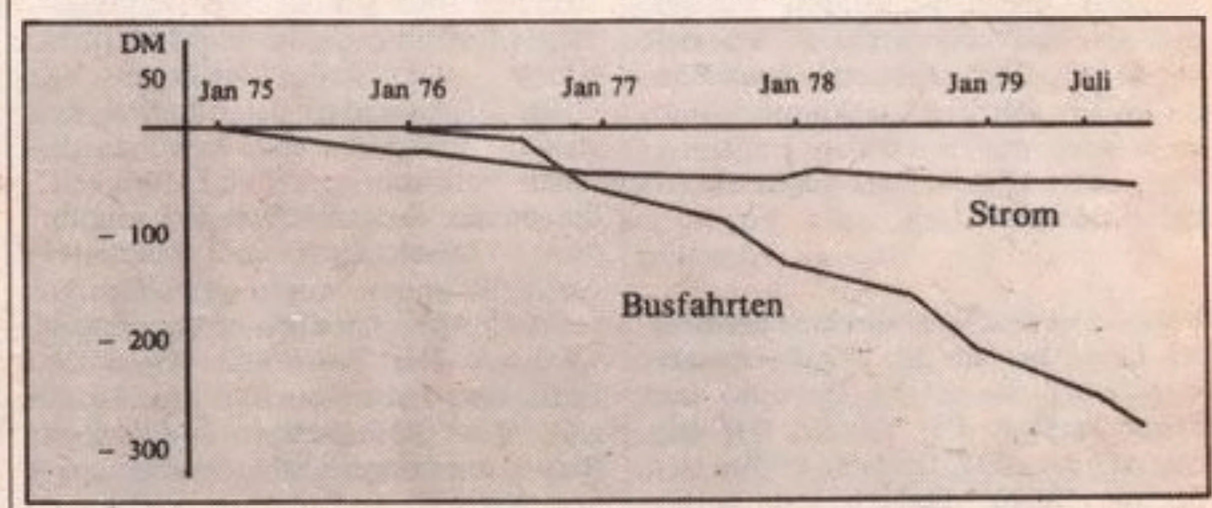


Des Conti-Vorstands Hoffnung, mit dem Kauf von Uniroyal-Europa die Profitrate in früher vorhandene Höhen zu treiben, ist trügerisch. Die Atempause, die er sich verschaffen kann, wird nur von kurzer Dauer sein.

„Delikate" Fahrpreiserhöhungen sollen nicht vorhandenes Defizit beseitigen

b.chi. „Das ist mir zu delikat, dazu möchte ich mich nicht mehr äußern", so Stadtdirektor Ferlings, Mitglied des Aufsichtsrates der PESAG am Telefon auf die Frage nach den Begründungen für die erneuten Fahrpreiserhöhungen, die auch in diesem Jahr pünktlich während des Paderborner Volksfestes anstehen.

Einige Tage zuvor gab er als Grund an: die Defizite der Verkehrsbetriebe der PESAG von 700000 DM 1978. Zum Ausgleich müsse man entweder die Fahr- oder die Strompreise erhöhen, denn aus dem Steueraufkommen gäbe es nur noch die Möglichkeit an kulturellen und sozialen Aufwendungen zu streichen. Das kann doch niemand wollen! Daß dieser Herr auf seine Besuche bei der Norddeutschen Philharmonie z.B. nicht verzichten will, die von der Stadt Paderborn mit 77000 DM 1979 unterstützt wird, versteht sich. Wie verhält es sich nun mit dem Defizit? Recht hat Ferlings, daß die Verkehrsbetriebe ein Defizit haben, aber die PESAG preßt über die Stromversorgung den Massen ein dickes Plus Jahr für Jahr ab. So erreichte die PESAG 1978 einen Jahresüberschuß von 3,2 Mio. DM. Nicht gerechnet sind hier die Konzessionsabgaben an Kreise und Gemeinden, eine Art von Gebühr für das Betreiben der Stromversorgung und der Verkehrsbetriebe. Sie betrug 1978 allein an die Stadt Paderborn 2,4 Mio. DM. Aber, so Ferlings, „die PESAG sei kein kapitalistisches Unternehmen. Da macht keiner eine goldene Nase". Aber wer kriegt denn das Geld, wenn nicht der Preussag Konzern, die Städte und Kreise Paderborn und Höxter, als Eigentümer der PESAG? Ferlings weiß, wo die goldenen Nasen sitzen. Für seine 20-Stunden-Tätigkeit im Aufsichtsrat 1977 erhielt er die stattliche Summe von 5276 DM.



Lohnpreiskonto Bus- und Stromtarife, Paderborn, für einen 4-Personen-Metallarbeiter-Haushalt mit 4 Zimmern (3000 kW p.J.) und einer Schüler-, einer Erwachsenen-Monatskarte und vier 6er-Karten pro Monat (Tarifzone 2)

Unikliniken Göttingen: Erhöhungen der Kantinenpreise

b.ink. Der Plan der Verwaltung, die Kantinenpreise drastisch zu erhöhen, stößt überall auf Widerstand. Einzelne örtliche Personalräte und der Gesamtpersonalrat haben die Erhöhung abgelehnt, ebenso die Vertrauensleute der ÖTV. Die zweite Essenspreiserhöhung wäre das in diesem Jahr, durchschnittlich um über 50%, für Fremde sogar um 150%

	bish.	Pers.	Frem.
Mittagessen	3,65	4,15	7,-
Abendessen	2,30	3,80	5,70
Frühstück	1,90	3,10	4,70
1 Tasse Kaffe	0,40	0,60	1,-
Gulaschsuppe	1,-	1,70	2,-
Brötchen mit Wurst oder Käse	1,-	1,60	2,50
Salat	0,60	1,-	2,-

50 Pfennig mehr pro Mittagessen, das sind bei 20 Essen 10 DM im Monat. Das ist für die meisten etwa ein Viertel der letzten Nettolohnerhöhung, die sich der Dienstherr auf diesem Wege wieder zurückholen will. Schon seit Jahren ist der Anteil des Nettolohns, den die Klinikbeschäftigten für das Mittagessen zahlen müssen, immer mehr erhöht worden. Bei der Berechnung haben wir das Gehalt eines Angestellten in BAT VIb zugrundegelegt, 21 Jahre, verheiratet, mit einem Kind, Steuerklasse III.

Jahr	Netto-lohn	DM für 21 Essen	% vom N-Lohn
1975	1262,50	37,80	2,99
1976	1306,66	44,10	3,38
1977	1362,37	47,25	3;47
1978	1453,70	52,50	3,61
1979	1521,20	55,65	3,66
geplant	1521,20	66,15	4,35

1976	1306,66	44,10	3,38
1977	1362,37	47,25	3;47
1978	1453,70	52,50	3,61
1979	1521,20	55,65	3,66
geplant	1521,20	66,15	4,35

Die geplanten Preiserhöhungen in der Cafeteria sind nicht minder unverschämt. Schon jetzt sind viele Sachen teurer als in einigen Kaufhäusern. So kostet die Dickmilch mit Früchten bei Löb -.55 DM, in der Cafeteria soll sie von -.70 auf -.90 DM erhöht werden, für Fremde sogar auf 1.40 DM. Eine Mini-Flasche Fruchtsaft kostet bei Herkules -.50 DM, sie soll von -.70 DM auf -.90 DM bzw. 1,60 DM erhöht werden.

„Fremde", das sind in erster Linie Patienten. Wenn sie mehrere Stunden in den Polikliniken verbringen, müssen sie zwischendurch etwas essen oder trinken, zumal viele von außerhalb kommen. Die stationären Patienten haben kaum eine andere Möglichkeit, von Station runterzukommen, als in die Cafeteria zu gehen. Das will die Kliniksleitung nutzen, sie auszuplündern, und anders kann man 1.- DM pro Tasse Kaffee nicht nennen.

Als Begründung für die Preiserhöhungen wird ein Runderlaß des Finanzministeriums von 1959 herangezogen. Es heißt dort: Der Essenspreis „ist so zu bemessen, daß er sämtliche Unkosten der Betriebsküche unter Berücksichtigung des Zuschusses zur Gemeinschaftsverpflegung umfaßt, ist aber möglichst niedrig zu halten". Zu diesen Unkosten gehören die „Ergänzung des Bestandes an Geschirr, Bestecken und Wäsche" sowie „die Personalkosten des Küchen-, Bedienungs-und Verkaufspersonals".

Die Verwaltung schreibt dazu: „Diese Regelung hat den Vorteil, daß die Verwaltung der Kliniken mit Zustimmung der Personalvertretung Personaleinstellungen ohne Berücksichtigung von Planstellen für diese Bereiche vornehmen" kann. Damit kann sie allerdings keinem die Preiserhöhungen schmackhaft machen! Wenn wir uns gegenseitig die Löhne zahlen, brauchen wir dafür nicht die Zustimmung der Landesregierung, das ist klar, aber der Vorteil liegt nicht bei uns. Dieser Erlaß bedeutet nicht nur Preistreiberei, sondern auch Spaltung. Verlangt das Küchenpersonal zusätzliche Planstellen, weil die Arbeit immer intensiver wird und nicht mehr zu schaffen ist, sollen alle höhere Kantinenpreise zahlen. Die Frauen in der Cafeteria haben befristete Verträge, die zum 1.9. auslaufen. Herr Lambrecht hat jetzt gedroht, die Frauen alle zu entlassen, wenn der Gesamtpersonalrat den Preiserhöhungen nicht zustimmt, die Cafeteria soll dann dichtgemacht werden. Ein Zusammenschluß dagegen ist nur möglich auf der Forderung nach unbefristeten Verträgen auf ordentlichen Planstellen.

Die erste Preiserhöhung hat die Verwaltung jetzt schon vorgenommen. Seit kurzem müssen die Beschäftigten, die unter 30 Stunden arbeiten, 3,65 DM für ein Mittagessen zahlen. Bisher haben sie immer den Zuschuß von 1 DM bekommen, der ist jetzt gestrichen worden, Mit der geplanten Erhöhung kämen sie dann auf 1,50 DM mehr pro Essen, das sind im Monat bei 21 Mahlzeiten 31,50 DM. Bei den Reinigungsfrauen mit 29-Stunden-Verträgen sind das sogar noch 5 DM mehr als die letz-
worden, Mit der geplanten Erhöhung kämen sie dann auf 1,50 DM mehr pro Essen, das sind im Monat bei 21 Mahlzeiten 31,50 DM. Bei den Reinigungsfrauen mit 29-Stunden-Verträgen sind das sogar noch 5 DM mehr als die letz-
te Nettolohnerhöhung. 87,15 DM, das sind bei den meisten Reinigungsfrauen über 10% des Nettolohns, will die Verwaltung sich allein über die Essenspreise zurückholen. So sollen gerade die niedrigsten Löhne noch weiter gedrückt werden.

Die Vertrauensleute der ÖTV fordern dagegen, daß alle Beschäftigten, auch die, die Teilzeit arbeiten, den Zuschuß erhalten. Darüberhinaus fordern sie, daß das Land den Zuschuß von 1 DM auf 1,50 DM erhöht. Einen entsprechenden Antrag hatte die ÖTV schon 1976 beim Land gestellt, er ist damals abgelehnt worden. Um diese Forderung durchzusetzen, ist es notwendig, daß sich die Personalräte dafür einsetzen und daß sie sich auch mit den Personalräten anderer Landeseinrichtungen darüber verständigen. Seit 1975 ist der Anteil des Zuschusses am Essenspreis von 35,7% auf 27,4% gesenkt worden und soll jetzt sogar weiter auf 24,1% gedrückt werden. Eine Erhöhung des Zuschusses ist längst fällig und die einzige Lösung, wenn wir sagen, daß wir erstens gutes Essen haben wollen und zweitens nicht mehr zahlen. So kann dann auch die Kantine endlich ihrem Auftrag nach dem Runderlaß von 1959 nachkommen: „Es ist sicherzustellen, daß den Bediensteten ein schmackhaftes, ausreichendes und bekömmliches Mittagessen verabreicht wird".

21 Ortsteile im Altkreis Göttingen ohne Lebensmittelladen

b.kek. Das Seminar für Betriebswirtschaftliche Marktlehre der Universität Göttingen hat eine Untersuchung durchgeführt über „strukturelle Veränderungen im Einzelhandel und die damit verbundenen Diskussionen über mögliche Versorgungslücken insbesondere auf dem Lebensmittelsektor im ländlichen Bereich." Untersucht wurden 70 Ortsteile des Altkreises Göttingen mit einer Bevölkerungszahl von 60556. Das Ergebnis der Verfasser: „Trotz Konzentrationstendenzen keine Unterversorgung". Bei diesem Urteil handelt es sich um einen Liebesdienst für die Kaufhauskonzerne und die um die Göttinger Stadtsanierung und um die Durchführung des Raumordnungsprogramms besorgte Bourgeoisie, während schon die Zahlen dieser Untersuchung Aufschluß über die zunehmende Verödung des Landes gegenüber der Stadt Göttingen geben.

Während es 1970 noch 104 Lebensmittelgeschäfte in 60 Ortsteilen gab, waren es 1978 nur noch 81 Lebensmittelgeschäfte in 49 Ortsteilen. 21 Ortsteile mit einer Bevölkerung von 5450 (9% des Altkreises) sind ohne Lebensmittelläden. Nur noch 20 Bäckerei-Fachgeschäfte gibt es in nur noch 19 Ortsteilen, bei den Fleischern sind es nur noch 17 Ladenlokale in 14 Ortsteilen. Zunutze machen sich die sich ständig verschlechternde Versorgung mit Lebensmittel „mobile Lebensmittelhändler", wovon es gegenwärtig schon 30 gibt, 3 davon mit 6 Verkaufswagen. Dazu kommen 50 Verkaufswagen aus 25 Bäckereien, vor allem den größeren Göttinger Bäckereien.

Zwischen 1974 und 1976 haben überdurchschnittlich viel Lebensmitteleinzelhändler aufgeben müssen. Die bürgerlichen Ökonomen wollen weis machen, dies läge an Änderungen des Einkaufsverhaltens der Verbraucher, so als ob die Arbeiter und Bauern die Verödung des Landes auch noch selbst verschuldet hätten. Tatsächlich ist es so, daß 1974 die Stadt in Göttingen für die Kapitalisten die Fußgängerzone gebaut hat, im Mai 74 Hertie eröffnet wurde und viele andere großere Geschäfte durch die Vertreibung von 6000 Innenstadtbewohnern eröffnet wurden. Zum Aufgeben gezwungen wurden die selbstständigen Lebensmittelhändler durch die Konkurrenz der mit staatlichen Hilfen geförderten Kaufhauskonzerne.

Während die Bourgeoisie dabei ist, Göttingen zum „Oberzentrum" auszubauen, gelten Bovenden und Rosdorf nach dem regionalen Raumordnungsprogramm als „Nebenzentren im Schwerpunktraum Göttingen". 84 von 389 ermittelten Einzelhandelsbetrieben befanden sich dort.

Die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land hat verschiedene Aspekte: In der Lebensmittelabteilung bei Hertie sind von 65 Beschäftigten 24 Pendler: Sie müssen täglich eine Strecke von 80 – 90 km zurücklegen, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Nach einer Untersuchung der Forschungsstelle für den Handel in Westberlin muß man in ländlichen Gebieten bis zur nächsten Einkaufsstätte im Durchschnitt 2,5 km zurücklegen, zu einem anderen als dem nächsten Geschäft beträgt die Entfernung dann schon zwischen 9 und 18 km.



Für jedes Hemd, für jedes Paar Schuhe in die Stadt: Die Kaufhauskonzerne füllen sich die Taschen. Bild: Hertie Göttingen.

Städtische Sanierungsfolgen: Vertreibung und Mietausplünderung in Linden-Süd

Städtische Sanierungsfolgen: Vertreibung und Mietausplünderung in Linden-Süd

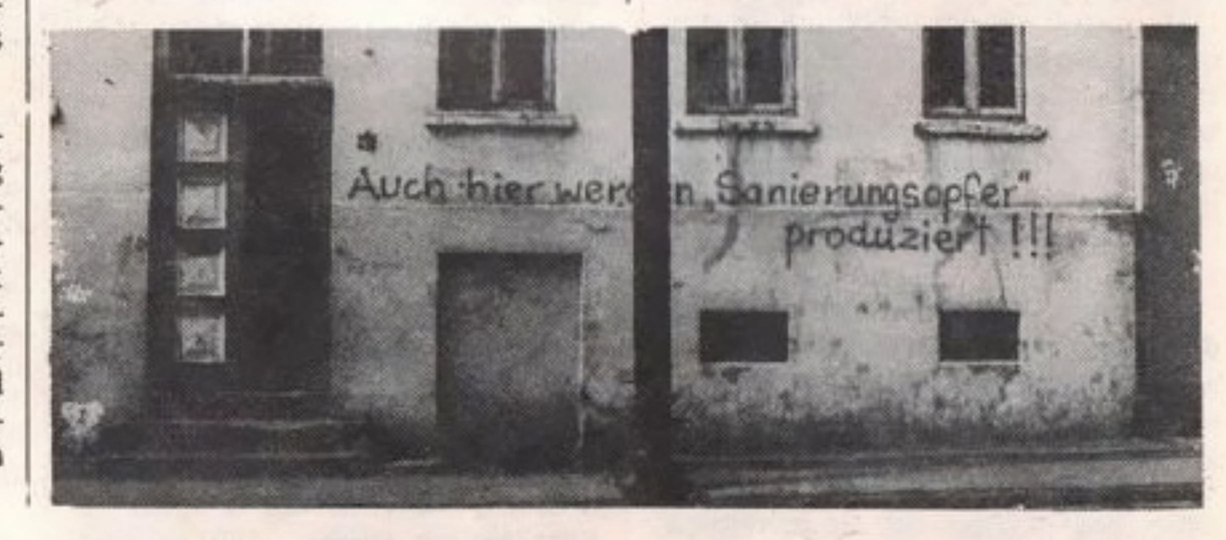
b.moa. Seit 1972 wird in Linden Süd saniert. Die offiziellen Gründe sind bekannt: die Bausubstanz ist verrottet, viele Wohnungen haben kein Bad oder Dusche, die Toiletten liegen im Hinterhaus oder eine halbe Treppe tiefer, Heizungen sind kaum vorhanden. Daß solche Häuser den Preis des Grund und Bodens von Linden Süd, das relativ zentral liegt, drücken, statt ihn zu erhöhen, weil sie den veränderten Verhältnissen der Ausdehnung Hannovers als Landeshauptstadt nicht mehr entsprechen, liegt auf der Hand. Man ließ sie also verrotten, um sie nun abreißen zu können und aus der Grundrente die durch ihre zentrale Lage enorm gestiegen ist, Kapital schlagen zu können. 60 Häuser und Hinterhäuser wurden bereits abgerissen, sie sollen vorgesehenen Neubauten und Grünflächen Platz machen, von denen 200 als „Soziale-Wohnungsbau-Wohnungen" bereits fertiggestellt sind.

Nicht die Verbesserung der Wohnverhältnisse für die Arbeiterbevölkerung sind die Folge dieser Maßnahmen, sondern entweder ihre Vertreibung in andere Stadtteile, wie etwa der Nordstadt in Hannover, die eine ähnliche Entwicklung machen werden, oder der Mietausplünderung derjenigen wird Vorschub geleistet, die eine der wenigen modernisierten oder neugebauten Wohnungen „ergattern" konnten.

Letztere trifft dann das „Dilemma der Mietpreisentwicklung", so die bürgerliche Presse, das heißt, die 4,50 DM pro Quadratmeter, die beim Neubau im sozialen Wohnungsbau zugestanden werden, bilden nur den Anfang einer Mietlawine, die in 15 Jahren auf ca. 1000 DM Kaltmiete für die 70 m² große Wohnung angeschwollen sein wird.

Gegen die Verschlechterung ihrer Wohnbedingungen und die Ausplünderung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft haben die Bewohner in Linden Süd schon länge den Kampf aufgenommen. Einige Häuser des Stadtteils sind voller Parolen, die die berechtigte Empörung zum Ausdruck bringen. Mietstreiks sind durchgeführt worden.

In dem abgebildeten Haus wohnen nur noch vier türkische Familien in elendsten Verhältnissen. Die Stadt hatte den Abriß bereits für dieses Jahr angekündigt, sie rechnen aber erst im nächsten Jahr damit. Für eine kleine Drei-Zimmer-Wohnung zahlt eine Familie 150 DM Kaltmiete. Seit Monaten gibt es kein warmes Wasser mehr. Die Stadt, als Eigentümer dafür verantwortlich, läßt schon lange nichts mehr in Stand setzen. Eine andere Wohnung ist den Familien angeboten worden, aber zum doppelten Mietpreis und einem Wohngeldzuschuß der Stadt. Sie sind nicht in der Lage, 300 DM monatlich Miete aufzubringen von einem Arbeiterlohn, der eh für die sechsköpfige Familie vorn und hinten nicht reicht. Ihrer baldigen Vertreibung können sie kaum einen Riegel vorschieben.



Vertrauensleute gegen einjährige Pflegehelferausbildung

b.wof. Die Vertrauensleute der ÖTV und die betrieblichen Vertrauensleute des städtischen Krankenhauses Bielefeld-Mitte haben sich gegen die von der Stadt geplante Wiedereinführung eines Ausbildungskurses für die einjährige Krankenpflegehelferausbildung ausgesprochen. Mit der Begründung Personalmangel will die Stadt so einen Kurs mit 30 Teilnehmern im Oktober anlaufen lassen. Rechneten Beschäftigte auf der letzten Personalversammlung vor, daß allein auf zwei Stationen acht Planstellen für voll ausgebildete Krankenpflegekräfte unbesetzt sind, so sind die Planstellen für Pflegehelfer tatsächlich schon jetzt überbelegt. Offensichtlich plant die Stadt Umstrukturierungen des Personals. Dafür spricht auch, daß als weitere Begründung für die Wiedereinführung der Pflegehelferausbildung die Personalplanung für den geplanten Neubau des städtischen Krankenhauses angeführt wird. 1301,13 DM beträgt nach der Gehaltsgruppe KR 4 die Grundvergütung für eine examinierte Pflegekraft, d. h. eine Pflegekraft mit der vollen dreijährigen Ausbildung, in Stufe 1. Die Pflegehilfskräfte werden nach KR 3 bezahlt, das sind 1220,90 DM. Dabei müssen die Pflegehilfskräfte meist die gleiche Arbeit machen wie voll ausgebildete, abgesehen davon, daß sie in bestimmten Funktionen, wie der Intensivstation, nicht eingesetzt werden dürfen. Damit die Vernutzung als billige Arbeitskraft von Anfang an gewährleistet ist, werden die Pflegehelferschülerinnen und -schüler mit einer Grundvergütung von 628,47 DM auch noch niedriger bezahlt, als die Lernschwestern und -pfleger der dreijährigen Ausbildung mit 720,55 DM.

Bereits auf der Veranstaltung der ÖTV in der Aktionswoche zum Gesundheitswesen im Juni wurde dazu aufgefordert, die Wiedereinführung des Pflegehelferkurses zu verhindern. Die ÖTV erhebt die richtige Forderung nach Abschaffung der einjährigen Ausbildung, wozu das geplante Krankenpflege- und Hebammengesetz, das die einjährige Ausbildung festschreiben soll, verhindert werden muß.

Riemers großer Coup – Änderung im Verkehrsprogramm der Bundesregierung

b.kiu. Der nordrheinwestfälische Verkehrsminister und Landesvorsitzende der FDP, Riemer, hat bekanntgegeben, er habe die Straßenplanung geändert. Statt des vorgesehenen Autobahnausbaus soll nun der Nahverkehr ausgebaut werden, dafür 700 km geplante Autobahn gestrichen. Rau, Ministerpräsident NRW, läßt mitteilen, er sei dagegen. Der Biedenkopf und sein Anhänger Köppler erklären, sie wären schon immer gegen die Autobahnen gewesen. Nur das Streichungsverfahren sei undemokratisch, weil es nicht der Landtag und Riemer ist, der da streicht, sondern die Bundesregierung.

Gscheidle verkündete am 1. August in Borkum die Änderungen der Straßenbauplanung der Bundesregierung. Die Riemerschen Pläne, eine Woche vorher bekanntgegeben, passen in das Konzept. Nicht mehr gebaut werden in NRW die Teilstücke der Autobahn Bremen-Giessen, die Nordharz-Autobahn sowie verschiedene Autobahnen durchs Ruhrgebiet und „aller Wahrscheinlichkeit" nach die Autobahn durchs Rothaargebirge.

Einen wahren Eiertanz haben die Sozialdemokraten veranstaltet. Deneke war zurückgetreten vor kaum zwei Monaten mit der Begründung, die Autobahn durchs Rothaargebirge verschandele die Landschaft. Gscheidle erklärt, „künftig müssen in erster Linie lästige und schädliche Auswirkungen von Straßenbauten verhindert oder beseitigt werden. Vordringlich bleiben der Bau von Ortsumgehungen, die Beseitigung von Bahnübergängen und von Autobahnengpässen." Und jetzt erklärt Riemer, es seien die Liberalen, die auf den „Bürgerprotest" hören.

Tatsächlich gibt es zum Beispiel im Regierungsbezirk Detmold in jedem Kreis mindestens fünf, meistens noch mehr, Bürgerinitiativen, die gegen den Bau von Autobahnen und anderen Straßen kämpfen. Die Autobahnprojekte Bremen-Giessen und die Nordharz-Autobahn sind überall auf den Kampf der Bauern gestoßen. Im Kreis Gütersloh gibt es über 40 Initiativen, im Kreis Lippe über 50. Dort mußten verschiedene Gemeindeparlamente gegen den Bau der geplanten Autobahnen Stellung nehmen. Nach wie vor gebaut werden soll die A 33, die die werksnahe Autobahnzufahrt für Ötker in Bielefeld wie die A 47, die das gleiche für Miele in Gütersloh bringen soll. Die Gütersloher Bauern haben entlang der geplanten Trassenführung große Schilder in ihren Feldern aufgestellt. Nicht gestrichen ist nach wie vor der Ausbau und Neubau von verschiedenen Land- und Bundesstraßen, gegen die es genauso Kampf gibt wie gegen den Autobahnbau. Im Gegenteil, ihr Ausbau soll verstärkt betrieben werden. Sie führen, wie die Autobahnen, quer durch jetzt bestehende Wohn- und Ackerbaugebiete.

Die Streichung einzelner Autobahnen ist keineswegs Antwort auf den Kampf der Bürgerinitiativen. Sie kündigt nur an, daß wesentliche Beschleunigung des Güterverkehrs über die Straße für die Bourgeoisie nicht mehr möglich ist. Weshalb Gscheidle auch die besondere Förderung des schienengebundenen Verkehrs angekündigt hat.

Keine Maßregelungen nach Tarifkampf im Westberliner Einzelhandel

r.urg. Zwei Betriebsräte des KADEWE in Westberlin (Kaufhaus des Westens, Hertie Konzern) sollen aufgrund der Warnstreikunterstützung im jetzigen Lohnkampf gekündigt werden. Da sich der KADEWE-Betriebsrat hinter die Kollegen gestellt und die Kündigungen zurückgewiesen hat, versuchen jetzt die Kapitalisten per Gericht einen Zustimmungsersatz einzuholen. Ebenfalls soll ein Tarifkommissionsmitglied von Karstadt gekündigt werden. In diesem Fall hat es der Betriebsrat allerdings versäumt Einspruch gegen die Kündigung auszusprechen. Bei einem nochmaligen Gespräch zwischen HBV und den Kapitalisten am 3.8. kam nichts heraus. Die Kapitalisten versuchen jetzt, die Kollegen durch diese Maßregelungen einzuschüchtern und weitere Streiks zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung trägt allerdings mit ihrem zögernden Verhalten auch nicht gerade dazu bei, die Kündigungen so zu bekämpfen, wie es notwendig ist. Die Verhandlungen sind zwar für gescheitert erklärt, jedoch sind keine entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung eines besseren Ergebnisses eingeleitet worden. In Anbetracht der augenblicklichen Lage ist es günstiger, das Angebot der Kapitalisten anzunehmen, eine Antimaßregelungsklausel durchzusetzen, sowie einige strukturelle Verbesserungen, die genauer erörtert werden müssen. Soherum kann aus dem sicherlich zu geringen Angebot der Kapitalisten ein annehmbarer Tarifvertrag herauskommen. Damit wird nicht nur der seit über einem Jahr bestehende tariflose Zustand beendet, sondern auch bessere Voraussetzungen für den nächsten Lohnkampf geschaffen.

Übertarifliche Zulagen bei Hertie Göttingen auf ,,letztes Angebot" angerechnet

r.ram. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen durch die HBV Ende Juni ist der Tarif im niedersächsischen Einzelhandel weiterhin offen. Mit dem Juligehalt sind die Kapitalisten darangegangen, ihr letztes Angebot zu zahlen, das von der DAG akzeptiert ist: zwischen 55 und 75 DM mehr für die Gehaltsgruppe II, in der die Masse der

Übertarifliche Zulagen bei Hertie Göttingen auf ,,letztes Angebot" angerechnet

r.ram. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen durch die HBV Ende Juni ist der Tarif im niedersächsischen Einzelhandel weiterhin offen. Mit dem Juligehalt sind die Kapitalisten darangegangen, ihr letztes Angebot zu zahlen, das von der DAG akzeptiert ist: zwischen 55 und 75 DM mehr für die Gehaltsgruppe II, in der die Masse der
Verkäufer sich findet. Zugleich wurde bei Hertie diese Lohnerhöhung für Mai und Juni nachgezahlt. Für einen Lagerarbeiter in der Lohngruppe IIb mit bisher 1365 DM, Erhöhung 70 DM, was in etwa dem 8. Berufsjahr in der Gehaltsgruppe II entspricht, sieht das Ergebnis wie folgt aus: bisher netto 973 DM, im Juli mit der Erhöhung für drei Monate abzüglich 12,62 DM Streikausfallgeld netto 1103 DM. Heraus kommt ein Mehr von 140 DM, was verteilt auf drei Monate eine Nettoerhöhung von gerade 43 DM ergibt. Reichen kann das niemals.

Ist schon die ,,freiwillige" Zahlung durch die Kapitalisten auf Spaltung der Kampffront der Belegschaften gezielt, so haben die Hertie-Kapitalisten noch ein weiteres Spaltungsmittel ergriffen. Wer übertarifliche Zahlungen erhalten hatte, bekam diese auf die Erhöhung angerechnet. In der Lebensmittelabteilung wurde einer Verkäuferin, die wegen ihrer Arbeit in der Fischabteilung eine Schmutzzulage von 100 DM erhalten hatte, worüber es aber keine schriftliche Festlegung gibt, selbst diese angerechnet.

In weiten Teilen des Einzelhandels ist es üblich, auf den Hungertarif zum Teil beträchtliche übertarifliche Zahlungen zu geben. So haben die Hertie-Kapitalisten bei Eröffnung des Göttinger Hauses 1974 teilweise bis 300 DM über Tarif gezahlt, in den folgenden Jahren die Gehälter aber durch Nichtauszahlung der Tariferhöhungen dem Tariflohn angepaßt. Dennoch ist es üblich, auch jetzt noch bei Neueinstellungen eine runde Summe zu zahlen, die bis zu 150 DM über dem jeweiligen Tarif liegen kann. Daneben gibt es ,,Funktionszulagen" für sogenannte Erstkräfte von etwa 100 DM, womit diese angehalten werden, teilweise die Kalkulation und die Einteilung der Verkäufer in ihrer Abteilung zu übernehmen. Während diese Zahlungen jetzt nicht angegriffen wurden, hat die erstbenannte Gruppe von Beschäftigten mit übertariflichen Zahlungen von der Erhöhung keinen Pfennig gesehen, was auch die Wirkung einer Bestrafung für die Streikbeteiligung haben soll.

Höhere Produktivität der Arbeit? Vor allem intensiver!

Die Maschinenbaukapitalisten wollen aufholen

r.gör. Im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie hat sich die ,,Arbeitsproduktivität" von 1950 bis 1970 mehr als verdreifacht und ist seit 1970 um mehr als 50% gestiegen. Die Maschinenbaukapitalisten verzeichnen eine erheblich langsamere Entwicklung dieser Größe. Das nachfolgende Interview zeigt, wie die Maschinenbaukapitalisten diesen Rückstand durch Ausmerzung aller noch handwerklichen Verfahren im Produktionsprozess und Steigerung der Arbeitsintensität aufholen wollen.

Was hat die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Intensivierung der Arbeit zu tun? Zunächst sind das zwei ganz verschiedene Vorgänge. ,,Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehn wir", sagt Marx im *Kapital*, ,,überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozess, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleineres Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größeres Quantum Gebrauchswert zu produzieren". Tatsächlich ist die Verausgabung von Arbeit – ,,Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw." (Marx) – in einer gegebenen Zeitspanne nichts absolut Festes. ,,Neben das Maß der Arbeitszeit als ‚ausgedehnter Größe' tritt das Maß ihres Verdichtungsgrades," hat Marx insbesondere daran nachgewiesen, wie die Kapitalisten jede Verkürzung der täglichen Arbeitszeit durch Steigerung der Intensität der Arbeit mehr als kompensieren. Das läßt sich für die Entwicklung in der BRD daran nachweisen, daß Verkürzung der täglichen Arbeitszeit stets nur Abweichungen vom Trend, nicht jedoch eine Veränderung des Trends der Produktion pro Beschäftigtenstunde gebracht haben.

Erhöhung der Arbeitsproduktivität findet also statt, wenn für die Herstellung eines Produkts weniger Arbeit aufgewendet werden braucht; Intensivierung der Arbeit findet statt, wenn in gegebener Zeitspanne mehr Arbeit verausgabt werden muß.

In der Begriffsbildung der bürgerlichen Statistik ist diese Unterscheidung ausgelöscht. Das entspricht dem Standpunkt der Kapitalisten, denen jede Methode, mehr Produktionsergebnis je Arbeitsstunde zu erzielen, gleichviel zählt und gleichermaßen Extraprofit einbringt. Was die Statistik ,,Arbeitsproduktivität" nennt (die eingangs zitierten Zahlen) ist definiert als Nettoproduktionswert (also Produktionswert minus Materialkosten) zu festen Preisen pro Beschäftigtenstunde. Wodurch höhere Nettoproduktion zustandekommt, ist dabei völlig gleichgültig.

Im kapitalistischen Produktionsprozeß gehen Steigerung der Produktivität der Arbeit und ihre Intensivierung stets Hand in Hand (von Fällen bloßer Intensivierung abgesehen). Die Kapitalisten können dies erreichen, weil die äußeren Bedingungen der Produktivkraftsteigerung – Maschinerie und Ablaufsteuerung – von ihnen und nicht von den Arbeitern beherrscht werden. Darum können sie jede durch höhere Produktivität erreichte Einsparung von Arbeit nutzen, um aus der gewonnenen Zeit mehr neue Arbeit auszupressen. Solche ,,Synthese", keineswegs bloß Steigerung der Arbeitsproduktivität, ist das Ziel der bürgerlichen Arbeitswissenschaft. Darin zeigt sich, daß diese Wissenschaft – mag sie auch noch so viel nützliche Gesetzmäßigkeiten über die leichtere, bessere und schnellere Verausgabung von Arbeitskraft untersuchen – bloß dem kapitalistischen Profitstreben dient.

Es gibt drei hauptsächliche Formen der Intensivierung. 1. *Dieselben* Arbeitsverrichtungen müssen schneller ausgeführt werden (z.B. wenn ein Fertigungsband einfach schneller gestellt wird). 2. Die Ausmerzung aller *äußeren* Poren des Arbeitsprozesses (Pausen, Wartezeiten u.ä.). Oft ist Bedingung hierfür eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch bessere Ablaufsteuerung, z. B. Wegfall unnötiger Bewegungen durch besseren Materialfluß. 3. Die Schließung der *inneren* Poren der Arbeitsverausgabung durch Erforschung und Nutzung ihrer physiologischen Gesetzmäßigkeiten, was das eigentliche Feld der Arbeitswissenschaften ist. In diesem Fall hat jede Intensivierung der Arbeit eine Erhöhung ihrer Produktivität sogar zur unmittelbaren Voraussetzung.

Gerade wenn gesteigerte Intensität in der kapitalistischen Arbeitsorganisation durch höhere Produktivität ,,bedingt" – also auch mit einer Veränderung im Mischungsverhältnis der Komponenten ,,Hirn, Muskel, Nerv usw" verbunden – ist, ist sie unmittelbar schwer erkennbar, zeigt sie sich schließlich bloß noch an den Folgen, einem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft. Der aber zeigt sich zumeist erst räumlich und zeitlich vom Produktionsprozeß getrennt, ein Umstand, den die Kapitalisten nutzen, um sowohl die Kosten ihrer Produktionsweise vollständig abzuwälzen, als auch um den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken. Die Untersuchung des Zusammenhangs begründet die notwendige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Interview mit einem Arbeiter der Maschinenfabrik Max Müller (Hannover) des Gildemeister-Konzerns

Was wird produziert?

Bei Max Müller werden NC-Drehmaschinen produziert.

Welche wesentlichen Veränderungen in der Produktion gibt es?

Vor ca. eineinhalb Jahren wurde damit begonnen, eine Serienmaschine, die MD5S, in großem Umfang zu bauen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde praktisch auf Einzelbestellung mit niedrigen Stückzahlen aus einer Produktenpalette von 12 Typen gearbeitet. Mit der Umstellung wurden zunächst ganze Teile der MD5S-Fertigung aus dem normalen Produktionsablauf ausgegliedert. Diese sind dann räumlich hintereinander aufgebaut worden. Außerdem ist eine Zerlegung der einzelen Arbeitsprozesse im Gange. Gegenüber früher, wo ein Arbeiter ein Maschinenteil von Anfang bis Ende gebaut hat, wird jetzt dazu übergegangen, statt z.B. einen Spindelkasten nur noch ganz bestimmte Wellen darin einzubauen.

Warum werden diese Veränderungen vorgenommen?

Durch Standardisierung betreffs Konstruktion und Material und vor allem durch Einsparung von Arbeitskräften sollen die Kosten gesenkt werden. So wurde bei allein 50 Entlassungen in Hannover 1978 der Pro-Kopf-Umsatz im Gesamtkonzern auf 103000 DM gesteigert.

Welche Auswirkungen ergeben sich für den Arbeitsprozeß?

Gegenüber der früheren Produktionsart mit häufig wechselnden Typen ist die Arbeit dequalifiziert. Jetzt werden ständig die gleichen Bleche angebaut. Die Zeiten für die Fertigung von Einzelteilen sind verhältnismäßig schlechter als früher.

Versuchen die Kapitalisten auch, den Arbeitstag zu verlängern?

Die geplanten Produktionszahlen von 140 Maschinen (bis Ende d.J.) sind ohne massive Überstunden gerade gegen Ende des Jahres gar nicht zu schaffen. Jetzt liegt der Durchschnitt schon bei 4 – 5 Überstunden pro Woche, obwohl gerade erst durch den Betriebsrat erreicht worden ist, daß die Arbeit am Wochenende vorrübergehend wegfällt.

Welche Auswirkungen hat die Dequalifizierung der Arbeit auf die Lehrlingsausbildung?

Im Zuge der Umstellung wurde ein Ausbildungsgang in ,,praktischer Produktion" eingeführt. Das sind einfache Montage-, Dreh- und Fräsarbeiten, vor allem für die MD5S-Fertigung. Diese Arbeiten werden in der Lehrwerkstatt verrichtet.

Wie wird die Intensivierung von den Arbeitern behandelt?

Ein Arbeiter hat auf einer Betriebsversammlung gesagt, die Arbeit in der MD5S-Fertigung sei wie bei VW am Band. Er und eine Reihe anderer, vor allem aus der Montage, hat gekündigt, nachdem sie eine andere Stelle hatten.

Wie reagiert die Betriebsführung?

Die Betriebsführung spart, so weit es geht, die Betreffenden ein. Wo das nicht geht, werden junge Arbeiter eingestellt und nicht, wie das eigentlich üblich ist, höhergruppiert. Besonders in der Montage finden sich fast nur solche jungen Arbeiter. Auf der Betriebsversammlung wurde gesagt, daß deswegen der Lohnkampf besonders wichtig ist.

Erhöhung der Arbeitsproduktivität findet also statt, wenn für die Herstellung eines Produkts weniger Arbeit aufgewendet werden braucht; Intensivierung der Arbeit findet statt, wenn in gegebener Zeitspanne mehr Arbeit verausgabt werden muß.

In der Begriffsbildung der bürgerlichen Statistik ist diese Unterscheidung ausgelöscht. Das entspricht dem Standpunkt der Kapitalisten, denen jede Methode, mehr Produktionsergebnis je Arbeitsstunde zu erzielen, gleich-

palette von 12 Typen gearbeitet. Mit der Umstellung wurden zunächst ganze Teile der MD5S-Fertigung aus dem normalen Produktionsablauf ausgegliedert. Diese sind dann räumlich hintereinander aufgebaut worden. Außerdem ist eine Zerlegung der einzelnen Arbeitsprozesse im Gange. Gegenüber früher, wo ein Arbeiter ein Maschinenteil von Anfang bis Ende gebaut hat, wird jetzt dazu übergegangen, statt z.B. einen Spindelkasten nur noch ganz bestimmte Wellen darin einzubauen.

zelteilen sind verhältnismäßig schlechter als früher.

Versuchen die Kapitalisten auch, den Arbeitstag zu verlängern?

Die geplanten Produktionszahlen von 140 Maschinen (bis Ende d.J.) sind ohne massive Überstunden gerade gegen Ende des Jahres gar nicht zu schaffen. Jetzt liegt der Durchschnitt schon bei 4 – 5 Überstunden pro Woche, obwohl gerade erst durch den Betriebsrat erreicht worden ist, daß die Arbeit am Wochenende vorrübergehend wegfällt.

nachdem sie eine andere Stelle hatten.

Wie reagiert die Betriebsführung?

Die Betriebsführung spart, so weit es geht, die Betreffenden ein. Wo das nicht geht, werden junge Arbeiter eingestellt und nicht, wie das eigentlich üblich ist, höhergruppiert. Besonders in der Montage finden sich fast nur solche jungen Arbeiter. Auf der Betriebsversammlung wurde gesagt, daß deswegen der Lohnkampf besonders wichtig ist.

Das Institut für Weltwirtschaft Kiel

Seit 1913 Forschungsanstalt für die Expansionspolitik der Bourgeoisie

r.höl. Mit dem Vordringen des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts auf den Weltmarkt verspürt die Finanzbourgeoisie das Bedürfnis, ihre Expansionsabsichten auf wissenschaftliche Grundlagen zu stellen und ideologisch zu verschleiern. 1899 als Universitätsinstitut eingerichtet, wird 1913 die ,,Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel e.V." gegründet. 1914 mit staatlichem Segen das entsprechende Institut, finanziert von örtlichen Bourgeois.

Bewähren konnte sich das Institut gleich im Ersten Weltkrieg, reibungslos wurde die Tätigkeit des Instituts auf ,,kriegswirtschaftliche Untersuchungen" umgestellt. 114 Mitarbeiter erstellten ,,insbesondere solche Arbeiten, die die Darstellung des internationalen Wirtschaftslebens unter dem Einfluß des Krieges zum Gegenstand haben". (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1914 bis 1964).

1918 erwarb Institutsdirektor Harms eine Villa Krupps für den weiteren Ausbau des Instituts und vermerkte: ,,In der Arbeit des Instituts soll der Geist des Kruppschen Hauses allzeit lebendig bleiben." Schwerpunkt der Forschung: ,,Übernationale und internationale Markteinflüsse auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung, des Transportwesens, der Wanderungsbewegungen, der Kapitalanlagen und der wirtschaftlichen Organisationsformen." Also genaue Untersuchungen für ein neuerliches Vordringen Deutschlands auf dem Weltmarkt.

Unter der Herrschaft der Faschisten werden die Forschungen entsprechend den Kriegsplänen der deutschen Finanzbourgeoisie auf zu erobernde, später auf die besetzten Gebiete konzentriert: Die Bekleidungsindustrie in Rumänien, Bedeutung der Ostseeblockade für die englische Nahrungsmittelversorgung, Bedeutung der südosteuropäischen Getreidewirtschaft, Textilindustrie Belgiens, Bergbau, Eisenindustrie Jugoslawiens ...

Neuer Direktor wird 1945 Baade, Sozialdemokrat, 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, 1928 bis 33 Leiter des Reichsforschungsstabes für Landwirtschaft, 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstages, 1934 bis 38 Berater in der Türkei. Den Aufgaben der Zeit für die Bourgeoisie entsprechend werden schwerpunktmäßig die ,,Bedingungen des Wiederaufbaus Deutschlands, integriert ins westliche Bündnissystem" untersucht und die Möglichkeiten, die Flüchtlinge zur Lohnsenkung und ideologischen Stützung der Ostpolitik zu benutzen.

Finanziert wird das Institut neben den erheblichen Zuschüssen des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein durch die ,,Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft", zu deren Präsidenten 1957 das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Dr. h.c. H.J. Abs gewählt wurde, jetzt ersetzt durch Timm von der BASF. 336 ,,Mitarbeiter" stehen der Bourgeoisie gegenwärtig zur Verfügung, die Institution zählt zu den größten der Welt. Weiter ausgebaut wurde das Institut im Zusammenhang mit der Krise 66/67, auf die die Bourgeoisie mit der Kapitaloffensive reagierte und sich auf Untersuchungen des Instituts stützen mußte und auch gegenwärtig stützt.

Fels, einer der fünf ,,Weisen" des Sachverständigenrates, Leiter der ,,Forschungsabteilung 1, Struktur und Weltwirtschaft", am Kieler Institut für Weltwirtschaft, verdient sich seine Sporen mit Ratschlägen für die Bourgeoisie, welche Maßnahmen im Innern die richtigen für ihre Expansionsabsichten sind. Genügend und billiges Kapital muß zur Verfügung stehen. Dafür hat der Staat zu sorgen, indem er die Steuerschraube anzieht, die Staatsverschuldung eindämmt und die Schuldentilgung bei den Banken vorantreibt. Wenig nützt dies alles jedoch, gelingt es nicht gleichzeitig den Kapitalisten, den Lohn der Arbeiterklasse umfassend zu senken.

,,Man könnte zunächst versucht sein, in einer Beschleunigung der Inflation ein Mittel zu sehen, das geeignet wäre, die Investitionstätigkeit zu beleben... Es ist allerdings höchst zweifelhaft, ob die Arbeitnehmer einen solchen Lohn-Lag noch einmal tolerieren werden." Inflation, also offener Betrug, findet Fels praktisch, aber in größerem Ausmaß zu gefährlich.

Auch ,,staatliche Investitionsförderung" in der Form, daß den Kapitalisten die Gelder aus dem Staatshaushalt direkt in den Rachen geworfen werden, hält er für unklug: ,,Eine Lohnerhöhung, die nur um ein Prozent niedriger ausfällt, als sonst, erspart den Arbeitgebern jetzt und in der Zukunft etwa 6 Milliarden DM je Jahr. Solche Anreize über die öffentlichen Haushalte zu geben, wirft Finanzierungsprobleme auf und schafft politischen Zündstoff." Lohnsenkung schafft natürlich auch ,,Zündstoff". Fels denkt sich, daß es nur über eine Vertiefung der Lohnunterschiede gehen kann: ,,Die Preis- und Lohnrelationen sind jedoch in der Marktwirtschaft heutigen Typs nicht hinreichend beweglich. Preissenkungen sind selten, und die Löhne in den einzelnen Bereichen orientieren sich häufig mehr an überkommenen Gerechtigkeitsvorstellungen als an der jeweiligen Knappheit an Arbeitskräften." Unglaublich für den Herrn, daß der Druck der Reservearmee den Lohnstandard nicht rasch zum Einsturz bringt, wo es ihm gerade doch darauf ankommt.

In der Sorge um das ,,Wohl der Menschheit" entwickelt auch Professor Giersch, derzeitiger Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, wie die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihre Expansionsabsichten gegen die Länder der Dritten Welt durchsetzen soll. Wir untersuchen im folgenden seinen Aufsatz ,,Zu den Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung", Sonderdruck 55, 1978.

Auf der Linie, nicht die Herrschaft der Bourgeoisie führt zum imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt, sondern Dummheiten einiger Politiker, und daß gegenwärtig die Kriegsgefahr von den Ländern der Dritten Welt ausgeht, wenn es nicht den erfahrenen Imperialisten gelingt, sie zur Vernunft zu bringen, zimmert er der Bourgeoisie ein Modell für die Expansion in die Länder der Dritten Welt zum Schutz vor ,,revolutionären Umstürzen" mit dem Heiligenschein ,,Sicherung des Weltfriedens" und damit des allgemeinen Wohlstandes.

,,Der Grundgedanke ist einfach: Zwei oder mehrere Länder des Westens oder Südens, die den Kapitalausgleich in einer oder beiden Richtungen erleichtern und fördern wollen, schließen Verträge, in denen im Falle politisch bedingter Vermögensschäden den betroffenen Staatsbürgern des Partnerstaates nach gemeinsam festgelegten Regeln eine volle Entschädigung gewährt wird, und zwar aus einem gemeinsam gebildeten Fonds ... Fragt man sich, welche Länder am ehesten gewillt sein könnten, mit uns über solche Kapitalausgleichszonen zu verhandeln, so drängt sich als Antwort die Anregung auf: jene Länder, die an einem Überangebot an Arbeitskräften leiden und deshalb – wie die Türkei – ein brennendes Interesse daran haben, mit uns einen gemeinsamen Arbeitsmarkt zu bilden." Natürlich nicht aus diesem Grund, sondern wegen der schon bestehenden immensen Verschuldung hofft er die Türkei in einen derartigen Vertrag pressen zu können und schlägt deshalb vor: ,,Die Entwicklungsländer können diesem Fonds auch künftig Zuteilungen von Sonderziehungsrechten verpfänden." Über die Kreditschraube und ein derartiges Vertragswerk denkt er sich, können die Länder der Dritten Welt den Expansionsabsichten der Imperialisten erschlossen werden.

Agrarkapitalisten fordern verstärkte Bodenmobilität

Neue EG-Richtlinien zur Agrarstrukturpolitik / Nicht ,,flexibel" genug

z.bil. Seit April dieses Jahres liegen dem EG-Ministerrat neue Richtlinien zur ,,Verbesserung der Agrarstrukturmobilität" zur Beschlußfassung vor. Die EG-Bauernverbände (COPA) lehnen sie ab, der Deutsche Bauernverband kritisiert sie als nicht ,,praxisgerecht".

Art. 39 des EWG-Vertrages legt fest: ,,Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es, durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und dem bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern ..."

Die Ausführung dieses Planes hat Tausende Bauern durch erzwungene Aufgabe des Hofes in Lohnabhängige verwandelt. Die Entwicklung der Technologie, die Steigerung der Produktivität ist kapitalistisch angewandt gesetzmäßig nur Mittel zur Vernichtung der Konkurrenten und Verelendung der Masse der Bauern. Ein Netz von Richtlinien zieht die Schlinge immer enger. 1972 bestimmte die Richtlinie des EG-Ministerrates über die ,,Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe": ,,In Zukunft werden sich nur die Betriebe der Entwicklung anpassen können, deren Betriebsinhaber eine angemessene berufliche Befähigung besitzen, deren Rentabilität *buchführungsmäßig* nachgewiesen wird und die in der Lage sind, bei Anwendung *rationeller* Produktionsmethoden" Einkommen zu erzielen. Unter dem Stichwort ,,Hilfen für die Landwirtschaft" wurde damit der Prozeß der Vernichtung von Tausenden von Bauern eingeleitet. Zinsverbilligte Investitionen wurden solchen Betrieben gewährt, für die ein ,,Entwicklungsplan" in bezug auf Rentabilität und Arbeitszeit der im Betrieb Beschäftigten aufgestellt werden konnte und die sich der Buchführungspflicht unterwarfen. 25000 Entwicklungspläne sind in Ausführung dieser Richtlinie jährlich vorgelegt worden. Die EG-Kommission stellt im April 1979 fest: ,,Das Einkommensziel dieser Pläne stellt für eine große Zahl der Betriebe eine schwer erreichbare Schwelle dar." Als ,,Erweiterung" dieser ,,Hilfen" wird neu festgelegt, daß die Entwicklungspläne auch dann noch finanziert werden sollen, wenn das vergleichbare Einkommen der Betriebe bis zu 20% den Entwicklungsplan unterschreitet. Die zweite Neuerung ist, daß die Investitionsbeihilfen für Betriebe der Milchkuhhaltung und der Schweineerzeugung ganz ausgesetzt werden. Der Deutsche Bauernverband lehnt diese durch die Entwicklungspläne gesetzte ,,Förderungsschwelle" bei Investitionsbeihilfen ab und fordert stattdessen, ,,für die Bewilligung von Förderungsmitteln sollte die *Gesamtbeurteilung* des Betriebes ausschlaggebend sein."

Die Forderungen der Agrarkapitalisten, die in gewissem Umfang – nämlich hinsichtlich der Abschaffung der Förderungsschwelle – an den Hoffnungen der Bauern auf Zukunft anknüpfen, sind: ,,Kein Ausschluß von Betrieben oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze", sie wollen selber mehr kassieren. – Förderung des Landkaufs über Flurbereinigungs-, d.h. Enteignungsverfahren. Die EG-Richtlinie führt es aus: die erwarteten Ländereien von aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Landwirten sind nicht freigesetzt worden. Nach Ansicht der Kommission bleibt das Hauptziel, nämlich ,,Bereitstellung von Land zugunsten von Betrieben, die dieses Land für ihre Modernisierung benötigen, vorrangig." Bauern im Alter von 55–65 Jahren wird eine geringe Rente von ca. 500 DM monatlich angeboten, wenn sie ihr Land aufgeben. ,,Potentielle Kandidaten für die Einstellung der Erwerbstätigkeit im Alter von 50–55 Jahren sollten Anreize erhalten, innerhalb einer Zeitspanne von 5 Jahren ihr Land einem Aufstockungsbetrieb zur Verfügung zu stellen" (EG-Richtlinie 1979).

Eine Million Landwirte sind nach der EG-Kommission solche ,,potentiellen Kandidaten", 1,2 Millionen sind im Alter über 65 Jahre. Gerechnet wird mit 6000 Fällen jährlich, in denen es gelingt, den Landraub durchzuführen.

Zweifellos ist das den Agrarkapitalisten zu wenig, insbesondere den westdeutschen, wo es doch ihren englischen und französischen Konkurrenten innerhalb von 10 Jahren gelungen ist, den Bereich der Hofgrößen von 1–10 ha an die Nullgrenze zu drücken, während in Westdeutschland ,,immer noch" ca. 200000 ihr Land bewirtschaften.

Vierländer Bauern fordern Produktionseinstellung bei Boehringer





In der ,,Bürgeraktion gegen Umweltvergiftung und Existenzvernichtung" haben sich die Hamburg-Moorfleeter Bauern gegen die Boehringer-Kapitalisten zusammengeschlossen, die ihre Felder mit dem Gift HCH verseuchen.

wird und die in der Lage sind, bei Anwendung *rationeller* Produktionsmethoden" Einkommen zu erzielen. Unter dem Stichwort ,,Hilfen für die Landwirtschaft" wurde damit der Prozeß der Vernichtung von Tausenden von Bauern eingeleitet. Zinsverbilligte Investitionen wurden solchen Betrieben gewährt, für die ein ,,Entwicklungsplan" in bezug auf Rentabilität und Arbeitszeit der im Betrieb Beschäftigten aufgestellt werden konnte und die sich der Buchführungspflicht unterwarfen. 25000 Entwicklungspläne sind in Ausführung dieser Richtlinie

Ländereien von aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Landwirten sind nicht freigesetzt worden. Nach Ansicht der Kommission bleibt das Hauptziel, nämlich ,,Bereitstellung von Land zugunsten von Betrieben, die dieses Land für ihre Modernisierung benötigen, vorrangig." Bauern im Alter von 55–65 Jahren wird eine geringe Rente von ca. 500 DM monatlich angeboten, wenn sie ihr Land aufgeben. ,,Potentielle Kandidaten für die Einstellung der Erwerbstätigkeit im Alter von 50–55 Jahren sollten Anreize erhalten, innerhalb einer Zeitspanne von 5



In der ,,Bürgeraktion gegen Umweltvergiftung und Existenzvernichtung" haben sich die Hamburg-Moorfleeter Bauern gegen die Boehringer-Kapitalisten zusammengeschlossen, die ihre Felder mit dem Gift HCH verseuchen.

Staatliche Kontrolle des Weinbaus in der EG

z.brb. 6 bis 10 Mio. hl soll nach Schätzung der EG-Kommission der Überschuß an Tafelweinen betragen und noch weiter steigen. Das drückt den Weinbaukapitalisten auf den Preis, deshalb hat die EG-Kommission zur Abhilfe zum 1.12.1978 eine Verordnung zur staatlichen Kontrolle des Anbaus verabschiedet: ,,Neupflanzungen von Reben und Wiederbepflanzungen mit Reben dürfen nur nach Erteilung einer Genehmigung durch die zuständigen Stellen des jeweiligen Mitgliedslandes vorgenommen werden." (Art. 16) Die Qualität der anzubauenden Trauben wie die Anbaugebiete wurden genau festgelegt und bei Erfüllung dieser Bedingungen bekommen die Kapitalisten Prämien. Die kleinen Winzer dagegen werden mit ,,Aufgabeprämien" gelegt, wenn sie die Umrüstung nicht bezahlen können. Das zusätzlich erlassene Verbot der Naßveredelung tut dann noch ein Übriges. Ab 30.6.79 darf zur Weinherstelllung keine Saccharose (Zucker) in wäßriger Lösung mehr verwendet werden, d.h. entweder Umstellung auf andere Entsäuerungsverfahren oder Anbau weniger säurehaltiger Rebsorten. Beides ist teuer. Die westdeutschen Weinbaukapitalisten haben dieses Verbot ausgenutzt, um sich für ihre ,,Qualitätsweine" Konkurrenzvorteile zu sichern. Sie haben durch die Bundesregierung eine Fristverlängerung bis 15.3.1981 durchgesetzt und wollen diese bis 1984 verlängert haben.

Empfehlung des Europäischen Parlaments zur Milchpolitik

z.juh. Das Europäische Parlament hat am 1./2.3.79 Empfehlungen ,,zur Verbesserung der Lage auf dem Milchsektor" beschlossen und als Unterrichtung am 1.6. an die Bundesregierung weitergeleitet, zur Lösung des ,,Problems der Milchüberschüsse" (die Zunahme der Milchanlieferung betrug 1977-78 in den EG-Staaten zwischen 6 und 2%, bei Anstieg des Verbrauchs um durchschnittliche 0,6%). Während die EG-Landwirtschaftskommission

Empfehlung des Europäischen Parlaments zur Milchpolitik

z.juh. Das Europäische Parlament hat am 1./2.3.79 Empfehlungen ,,zur Verbesserung der Lage auf dem Milchsektor" beschlossen und als Unterrichtung am 1.6. an die Bundesregierung weitergeleitet, zur Lösung des ,,Problems der Milchüberschüsse" (die Zunahme der Milchanlieferung betrug 1977-78 in den EG-Staaten zwischen 6 und 2%, bei Anstieg des Verbrauchs um durchschnittliche 0,6%). Während die EG-Landwirtschaftskommission

vorgeschlagen hatte, den Bauern bestimmte Quoten vorzuschreiben, empfiehlt das Parlament: Festsetzung eines garantierten Mindestpreises ,,anhand eines mengenorientierten Preisfestsetzungsverfahrens und entsprechend der Entwicklung der Betriebskosten" – also an fortgeschrittenster Produktionsweise orientiert und so niedrig, daß die Masse der kleinen Bauern ihre Kosten damit nicht decken kann (in der BRD besitzen 69,4% der Produzenten 10 und weniger Kühe). Dies führt zur Aufspaltung des Preises: ,,Die gesamte Produktion, die zur Aufrechterhaltung der Marktversorgung erforderlich ist", solle mit Marktpreis bezahlt werden, und die, die ,,über diesen Markterfordernissen" liege, mit Mindestpreis. Außerdem sollen die Subventionen an Molkereien gestrichen werden, um das ,,Maß der Verantwortung der Molkereien für den Absatz ihrer Produkte" zu fördern.

Schweden: Neue Gesetze zur beschleunigten Konzentration der Landwirtschaft

z.coi.Stockholm. Gab es 1930 in Schweden noch 307000 Höfe, so betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1978 124000. 1930 waren noch ca. 35% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, 1978 arbeiteten dort ca. 230000, das sind ca. 5,5%. Die relativ rasche Entwicklung Schwedens zu einem industriell hochentwickelten imperialistischen Land war von Anfang an eng verknüpft mit der Vertreibung hunderttausender Bauern von ihrem Land und dem Einsaugen in die Fabrik. Dieses systematische Bauernlegen bei gleichzeitiger Konzentration des Land- und Waldbesitzes in der Hand von Großbauern, Lebensmittel- und Holzverarbeitungskonzernen hat natürlich seine weitere Ursache in der Gier der Bourgeoisie nach effektiverer, d.h. industriell betriebener Ausbeutung der ländlichen Arbeitskraft und Ausplünderung des Bodens.

Ein Viertel des Waldbesitzes befindet sich in der Hand der großen holzverarbeitenden Konzerne wie z.B. die Svenska Zellulose AB (SCA), ein weiteres Viertel ist im Besitz des Staates. Immer noch knapp die Hälfte gehört Bauern. Die großen Konzerne sind längst dazu übergegangen, das Schlagen, Zubereiten der Stämme und den Abtransport in hohem Grad maschinell durchführen zu lassen. Allein die Umstellung des Holztransports vom billigen Flößen, das immer noch eine gewisse Bedeutung hat, auf den schnelleren, aber teureren Lastwagentransport hat eine bedeutende Anzahl von kleinen Holzbauern in Nordschweden in den Ruin getrieben. In der Landwirtschaft war der Konzentrationsprozeß nach dem 2. Weltkrieg mit einer fortschreitenden regionalen Verlagerung der Produktion von Norden nach Süden und mit einer Produktionsspezialisierung verbunden. Die Abnahme des bebaubaren Bodens von 3,6 Mio. ha (1945) auf 3 Mio. ha (1977) liegt vor allem an der massenhaften Aufgabe von kleinen Bauernhöfen in Nordschweden. Während Teile Norrlands veröden, haben sich die riesigen Ländereien im Süden zur Kornkammer entwickelt. Auf weit über 50% des schwedischen Ackerlandes wird Getreide angebaut, davon ⅔ Futtergetreide für die Viehzucht (in steigendem Maße Schwein, dem zweiten Standbein der schwedischen Landwirtschaft). Schweden hat 1978 mehr als 1 Mio.t Getreide und 33 t Schweinefleisch exportiert. Der Mechanisierungsgrad und der Stand der Technik in der landwirtschaftlichen Produktion sind hoch. Davon geben z.B. die 190000 Traktoren und die durchschnittliche Milchleistung der Kühe 1978 von 5765 kg Milch pro Kuh einen Eindruck..

Doch die Vernichtung des bäuerlichen Kleineigentums ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Die kleinen Bauern sind nicht bereit, ihr Land ohne weiteres aufzugeben. Etwa die Hälfte aller Bauern verkauft ihre Arbeitskraft zumindest teilzeitig außerhalb des Hofes. Zwecks Anschaffung notwendiger, aber kostspieliger technischer Ausrüstungen müssen sie immer größere Bankschulden auf sich nehmen. War die Schuldenlast eines Bauern mit einem Hof von 10 bis 20 ha 1963 durchschnittlich 29400 SKr., so 1977 bereits 82313 SKr. Das Durchschnittsalter der Kleinbauern beträgt 58 Jahre, das der Großbauern nur 45. Wahrlich, aller Anlaß für ein einschneidendes staatliches Maßnahmenbündel zur ,,Strukturbereinigung".

Und es bedurfte nach jahrzehntelanger sozialdemokratischer ,,Arbeiterpolitik" des Bauernlegens 1976 einer ,,Bauernpartei" (Centern) in einer ,,bürgerlichen" Regierung, um diese Machwerke zu erarbeiten und sie gegen die Bauern durchzusetzen. Nach Beschlußfassung des Reichstages gelten seit dem 1. Juli das ,,Bodenerwerbsgesetz", das ,,Gesetz zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichem Boden" und das ,,Pachtgesetz". Es sind faktisch Zwangsgesetze zur Überführung bäuerlichen Kleineigentums in die Hand der großen Bauern und Lebensmittelkonzerne. Das ,,Landerwerbsgesetz" gestattet Verkauf und Erwerb von Ackerland nur zu landwirtschaftlichen Zwecken. Das Überlassen von Boden z.B. an die Kinder muß im einzelnen geprüft werden. Geprüft und entschieden wird von den bereits von der sozialdemokratischen Regierung eingerichteten staatlichen ,,Landwirtschaftsämtern", die auch das Erwerbsvorzugsrecht haben, um durch gezielten Landerwerb und -verkauf die ,,Rationalisierung der Landwirtschaft" zu fördern. Der Preis für das Land braucht nicht dem Marktwert, sondern dem Ertragswert zu entsprechen, was ja bei den kleinen Höfen am niedrigsten veranschlagt werden kann. Diese Ämter ergreifen auch Maßnahmen zum Erwerb von Land, das nicht gemäß dem ,,Gesetz zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichem Boden", einem Bewirtschaftungszwangsgesetz, bebaut wird. Mit dem ,,Pachtgesetz" hat die Regierung das ,,Recht des Pächters gestärkt", d.h. kleine Bauern können das meist an größere Höfe verpachtete Land nicht ohne weiteres nach Ablauf des Pachtvertrages wieder in Besitz nehmen.

Damit diese Gesetze ihre geplante Wirkung entfalten können, sollen die kleinen Bauern wirtschaftlich stranguliert werden. Mit der Ausweitung der Buchführungspflicht auf alle Bauern ab 1. Juli beseitigt der Staat das letzte rechtliche Hindernis zur ungehinderten Steuerausplünderung. Diese wird bzw. ist bereits verschärft. Seit 1978 gilt die ,,Sperr-Regel". Nach ihr wird ,,brachliegendes landwirtschaftliches Kapital" stärker besteuert als ,,aktives". ,,Brachliegendes Kapital" liegt beim Bauern dann vor, wenn seine gesamten versteuerbaren Einkünfte minus dem Wert seiner Wirtschaftsgebäude mehr als 30% seines Einkommens ausmachen. Mit der 1981 einzureichenden Steuererklärung gilt weiterhin die neue Kuhsteuer. Nach dieser wird nicht der aktuelle Marktwert des Tieres besteuert, sondern die zu seiner Aufzucht z.B. in den letzten 5 Jahren eingegangenen Produktionskosten. Daß diese und damit die Steuern für die großen Tierfarmen am niedrigsten sind, liegt auf der Hand.

In erster Linie entscheidend für die Bauern jedoch ist der Preis für ihre Produkte. Ausgehandelt wird er zwischen der ,,Produzentendelegation", den Vertretern des Bauernverbandes SKF, der Landwirtschaftsverwaltung und der ,,Konsumentendelegation", bestehend aus dem Kapitalistenverband und den Gewerkschaften. Es sind auch regelmäßig die sozialdemokratischen ,,Arbeiterführer", die um der Gerechtigkeit der reichen Großbauern wegen der Steuerausplünderung und Lohnsenkung der kleinen Bauern den Flankenschutz geben. Seit dem 1. Juli sind die Erzeugerpreise um ca. 4,5% erhöht worden. Als Einkommensverbesserung wurde den Bauern eine durchschnittliche Produktivitätserhöhung von 3,5% angerechnet.



Jönköping 1971. Tausende schwedischer Bauern gegen die Regierung: ,,Verwundert es dich, wenn wir einen *ganzen freien Samstag/Sonntag* verlangen?"

Kakao: Imperialisten sabotieren Welthandelsabkommen

z.pel. Die kakaoproduzierenden Länder der Dritten Welt beraten gegenwärtig über einen Exportstopp. In den seit Februar laufenden UNCTAD-Verhandlungen über ein Welthandelsabkommen fordern sie die Festlegung von Importquoten für die Imperialisten und die Einrichtung eines Ausgleichslagers von 250000 t (20% der Weltproduktion) zur Preisstabilisierung. Der Interventionspreis soll bei 135 cents pro Pfund Kakaobohnen liegen. Die Staaten der Dritten Welt haben das Monopol auf die Kakaoerzeugung, 85% der Weltjahresernte 1978 entfielen auf die Elfenbeinküste, Ghana, Nigeria und Brasilien. Die hohe Wetterempfindlichkeit des Kakaostrauchs, die geringe Lagerfähigkeit der Bohnen, kaum vorhandene Weiterverarbeitungsindustrie und die einseitige Exportstruktur einiger Länder (25% des Exportwertes der Elfenbeinküste z.B.) hatte den Imperialisten – allen voran den USA – jahrelang Importe zu Niedrigstpreisen erleichtert. Auf die Anstrengungen zur selbständigen Verarbeitung der Bohnen zu Kakaobutter und -pulver seitens der Dritten Welt antworten die Imperialisten seit 1977 mit Importdrosselung und Ersetzung der Kakaobutter durch minderwertigen Ersatz aus Palm- und Sojaöl. Der Preis ist von 214 cents 1977 auf 135 cents Juli 1979 gefallen. Jetzt haben sie 82 cents als Interventionspreis angeboten.

Lohnbewegung Metall: Beratungen über Tarifforderung

Mannheim, 31.7.79. Entschließung von Vertrauensleutekörperleitung und Betriebsrat von DAIMLER BENZ Mannheim auf ihrer Sitzung am 25.7.:

,,Der Betriebsrat und die VK-Leitung haben kein Verständnis dafür, daß es nicht möglich war, eine Abstimmung innerhalb der IG Metall darüber herbeizuführen, wie der massiven Preissteigerung und der Gewinnexplosion einiger Unternehmen im Interesse der organisierten Arbeitnehmer begegnet werden kann. Der Beschluß der Tarifkommission, die Kündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen beim Vorstand zu beantragen und die Ablehnung dieses Antrages durch den Vorstand hat auf der betrieblichen Ebene eine Situation geschaffen, die es den Betriebsfunktionären unmöglich macht, um Vertrauen für die IG Metall zu werben. Wir wußten, daß der Antrag auf Kündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen, wie auch die in unserer Verwaltungsstelle geforderte Erhöhung der Leistungszulage für Zeitlöhner wegen der unterschiedlichen Ausganglage nicht unproblematisch ist. Trotzdem haben wir dem Antrag auf Kündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen zugestimmt, obwohl wir wissen, daß der überwiegende Teil unserer Belegschaft dadurch keine materielle Erhöhung des Weihnachtsgeldes erfahren wird. Uns war klar, daß mit der Kündigung dieses Tarifvertrages kein Nachschlag für die Arbeitnehmer in der Metallindustrie zu erzielen ist. Dies kann nur durch eine kräftige Lohnerhöhung bei der kommenden Tariferhöhung geschehen. Betriebsrat und Vertrauensleutekörper-Leitung fordern deshalb den Vorstand und die Bezirksleitung auf, den verhängnisvollen Streit über die Kündigung oder Nichtkündigung des Tarifvertrages über Sonderzahlungen zu beenden und gemeinsam die Voraussetzungen sowohl in der Organisation als auch in der Öffentlichkeit zu schaffen, um an der Jahreswende eine Lohn- und Gehaltserhöhung durchzusetzen, die einen Ausgleich für die Preisentwicklung und einen gerechten Anteil an den gestiegenen Gewinnen der Unternehmen bringt.''

Mannheim, 2.8.79. Im DAIMLER-BENZ-Werk Mannheim ist mit der
Mannheim, 2.8.79. Im DAIMLER-BENZ-Werk Mannheim ist mit der
Einführung des MTM-Systems ab 1978 der Effektivlohn abgesichert worden. Jede Tariflohnerhöhung wird auf den Effektivlohn angerechnet.

Bamberg, 23.7.79. Die gemeinsame IGM-Mitgliederversammlung der Firmen P. Ullmann (32 Arbeiter) und Eisengießerei J. Müller (35 Arbeiter) verabschiedete bei 13 Anwesenden mit einer Gegenstimme folgende Resolution:

,,Nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird erneut deutlich, daß der letzte Tarifabschluß von 4,3% völlig unzureichend war. ... In zahlreichen Betrieben gibt es eine breite Bewegung nach einmaliger Sonderzahlung. Die Höhe liegt zwischen 500 und 1000 DM ... Gleichzeitig wird in den Betrieben die Forderung für den kommenden Tarifkampf diskutiert. Sie muß diesmal hoch und durchsetzbar sein. Wir meinen, eine Forderung von 170 DM / 8% mindestens ist von Höhe und Art dazu geeignet ...''

Ingolstadt, 24.7.79. 15 Arbeiter vom 100er Band bei AUDI NSU haben sich mit ihrem Vertrauensmann darauf geeinigt, daß die Forderung nach einem Lohnnachschlag von 1000 DM, sowie die Lohntarifforderung von 170 DM, mindestens 8% auf der nächsten Bereichsvertrauensleutesitzung auf die Tagesordnung gebracht wird.

Stuttgart, 17.7.79. Auf der Betriebsversammlung bei BOSCH Feuerbach stellten sich fast alle Diskussionredner hinter die Forderung nach 1000 DM Sonderzahlung. Ein Vertrauensmann führte im Auftrag seiner Werkstatt aus: Eine Sonderzahlung in der Höhe von 1000 DM schaffe gute Bedingungen, im Tarifkampf eine Forderung von 170 / mindestens 8% durchzusetzen.

Westberlin, 19.7.79. Drei Beschäftigte von OSRAM haben einen Brief an die Betriebsräte von OSRAM in der IGM-Vertreterversammlung geschrieben. ... Warum 170 DM, mindestens 8%? Für den Erfolg ist es wichtig, welche Lohn- und Gehaltsgruppen auf der Festgeldseite in den Kampf gehen und welche auf der Prozentseite. ... Bei einem tariflichen Bruttolohn von 2125 DM bedeuten 170 DM = 8%. Es spricht einiges für die Forderung, weil sie von der Festgeldseite die allermeisten Arbeiter und Angestellten zusammenschließt und wer darüberliegt, bei 8% auch noch mitmachen kann.''

Wetzlar, 27.7.79. Betriebsversammlung der BUDERUS-Eisenwerke am 12.7.79. Der IGM-Bevollmächtigte von Wetzlar, Klaus Lohnstein, deutete an, daß bei der kommenden Tarifverhandlung die Gewerkschaft auf jeden Fall eine härtere Gangart einschlagen müsse. 150 DM mehr oder weniger im Geldbeutel bedeute eben schon, 150 DM mehr oder weniger für das Essen zu haben.

Böblingen, 18.7.79. Die Branchen-
Böblingen, 18.7.79. Die Branchen-
gruppe Metall lädt alle gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse am Ort, die in der Metallindustrie tätig sind, zu einer Besprechung über Lohnforderungen ein. Es soll dort eine Veranstaltung zu den steigenden Lebenshaltungskosten, einer Nachschlagsforderung und der nächsten Tarifrunde vorbereitet werden.

Ludwigsburg, 3.8.79. Mindestens die Hälfte der Belegschaft bei Hüller hat am 18.7. 45 Minuten für die Durchsetzung der Forderung nach 1000 DM Sonderzahlung gestreikt. Die Thyssen-Kapitalisten sind erst nach Ablauf des Gesschäftsjahres am 30.9. bereit zu verhandeln. Der Betriebrat will erreichen, daß die Sonderzahlung noch im Oktober, spätestens aber mit dem Weihnachtsgeld ausbezahlt wird.

Strauß, Matthöfer: Steuerplünderexperten am Werk

Alles andere als Steuersenkung im Sinn / Gewerkschaftsbeschlüsse sind notwendig

z.frb. Nicht überall ließ sich die Mehrwertsteuererhöhung so rasch auf die Preise aufschlagen, wie bei Zigaretten und Benzin. Noch hat sich die Steuererhöhung nicht durch den Handel hindurchgewälzt. Die Waren müssen neu ausgezeichnet werden, das kostet und dauert. Und damit es sich dann gleich lohnt, wird nicht nur die höhere Steuer aufgeschlagen. Die Regierung hat nur das Signal für die Kapitalisten gegeben, jetzt kräftig zuzulangen. Für Juli sind 5% Preissteigerung amtlich bestätigt, die Hauptsache aber kommt erst noch.

Die höhere Mehrwertsteuer war dargeboten als Preis für die Mini-Senkung der Lohnsteuer zu Jahresbeginn. Jetzt hört man aus Kapitalistenmunde wieder, daß es nicht ungünstig wäre, an der Steuerschraube gegen den Lohnkampf zu drehen. Und es ist erklärtes Ziel *aller* bürgerlichen Parteien, in Zukunft eher die Mehrwertsteuer als die Lohn- und Einkommensteuer zu treiben.

Strauß hat es zu einem Kernpunkt seines Steuerprogramms erklärt, die Steuern auf das Einkommen zu senken und statt dessen den Lohn durch Steueraufschlag auf die Lebensmittel zu kürzen. Denn das Einkommen müssen die Kapitalisten auch versteuern, die Steuer auf den Verbrauch aber schont ihr Einkommen, wenn sie es in Zusatzkapital verwandeln.

Strauß als Kämpfer gegen die staatliche Steuerplünderung? Ausgerechnet! Er war es, unter dessen Amtszeit als Finanzminister (1966–69) die Umsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer umgestellt wurde. Nicht genug konnte er damals darauf verweisen, daß der hauptsächliche Vorzug dieser Steuer darin liege, daß die Investitionen der Kapitalisten vollständig unbesteuert bleiben. Am 1.1.68 hat er sie mit 10% eingeführt, am 1.7. desselben Jahres auf 11% erhöht. Am 1.1.67 hatte er die Mineralölsteuer um 3 Pfg/l erhöht, am 1.3.67 die Tabaksteuer. 1966, vor der Amtszeit von Strauß, machten Lohn- und Umsatzsteuer zusammen 19,7% der Lohn- und Gehaltssumme aus. 1969, am Ende seiner Amtszeit, machten sie 22,8% aus. Damit hat er den größten Sprung geschafft, den je ein
ten sie 22,8% aus. Damit hat er den größten Sprung geschafft, den je ein
westdeutscher Finanzminister fertigbrachte. Es war eine Leistung, die er vollbrachte gemeinsam mit der SPD in der damaligen großen Koalition, und mit der ein wichtiger Schritt gemacht war, daß der genannte Prozentsatz heute auf knapp 28% gestiegen ist. In der Praxis können sich die bürgerlichen Politiker heute genauso schnell einigen, wie es damals konnten.

Worin sich Strauß von der SPD unterscheidet, ist sein Programm der bürgerlichen Freiheit. Für die Steuerpolitik heißt dies, lieber direkte Lohnsenkung, statt staatliche Verwaltung von Lohngeldern und Verwandlung der Arbeiter in Staatsbeamte. So will er staatliche Zahlungen und Steuern etwas kürzen, vor allem aber will er die Steuern für die Kapitalisten senken.

Was hat die CDU/CSU bisher an konkretem vorgeschlagen? Ihr ,,Steuerexperte'' Häfele hat ein Sofortprogramm aufgestellt, das für 1980 drei Punkte umfaßt. Erstens solle der Tariffreibetrag von 510 DM auf 1020 DM erhöht werden. Das bringt in Steuerklasse I oder IV runde 9,80 DM bis zu einem Lohn von etwa 1750 DM, dann ansteigend bis etwa 20 DM bei einem Lohn von 4000 DM. Ganz nach dem Muster der Spaltungsreform der Regierung zu Jahresanfang. Zudem bewirken diese Art Reformen, bei denen Freibeträge erhöht werden, eine erhebliche Verschärfung der Progression gerade in den unteren Lohnklassen. Sowieso ist, wie man dem Schaubild entnimmt, an dem Gerede von der Proportionalzone kein wahres Wort. Überall steigt die Steuer schneller als der Lohn und aufgrund der vorweg abgezogenen Freibeträge ist gerade bei den niedrigen Löhnen die Progression am höchsten.

Zweitens weist Häfele darauf hin, daß es nach dem Stabilitätsgesetz – auch ein Produkt der großen Koalition – möglich ist, die Lohn- und Einkommensteuer um bis zu 10% vom Steuerbetrag zu senken. Drittens solle man erwägen, für die Gewährung des ab 1980 geltenden zusätzlichen Freibetrages für Beschäftigung einer Haushaltshilfe (bis zu 1200 DM im Jahr) auf Nachweise zu verzichten. Wie großzügig!

Die christliche Union hat ihre Kampagne lange vorbereitet, auch Fredersdorf wird dafür ins Gefecht geworfen. In voller Breite nutzt sie die Rolle, mit der das Parlamentssystem die Opposition ausstattet, nicht tun zu müssen, was sie über der Öffentlichkeit ausschüttet. Steuersenkung schon zu Jahresbeginn 1980, wie von CDU/CSU gefordert, berührt die Sozialliberalen in den Ministersesseln schon. Denn mit einer Steuersenkung würde die Regierung in finanzielle Enge kommen, und das gerade vor den Wahlen. Daher die Windungen und Wendungen von Matthöfer, seine freiwillige Flucht zur Laune der Konjunktur, erst die Rede von einer ,,großen Steuerreform'', dann ,,um Gottes Willen keine zweistelligen Milliardenbeträge''. Noch Anfang Juni hatte die Regierung beschlossen, in dieser Amtszeit keine
Anfang Juni hatte die Regierung beschlossen, in dieser Amtszeit keine
Steuersenkung mehr zu beschließen, sondern die Einnahmen der Progressionsschraube für Kürzung der Neuverschuldung zu nutzen, um den Kapitalisten am Kreditmarkt mehr Raum zu lassen.

Auch für die FDP hat ihre Sprecherin Liselotte Funcke Steueränderungsvorschläge konkretisiert. In der ,,Wirtschaftswoche'' redet sie unter anderem von einer Erhöhung der Werbekostenpauschale von 564 DM auf 936 DM. Die Wirkung wäre fast identisch mit dem ersten Punkt des Häfele-Vorschlags. Außerdem plädiert sie für Ersatz des km-Geldes durch eine Entfernungspauschale, Ersetzung der Kraftfahrzeugsteuer durch höhere Mineralölsteuer.

Nimmt man das Sachliche an den Vorschlägen zusammen, soweit bisher etwas vorliegt, so bleiben Korrekturen, bei denen vor allem die gezielte politische Absicht herausleuchtet. Der Progressionsbetrag gegen die Löhne soll keineswegs beseitigt, höchstens die Progressionskurve etwas nach oben geschoben werden. Von Senkung der Steuersumme jedenfalls findet sich in allen bisherigen Absichtserklärungen keine Spur.

Strauß spielt den Weitsichtigen, der das Kommende immer etwas früher sieht als andere. Bei keiner Gelegenheit vergißt er den Hinweis, daß im kommenden Jahr die Lohnsteuer doppelt so schnell wachse wie die Nominallöhne. Matthöfer spielt das Unschuldslamm: ,,Es hat den Anschein, als ob die Lohnsteuer im nächsten Jahr und dann noch einmal 1981 stark steigt, daß von den Einkommenszuwächsen ziemlich hohe Prozentsätze weggesteuert werden. Das aber war nie unsere Absicht.'' Sie tun, als dächten sie weit in die Zukunft. In Wirklichkeit brennt ihnen die Gegenwart unterm Hintern. Die Steuerdiskussion ward entfacht nach dem 1. Mai, jetzt hat sie an Heftigkeit gewonnen, eine Reaktion auf die Lohnbewegung. Beschlüsse in der Gewerkschaft, so wenig sie bisher höhere Ebenen erreicht haben, und die Briefe an Matthöfer tun weiterhin ihre Wirkung. Die Arbeiterbewegung hat diese Steuerdebatte erzwungen, aber noch haben die bürgerlichen Politiker viel zu viel Spielraum.
noch haben die bürgerlichen Politiker viel zu viel Spielraum.

Lesebeispiel für die Progressionskurve: steigt bei einem Bruttolohn von 2000 DM der Lohn um 1%, so steigt die Lohnsteuer um 1 mal 1,9 (abzulesen auf der senkrechten Skala links) gleich um 1,9%. Also fast doppelt soviel. Bei 1000 DM wären es ca. 2,5%, bei 8000 DM noch 1,4%.

---

z.anb.Wien. **Im Ergebnis – 4,5% auf den Effektivlohn, 7% auf den Kollektivvertragslohn, 12 Monate Laufzeit ab 1.9.79 – ist der am 29.7. ausgehandelte Metallabschluß der prozentig höchste der bisherigen Lohnbewegung 79 in Österreich.** Aus der als Rückendeckung für die gesamte Kapitalistenklasse verbreiteten Lohnleitmarke des Finanzministers Androsch (siehe KVZ 29/79, S.10) ist ein Schuß nach hinten geworden; die Gewerkschaftssozialdemokraten sind um 1,5% beim Ist-Lohn, um 2% beim KV von ihrer Forderungshöhe abgerückt. Im Vorjahr hatten sie ein ,,Zugeständnis'' von 2,8 Prozentpunkten gemacht. Die Marschroute von Kapitalistenklasse und Regierung, die Verhandlungen in den Zeitraum zu lagern, wo einerseits zahlreiche Betriebe in die Ferien gehen, andererseits das Urlaubsgeld das angespannte Budget der Familien kurzfristig entlastet, hat für die Gewerkschaftssozialdemokraten das Problem nicht auflösen können, daß seit dem Vorjahresabschluß die Reallohnsenkung durch Preissteigerungen der wichtigsten Reproduktionsmittel rund 77 DM für die unteren Lohngruppen ausmacht. Jetzt bringt dieser Abschluß, die 7% auf den KV, rund 50 DM netto. Natürlich zu wenig; daher der Hinweis der Gewerkschaftsunterhändler, betrieblich könne man sich sicher hier und da noch was holen. Und genau an diesem Punkt wittert die Bourgeoisie Gefahren, wenn sie auch froh ist, die gesamte Wucht der Branche nicht in den Kampf geführt zu sehen. Die Kapitalisten hoffen auf die Spaltung, die der Abschluß dort enthält, wo die besser verdienenden Arbeiter wegen hoher Zuschlagsanteile am Lohn mit den 4,5% Ist besser fahren, ohne daß sich die Lage der unteren Lohngruppen so ändern läßt.

z.inl.Paris. **5,76% Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Mai erkämpften die 15000 französischen Hafenarbeiter.** Die Bezahlung der freien Tage wird um 39% erhöht, die Bezahlung für Tage ohne Anstellung durch die Hafenkapitalisten um 18,3% auf 96,76 FF (s. KVZ 30/79). Nach unseren Berechnungen steigt im Hafen von Bordeaux der Monatsdurchschnittslohn damit gegenüber 1978 um 577 FF auf 4477 FF. Jeder Tag, an dem der Kapitalist die angebotene Arbeitskraft nicht vernutzte, wurde 1978 mit 37,3% vom Lohn ,,entschädigt'', die bezahlten freien Tage mit 79,3%. Jetzt ist das Verhältnis 100:48,4:104, der Druck der ,,Entschädigung'' auf den Lohn ist nicht beseitigt, aber abgeschwächt. – In den Marseiller Häfen konnten die Kapitalisten den Dockern Ende Juli die dritte Schicht aufzwingen.

z.erm.Rom. **900 der 1300 Soldaten der italienischen Flugsicherung hatten der Regierung mit ihrer Kündigung zum 30. Juli gedroht, wenn diese nicht bis dahin eine feste Zusage zur Entmilitarisierung der Flugsicherung geben würde.** Drei Tage vor Ablauf der Frist hat die Regierung jetzt ihre Zusage geben müssen. Bis Ende Oktober soll die zur Ausarbeitung des Entwurfs zur Entmilitarisierung eingesetzte Kommission ihre Arbeit beendet haben. Nach der Erklärung der Regierung haben die Fluglotsen zusammen mit der Gewerkschaft der Flugverkehrsbeschäftigten, Fulat, in Versammlungen die Rücknahme ihrer Kündigungen zum 30. Juli beschlossen. Der vorläufige Entwurf der Kommission sieht die Umwandlung der Flugsicherung in ein privatrechtliches Unternehmen vor. Gleichzeitig damit wird das militärische Dienstrecht für die Fluglotsen aufgehoben. Die Forderungen der Fluglotsen nach höherem Lohn, kürzeren Schichten, Einstellung von zusätzlichem Personal und nach gewerkschaftlichen Rechten sind damit jedoch noch nicht erfüllt. Die Fluglotsen wollen ihr weiteres Vorgehen beraten.

z.cht.Sydney. **Im Kampf um die Einheitsgewerkschaft hat die WWF, Gewerkschaft der australischen Hafenarbeiter, einen bundesweiten Streik begonnen.** Technische Umwälzungen hatten dazu geführt, daß vielfach anstelle der WWF einzelne Facharbeitergewerkschaften neben der WWF einzelne Berufe in den Häfen vertreten. Die Zersplitterung wird von den Kapitalisten genutzt, unterschiedliche Tarifverträge abzuschließen und bei Arbeitskämpfen einzelne Berufsgruppen auszusperren. Im September 1978 beschloß die WWF deshalb, die Zersplitterung zu überwinden und wieder alle Hafenarbeiter zu organisieren. Die Arbeiter unterstützen das Ziel der Einheitsgewerkschaft durch Massenübertritte in die WWF. Die Kapitalisten bekämpfen diese Bewegung und nutzen mit anderen Gewerkschaften abgeschlossene Tarifverträge als Vorwand, um Arbeiter zu entlassen, die zur WWF übergetreten sind. Im April haben die Hafenarbeiter in Sydney nach einer Woche Streik erreicht, daß der Kapitalist 19 entlassene Arbeiter wieder einstellen und mit der WWF verhandeln mußte. Im Juli hat ein Hafenbetrieb in Fremantle, Westaustralien, 81 Arbeiter entlassen, die von der Gewerkschaft Australischer Arbeiter AWU zur WWF übergetreten waren. Die WWF rief daraufhin zum bundesweiten Streik auf. Seit dem 31.7. werden in den 44 Häfen Australiens keine Schiffe mehr gelöscht. Auf Versammlungen am 2.8. in Sydney und Port Kembla, Neusüdwales, und in Melbourne stimmten die Hafenarbeiter dafür, den Streik weiterzuführen, bis die 81 Arbeiter wieder eingestellt sind und ihre Gewerkschaft anerkannt ist.

z.hef.London. **Mehrere hunderttausend britische Metallarbeiter bestreiken seit Montag letzter Woche alle Überstunden.** Am Montag, 6.8., wird der erste einer Reihe von Warnstreiks stattfinden. Die Metallarbeitergewerkschaften im TUC fordern für die mehr als 2 Mio. betroffenen Arbeiter unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns von 60 auf 80 Pfund (für Facharbeiter, entsprechend für andere Lohngruppen) und die Senkung der Arbeitswoche um eine Stunde als Schritt zur 35-Stundenwoche. Beim Lohn bieten die Kapitalisten 70 Pfund an, bei der Arbeitszeit nichts. Der Gesamttarif, um den es geht, war bereits im *April* ausgelaufen. Und die lokalen und betrieblichen Verträge können erst *nach* einem Abschluß verhandelt werden. Gewerkschaftsführer T. Duffy gab am Donnerstag bekannt, mehr als 40 Kapitalisten hätten bereits den Forderungen einzeln zugestimmt.

Monatslohn: Keine Sicherung gegen Lohnkürzungen der Stahlkapitalisten

z.roh. In den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie NRW, Bremen, der Georgsmarienhütte und Osnabrück ist aufgrund des Tarifvertrages vom 17.2.1978 der gleichmäßige Monatslohn für Arbeiter eingeführt worden. Begründet wurde sie von Kapitalisten wie von der IG Metall damit, daß die Lohnschwankungen aufgrund der unterschiedlichen Anzahl von Arbeitstagen im Monat dadurch ausgeglichen werden.

Diese Schwankungen sind tatsächlich erheblich. Sie können im Extremfall (Februar 19 Arbeitstage – Juli 23 Arbeitstage) bei einem Durchschnittsstundenlohn von 12 DM bis zu knapp 400 DM ausmachen und werden tatsächlich insoweit ausgeglichen, als die festen Lohnbestandteile ausgehend von einer monatlichen Durchschnittsarbeitszeit von 174 Stunden Monat für Monat gleich ausgezahlt werden.

Nicht ausgeglichen werden die Zuschläge für Mehrarbeit, Nacht- und Schichtarbeit, höherbezahlte Tätigkeiten usw., was aber gerade in der Stahlindustrie einen erheblichen Anteil am Lohn ausmacht. So hat er sich z.B. bei einem Arbeiter in Conti-Schicht beim Thyssen Edelstahlwerk Witten von 7,4% 1971 auf 11,4% 1979 gesteigert.

Für die Auszahlung des Lohns, sowohl was den Monatslohn, als auch die „variablen Lohnbestandteile" angeht, ist der Tarifvertag völlig offen. Das Datum der Auszahlung ist nach unseren Informationen durch die Einführung des Monatslohns unverändert, keineswegs sichert sie aber gegen die Hinausschiebung des Zahlungstermins.

Betriebsratsvorsitzender Klöcker von den Krupp Werken Bochum berichtete auf der letzten Betriebsversammlung, daß demnächst um den 10. herum gezahlt werden soll, während es bisher der 8. jedes Monats war. Hochgerechnet auf die gesamte Stahlindustrie würden die Stahlarbeiter den Kapitalisten dadurch täglich Zinsen in Höhe von 157083 DM kreditieren.

Welche Teile des Lohns zu den „festen" und welche zu den „variablen" gehören, ist in dem Tarifvertrag ebenfalls nicht geregelt. Je nach Kampfstärke der Belegschaften sind die Betriebsvereinbarungen unterschiedlich. Bei TEW Witten haben die Betriebsräte durchsetzen können, daß Teile der betrieblichen Prämien, Prämienfestanteil und Facharbeiterprämien in den Monatslohn mit eingehen und so von den Kapitalisten nicht mehr so leicht willkürlich geändert werden können. In den Stahlwerken Bochum (Thyssen) ist dagegen der Leistungslohn, in dem die Akkordminuten erfaßt sind, vom Monatslohn nicht erfaßt, und im Neunkirchener Eisenwerk haben die ARBED-Kapitalisten die Einführung des Monatslohns zu einer Senkung des Tariflohns bei den A-Schweißern von 11,05 auf 9,29 DM nutzen können.

Da durch die neue Abrechnungsweise der Rechenaufwand wesentlich eingeschränkt wird, erleichtert dies den Stahlkapitalisten auch die Rationalisierung bei den Angestellten. Entscheidend ist nach wie vor Erhöhung des tariflich sicheren Lohnanteils.

1800 Lehrer in Baden-Württemberg gekündigt – Schlag gegen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung

z.eve. Nachdem die Ministerpräsidenten der Länder die Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach Arbeitszeitverkürzung abgelehnt haben, war klar, daß die Länderdienstherren es auf eine Konfrontation mit der Lehrerbewegung angelegt

Die „Frankfurter Allgemeine" vom 1. August schreibt, die Lehrer „sind los". Eltern, Lehrer und Schüler haben noch am letzten Schultag in Baden-Württemberg Protestdemonstrationen organisiert. So in Nürtingen, Darmsheim, Daggersheim, Holz-

1800 Lehrer in Baden-Württemberg gekündigt – Schlag gegen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung

z.eve. Nachdem die Ministerpräsidenten der Länder die Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach Arbeitszeitverkürzung abgelehnt haben, war klar, daß die Länderdienstherren es auf eine Konfrontation mit der Lehrerbewegung angelegt haben. Die GEW hat auf ihrem Standpunkt beharrt, und wo es vor Ferienbeginn noch möglich war, sind Beschlüsse in den unteren Gliederungen der GEW oder in den Kollegien oder Personalversammlungen gefaßt worden.

80 Lehrer haben am letzten Schultag in Bremen einen Lehrer zur Dienstaufsicht begleitet, für den ein Dienstgespräch angeordnet worden war. Beschlüsse gegen die Anhörung und Dienstgespräche von Lehrern, die am Warnstreik in Bremen teilgenommen haben, sind in Bremen in verschiedenen Schulen gefaßt worden.

Bevor also der Bremer Warnstreik Schule machte, mußte etwas geschehen. So erhielten in Baden-Württemberg 1800 Grund- und Hauptschullehrer direkt vor den Ferien die Kündigung. Gekündigt werden konnten sie leicht, weil sie nur mit Stundenverträgen an den Schulen beschäftigt waren.

Die Reaktion war nicht so, wie die Landesregierung es sich gedacht hatte. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 1. August schreibt, die Lehrer „sind los". Eltern, Lehrer und Schüler haben noch am letzten Schultag in Baden-Württemberg Protestdemonstrationen organisiert. So in Nürtingen, Darmsheim, Daggersheim, Holz-gerlingen und Herrenberg. Die GEW hat in Stuttgart für den 15. September zu einer Protestdemonstration aufgerufen unter dem Motto „Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze".

Ministerpräsident Späth hat inzwischen erklärt, er distanziere sich von der Form, in der den Lehrern das Auslaufen ihrer Verträge mitgeteilt wurde, und hat unter dem Druck auf die Weiterbeschäftigung von 600 der 1800 Lehrer eingelenkt.

Neben der versuchten Einschüchterung wird eine große Lohnsenkung eingeleitet, die auch Druck auf einen Teil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ausüben soll und die Lohnforderung in den kommenden Tarifverhandlungen niedrig halten soll. Trotzdem ist die Lage nicht schlecht, denn in verschiedenen Bundesländern sind die Ferien wieder zu Ende und die Lehrer können sich in ihren Aktionen auf die Beschlüsse des GEW-Hauptvorstandes stützen.

Tariflöhne der US-Automobilarbeiter 1976 – 79

Gesteigerter Zwang zu Überstunden / Vielfach durchlöchertes Tarifsystem / Weniger Lohngruppen

z.gek. Die jetzt begonnene Lohnbewegung der Automobilarbeiter wird, berücksichtigt man die Zulieferindustrien sowie andere von der Automobilarbeitergewerkschaft UAW organisierte Industrien, über den Lohnstandard von fast einem Fünftel der gesamten Industriearbeiterschaft der USA entscheiden. Über die Vorbereitungen auf den Tarifkampf und über die Schlacht der europäischen, japanischen und amerikanischen Autokonzerne um den US-Markt haben wir in der KVZ mehrfach geschrieben (ausführlicher in 6, 12 und 19/79). Allerdings schließt die UAW, obwohl sie eine der wenigen Industriegewerkschaften der USA ist, keine brancheneinheitlichen Tarifverträge ab. Sie sucht stattdessen jeweils einem der Monopole einen Mustertarifvertrag abzuzwingen, den sie danach den anderen Kapitalisten der Branche vorlegt. Tatsächlich finden aber zahlreiche Abänderungen bis hin zu erheblichen Verschlechterungen statt. Sondertarifverträge hat der kleinere American Motors-Konzern sowie Volkswagen of America (wo die Streiks aber den Abstand zu den Detroiter Löhnen erheblich verringert haben). Viel finsterer sieht es dann in den kleinen Zulieferbetrieben aus, soweit sie überhaupt mit der UAW abschließen. Freilich: etwa 1$ pro Stunde unter den UAW-Tariflöhnen liegen auch die Löhne in den gewerkschaftlich nicht-organisierten Werken von General Motors im Süden der USA.

Gerade bei General Motors, dem weitaus stärksten Monopol, will die UAW (nach dem 28-tägigen Tarifstreik 1976 bei Ford) in diesem Jahr den Mustertarif durchsetzen. Zum Überfluß hat sie dem in der Konkurrenz wankenden Chrysler-Konzern offen schon Streikfreiheit und verklausuliert einen Sondertarifvertrag angeboten. Ein Streik gegen General Motors wird von äußerster Härte werden.

Entgegen gelegentlichen Ankündigungen wird sich die UAW wohl auch erneut auf einen Tarifvertrag mit 3jähriger Laufzeit einlassen. Und entsprechend einer schlechten Gepflogenheit, die die Reformisten in der Ge-

hat sie dem in der Konkurrenz wankenden Chrysler-Konzern offen schon Streikfreiheit und verklausuliert einen Sondertarifvertrag angeboten. Ein Streik gegen General Motors wird von äußerster Härte werden.

Entgegen gelegentlichen Ankündigungen wird sich die UAW wohl auch erneut auf einen Tarifvertrag mit 3jähriger Laufzeit einlassen. Und entsprechend einer schlechten Gepflogenheit, die die Reformisten in der Ge-werkschaftsbewegung der USA seit jeher praktiziert haben, gehen sie ohne klare Forderungen an die Kapitalisten in die Verhandlungen. Der Kapitalist macht jeweils ein Angebot, das die Gewerkschaft annimmt oder ablehnt. Bis zum Stichtag, in der Automobilindustrie der 14. September: dann ist entweder ein neuer Vertrag geschlossen oder Streik.

Wir haben versucht, uns ein genaueres Bild von den tariflichen und effektiven Löhnen in der US-Automobilindustrie zu verschaffen. Die folgende Tabelle hat die abgerechneten Arbeitsstunden und Bruttolöhne der in der Kfz-Produktion beschäftigten Arbeiter (ohne Aufsichtspersonal) im Industriedurchschnitt erfaßt. Danach unterliegen sowohl die Wochenlöhne wie auch die effektiven Stundenlöhne von Monat zu Monat erheblichen Schwankungen. Die je nach Bedürfnis von den Kapitalisten (vielfach zwangsweise) verfügten Überstunden spielen dabei die Hauptrolle. Überstunden sind auch in den Krisenjahren 1974/75, als 200000 Autoarbeiter entlassen wurden, gemacht worden; seither ist die Schinderei noch schlimmer geworden und blüht auch gerade jetzt, wo sich eine neue Krise anbahnt und die US-Autokonzerne den Tarifkampf damit eröffnet haben, daß sie binnen einer Woche 40000 Arbeiter entlassen haben, seit Jahresbeginn 60000.

Jahr	(1)	(2)	(3)	(4)
1974				
Mai	235,46	6,18	38,1	2,5
Okt.	299,60	7,00	42,8	5,2
Nov.	266,85	6,79	39,3	2,7
1975				
April	279,58	7,06	39,6	1,2
Okt.	334,61	7,71	43,4	3,8
Nov.	305,16	7,61	40,1	3,3
1976				
März	335,69	7,88	42,6	5,4
April	305,92	7,61	40,2	3,2
Okt.	396,55	8,06	49,2	5,8
Nov.	337,46	7,74	43,6	6,0
1977				
März	396,17	8,65	45,8	–
April	361,20	8,40	43,0	–
Okt.	421,79	9,27	45,5	7,6
Nov.	381,33	8,55	44,6	7,2
1978				
April	385,44	8,80	43,8	6,3
Okt.	412,83	9,34	44,2	7,4
1979				
März	421,96	9,59	44,0	7,1

(1) Durchschnitts-Wochenverdienst
(2) Durchschnitts-Stundenlohn
(3) Durchschnittliche Wochenstunden
(4) Durchschnittliche Überstunden

Quelle: Employment and Earnings, verschiedene Monatshefte zwischen Juli 1974 und Mai 1979, hrsg. vom Bureau of Labor Statistics, Washington

Im folgenden, zum Vergleich, die UAW-Tariflöhne für Montagearbeiter und ihre Entwicklung in den letzten 3 Jahren Vertragslaufzeit. Eine wichtige Errungenschaft der UAW und anderer Gewerkschaften in den USA ist, daß sie – abgesehen von niedrigen Einstelllöhnen – solche ausgeklügelten Lohngruppen-Spaltungen wie bei uns in der BRD ausgeschaltet haben. Wenn über-

hefte zwischen Juli 1974 und Mai 1979, hrsg. vom Bureau of Labor Statistics, Washington

Im folgenden, zum Vergleich, die UAW-Tariflöhne für Montagearbeiter und ihre Entwicklung in den letzten 3 Jahren Vertragslaufzeit. Eine wichtige Errungenschaft der UAW und anderer Gewerkschaften in den USA ist, daß sie – abgesehen von niedrigen Einstelllöhnen – solche ausgeklügelten Lohngruppen-Spaltungen wie bei uns in der BRD ausgeschaltet haben. Wenn über-haupt „union wages", d.h. gewerkschaftliche Tariflöhne gezahlt werden, dann in relativ wenigen und einheitlichen Lohnkategorien.

Im September 1976, vor der Erhöhung, betrug der Tariflohn eines Montagearbeiters 5,43 $. Dazu kam ein tariflicher Teuerungsausgleich (COLA = Cost of Living Adjustment), der für je 0,3% Steigerung des amtlichen Lebenshaltungsindex einheitlich (für alle Tariflohnklassen) 1 Ct. pro Stunde betrug. Von 1973 – 76 war auf diese Weise ein Tariflohnaufschlag von 1,23 $ dazugekommen. Davon wurden durch den Tarifabschluß 1976 1,18 $ in den neuen Tariflohn übernommen, nachdem er um 11 Cts. plus 3% (= 36 Cts) erhöht worden war. Der neue Tariflohn betrug danach (5,43 + 1,18 + 0,36 =) 6,88 $.

Für die kommenden Jahre sah der Tarifvertrag nur noch weitere Lohnerhöhungen von 3% sowie eine Verlängerung der COLA-Regelung vor. Nach einer Modellrechnung der UAW sollte sich dann, bei einer jährlichen Teuerung von 6%, folgende Tariflohnentwicklung ergeben:

Tariflohn 1976, erhöht	6,88 $
Erhöhung 3% Sept. 1977	0,21 $
Erhöhung 3% Sept. 1978	0,21 $
plus COLA 1976 – 79	1,03 $
Tariflohn ab Sept. 1978	8,33 $

Nach derselben Modellrechnung der UAW kam ein Werkzeugmacher auf 10,33 $, nach zwei Extraerhöhungen 1976 – 77 von 10 bzw. 15 Cts. „Facharbeiterzulage" und mit derselben COLA-Zulage. Tatsächlich war die Teuerung höher und die COLA-Zulagen sind von 1976 – 79 auf 1,37 $ gestiegen, so daß der Montagearbeiter 8,67 $, der Werkzeugmacher 10,67 $ verdient. Die wirkliche Teuerung wird durch die jetzige COLA-Regelung aber, nach Berechnung der UAW, nur zu etwa 60% ausgeglichen. Dies reale Sinken der Tariflöhne ist wesentlich dafür verantwortlich, daß Überstunden- und Schichtarbeit zunimmt und der Abstand zu den effektiven Löhnen seit 1975/76 größer geworden ist.

sind von 1976 – 79 auf 1,37 $ gestiegen, so daß der Montagearbeiter 8,67 $, der Werkzeugmacher 10,67 $ verdient. Die wirkliche Teuerung wird durch die jetzige COLA-Regelung aber, nach Berechnung der UAW, nur zu etwa 60% ausgeglichen. Dies reale Sinken der Tariflöhne ist wesentlich dafür verantwortlich, daß Überstunden- und Schichtarbeit zunimmt und der Abstand zu den effektiven Löhnen seit 1975/76 größer geworden ist.



Chrysler-Arbeiter demonstrieren am 19. Juli gegen die Schließung von Dodge Main Plant, die Tausende außer Arbeit und Brot setzen würde. (Unity, 27. 7.)

---

z.rül.London. **Am 25.7. schloß der Kapitalistenverband in Irland mit den Gewerkschaften ein gesamtstaatliches Lohnabkommen ab.** Lohnerhöhungen werden für neun Monate auf 9%, mindestens 90 DM begrenzt. In den folgenden sechs Monaten sind Lohnerhöhungen von 2% zulässig, plus 1% für jeden Prozentpunkt der Inflation *über* 7% (z. Zt. 10%). Bereits erkämpfte Lohnerhöhungen sind von dem Abkommen ausgenommen. Die irischen Lohnabhängigen hatten in den letzten Monaten der Lohnsenkungspolitik der Kapitalisten und Imperialisten schwere Niederlagen beibringen können. In der vorletzten Woche setzten 55000 Bauarbeiter Lohnerhöhungen von 25% durch. Ende Juni erkämpften 13000 Postarbeiter nach 19 Wochen Streik Lohnerhöhungen von 150 bis 266 DM.

z.jon. **Die Bergarbeiter im Kohlerevier der spanischen Provinz León streikten zwischen dem 16. und 21.7., um die Auszahlung des Junilohns und die Zahlung des im Juli fälligen Teils des 13. Monatslohns zu erzwingen.** Ferner forderten sie eine Lohnerhöhung von 16%, das Recht zur gewerkschaftlichen Organisation und Arbeitszeitverkürzung. In den Anthrazitkohlegruben von León arbeiten 10000 Bergleute. 80% der Produktion geht an die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENDESA, der einzigen, die in Spanien Kohlekraftwerke betreibt. Die Bergwerkskapitalisten weigerten sich, den Lohn zu zahlen, weil ENDESA seit Januar die gelieferte Kohle nicht gezahlt hatte. Die Weigerung, die Kohle zu zahlen, drückt auf den Kohlepreis, die Nichtauszahlung des Lohns ist eine Waffe gegen die Lohnforderung der Bergleute. Hinter diesen Manövern stehen die von den Imperialisten beherrschten Banken, bei denen ENDESA hoch verschuldet ist. Am 25.7. erzwangen die Banken einen Vertrag, nach dem ENDESA künftig die bankeigene Gesellschaft FENOSA zu 50% am Ausbau ihrer Kohlekraftwerke beteiligt. Am 28.7. beschloß das spanische Parlament ein Energieprogramm, das die Verdoppelung der Stromproduktion aus Kohle vorsieht. Die Bergleute beendeten den Streik, nachdem die Kapitalisten die Auszahlung des Lohns zum 27.7. zusagen mußten.

z.rua. **Am 23.7. traten die Bauxitarbeiter Guyanas (im Nordosten Südamerikas) in einen von der General and Agricultur Workers Union einberufenen unbefristeten Streik.** Am 25.7. streikten 15000 (75% aller) Zuckerarbeiter. Weitere vier Gewerkschaften treffen Streikvorbereitungen. Die Arbeiter fordern den Rücktritt der Regierung Burnham, die seit Mitte Juli mit Polizeiangriffen und Bombardierungen gegen Demonstrationen vorgeht. Auf Geheiß des IWF hat Burnham im April eine bereits beschlossene Erhöhung der Mindestlöhne auf 14 guyan. $ (17,80 DM) pro Tag rückgängig gemacht. Im Juli lief ein Stand-by-Kredit des IWF ab, für seine Erneuerung soll das entsprechende Klima geschaffen werden. Die Wirtschaft Guyanas, das 1966 seine Unabhängigkeit von Britannien erkämpfte, ist noch weitgehend in den Händen der Imperialisten. Zucker und Bauxit sind seit der Kolonialherrschaft die Hauptprodukte des Landes und machen 70% aller Exporte aus. Von insgesamt 12 Zuckerplantagen sind nur zwei verstaatlicht, die beiden größten mit insgesamt 15% der gesamten arbeitenden Bevölkerung sind in britischem Besitz. Von zwei Bauxitgesellschaften wurde nur eine verstaatlicht. Mit ihr schlossen die Sozialimperialisten im April dieses Jahres ein langfristiges Lieferabkommen. Nachdem die Wirtschaft 1978 stagnierte, statt – wie vom IWF gefordert – um 5% zu wachsen, wurde im Februar ein Investitions-Kodex verabschiedet, der ausländischen Konzernen die Kapitalanlage erleichtert. Ebenfalls im Februar streikten die Bauxitarbeiter der staatlichen „Guymine" eine Woche lang und erzwangen die Wiedereinstellung von zwei entlassenen Gewerkschaftern.

z.acr. **130000 Textilarbeiter im südindischen Tamil Nadu haben ihren Streik (siehe KVZ 30/79) am 19.7. nach 54 Tagen beendet.** Sie erkämpften die Erhöhung des Monatslohns von 481,60 Rupien (ca. 120 DM) um 45 Rupien ab 1.1.1979; 35 Paise (ca. 9 Pf.) für jeden Punkt, den der Lebenshaltungskostenindex von Madras über 1000 steigt und zwei bezahlte freie Tage, die sie aus persönlichen Gründen nehmen können. Die Regierung mußte mehrere tausend Verhaftete freilassen. 20000 Textilarbeiter der Staatsbetriebe streiken für die Einbeziehung der Angestellten in den Vertrag weiter.

z.mat.Sydney. **Die neuseeländische Regierung hat vor einer Woche die Politik der Lohnindexierung, nach der Lohnerhöhungen von der staatlichen Schiedskommission seit 1977 nach der amtlichen Inflationsstatistik festgesetzt wurden, für beendet erklärt und für das am 1. Juli begonnene Finanzjahr eine einmalige Erhöhung von 4,5% verfügt.** Nach mehrjährigem Zögern vor den Aktionen der Arbeiterklasse ist sie damit den Forderungen der Imperialisten gefolgt, die die Maßnahme einhellig begrüßen. In der Vergangenheit hatten sie Neuseeland als Quelle billiger Nahrungsmittelimporte genutzt und die reichen Energievorkommen aus Wasserkraft und Erdwärme für die Verarbeitung der australischen Mineralvorkommen verwendet. Der Eintritt Großbritanniens in die EG und die Errichtung neuer Kraftwerke in Australien haben die Verschuldung der britischen Kolonie emporschnellen lassen: Von 65 Millionen Dollar im Durchschnitt 1973 – 1975 sind die Kreditrückzahlungen bis 1977 auf 265 Millionen gestiegen. Die Inflation beträgt 18%, die Höhe der Arbeitslosigkeit hat 1978 zum ersten Mal mehr Europäer aus dem Land getrieben, als neue Siedler angeworben werden konnten. Die Gewerkschaften hatten schon vor der 4,5%-Verfügung bei der Schiedskommission eine Forderung nach 147 Dollar Mindestlohn angemeldet, die einer Erhöhung von 25% für die unteren Lohngruppen entspricht und nur wenig unter dem gegenwärtigen Durchschnittslohn liegt. Am Tag vor der Verabschiedung des Haushalts hatten sie eine Demonstration vor dem Parlamentsgebäude durchgeführt. Nach dem Lohnstoppbeschluß wollen sie das Ziel 147 Dollar mit Kampfmaßnahmen verfolgen.

Neues BAFöG-Formblatt – Eltern sollen zahlen

z.joh. Mit dem 23.7.79 hat Bildungsminister Schmude ein geändertes Antragsformular für das BAFöG-Verfahren verordnet. Künftig müssen die Eltern gleich unterschreiben, daß sie verpflichtet sind, den amtlich festgesetzten Hungersatz für die Trimmung der Arbeitskraft ihres Kindes zu zahlen, andernfalls er von amtswegen von ihnen eingeklagt wird. Schon einige Zeit vorher waren auf den BAFöG-Ämtern Vordrucke aufgetaucht, mit denen die Studenten dem Staat einen Freibrief zur Pfändung bei ihren Eltern ausstellen sollten. Seit Einführung des BAFöG 1971 hat sich für den „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mittleren Einkommens“ der Statistik der behördlich festgesetzte Elternanteil an dem, was amtlich als „Bedarf“ des Studenten festgestellt ist, laufend erhöht: 1971 nur 11,5%, 1977 bereits 63,0%, 1978 sogar 76%. Zahlte das BAFöG-Amt 1971 noch 354 DM, waren es 1977 nur 184 DM (davon 150 DM Darlehen) und 1979 eben noch 147 DM Darlehen. Dieser Entwicklung entspricht der Rückgang der Quote der Studenten, die BAFöG erhalten: 1972 waren es noch 44,6% der Studenten, 1978 lediglich 38,8%. Grund: der gesetzlich zementierte „Freibetrag“ der Eltern folgte in keiner Weise den nominellen Lohnerhöhungen. Der lag 1971 bei 800 DM, 1979 auf 1220 DM. – Das Einkommen des „mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes“ der Statistik lag 1971 bei 1142,25 DM und 1979 auf 2458,55 DM. – Der BAFöG-Beirat kommentiert diese Entwicklung trocken: „Die Eltern bezahlen (die Ausbildung des Kindes) ... mit einem oft vieljährigen Absinken ihres Lebensstandards ...“ Das Haushaltsstrukturgesetz 1975 hat den Studenten die Möglichkeit genommen, den staatlichen Zugriff auf den Geldbeutel der Eltern mit der Erklärung, daß sie sich dazu nicht hergeben, abzuwehren. Mit dem neuen Formblatt soll die Plünderung der Eltern weiter ausgebaut und die Spaltung verstärkt werden.



Ev. Studentenwohnheim: Boykott gegen Mieterhöhung beschlossen

z.hfe. Im ev. Studentenwohnheim Furtwangen, 1977 vom Studentenwerk Freiburg durch Erbpacht übernommen, soll die Miete der 76 Studenten ab 1. September um 5 DM erhöht werden. Die Grundmiete bleibt gleich (Einzelzimmer 9,5 qm 79,50 DM, grosses Einzelzimmer 104,50 DM). Erhöht werden die Umlagekosten (Strom, Wasser, Heizung, Reinigung, Müll, Hausmeistergehalt) von bisher 56,50 DM um 5 DM auf 61,50 DM „wegen der Ölpreissituation“. Die letzte Umlagekostenerhöhung von 50,50 DM auf 56,50 DM wurde am 1.1.1978 vorgenommen. Das alles für winzige Zimmer und bei einer Lage der Studenten, in der 50% weniger als 450 DM BAFöG erhalten (Erhebung zur materiellen Lage WS 78/79 der Studenten an der FH Furtwangen).

Gegen die vom Studentenwerk geplanten Umlageerhöhungen zum 1. September hat sich die Mietervertretung des ev. Studentenwohnheimes ausgesprochen. In einer Abstimmung beschlossen 80% der Mieter, die Erhöhung zum 1.9.79 zu boykottieren. Das Studentenwerk drohte den Bewohnern „von jeder Boykottmaßnahme gegen die festgesetzte Erhöhung der Umlagekosten abzusehen. Kostspielige und zeitraubende, letztlich rechtliche Auseinandersetzungen würden den Bewohnern und dem Studentenwerk erspart bleiben.“ Der Boykott der Mieterhöhung wird trotz Drohungen durch das Studentenwerk durchgeführt werden, um den weiteren Mietausplünderungen Schranken zu setzen.

Die nächste Erhöhung im ev. Wohnheim ist schon vorprogrammiert: Bereits im nächsten Jahr sollen die Mieten erneut erhöht werden, da das Studentenwerk sich mit der Kostenentwicklung verkalkuliert habe (Heimleiter).

Aufwendungen der Studenten für Miete

Keine Miete		5,96%
bis	100 DM	2,44%
bis	120 DM	8,94%
bis	140 DM	15,44%
bis	160 DM	44,72%
bis	180 DM	2,98%
bis	200 DM	3,25%
bis	300 DM	8,67%
über	300 DM	4,61%
keine Angaben		2,98%

Quelle: Erhebung zur materiellen Lage WS 78/79 an der FH Furtwangen, an der sich 361 Studenten beteiligten.

tung des ev. Studentenwohnheimes ausgesprochen.In einer Abstimmung beschlossen 80% der Mieter, die Erhöhung zum 1.9.79 zu boykottieren. Das Studentenwerk drohte den Bewohnern „von jeder Boykottmaßnahme gegen die festgesetzte Erhöhung der Umlagekosten abzusehen. Kostspielige und zeitraubende, letztlich rechtliche Aus-

bis 180 DM 2,98%
bis 200 DM 3,25%
bis 300 DM 8,67%
über 300 DM 4,61%
keine Angaben 2,98%

Quelle: Erhebung zur materiellen Lage WS 78/79 an der FH Furtwangen, an der sich 361 Studenten beteiligten.

Billige Arbeitskräfte? Warum nicht Studenten?

r.hot. In der vorlesungsfreien Zeit werden ca. ⅔ der Studenten durch ihre elende materielle Lage zur Lohnarbeit gezwungen. In dieser Zeit müssen sich die Studenten eine bestimmte Summe Geldes verdienen, um Schulden abzutragen, Geld für notwendige Reparaturen zu erarbeiten usw. In dieser Zeit sind sie gezwungen, praktisch jede Arbeit anzunehmen, weil es für sie zeitlich und materiell keine Alternative gibt. So sollen sie zu Bedingungen arbeiten, die von der Arbeiterbewegung oftmals schon beseitigt worden sind. Die Kapitalisten sind scharf wie die Geier auf die Arbeitskraft, das Arbeitsamt schiebt.

So wurde bei Bröker, einem Bekleidungskaufhaus in Münster, einer Studentin 5,- DM Stundenlohn angeboten. Für Frauen liegt der Stundenlohn bei der Jobvermittlung beim Arbeitsamt in Münster selten über 6,50 DM. Neben der absoluten Niedrigkeit der Stundenlöhne gegenüber den Tariflöhnen ist die studentische Arbeitskraft relativ flexibel. So ist bei verschiedenen Getränkefirmen in Münster die Arbeitszeit praktisch durch den Arbeitsanfall geregelt. Mal sind es nur 15 Stunden in der Woche, mal beginnt die letzte Fuhre Freitag Mittag und endet irgendwann abends. Für die bei Transportkapitalisten arbeitenden Studenten beträgt die Arbeitszeit oft bis zu 14 Stunden regelmäßig, wie z.B. Stolzenburg in Osnabrück. Manchmal fällt dann wie bei Aul&Born noch eine Tour ins Ruhrgebiet an, und so kommt man ab und zu schon mal auf 20 Stunden an einem Stück. Überstunden werden aber nicht extra vergütet. Im Schnitt hat man dann eine 60-Stundenwoche. Die Zwischenschichten an Tankstellen zwischen Tag und Nachtschicht, also von 17-20 Uhr, wie bei einer Tankstelle in Münster, werden häufig von Studenten gemacht. Da die studentische Arbeitskraft in der Regel frisch und unverbraucht ist, werden Studenten oft auch zur Beschleunigung des Arbeitstempos eingesetzt. Bei der Baufirma Zotz in Münster mußte ein älterer Maurer einige Studenten erst einmal auf den Unterschied zwischen Akkord und normaler Arbeit hinweisen.



„elan“-Reportage über Indochina

Je verzweifelter die Lage für Vietnams Expansion, desto rabiater die Lügen

z.hev. „elan, Das Jugendmagazin“ der DKP, veröffentlicht seit Juni in vier Folgen einen „Augenzeugenbericht von Ulrich Scheibner“ über Indochina. Scheibner war als Mitglied einer Journalistendelegation des revisionistischen Weltbundes der Demokratischen Jugend 3 Wochen in Vietnam und Laos. Wann genau, läßt „elan“ absichtsvoll offen. Die Titel der bisher veröffentlichten 3 Folgen: „Die Spuren der chinesischen Schlächter“, „Es geht um die Köpfe und Herzen der Menschen“, „Sie wollen uns überfallen“.

Der „Augenzeuge“ Scheibner muß nach dem 19. März in Vietnam gewesen sein, also *wenigstens* einige Tage nach dem vollständigen Abzug der chinesischen Truppen am 16. März. Denn dem Berichterstatter fallen in Indochina Maoisten aus Ansbach ein, die Flugblätter mit der Überschrift „Schluß mit der vietnamesischen Aggression“ am 19. März in der Fußgängerzone verteilt haben. Und doch sieht er abgeschnittene Köpfe von Kindern und Frauen messerscharf als „faschistische Greueltaten der chinesischen Terrorgruppen“. Er war Augenzeuge, aber nur der vietnamesischen Inszenierung von Dingen, die er eh berichten wollte. Mit dem, was er sieht, und noch viel mehr mit dem, was er nicht sieht, fabriziert er eine Rechtfertigung der durch die Sowjetunion angestachelten vietnamesischen Expansion und eine Hetze gegen die in Südostasien lebenden Auslandschinesen. Nur mit dem Hubschrauber kann Scheibner die Nordprovinz von Laos erreichen, weil es nach Auskunft seiner ständigen Reisebegleiter überall von Chinesen wimmelt. Er wollte die 50000 Mann vietnamesischer Besatzer in Laos halt nicht sehen. Um die chinesische Gefahr zu belegen, muß jeder noch so blöde Beweis herhalten: zwei Geldscheine mit gleicher Nummer als Beweis dafür, daß China laotisches Falschgeld drucken läßt, oder die Aussage eines Arztes in Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon), der Opiumsüchtige behandelt, daß „über die chinesische Grenze ein neuer Dealer-Ring unser Land unsicher macht.“ Ching Po, ein 25-jähriger chinesischer Kriegsgefangener „Nr. 618“, „Mitglied der chinesischen Partei“, wird als wahrer Trottel mit nur 2-jähriger Schulbildung und völlig weltfremd hingestellt, dem erst in Vietnam die Augen geöffnet worden seien. Er habe „das alles nicht gewußt“, z.B. nichts von der Existenz eines „Geheimbundes junger Arbeiter“ in China, einer „Union junger Arbeiter für Demokratie und soziale Sicherheit“, die ein wichtiges Flugblatt herausgegeben hätten, das ihm erst durch einen vietnamesischen Gefängniswärter zugesteckt worden war und in dem zur „Freundschaft mit der Arbeiterklasse Vietnams“ aufgerufen wird, worunter natürlich die herrschende Clique in Vietnam verstanden wird. Ähnliche Bünde hat es offenbar zahlreich in den Köpfen des vietnamesischen Geheimdienstes gegeben. Die „Beijing Rundschau“ Nr. 17/79 berichtet von einer Bildfälschung in der vietnamesischen Zeitung „Nhan Dan“ vom 20.4.79, auf dem eine Frau in Shanghai eine Tafel mit einer Aufschrift in der Hand hält, die mit Vietnam nicht das geringste zu tun hat.

Auf so anschauliche Weise versucht der „elan“-Reporter das unter den Tisch zu kehren, was inzwischen durch den Guerillakrieg des kampucheanischen Volkes und den chinesischen Gegenschlag gegen Vietnam vor der Welt nicht mehr zu verbergen ist: Daß sich Vietnam zur regionalen Hegemonialmacht durch eifrige sowjetische Förderung aufschwingen will und dies von langer Hand vorbereitet wurde.

Im Februar 1977 wurde von Seiten Vietnams mit der Vertreibung von Chinesen begonnen. In Vietnam lebende Chinesen wurden durch Kürzung der Lebensmittelrationen, durch Sperrung von Arbeitsplätzen und Sondersteuern gezwungen, die vietnamesische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Am 29.6.78 machte die Sowjetunion ihren Kettenhund Vietnam durch Aufnahme in den RGW scharf, im August folgten der Ausbau des sowjetischen Flottenstützpunktes in Cam Ranh Bay und 4000 „Militärberater“, am 3.11. die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit in Moskau, Ende November der Versuch der Sowjetunion, den Warschauer Pakt auf Indochina auszudehnen, am 3.12. in Vietnam die Gründung einer „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für die Nationale Rettung“, mit deren Namen der am 25.12.78 erfolgte Überfall auf Kampuchea zum „Bürgerkrieg“ erklärt wurde.

Bis dahin ging alles nach der Expansionistenlogik ziemlich glatt. Dann aber eine Schwierigkeit nach der anderen. Das kampucheanische Volk bewahrte seine Kriegsfähigkeit und versetzte den Besatzern verlustreiche Schläge, und China stoppte den Übermut der vietnamesischen Expansionisten, die alleine 1978 über 1000 Mal auf chinesisches Territorium eingedrungen waren. Die Sowjetunion mußte im UNO-Sicherheitsrat am 15.1. und 16.3.79 zwei empfindliche Niederlagen gegen eine von den ASEAN-Staaten eingebrachte Resolution, die den Abzug gerade der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea forderte, einstecken. Bis dahin hatte es nach vietnamesischer Darstellung solche Truppen gar nicht gegeben. Jetzt traten sie die Flucht nach vorn an. Kommentar der „Stimme Vietnams“: „Die Präsenz vietnamesischer Truppen in Kampuchea ist eine offene und unverhohlene Tatsache“. Die Forderung nach deren Abzug aber „eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der beiden Völker. In dieser Lage entstand die „elan“-Reportage. Man versteht sie so viel besser. Es ist die alte Taktik der bürgerlichen Presse: Lügen, lügen und noch mal lügen – es wird schon was hängen bleiben.

„Sofortiger Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea!“
Beschlüsse von Studenten und Studentenorganisationen

Veranstaltung des Arbeitskreises Kampuchea an der Technischen Universität Braunschweig 10.7., unterstützt vom AStA der TU und der ESG (40 Teilnehmer, Spende 169,88 DM); Fachschaftsrat Chemie der TU Braunschweig und Fachbereichsgruppe Mathematik/Physik; Institutsgruppe der PH Dortmund 18.6.; Veranstaltung des Fachbereiches Politische Wissenschaften der Universität Erlangen 26.6. (30 Teilnehmer, 42 DM Spende); ESG-Seminar zum „Krieg in Südostasien“ mit 80 Teilnehmern 22.4.; Basisgruppe Kommunikationsforschung der Universität Bochum stellt Antrag an VDS-MV zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea 27.3.; PH-Rheinland: Veranstaltung Aktionseinheit Conföderation Iranischer Studenten, Iranischer Studentenverein Köln, Türkischer Volksverein, Basisgruppe Romanistik und Kommunikationsforschung, Kommunistische Hochschulgruppe 7.2. (70 Teilnehmer); Veranstaltung Fachschaft Germanistik und AStA 24.1.; AStA Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Abteilung Kaiserslautern.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 50, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Studentenbund

Universität/PH/FH
23. Juli 1979
30a2b1200p

zusagen, sich mit der Klausur an ein von ihm redigiertes Skript zu halten. Außerdem konnte verhindert werden, daß zwei von ihm unzureichend in der Vorlesung behandelte Themen in der Klausur als Pflichtfragen auftauchen. Einiger Krach war hierzu nötig. Über entsprechende Aus-

gewußt“, z.B. nichts von der Existenz

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 50, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Studentenbund
Universität/PH/FH
23. Juli 1979
30a2b1200p

zusagen, sich mit der Klausur an ein von ihm redigiertes Skript zu halten. Außerdem konnte verhindert werden, daß zwei von ihm unzureichend in der Vorlesung behandelte Themen in der Klausur als Pflichtfragen auftauchen. Einiger Krach war hierzu nötig. Über entsprechende Aus-
einandersetzungen in der Vorlesung, einen (auf Antrag der FSG erwirkten) Fachschaftsbeschluß und schließlich einen Boykott-Aufruf bezüglich der beanstandeten Klausurfragen kam schon einiges ins Rollen. Nachdem dann eine Zweit- und Dritt-Semester-Vorlesung mehrheitlich für einen entsprechenden Boykott abstimmte und schließlich auch das StuPa dies einstimmig unterstützen mußte, besann sich auch das Dekanat auf hektische Aktivitäten („... damit das Ganze nicht noch zu weiterer Verhärtung der Fronten führt“). Schließlich mußte Unger – inzwischen auch von den geschickteren Professoren als enfant terrible zurechtgewiesen – nachgeben. Hieran wird jetzt nachgesetzt. Letzte Fachschaftssitzung mußte auch die RCDS-FS-Mehrheit die Forderung unterstützen, daß die Fragen – bei denen sich Unger nicht an die Skript-Themen gehalten hat – bei Nicht- oder Falschbeantwortung nicht gewertet werden dürfen. Und daß zur Kontrolle dessen Unger sein Bewertungsschema rausrücken soll. Inzwischen unter Druck geraten, mußten die Rechten schließlich noch einem Brief an ihren obersten Parteifreund im Justizministerium zustimmen, in dem dieser zu Verhandlungen über die Abschaffung der Scheinpflicht in den Nebenfächern VWL und Finanzwissenschaft aufgefordert wird. Die FSG hatte vorgeschlagen, bei dieser Gelegenheit gleich noch über die Forderung nach Eingrenzung des Examensstoffes auf ein in drei Semestern bei einer angemessenen wöchentlichen Arbeitszeit wiederholbares Stoffquantum zu sprechen. Daran muß man – auch gegen den RCDS – in den für November geplanten Verhandlungen festhalten. (...).

Die Lage für Verhandlungen mit dem Minister ist günstig

rik./woe. Eine Bilanz der Prüfungen Agrar/Trophologie in den letzten Wochen ergibt, in der Spalte „Erfolge“:
– die Professoren haben diesmal – alle Fächer zusammengerechnet – nur einen einzigen Existenzprüfling durchfallen lassen können;
– die Chemiker mußten feste Zusagen zur Stoffeingrenzung machen.
Unter der Rubrik „Schwächen“ oder besser „unerledigt“ liest man:
– eine über den Heyns (Organik) und Fluck-Brahstedt (Anorganik) hinausgehende Stoffeingrenzung ist nötig, aber noch nicht durchgesetzt;
– noch immer kann in Trophologie höchstens einmal die Prüfung wiederholt werden;
– die Forderung nach unbegrenzter Wiederholbarkeit der Prüfungen und die Abschaffung der Prüfungspflicht in Chemie ist weder ausreichend verankert, noch durchgesetzt.

Verhältnismäßig geringer Aufwand reichte für diese Erfolge aus: Weitgehende Herstellung der Öffentlichkeit in den Prüfungen, ständige Veröffentlichungen der Prüfungsfragen, -ergebnisse und -nachrichten durch den Nachrichtendienst und ständige Anfragen bei den Prüfern reichten aus, die Professoren zum Nachgeben zu nötigen. Umso bedauerlicher, daß sich die FOD-FS-Fraktion (obwohl dies vom Semester-Arbeitskreis gefordert wurde) weigerte, den Nachrichtendienst namens der ganzen Fachschaft herauszugeben. Durch die erzielten Erfolge hat sich jetzt auch in der FS einiges verändert: die FOD mußte Verhandlungen mit dem Kultusministerium betreffend die Anfechtung von Trophologie-Prüfungen sowie einer zusätzlichen Wiederholung durch eine Trophologie-Studentin zustimmen. Zustimmen mußten sie auch den Forderungen, daß man in Trophologie mindestens – wie in Agrar – ein zweites Mal wiederholen kann. Die Forderung nach unbegrenzter Wiederholbarkeit aller Prüfungen lehnt die FOD ab: schließlich könne nicht jeder beliebig lange auf der Uni bleiben und anderen so womöglich den Ausbildungsplatz wegnehmen. Als ob die Studenten sich drum reißen, möglichst oft den Prüfungsstreß mitzumachen, in den sie von den Professoren durch systematische Erhöhung der Prüfungsanforderungen wie der Durchfallquoten hineingejagt werden. Wer argumentiert wie die FOD, macht sich so zum Vollstrecker der Regelstudienzeit wie der anderen Pläne (beispielsweise durch die geplante Einführung von Genetik als weiteres Prüfungsfach), die Studienbedingungen weiter zu verschärfen.

Wie die Studenten dazu stehen, sollte man der FOD deutlich klar machen. Jedenfalls müssen die eh schon mit dem Ministerium vereinbarten Verhandlungen genutzt werden, um für die unbegrenzte Wiederholbarkeit und die Abschaffung der Prüfungspflicht in Chemie einzutreten.

In Jura steht ähnliches an. Dr. Unger mußte inzwischen – nach semesterlangen Auseinandersetzungen –

Militärische Probleme der Bourgeoisie beim „Ortskampf“ und „verdeckten Kampf“

z.reb. Mit einer ganzen Artikelserie beschäftigte sich die Zeitung „Kampftruppen“ Juli / August – herausgegeben wird dieses Blatt von einer Zusammenrottung alter Wehrmachts- und Bundeswehrgeneräle – mit Gedanken zum Ortskampf. Übereinstimmend fordern Oberst Viezenz, Inspizient der Infanterie, und Oberstleutnant Engelbrecht von der Kampftruppenschule 1 in Hammelburg die stärkere Berücksichtigung des Ortskampfes in praktischer und theoretischer Ausbildung. Letzterer behauptet, diese Notwendigkeit ergäbe sich schon zwingend aus der dichten Besiedlung der BRD und dem immer weitgehenderen Wachsen der Ballungsgebiete, die in vielen Fällen ein Umgehen der Städte nicht mehr zulasse. Der Inspizient wird da schon deutlicher: „Ohne an die Auswirkungen taktischer, technischer, wirtschaftlicher und vor allem psychologischer Art zu denken, die ein Untergrundkampf in Großstädten haben könnte, müßten Überlegungen zur Gesamtverteidigung unvollständig bleiben.“ Zur Untermalung dieses Gedankens – Vorbereitung der Bundeswehr gegen den bewaffneten Aufstand – ist dann in derselben Zeitung noch ein Artikel zum „verdeckten Kampf“ abgedruckt.

Der Oberstleutnant aus Hammelburg – dort wurden 1966 die Einwohner eines ganzen Dorfes vertrieben, das Dorf dient jetzt als Übungsgelände für den Ortskampf – untersucht ausführlich die Lage von Angreifern und Verteidigern je nach den unterschiedlichen Bebauungsformen. Er legt sich dabei nicht darauf fest, ob die BRD-Imperialisten als Angreifer oder Verteidiger auftreten. Er unterscheidet auch nicht, ob der Gegner die imperialistischen Konkurrenten oder die Volksmassen sind. So arbeitet der Artikel im wesentlichen heraus, daß der Ortskampf durch die Infanterie entschieden wird, die ihre Waffen, einschließlich der leichten panzerbrechenden Waffen, voll zum Einsatz bringen kann, während alle schweren Waffen nur schwer und auch dann mit beschränkten Möglichkeiten einsetzbar sind. Am schlimmsten steht es da bei enger verschachtelter Bebauung (wie man es häufig noch in älteren Stadtkernen oder Kleinstädten findet) und in der geschlossenen, geordneten Bebauung (z.B. ältere Wohnblocks), etwas besser in der aufgelockerten Siedlungsbebauung und der aufgelockerten Hochbebauung (letzteres ist bekanntlich die von Städteplanern seit längerer Zeit bevorzugte Anlage neuer Wohngebiete für Arbeiter). Der Einsatz schwerer Waffen ist nur mit großen Mengen von Munition „erfolgreich“ möglich, „um die gewünschte Wirkung im Ziel zu erreichen; oft müssen dazu einzelne Ziele erst ‚freigeschossen‘ werden“. Aber auch diese schweren Waffen erfordern einen starken infanteristischen Schutz. Geeignet erscheint dem Oberstleutnant für den Angreifer auch der Einsatz von Mörserfeuer „gegen Ziele im Schutz hoher Gebäude sowie gegen Feinde in Stellungen auf Dachböden oder in oberen Stockwerken, hier insbesondere durch Einsatz von Munition mit Verzögerungszünder“.

Besondere Probleme im Ortskampf entstehen schließlich bei Führung und Überwachung der Aktionen, die in besonderem Maße „Umsicht, Weitsichtigkeit und rasches Reagieren“ verlangen, sowie den Einsatz vielfältiger Nachrichtenübermittlungssysteme, da die Reichweite von Funkgeräten sehr begrenzt ist, und in einer imperialistischen Armee ohne direkte Befehlsausgabe sowieso nichts läuft.

Die ganzen Ausführungen zeigen deutlich, welche Möglichkeiten der bewaffnete Aufstand in den Städten hat. Die große Wirkungskraft der Infanteriewaffen, die leicht zu beschaffen sind, deren Bedienung rasch erlernt werden kann, alle diese Vorteile können sich auf Grund eines einheitlichen politischen Willens und der darauf fußenden Selbständigkeit gut entfalten, wie andererseits die Notwendigkeit für die Imperialisten, gegen den Aufstand starke Infanteriekräfte zersplittert einzusetzen, die Chancen zur weiteren Spaltung der Armee begünstigt. Daß die Imperialisten diese Vorteile des Ortskampfes im Krieg mit ihren Konkurrenten nicht nutzen können, liegt an den politischen Zielen, die sie mit ihrem Krieg verfolgen. Sie benötigen die Städte als Reservestellungen für ihre Truppen ebenso, wie dort auch die materiellen Ressourcen ihrer Kriegsführung konzentriert sind, weshalb sie sie – gerade im Falle eines Angriffes durch die Sozialimperialisten – verteidigen müssen. Gerade das schafft aber die Grundlage, um durch die Spaltung der in und um die Städte zusammengezogenen Truppen den Krieg durch die Revolution zu beenden. Stellt sich so für die BRD-Imperialisten einerseits die Notwendigkeit, dem Ortskampf größere Bedeutung zu schenken, so versuchen sie andererseits, die dadurch notwendig entstehenden Widersprüche ideologisch zu bewältigen. Viel fällt ihnen dazu allerdings nicht ein. Der Inspizient denkt an einen „Lehrstuhl“ an einer Kampftruppenschule, an der auch zivile Stellen und Behörden ausgebildet werden sollen, und an Übungen wie kürzlich in Zürich, als dort in der Stadt Manöver stattfanden.

Polizeivorbereitung für Tiefbohrung in Gorleben: verstärkte Kontrolle – Spiele für die Kinder

r.thr. „Weniger Gorleben-Polizei“ ‚meldete am 28.7.79 die EJZ (Elbe-Jeetzel-Zeitung). Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff sah sich bei einem Besuch in Lüchow zu dieser Aussage gezwungen, um mit einem Manöver auf die von den Landwirten erhobene Forderung nach Abzug der Polizei und BGS zu reagieren. „Um zwei Drittel ihrer vorgesehenen Stärke“ solle die Polizei im Landkreis reduziert sein. Tatsächlich sind die Polizeikräfte überhaupt nicht reduziert. Nur die vorgesehene Aufstockung um die neuaufzustellende 4. Abteilung der Landespolizei kann Möcklinghoff gegenwärtig nicht im Landkreis Lüchow-Dannenberg stationieren. Die ÜFEST (Überseefunkempfangsstation) in Woltersdorf ist voll ausgebaut und mit einer Hundertschaft belegt. Am 20.7.79 teilte deshalb derselbe Möcklinghoff bei einem Besuch in Uelzen mit, daß dort die ersten zwei Hundertschaften der 4. Abteilung stationiert werden. Für die Zukunft gilt: „Lüchow habe – so der Minister – mit der Ausweisung eines Geländes (für eine neue Polizeikaserne) dann sehr gute Chancen, Standort zu werden.“ (EJZ)

Die Polizei und BGS-Truppen bereiten sich auf die Durchsetzung der Tiefbohrungen vor. Mit dem Beginn der dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten muß ab dem 6.8.79 gerechnet werden. Mitglieder der PTB (Physikalisch-technischen Bundesanstalt) gaben auf einer Versammlung in Lüchow am 31.7. zu, daß die Bohrstellen auf 5 ha asphaltiert und mit Hubschrauberlandeplätzen versehen werden. Der Widerstand sei „beachtlich“. Die PTB bohre weiter auf Grundlage der Pläne der Bundesregierung für das gesamte nukleare Entsorgungszentrum (NEZ), einschließlich Wiederaufbereitung. Da fast alle Landwirte die Landabtretungsverträge nicht unterzeichnet haben und sich die Gemeinde Trebel und die Realgemeinde Gorleben weigern, dem Ausbau der Zufahrtswege zuzustimmen, wird die PTB jetzt „zum Wohle der Allgemeinheit“ „quasi Enteignungen“ durchführen. Bis zu 120 Mal am Tag kreuzen Polizei und BGS an bestimmten Stellen beim Bauplatz auf. Nachts wurden Jugendliche in einem Zeltlager der evangelischen Jugend in Gartow von BGSlern bezüglich der Absichten des Lagers verhört.

Die Landwirte und die BI sind nicht bereit, die Tiefbohrungen hinzunehmen. Es zeigt sich, wie lächerlich es war, der Polizei Blumen und „Mensch ärgere Dich nicht“ Spiele zu schenken, da sie ja doch nichts zu tun bekämen. Mitglieder der BI taten dies. Schon auf einer Versammlung im Gildehaus Lüchow am 8.6. wurde vor Verbrüderungsillusionen mit Recht gewarnt. Die Polizei schenkte jetzt die Spiele dem ev. Kindergarten (EJZ 21.7.) und holt Feriencampern Brötchen. Zersetzt werden die Polizei und BGS-Truppen nicht dadurch, daß man „nett“ zu ihnen ist und die eigene Unentschlossenheit dokumentiert. Das macht sie frech. Zersetzt werden sie durch Aktionen, wie der Blockade der Bohrfahrzeuge, wo die Polizei und BGS-Führung die Räumung nicht wagten.



Bohrinseln und Versorgungsschiffe – Waffen der Imperialisten

z.hku. Am 25. Juli meldete die Nachrichtensendung „heute“, der westdeutsche Versorger *Philippturm* habe vor der Ostküste Malaysias 261 Flüchtlinge aus Vietnam an Bord genommen, deren Aufnahme die Bundesregierung garantiert habe. Drei Wochen vorher waren die Versorger *Alexanderturm* und *Nordertor* bei diesem Geschäft von der vietnamesischen Marine gestört worden. Während die italienischen und US-Imperialisten die Entsendung von Kriegsschiffen zur Flüchtlingsaufnahme eingeleitet haben und Frankreich schon länger ein „Hospitalschiff“ einsetzt, ist der westdeutsche Imperialismus vorläufig noch auf solche Vorposten wie die im Südchinesischen Meer operierenden Versorger-Schiffe angewiesen. Aber das ist sehr viel mehr als nichts.

Ein wachsender Teil des Erdöls wird *offshore, vor der Küste*, gefördert. 1978 waren das 11,4 Mrd. barrel oder 19,02% der Gesamtmenge. 3069 Bohrungen wurden im vergangenen Jahr von 301 festen Plattformen und 373 beweglichen Bohrinseln niedergebracht (nach *Offshore*, Juli 1979). Die wichtigsten Offshore-Fördergebiete sind derzeit der Golf von Mexiko – vor Texas, Louisiana und Mexiko –, der Maracaibo-See in Venezuela, Brasilien, Nordsee, Rotes Meer und Persischer Golf, Südchinesisches Meer und Westafrika. Bohrungen werden inzwischen auf der ganzen Breite der Kontinentalschelfs und bis zu 1000 m Tiefe vorgenommen.

Die Plattformen und Bohrinseln müssen mit allen Produktionsmitteln und den meisten Lebensmitteln von See aus versorgt werden. Die *Versorger* sind dafür entwickelte Spezialschiffe; äußerst manövrierfähig und seegängig, 70 – 90 m lang, 800 – 1500 t groß, mit einer Maschinenleistung von über 10000 PS. Unter Deck können die Versorger in Tanks Wasser, Treibstoff, Bohrschlamm und Zement heranführen, an Deck Container und sperrige Güter wie Maschinenteile, Bohrgestänge, Röhren. Über die gemeinsame Gesellschaft Offshore Supply Association (OSA) verfügen die Bremer *Hansa-Reederei* und die *VTG* (Preussag) über 100 solcher Schiffe, die weltweit verchartert werden. Die westdeutschen Versorger, die im Auftrag der Bundesregierung Flüchtlinge abtransportieren, gehören zur OSA, Singapur.

Die von ihnen versorgte Bohrinsel vor dem Mekong-Delta wird betrieben von der niederländischen *Neddrill*, die Konzession für die Bohrungen und die Förderung hat die westdeutsche *Deminex*. Weitere Konzessionen vor der vietnamesischen Küste haben Agip, Elf, Bow-Valley und Agip Tenneco. Die Küsten Ost-Malaysias, der Philippinen und der Golf von Thailand sind fast vollständig aufgeteilt. Hier wie fast überall auf der Welt sind die Konzessionen in den Händen der imperialistischen Monopole; wo das nicht mehr der Fall ist, betreiben immer noch ihre Gesellschaften wie Penrod, Sedco, Odeco die Bohrinseln und verfügen über die entscheidenden Produktionsmittel. Nur die latein- und südamerikanischen Produzenten betreiben die Bohrinseln selbst, und die VR China ist als einziges Land der Dritten Welt inzwischen in der Lage, Bohrinseln auch zu *bauen*.

Nicht nur, daß die Versorger ständig sich in den Gewässern der erdölbesitzenden Staaten aufhalten und die Basis für verschiedenste Aktionen abgeben. Die Bohrinseln selbst sind Schiffe, fahren unter der Flagge des Betreibers und damit dessen Staatsgebiet. Die ökonomische Abhängigkeit wirkt direkt als Beeinträchtigung der Souveränität der betreffenden Staaten. Wenn Carter und Schmidt über den notfalls militärischen Schutz der Ölquellen räsonieren, wird ihnen der „Schutz“ der Bohrinseln allemal willkommener Anlaß zur Intervention sein.

Nach SALT Aufrüstung der Supermächte in Europa

BRD-Imperialisten peilen die Verfügung über die Mittelstreckenraketen an

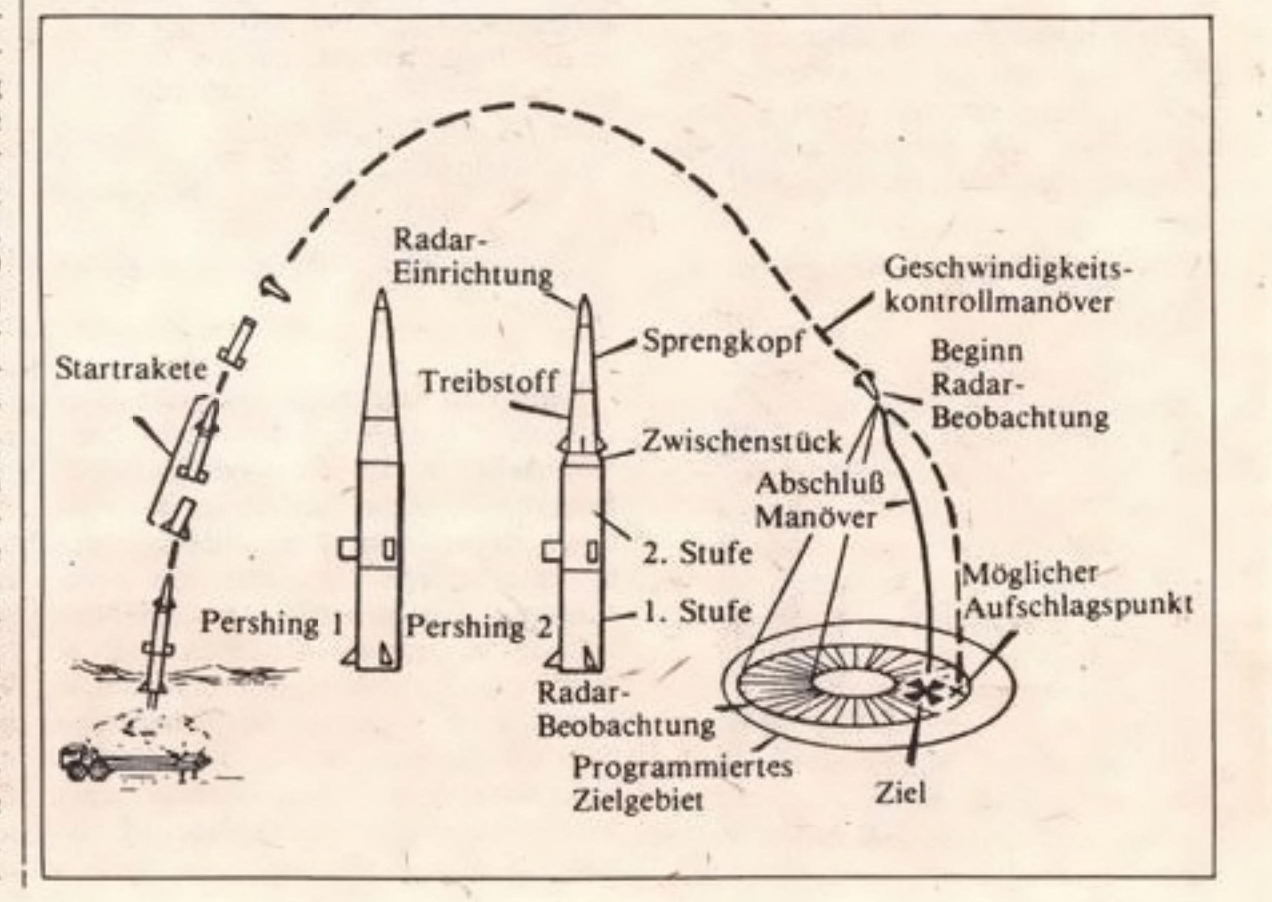
z.job. „Angesichts der nuklearstrategischen Parität der USA und der Sowjetunion erhalten die Disparitäten im Kräfteverhältnis NATO und Warschauer-Pakt größeres Gewicht für die Strategie. Der Aufwuchs des sowjetischen Mittelstreckenpotentials, das Europa zusätzlich bedroht, und das Übergewicht bei den konventionellen Kräften in Europa machen diese Disparitäten aus.“ Fein formulierte H. Schmidt auf der sicherheitspolitischen Tagung der SPD am 19. Mai in Nuancen, worauf es den westdeutschen Imperialisten nach dem SALT-Abkommen ankommt: Auf die militärische Stärkung der NATO-Länder außerhalb der USA, an erster Stelle die BRD. Besonders bei den Raketenwaffen mittlerer Reichweite ist das Geschrei bei den westeuropäischen Imperialisten, aber auch in den Reihen der US-Imperialisten selbst, groß. Den Sozialimperialisten ist es einerseits gelungen, die von ihnen seit Anfang der 70er Jahre gegenüber Westeuropa, China und auf der Halbinsel Kola in Stellung gebrachten Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 aus den Verhandlungen herauszuhalten, andererseits konnten sie im Zusatzprotokoll zu SALT 2 durchbringen, daß es den USA bis Ende 1981 verboten sei, die land- und seegestützten Marschflugkörper „Cruise Missiles“ mit über 600 km Reichweite einzusetzen. Zwar werden die US-Imperialisten bis dahin ohnehin erst die Erprobung der Rakete abgeschlossen haben, dennoch geht ihren westeuropäischen Verbündeten das Zugeständnis zu weit. Sie fordern, daß das Zusatzprotokoll keinesfalls 1982 verlängert wird oder gar Teil des geplanten SALT-3-Abkommens wird, was die Sozialimperialisten anstreben.

In der Auseinandersetzung um die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten und um die geforderte Aufrüstung der NATO sind die westeuropäischen Imperialisten und besonders die BRD zusehends bestrebt, die Führung der USA in der NATO zu bestreiten. Der Weg ist immer derselbe: Die „Führungsschwäche Amerikas“ laut zu beklagen, einen kraftvollen Präsidenten sich zu wünschen, die erlahmende Verteidigungsbereitschaft der USA für „Europa“ vorauszuahnen, und im gleichen Atemzug energische gemeinsame Anstrengungen der „Europäer“ – natürlich unter eigener Federführung – zu fordern. Die CDU/CSU-Fraktion will geklärt haben, ob der SALT-Vertrag nicht die enge Zusammenarbeit in der NATO erschwere, und die SPD ließ durch Marie Schlei erklären, das Vertrauen in die Bündnisgarantie der USA könne nicht beschlossen oder durch Gesundbeten erzeugt werden.

Nachdem bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Florida Ende April die US-Imperialisten durchgesetzt hatten, daß mit den neuen Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen Pershing II ab 1983 und mit den „Cruise Missiles“ ab 1981 nur die US-Truppen in Europa ausgerüstet würden, pokern die westeuropäischen Imperialisten nun um die Stationierung auf ihrem jeweiligen Gebiet. Die Pershing II soll statt 650 km 22500 km Reichweite haben, so daß die Stationierungsbereiche der SS 20 im Westen der Sowjetunion erreicht werden können, und durch ein Leitsystem, das vorprogrammierte Radarbilder mit den tatsächlichen im Endanflug vergleichen kann, größere Treffgenauigkeit erzielen (siehe Bild).

Um Stationierung *und* Verfügungsgewalt geht es jetzt. Die BRD-Imperialisten zieren sich mit der Zustimmung zur Stationierung, um näher an die Verfügung heranzukommen. Zwar vertraten Apel in Florida und Schmidt noch in der Juli-Regierungserklärung, eine Stationierung *nur* in der BRD komme nicht in Frage. Doch Apel in anderem Zusammenhang auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 4. Mai: „Rüstungen sind nicht per se offensiv oder defensiv. Es kommt auf die Möglichkeiten an, die man durch Rüstung und Ausbildung gewinnt.“ Auch Schmidt hatte ja (siehe oben) keinen Zweifel daran gelassen, daß die BRD-Imperialisten gegenüber den USA in dieser Frage aktiv werden wollen. Genscher hat auf der Florida-Tagung in derselben Richtung gewirkt: Auf sein Drängen hin wurde eine Spezialgruppe gebildet, die eine „Studie über Rüstungskontrollmaßnahmen im Bereich nuklearer Mittelstreckenraketen“ erarbeitet. Noch bevor die beiden Supermächte in SALT 3 über dieses Thema Absprachen treffen, wollen die BRD-Imperialisten in der NATO die künftige Marschroute mitentscheiden.

In einem Interview mit der US-Zeitschrift „Newsweek“ hat sich Strauß für den Zugriff „der Europäer“ auf die modernisierten Mittelstreckenwaffen stark gemacht. „Das eigentliche Problem liegt 22 Jahre zurück“, nämlich 1957, als die US-Imperialisten klarmachten, „daß die europäischen Verbündeten Nuklearsprengköpfe unter amerikanischer Aufsicht und Kontrolle hinnehmen müßten“. Gegen die Stationierung von Pershing II und „Cruise Missiles“ hat er in dem Interview nichts einzuwenden, man hätte sie besser „geräuschlos“ über die Bühne gebracht. Das eigentliche „Problem“ sieht Strauß in der Verfügung der US-Imperialisten. Auf die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen macht er einen neuen Vorstoß.



Planerfüllung in der Sowjetunion gescheitert

z.krk. Am 21. Juli veröffentlichte die Prawda eine Statistik über die Erfüllung des Planes für das erste Halbjahr 1979. Hier ein Auszug. (1: Planerfüllung, 2: Produktion, 3: Arbeitsproduktivität, beides in % von 1978)

Branche	1	2	3
Energie	100,8	104,0	102,0
Erdöl	99,5	103,0	102,0
Erdgas	98,0	102,0	101,0
Kohle	100,7	101,0	98,0
Eisen u.Stahl	99,1	100,4	100,6
Leichtmetall	100,3	100,3	99,3
Chemie	96,0	101,0	99,2
Automobil	100,9	109,0	107,0
Holz	96,0	97,0	98,0
Zellulose	92,0	94,0	93,0
Baumaterial	97,0	99,1	99,0
Leichtindustrie	100,7	102,0	102,0
Fleisch u.Milch	101,0	100,3	99,1
Fisch	100,6	98,0	97,0
Sowjetrepubliken (Auszug)			
Russische	100,5	102,8	102,2
Ukrainische	100,9	103,2	101,9
Uzbekische	102,0	102,7	100,0
Kasachische	100,5	103,3	101,3
Turkmen.	103,0	96,9	93,6
Lettische	101,0	99,9	99,9
Litauische	101,0	102,1	100,8

Am 29. Juli folgte die Veröffentlichung des Beschlusses des ZK der KPdSU und des Ministerrates „Über die Verbesserung der Planung, der Verstärkung der Wirkung des Wirtschaftsmechanismus, der Erhöhung der Effektivität der Produktion und der Qualität der Arbeit." Der Beschluß enthält im wesentlichen die Veränderung der Maßstäbe der Planerfüllung von der *Menge* der hergestellten Produkte hin zur *Senkung der Produktionskosten*, durch Verringerung des Materialverbrauchs und in erster Linie durch Senkung des Lohnanteils.



"Für jede Minute des 5-Jahrplans ein Arbeitskonto"(Metallwerk Ishnewsk).

Neue Daten zur Preisentwicklung in den EG-Staaten: Beschleunigte Lohnsenkung

z.elb.Brüssel. Seit Jahresbeginn steigen die Lebenshaltungskosten in allen EG-Staaten wieder stark an. Die folgende Tabelle zeigt die offiziellen Teuerungsraten:

	Juni '78	Juni '79
BRD	2,4%	3,9%
F	9,1%	10,4%
GB	7,4%	11,4%
I	12,1%	13,7%
B	3,7%	4,5%
NL	3,8%	4,2%
L	2,6%	4,2%

Der Grund für diese neue inflationäre Entwicklung, die sich im Juli fortsetzte, ist keineswegs die jüngste Rohölpreiserhöhung der OPEC-Staaten, wie die bürgerlichen Propagandisten glauben machen wollen. Denn schon längst handeln die Ölmonopole das Rohöl über dem von den OPEC-Staaten festgesetzten Mindestpreis. Die steigenden Teuerungsraten gehen einher mit einer sich anbahnenden neuen Überproduktionskrise, in der westdeutschen Bauwirtschaft schon spürbar. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche, die eine Zeitlang stagnierte, steigt wieder an, die Konzentration des Kapitals nimmt zu. Von Mitte 1977 bis März 1979 hielt sich die Produktion der Investitionsgüter in der EG auf relativ hohem Niveau, seitdem sinkt sie. Ein Zeichen, daß sich die Bedingungen für die profitable Anlage des Kapitals für die Kapitalisten verschlechtern. Zusätzlich zu den Preissteigerungen durch die Kapitalisten wird die Teuerungsrate hochgetrieben durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Westdeutschland von 12% auf 13% und in Großbritannien von 8% auf 15%.

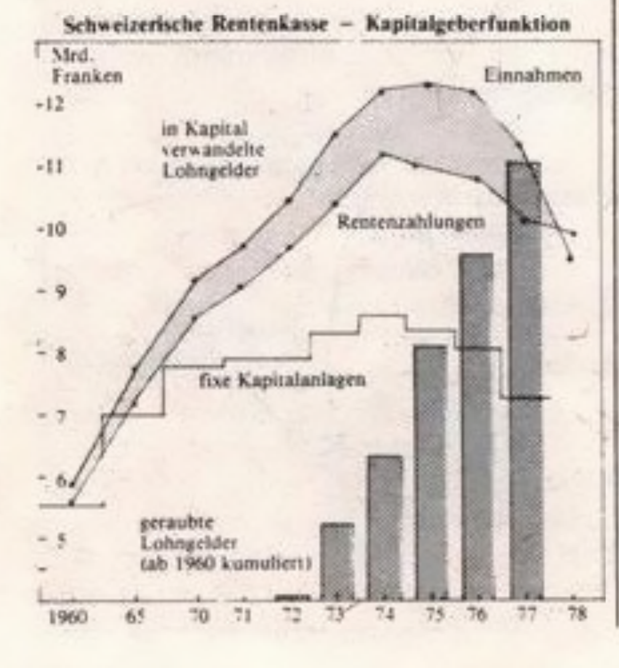
Vor allem eine Absicht verfolgen die Kapitalisten und ihr Staat mit diesen Maßnahmen: die massive Senkung der Löhne, nachdem es schon gelungen ist, eine ungeheure Intensivierung der Arbeit durchzusetzen. Möglichst leise soll das vonstatten gehen, und wenn es die Arbeiter besonders kraß zu spüren bekommen, wird die bürgerliche Presse in Bewegung gesetzt. Die „Frankfurter Allgemeine" spendet Beifall für den Verzicht der IG Metall-Führung auf eine Nachschlagsforderung; der Vorsitzende des italienischen Chemiekapitalistenverbandes droht anläßlich des abgeschlossenen Tarifvertrags: „Diese Prämisse (Produktionssteigerungen) ist grundlegend, wenn wir nicht wollen, daß der Tarifabschluß auf ... die Beschäftigungsniveaus durchschlägt."

Schweiz: Die Finanzbourgeoisie droht mit dem Ruin der Rentenkasse

z.anb. Die verfügbaren Geldmittel des Ausgleichsfonds der Schweizerischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), aus dem die monatlichen Rentenzahlungen getätigt werden, mußten 1978 durch einen Bankkredit von 434 Mio. Franken aufgestockt werden, um alle Renten auszahlen zu können. Mit dieser Hiobsbotschaft droht der jüngste Geschäftsbericht der AHV nun den Ruin an, „weil das schwache wirtschaftliche Wachstum zu einem Rückgang der Beiträge der Versicherten führen" werde.

Die Unverfrorenheit dieser Erpressung nährt sich aus der Despotie des Rentensystems der Schweizer Finanzbourgeoisie. Der Arbeiter zahlt 4,4% seines Bruttolohnes, der Kapitalist enthält ihm weitere 2,2% als „seinen" Beitrag in der Rentenkasse vor. Daß dieser Beitragssatz keineswegs ein im Vergleich zur BRD weniger umfänglicher Beschlagnahmung von Lohngeldern bedeutet, wird dann einsichtig, wenn man weiß, daß die AHV laut Gesetz nur eine Rumpfrente auszahlen soll, weil die „Eigenvorsorge" des Arbeiters zum System der Alterssicherung gehört.

Die 1948 in heftigen Klassenkämpfen errungene AHV ist von der Bourgeoisie anschließend in „drei Säulen" aufgespalten worden; neben der AHV als die Invalidenversicherung und als drittes einen Wust von Tausenden privater Kapitalgesellschaften, genannt Versicherungen, die die Rumpfrente der AHV durch „freiwillige Weiterversicherung" ergänzen sollen. Letztere verwandelt gleich 50% der Beiträge in Kapital.



Nach den Statistiken über den Umfang der Lohnabzüge der rund 1 Million Arbeiter, die bis maximal 20000 Franken im Jahr verdienen, hat sich deren Reproduktion seit 1950 qualitativ entscheidend verändert: für Nahrungsmittel wird heute um die Hälfte weniger ausgegeben als 1950, in Prozent vom Bruttolohn gerechnet. Die Lohnabzüge allein für Versicherungsbeiträge betragen 13,5%. Über 450000 Lohnabhängige haben weniger als 1169 Franken im Monat zur Verfügung.

Interview mit Genossen Edgar Tekere, Generalsekretär der ZANU

Maputo, 29.7.79

Genosse Tekere, bei unseren Interviews mit dir 1976 und 1977 hast du uns über die Entwicklung der ZANU seit der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe unterrichtet. Du hast uns erklärt, wie in den siebziger Jahren die ZANU sich der FRELIMO in der Tete-Provinz in Mozambique angeschlossen hat, Seite an Seite mit der FRELIMO gekämpft hat und schließlich die Nordost-Front eröffnet hat. 1978 haben die Genossen Kadungure und Kangai uns den Fortschritt des Krieges während des Jahres 1977 beschrieben. In dieser Zeit hatten ZANU/ZANLA halbbefreite Gebiete geschaffen. Heute, nach 1978, spricht die ZANU von vollständig befreiten Gebieten. Kannst du uns das genauer erläutern?

Im September 1978 begannen wir von befreiten Gebieten zu sprechen. Der Beweis dafür liegt darin, daß die feindlichen Truppen nicht mehr vom Land her in diese Gebiete eindringen konnten. Wir waren mit den Menschen in diesen Gebieten allein und stellten plötzlich fest, daß die Massen von uns die Befriedigung der normalen gesellschaftlichen Bedürfnisse erwarteten, Nahrung, medizinische Versorgung und Ausbildung. Wie lange konnten wir einfach weitermachen, während die Massen ohne Wohnung waren? Wir konnten es uns nicht länger leisten, nur über die Flüchtlingslager in Mozambique zu sprechen. Wir mußten die Massen in den befreiten Gebieten in Zimbabwe versorgen. Mit anderen Worten, wir hatten, was wir wollten – die gewaltige Aufgabe der Versorgung eines freien Volkes. Aber wir stellten fest, daß mit der Existenz von befreiten Gebieten noch nicht das Ganze von Zimbabwe befreit war. Der Feind konnte mit Hilfe seiner Luftwaffe Angriffe starten, manchmal auch mit seinen Bodentruppen; wir mußten für die Verteidigung dieser Gebiete sorgen. Die ZANLA-Streitkräfte verteidigen jetzt diese Gebiete, in denen die Massen frei leben und in der Lage sind, ihrem normalen täglichen Leben nachzugehen.

Das führt uns zu der Frage nach der Verteilung des Landes. Wie packen die ZANU und das Volk diese Aufgabe in den befreiten Gebieten an?

Man muß zunächst sehen, wie das Land unter der Herrschaft der Siedler verteilt war. Es gab eine Zeit, wo unser gesamtes Land das Privateigentum der Britischen Südafrika-Gesellschaft war, unter der Führung von Cecil John Rhodes. Diese kapitalistische Gesellschaft verwaltete das Land zum Nutzen der Siedler. Das zeigt sich an dem Landaufteilungsgesetz und später dem Landbesitzgesetz von 1969. Um diese ungerechte Verteilung des Reichtums zu beseitigen, haben wir beschlossen, das gesamte System zu ändern und unsere Auffassungen in die Tat umzusetzen, die auf den von Marx und Lenin festgelegten sozialistischen Prinzipien beruhen. Der Sozialismus ist für uns nicht eine Mode. Es ist uns durch unsere Geschichte gegeben. Jetzt, wo wir bestimmte befreite Gebiete haben, müssen wir die Grundlage für eine insgesamt gerechte Neuverteilung des Landes schaffen. Nach der vollständigen Befreiung von Zimbabwe müssen wir in großem Maßstab die Menschen umsiedeln. Gegenwärtig leben große Teile unseres Volkes in unfruchtbaren Teilen des Landes. Sie müssen in andere Gebiete umgesiedelt werden, die viel produktiver sind. Unser Grundprinzip ist, daß der Grund und Boden verstaatlicht wird, um die Neuverteilung zu erleichtern. Wir gehen davon aus, daß die gesellschaftliche Produktion reichere Ernteerträge bringen wird. Wir werden die genossenschaftliche Produktion entschieden unterstützen.

Wie nimmt die ZANLA an der Produktion teil? Was werden die Massen in diesen Gebieten produzieren?

Als die ZANLA in das Land kam und sich mit den Massen verband, um den bewaffneten Kampf zur Befreiung von Zimbabwe zu führen, waren die Guerillakämpfer für die Versorgung mit Nahrungsmitteln vollständig auf die Massen angewiesen. Aber heute haben wir eine Stufe erreicht, wo unsere Streitkräfte sich vollständig mit den Massen verbunden haben und voll an der Produktion teilnehmen. Mit dem Gewehr auf dem Rücken arbeiten sie auf den Feldern. Ihr habt bestimmt schon einige Bilder aus den befreiten Gebieten von Zimbabwe gesehen, wo man sieht, wie unsere Genossen zusammen mit der örtlichen Bevölkerung fleißig auf den Feldern arbeiten. Die Produktion ist zu einer der Hauptaufgaben der ZANLA-Streitkräfte geworden. Die ZANLA ist nicht nur eine Kampftruppe. Sie ist auch eine Produktionstruppe. Die ZANLA ist eine Volksarmee, die ein Beispiel darin geben muß, wie sie den Massen bei ihren täglichen Arbeiten hilft und gleichzeitig voll an der Produktion teilnimmt. Was die landwirtschaftliche Produktion betrifft, so treiben wir vor allem den Anbau von Mais voran, unserem Hauptnahrungsmittel. Wir bauen auch Weizen, Tabak und Tee an. Die Viehzucht ist eine weitere Aufgabe, die wir bei unseren Produktionsplänen berücksichtigen müssen.

In welchem Ausmaß habt Ihr bisher Fabriken von Siedlern enteignet, und habt Ihr dort die Produktion wieder aufgenommen?

Man muß berücksichtigen, daß die Fabrikproduktion in den städtischen Gebieten konzentriert ist. Wir behaupten nicht, in den Städten und Ortschaften die Macht zu haben. Das bedeutet, daß wir bisher noch nicht in der Lage waren, Fabriken zu übernehmen. Es ist unsere nächste Aufgabe, den Feind aus den Städten und Ortschaften zu vertreiben und dann die Herrschaft über den industriellen Sektor zu errichten. Wenn das erreicht ist, werden wir in der Lage sein, die Produktionsmittel in die Hand der Massen zu geben. Was die Frage der ländlichen Industrie betrifft, so hat das Zentralkomitee der ZANU kürzlich darüber beraten, welche Mittel und Wege zum Aufbau einer Dorfindustrie zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse beschritten werden können.

Infolge der Ausbeutung des Volkes durch den Imperialismus wird eines der Hauptprobleme der Mangel an Facharbeitern sein. Kannst du uns sagen, wie ihr die Jugendlichen ausbildet und was für ein Ausbildungssystem ihr zur Vorbereitung auf die Zukunft schafft?



Unsere Abteilung für Ausbildung und Kultur ist dabei, einen neuen Plan auszuarbeiten. Viele Schulen sind in den befreiten Gebieten eröffnet worden; aus ihnen gehen Schüler hervor, die am Aufbau der neuen Gesellschaft teilnehmen. Es gibt eine Reihe von Ländern, in die die Abteilung für Ausbildung Gruppen zur Schulung schicken muß – sozialistische Länder meine ich.

Vor kurzem haben die afrikanischen Staatsführer eine Resolution angenommen, in der die Patriotische Front als einziger legitimer Vertreter des Volkes anerkannt wird. Kannst du uns die Lage an der diplomatischen Front und die Ziele der ZANU auf diesem Gebiet für dieses Jahr erläutern?

Das Ziel der ZANU ist es, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Wir führen unsere Angriffe von den befreiten Gebieten aus und wollen unsere Stärke in den städtischen Gebieten konsolidieren. Wir müssen die Massen jetzt für den entscheidenden Schlag gegen die Basen des Feindes organisieren – die Städte und Ortschaften. Was die diplomatische Front betrifft, so hat die OAU in der Tat eine ausgezeichnete Resolution verabschiedet. Gegenwärtig sind wir gespannt auf den Verlauf der Commonwealth-Konferenz in Lusaka. Die Gerüchte, die unser Ohr erreichen, und die öffentlichen Erklärungen, die Margaret Thatcher gemacht hat, deuten an, daß sie das rassistische Marionettenregime Smith-Muzorewa anerkennen will. Sie tut dies, um die Herrschaft der Siedler über unser Volk zu verlängern. Ihr Denken und das ihrer Regierung sind rassistisch. Sie stellen fest, daß sie Muzorewa benutzen können, um Zimbabwe weiter im Würgegriff zu halten, da sie geht ihnen im Kopf herum. Muzorewa muß mit allen Mitteln gestärkt werden. Sie glaubt, sie hätte eine großartige Ausrede, wenn sie der Welt erzählt, weil Muzorewa schwarz ist, sei das Regime demokratisch. Sie erkennt nicht, daß eines unserer grundlegenden Prinzipien ist, daß wir nicht rassistisch sind. Wenn wir über Ian Smith sprechen, meinen wir nicht die Person mit weißem Gesicht, sondern die Verkörperung des Übels. Diese Verkörperung kann schwarz werden, aber das heißt nicht, daß mit dem Übel Schluß ist. Daher kämpfen wir weiter, bis wir unser Ziel erreicht haben. Pamberi ne Chimurenga.

Tunesien erneuert Fischerei-Vertrag mit Italien nicht

z.erm.Rom. Am 19. Juni ist der Fischerei-Vertrag zwischen Tunesien und Italien abgelaufen. Italien hatte sich mit dem Vertrag, der 1976 abgeschlossen wurde, Fischereirechte in tunesischen Gewässern gesichert, als Gegenleistung wurde die Lieferung von jährlich 20000 Tonnen Olivenöl mit Italien vereinbart. Als Gegenleistung für einen neuen Vertrag hatte Tunesien die Lieferung von 50000 Tonnen Olivenöl gefordert. Anstatt die Forderung zu erfüllen, verletzt die italienische Regierung sofort nach Ablauf des Vertrages ständig die tunesischen Territorialgewässer. Am 9. Juli beschlagnahmte die tunesische Regierung daraufhin ein Fischereiboot, das sich unerlaubt in tunesischen Gewässern zum Fischfang aufgehalten hatte. Am gleichen Tag, erklärte Tunesien, wurden zwei Minenräumboote der italienischen Marine in tunesischen Gewässern gesichtet. PSI-Senator Di Nicola forderte gegen den „Piratenakt" sofort das Verteidigungsministerium „zum Handeln" auf. Der Generalstab der italienischen Marine drohte Tunesien erneut, „zum Schutz der sizilianischen Fischer" einzugreifen. Um Tunesien zu einem Fischereiabkommen zu ihren Bedingungen zu zwingen, führte die italienische Regierung im Kanal von Sizilien mehrere Militärpatrouillen durch. Jedoch ohne Erfolg. Auch der Vizepräsident der EG-Kommission Gundelach, der zur „Vermittlung" nach Tunesien gereist war, mußte unverrichteter Dinge wieder abreisen.

Länder der Dritten Welt lassen GATT-Verhandlungen platzen

z.elb. Die jüngsten GATT-Verhandlungen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) zwischen den imperialistischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt sind vorerst gescheitert. Gegen den Widerstand der Länder der Dritten Welt konnten die EG-Imperialisten eine Regelung, nach der Einfuhrbeschränkungen und Schutzzölle gegenüber *einzelnen* Ländern erhoben werden können, nicht durchsetzen. Nach den geltenden Bestimmungen können solche Maßnahmen nur gleichzeitig gegen *alle* Mitgliedsländer getroffen werden. Die Länder der Dritten Welt stimmen einer neuen Übereinkunft über die Schutzzölle nur unter der Bedingung zu, daß ein internationales Komitee die Entscheidungsbefugnis über die von den einzelnen Ländern geforderten Schutzzölle erhält. Die EG-Imperialisten gestehen diesem Komitee lediglich beratende Funktion zu. Mit der neuen Regelung wäre es den Imperialisten möglich, Spaltung zwischen den Ländern der Dritten Welt zu säen, die Konkurrenz unter ihnen anzustacheln und gezielt einzelne Industrie- oder landwirtschaftliche Zweige zu ruinieren. Die Länder der Dritten Welt haben angekündigt, daß sie die gesamten schon ausgehandelten GATT-Vereinbarungen nicht unterzeichnen werden, wenn die Frage der Schutzzölle nicht geklärt wird.

CSSR: Gelbsuchtepidemie – Folgen der Profitproduktion

z.anb. Mehr als 6000 Arbeiter im Nordosten der CSSR sind an einer infektiösen Gelbsucht erkrankt, wie sie durch Viren, vornehmlich in verseuchtem Wasser, übertragen wird. Die

Sozialimperialisten wollen nach Birma

US-Imperialisten liefern für die Konterrevolution / Fortschritte im Befreiungskampf

z.mif. Der Korrespondent der sozialimperialistischen Nachrichtenagentur TASS in Rangun, der Hauptstadt Birmas, meldete am 25. Juli: ,,Die Proteststimmen gegen die subversiven Aktionen der Pro-Beijing-Rebellen in Birma schwellen an ... Die Banditen greifen Mitglieder der Parteizellen und der Volksräte an und gehen brutal gegen die ländlichen Aktivisten in entlegenen Dörfern vor ... Die Banditen haben ihre Anweisungen aus Beijing erhalten und bilden demzufolge in Birma eine gegen die Regierung gerichtete bewaffnete Front, wobei sie sich mit Banditen zusammentun, die sich mit Drogenhandel befassen.''

Einen Monat vorher besuchte der Außenminister Birmas, U Myint Maung, Moskau und anschließend Ungarn. Die sozialimperialistische ,,Neue Zeit'' (27/79) stellt im Kommentar fest: ,,Die Schwierigkeiten Burmas erklären sich weitgehend mit den jetzt schon viele Jahre anhaltenden regierungsfeindlichen Aktionen bewaffneter Rebellen, die von Peking ausgehalten werden. Burma muß wachsende Rüstungsausgaben tragen''.

Rüstungsausgaben für die Niederschlagung der neudemokratischen Revolution, für die im ganzen Land die Arbeiter, die Bauern, die unterdrückten Völker kämpfen. Die Sozialimperialisten wären allzu gern beim Niederschlagen behilflich. Waffen und Militärberater aus der UdSSR an der 2000 km langen Grenze Birmas zur Volksrepublik China, direkte Bekämpfung der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Birmas, das wäre die Erfüllung eines langgehegten Blütentraums. Aber Birma und China unterhalten seit der vertraglichen Regelung über den Grenzverlauf 1961 ausgezeichnete Beziehungen, die sie bei regelmäßigen gegenseitigen Staatsbesuchen bekräftigt haben. Und die birmesische Regierung unter General Ne Win weiß gut, daß sie vom Regen in die Traufe käme, wollte sie sich gegen die seit 20 Jahren anhaltende revolutionäre Bewegung der Volksmassen Birmas auf den Sozialimperialismus stützen. In Schwierigkeiten aber ist sie erheblich, und darauf setzen die Sozialimperialisten. Sie hoffen, die Regierung Ne Win werde das Prinzip der Blockfreiheit über den Haufen werfen, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Sie setzen darauf, über Birmas Nachbarland Indien, mit dem Birma jetzt seinen Handel entwickeln will, schnell einen Fuß in die Tür zu kriegen.

Birma war bis 1948 britische Kolonie, während des zweiten imperialistischen Krieges von den Japanern besetzt. Es gelang den Imperialisten, die von der Kommunistischen Partei geführte antibritische und antijapanische Einheitsfront zu spalten und die neudemokratische Revolution der Jahre 1948/49/50 zu zerschlagen. Die Regierung Birmas verfolgte das Prinzip der Blockfreiheit, war Mitunterzeichner der Bandung-Konferenz, auf der die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf Vorschlag der VR China beschlossen wurden, und engte den Bewegungsspielraum des imperialistischen Kapitals in Birma erheblich ein. Wirklich unabhängig konnte Birma jedoch nicht werden, da die Regierung – ab 1962 durch Putsch General Ne Win und das Militär – die Arbeiter und Bauern nach dem Vorbild der alten Kolonial- und Feudalherren unterjochte. Der Großgrundbesitz wurde aufgelöst, an seine Stelle traten Staatsgüter, für die Bauern und Landarbeiter änderte sich nichts. Deutliches Merkmal dafür ist die Stagnation der Reisproduktion: noch Mitte der siebziger Jahre war die Reisproduktion Birmas auf dem Stand von 1940/44, während in dieser Zeit die Bevölkerung sich verdoppelt hatte. Die Verelendung der Volksmassen hat unter der Militärherrschaft erheblich zugenommen. Ebenso die Abhängigkeit der Regierung vom Imperialismus. 1976 war es soweit, daß die Regierung Konkurs bei Carter und der Weltbank anmelden mußte. Eine besondere ,,Burma-Untersuchungsgruppe'' der Weltbank nahm ihre Arbeit auf, wobei dem ehemaligen Kriegsminister McNamara, jetzigem Chef der Weltbank, seine Indochina-Erfahrung bestimmt zugute kam. Carter hat ein Programm unter der Fahne der ,,Opiumvernichtung im Goldenen Dreieck'' (Birma-Thailand-Laos) gestartet: US-Waffen und -Ausbildung für den Antiguerillakrieg vor allem in den östlichen Landesteilen Birmas. Die Weltbank erzwang die Öffnung Birmas für den Kapitalexport. Die westdeutsche Bundesstelle für Außenhandelsinformation meldete zu Beginn 1978 ,,interessante neue Anstrengungen zur Überwindung der die bisherige Regierungszeit von Präsident Ne Win begleitenden Stagnation''. Im Juli 1979 hat die Bundesregierung 11,5 Mio. DM ,,technische Hilfe'' zugesagt, davon allein zwei Mio. für eine ,,Arbeitsstudie über den Bau einer Fabrik''. Das westdeutsche Kapital wetzt die Klauen.

In der ,,Union von Birma'' leben etwa 40 Völker: neben den Birmanen, die etwa zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, unter anderem die Karen, Shan, Kachin, Chin, Mon. Die nationalen Minderheiten bewohnen mehr als 60% des Landes. Die Feudalherren Birmas betrieben über Jahrhunderte eine Expansionspolitik, der die benachbarten Völker immer wieder erfolgreich Widerstand entgegensetzten. Unter der Alaungpaya-Dynastie 1752–1885 dehnte sich Birma im Süden bis zum Delta-Gebiet in der Umgebung von Rangun aus, eroberte die damalige siamesische Hauptstadt Ayutheia und das westliche Arakan und fiel 1821 in das indische Brahmaputra-Tal ein. Darauf hatten die britischen Kolonialherren nur gewartet; sie hatten bereits seit 1795 Kundschafter in das durch die Gebirgsketten schwer zugängliche Birma geschickt und die strategische Lage ausspioniert. Der britische Kolonialismus brauchte bis 1885, um Birma völlig zu erobern. Er schürte als geübter Unterdrücker die Widersprüche zwischen den Völkern, die die imperialistische Geographie unter dem Begriff ,,Hinter-Indien'' zusammenfaßt.

Niemals haben sich die Völker damit abgefunden, in die ,,Union von Birma'' gezwungen zu werden. Die britischen Konialisten mußten in der Unabhängigkeitserklärung das Recht auf Lostrennung durch eine Volksabstimmung nach zehn Jahren zugestehen; das verhinderte General Ne Win durch Putsch. Wirklicher Herr des Landes aber ist er nie geworden.

Der US-Imperialist Robert W. Schwab III, ein ,,Südostasien-Experte'', muß in der Brüsseler Zeitschrift ,,Asia Quarterly'' 4/78) feststellen, daß die Einheitsfront unter Führung de Kommunistischen Partei Birmas an Breite und Stärke gewinnt: ,,Während der letzten fünfzehn Jahre ungefähr ist die Burmesische Kommunistische Partei (BCP) von einer kleinen Gruppe in China ausgebildeter Dissidenten zu einer multirassischen und der stärksten Anti-Ne Win-Kraft in allen abtrünnigen Staaten geworden. Ihre Hauptkader sind vor allem Birmesen, aber es ist mehr eine militärische Maschine als eine politische Partei, und fast alle einfachen Mitglieder sind Stammesleute und Shan, die sich angeschlossen haben, als ihre örtlichen Führer beschlossen, die ziemlich autoritäre Partei sei das kleinere der beiden Übel, verglichen mit der möglichen Beherrschung durch die Burmesen von Rangun. ... Es ist Jahre her, daß so etwas wie eine erfolgreiche größere Operation von Rangun in der BCP-Zone durchgeführt werden konnte.'' Der Verfasser gibt zu, daß das Carter'sche ,,Drogenvernichtungsprogramm'' nichts anderes als die Bekämpfung des Volksaufstandes ist: ,,Kürzlich wurde in einem Film der Burmesischen Regierung über ihre Narkotika-Vernichtungskampagne gezeigt, wie Bomben an Flugzeugen befestigt wurden und als Teil derselben Operation schwer bewaffnete Spezialeinheiten in BAF-Hubschrauber einstiegen'' (die von der US-Regierung für die ,,Drogenvernichtung'' geliefert werden). Der Verfasser bringt den Zynismus auf, den Russen zu wünschen, daß sie die aussichtlose Aufgabe der US-Imperialisten übernehmen müßten: ,,Die russische Unterstützung würde hauptsächlich den Charakter haben, damit zu drohen, uns als Lieferant für Rangun zu ersetzen, wenn wir uns zurückziehen. Die Burmesen lieben die Russen nicht; aber sie werden auch keine Wahl haben. Es ist meine persönliche Meinung, daß wir alles tun sollten, um einen solchen Wechsel zu unterstützen: Verbindung mit Rangun ist der schlimmste Schritt, den eine Weltmacht in ganz Südasien machen kann.''



Die Sozialimperialisten wollen an die 2000 km lange Grenze Birmas mit China heran : Einkreisung sowie Niederschlagen des bewaffneten Befreiungskampfes, der unter Führung der Kommunistischen Partei Birmas steht. – 1961 hat die VR China ihre Grenzfrage mit Birma vertraglich geregelt. *Bild:* Besuch von Ministerpräsident Zhou Enlai 1961 in Birma; *rechts:* General Ne Win.

Der zweite Siebenjahrplan der DVR Korea

z.krk. 1978 war das erste Jahr des bis 1984 laufenden Siebenjahrplanes in der DVR Korea. Das Hauptziel des Planes ist, eine grundlegende Modernisierung der Industrie zu vollziehen und die Modernisierung der Landwirtschaft zu verwirklichen. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung des Bergbaus gelegt, um die Rohstoff- und Energieversorgung des Landes soweit wie möglich aus eigenen Quellen zu sichern. Im Laufe des zweiten Siebenjahrplanes soll die Kohleproduktion 70-80 Mio. t erreichen (1977: 36 Mio. t), es sollen 8 Mio. t Stahl (1977: 3,2 Mio. t) und 12-13 Mio. t Zement (1977: 6 Mio. t) produziert werden.

Besondere Aufgaben stehen im Transportwesen an. Über diese Frage beriet die 18. Plenartagung des ZK der Partei der Arbeit Koreas Mitte Juni. Es
Partei der Arbeit Koreas Mitte Juni. Es
besteht kein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen Produktion und Transport, die Transportkapazitäten reichen für die Bedürfnisse der gestiegenen Produktion nicht aus, wurde festgestellt. Die festgelegten Aufgaben sind: Verbesserung der Disziplin beim Eisenbahntransport, strikte Einhaltung der Regeln, Mechanisierung der Be- und Entladung und die Verbesserung der Ausbildung der im Transportwesen Beschäftigten. Schrittweise sollen auch die Nebenlinien elektrifiziert und eine neue Eisenbahnlinie gebaut werden, die den Osten des Landes mit dem Westen verbindet. Weiter ausgebaut werden soll der Transport mit Containern und über Pipelines. Die Bauarbeiten an der Vergrößerung der Häfen Nampo und Haeju sind im vollen Gange.

Bei der Mechanisierung der Landwirtschaft hat die DVRK große Fortschritte gemacht: seit 1965 ist die Zahl der Traktoren von 21800 auf ca. 60000 angewachsen. Die größeren Landmaschinen sind in den über 160 staatlichen Landmaschinenstationen konzentriert und bearbeiten die Felder der



umliegenden Genossenschaften. Über 800000 ha Land werden künstlich bewässert. Bis 1984 sollen 5 Mio. t Kunstdünger für die Landwirtschaft hergestellt werden. Auf 82,4% der ge-
hergestellt werden. Auf 82,4% der ge-
samten Anbaufläche wird Getreide produziert, wegen der klimatischen Bedingungen werden jedoch nur 18,1% mit Reis bebaut. Obwohl die DVRK durch die Teilung des Landes von den traditionellen Reisanbaugebieten abgeschnitten ist, kann die Bevölkerung von 17,1 Millionen – im Gegensatz zu Südkorea – aus eigener Kraft ernährt werden. Die Reiserträge sind die dritthöchsten in der Welt: 50 Doppelzentner pro Hektar. Neben dem Reis spielt Mais eine große Rolle in der Ernährung der Bevölkerung. Die Erträge liegen mit 29,6 dz/ha etwas über dem Weltdurchschnitt. Eine starke Ausweitung erfuhr der Gemüseanbau durch die Verwendung folienüberspannter Gewächshäuser. Durch die geographischen Verhältnisse bedingt – viele Berge und harte, lange Winter – ist die landwirtschaftliche Nutzfläche auf 15% der Gesamtfläche beschränkt und beträgt ca. 2 Mio. ha. Von großer Bedeutung ist daher die Gewinnung von Ackerland vom Meer. Um 100000 ha soll auf diese Weise im Laufe des Siebenjahrplanes die landwirtschaftliche Nutzfläche vergrößert werden.

Zunahme solcher und ähnlicher Infektionskrankheiten entwickelt sich in den imperialistischen Ländern parallel zur Steigerung der Ausbeutung. Die Arbeiterklasse zahlt Intensität und Despotie des Produktionsprozesses nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar mit ihrer Gesundheit und Lebenskraft. In dem betreffenden Gebiet der CSSR ist das Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie angesiedelt. Zehntausende Arbeiter verbringen hier den Großteil des Tages und der Nacht auf engem Raum zusammen. Ihre Nahrung nehmen sie in den Großkantinen der Betriebe auf, die selbst in Schichtarbeit betrieben werden und die Produkte der ebenso organisierten Nahrungsmittelindustrie verwenden, wie Trockenmilchpulver und Speiseeis auf Wasserbasis, die man jetzt als Infektionsherd vermutet. Unerträgliche Arbeitshetze pressen die Zeit, die für die sorgfältige Reinigung von Maschinen und Anlagen notwendig ist, auf ein Minimum zusammen. Daß innerhalb kurzer Zeit Tausende Arbeiter an der Leberentzündung erkrankt sind, belegt ein weiteres: ihre Gesundheit und Widerstandskraft ist durch schlechte Ernährung bei stets intensiverer Vernutzung der Arbeitskraft geschwächt, Vitamine, Eiweiß und Spurenelemente werden in den Werksküchen durch Fett, Ballaststoffe und chemische Substanzen zur Konservierung ersetzt. Die neue Bourgeoisie gibt zynische ,,Diät-Vorschläge'': Fett ist Gift für die Leber!

Steuererhöhungen in Spanien

z.jon. Das spanische Parlament beschloß am 26.7. die Einführung einer ,,Luxussteuer'', nach der jeder Autokauf mit 26% des Preises besteuert wird. Am 27.7. beschloß es die Erhöhung der Benzinsteuer um 2 Pesetas (0,57 DM). Am 19.7. hatte die Regierung ein staatliches ,,Austeritätsprogramm'' angekündigt, mit dem sie das voraussichtliche Haushaltsdefizit von 400 Mrd. Ptas (1,4 Mrd. DM) oder 24% der geplanten Staatseinnahmen bekämpfen will, vor allem durch Steuererhöhungen. Die Steuerreform und die Schaffung einer saugfähigen Lohnsteuer zählen zu den wichtigsten ,,Errungenschaften'', die die Imperialisten dem liberalisierten Franco-Staat nach 1975 aufgezwungen haben. Die Steuerlast wächst seitdem fast ebenso schnell wie die Auslandsverschuldung. 1976–1978 nehmen die Staatseinnahmen aus direkten Steuern um 87%, aus indirekten Steuern um 44% zu. Die Auslandsschulden des spanischen Staates betrugen Anfang 1979 rund 15 Mrd. DM, 258% der geplanten Staatseinnahmen 1979. Bei den Verhandlungen über die EG-Aufnahme Spaniens hat die EG-Kommission als Erstes ,,Anpassung an das Steuerrecht der Gemeinschaft'' und Einführung der Mehrwertsteuer gefordert.

DDR: Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit

z.nop. Gleichzeitig mit der Verschärfung der allgemeinen Strafgesetze ist die Zuständigkeit der Militärgerichte in der DDR erheblich ausgeweitet worden. Seit dem 1. August unterliegen außer Militärangehörigen auch ,,Zivilbeschäftigte der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der DDR, der Zivilverteidigung und der Organe des Wehrersatzdienstes'' sowie alle Beteiligten an den Taten solcher Personen der Militärgerichtsordnung. Die DDR-Bourgeoisie geht damit daran, mit dieser straff militärisch organisierten Sondergerichtsbarkeit auch den zivilen Bereich zu durchdringen. Nach der Militärgerichtsordnung vom 31.10.1974 haben die Militärrichter und Militärschöffen, sämtlich Angehörige der Nationalen Volksarmee, mit den Kommandeuren und Politorganen eng zusammenzuarbeiten und ,,an der Festigung der militärischen Disziplin und Ordnung aktiv mitzuwirken''. Sie unterliegen militärischem Disziplinarrecht, können jederzeit wegen ,,Ungeeignetheit'' abberufen werden und sind dem höheren Militärgericht rechenschaftspflichtig. Ihre Entscheidungen, die ,,auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei'' ergehen, können nach Rechtskraft noch aufgehoben werden.

Afghanistan: Taraki-Clique schwer angeschlagen

z.mih. Als ,,vorübergehende Maßnahme'' will das US-Außenministerium die Anweisung verstanden wissen, die Angehörigen der US-Botschaft in der afghanischen Hauptstadt Kabul aus ,,Sicherheitsgründen'' um 100 auf 48 zu reduzieren. Die Flächenbombardements der sowjetischen Bomber haben die Ausweitung der Kämpfe in allen Provinzen gegen ihre Taraki-Clique nicht verhindern können. Die wenigen Transport- und Versorgungslinien sind unterbrochen. 7000 Offiziere und Soldaten, ein Zehntel der afghanischen Armee, sind bisher zu den kämpfenden Volksmassen übergelaufen. Auch in Kabul verschärfen sich die militärischen Auseinandersetzungen, bei Demonstrationen und Straßenschlachten sind zwei Einheiten der afghanischen Armee aufgerieben und acht sowjetische Offiziere getötet oder verwundet worden. Die sowjetischen Marionetten ließen bis Ende Juni 3000 politische Häftlinge hinrichten und 5000 Mitglieder der eigenen Partei wegen ,,Sympathisantentum'' verhaften lassen. Inzwischen hat Taraki selbst die oberste Leitung des ,,Kampfes gegen die islamischen Rebellen'' übernommen. In Betrieben von Kabul und anderen Städten werden die Arbeiter und Angestellten in ,,Revolutionäre Verteidigungskomitees'' gepreßt, und eine ganze Reihe anderer bewaffneter Sonderformationen sind gegründet worden, ,,um den Terrorbanden Einhalt zu gebieten'' – berichtet die Aktuelle Kamera, Nachrichtensendung des Fernsehens der DDR.

Lenin über Wahlbeteiligung

Für diejenigen, die in den Wahlen die Interessen der wirklich breiten und breitesten Massen der Bevölkerung vertreten wollen, tritt an erste Stelle die Aufgabe, das politische Bewußtsein der Massen zu entwickeln. In untrennbarem Zusammenhang mit der Entwicklung dieses Bewußtseins bildet sich klarer die Gruppierung der Massen heraus, die den tatsächlichen Interessen dieser oder jener Bevölkerungsklassen entspricht. Jede Parteilosigkeit bedeutet immer, selbst in ausgesprochen erfolgreichen Fällen, Unklarheit und Unentwickeltheit des politischen Bewußtseins des Kandidaten wie der diesen unterstützenden Gruppe oder der diesen unterstützenden Parteien und der an seiner Wahl beteiligten Masse.

Für alle Parteien ohne strengen Aufbau, die in den Wahlen die Aufgabe verfolgen, die Interessen dieser oder jener kleinen Gruppen der besitzenden Bevölkerungsschichten zu befriedigen, rückt die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Massen immer in den Hintergrund, und die Klarheit der klassenmäßigen Gruppierung der Massen wird fast immer als unerwünscht und gefährlich angesehen. Für diejenigen, die die bürgerlichen Parteien nicht verteidigen wollen, steht die Klarheit des politischen Bewußtseins und die Klarheit der klassenmäßigen Gruppierung höher als alles andere. Dies schließt natürlich ein zeitweiliges gemeinsames Handeln der verschiedenartigen Parteien unter gewissen besonderen Bedingungen nicht aus, aber dies schließt natürlich jegliche Parteilosigkeit und jegliche Abschwächung oder Vertuschung der Parteilichkeit aus.

Doch gerade deshalb, weil wir die Parteilichkeit prinzipiell im Interesse der breiten Massen verfechten, im Interesse ihrer Befreiung von jeglichen bürgerlichen Einflüssen, im Interesse der vollen und vollsten Klarheit der klassenmäßigen Gruppierungen, gerade deshalb müssen wir alle unsere Kräfte einsetzen und strengstens darauf achten, daß die Parteilichkeit *nicht* nur *ein Wort, sondern Tat* ist. (1909)

Für die Sozialdemokratie, die die Wahlen vor allem als eine Sache der politischen Aufklärung des Volkes einschätzt, ist die grundlegende Frage natürlich die Frage nach dem politisch-ideologischen Gehalt der gesamten mit den Wahlen verbundenen Propaganda und Agitation. Das eben ist die Frage nach der Wahlplattform. Für jede Partei, die diese Bezeichnung irgendwie verdient, ist lange vor dem Zeitpunkt der Wahlen die Plattform schon etwas Gegebenes, nicht etwas, was eigens „für die Wahlen" ausgedacht wird, sondern was sich unweigerlich aus allen *Handlungen* der Partei, aus dem ganzen Aufbau ihrer Arbeit, aus ihrer ganzen Richtung in der gegebenen historischen Periode ergibt. Auch für die SDAPR ist die Plattform schon gegeben, ist die Plattform schon vorhanden, sie ist natürlich und unvermeidlich bestimmt durch die Prinzipien der Partei und durch die Taktik, die die Partei *schon* festgelegt, *schon* verfolgt hat und weiterhin verfolgt in der gesamten Periode des politischen Lebens des Volkes, deren „Fazit" Wahlen in gewisser Beziehung stets ziehen. Die Plattform der SDAPR ist das *Fazit* der Arbeit, die der revolutionäre Marxismus und die ihm treu gebliebenen Schichten der fortgeschrittenen Arbeiter in der Periode von 1908 bis 1911 geleistet haben, in der Periode des Wütens der Konterrevolution, der Periode des „Stolypin"regimes „vom 3. Juni".

Drei wichtige Punkte sind in diesem Fazit enthalten: 1. das Programm der Partei; 2. ihre Taktik; 3. ihre Einschätzung der herrschenden oder am weitesten verbreiteten oder der für die Demokratie und den Sozialismus schädlichsten politisch-ideologischen Strömungen der gegebenen Zeit. Ohne Programm ist eine Partei als einigermaßen geschlossener politischer Organismus, der bei jeder Wendung der Ereignisse stets die Linie einzuhalten vermag, unmöglich. Ohne eine taktische Linie, die von der Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage ausgeht und exakte Antworten auf die „verfluchten Fragen" der Gegenwart gibt, ist ein Zirkel von Theoretikern möglich, nicht aber eine aktiv wirkende politische Größe. Ohne Einschätzung der „aktiven", aktuellen oder „Mode gewordenen" politisch-ideologischen Strömungen können Programm und Taktik zu toten „Punkten" werden, die zu verwirklichen und auf die vielen tausend konkreten und allerkonkretesten Einzelfragen der Praxis anzuwenden undenkbar ist, sofern man das Wesen der Sache verstanden, sofern man die „Zusammenhänge" begriffen hat.

lerkonkretesten Einzelfragen der Praxis anzuwenden undenkbar ist, sofern man das Wesen der Sache verstanden, sofern man die „Zusammenhänge" begriffen hat.

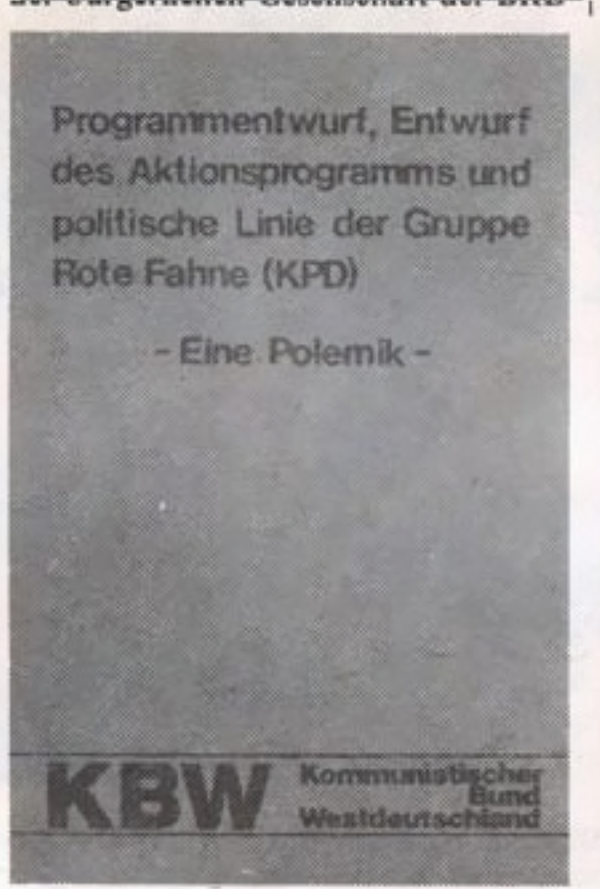
Was die politisch-ideologischen Strömungen anbelangt, die für den Zeitraum von 1908 bis 1911 charakteristisch und für das Verständnis der Aufgaben der Sozialdemokratie besonders wichtig sind, so rückt hier in den Vordergrund des „Wechismus" als Ideologie der *konterrevolutionären liberalen* Bourgeoisie (eine Ideologie, die vollkommen der Politik der Kadettenpartei entspricht, was deren Diplomaten auch immer reden mögen) und das *Liquidatorentum* als Ausdruck derselben zersetzenden und bürgerlichen Einflüsse auf die Kreise, die mit der Arbeiterbewegung in Berührung stehen. Zurück von der Demokratie, recht weit weg von der Bewegung der Massen, recht weit weg von der Revolution – das ist das Leitmotiv der in der „Gesellschaft" herrschenden Richtungen des politischen Denkens. Recht weit weg von der illegalen Partei, von den Aufgaben der Hegemonie des Proletariats im Befreiungskampf, von der Aufgabe der Verteidigung der Revolution – das ist das Leitmotiv des „Wechismus" in den Reihen der Marxisten, der sich in den Organen „Nascha Sarja" und „Delo Shisni" eingenistet hat. Was immer engstirnige Praktiker oder Leute, die sich von dem schweren Kampf für den revolutionären Marxismus in unser schwierigen Zeit müde abwenden, auch sagen mögen, es gibt *keine einzige* Frage der „Praxis", *keine einzige* Frage der illegalen oder legalen Arbeit der Sozialdemokratie auf jedem beliebigen Gebiet ihrer Tätigkeit, auf die der Propagandist und Agitator eine genaue und erschöpfende Antwort geben könnte, wenn er nicht die ganze Tiefe und die volle Bedeutung der erwähnten „Richtungen des Denkens" in der Stolypinperiode begreift. (1911)

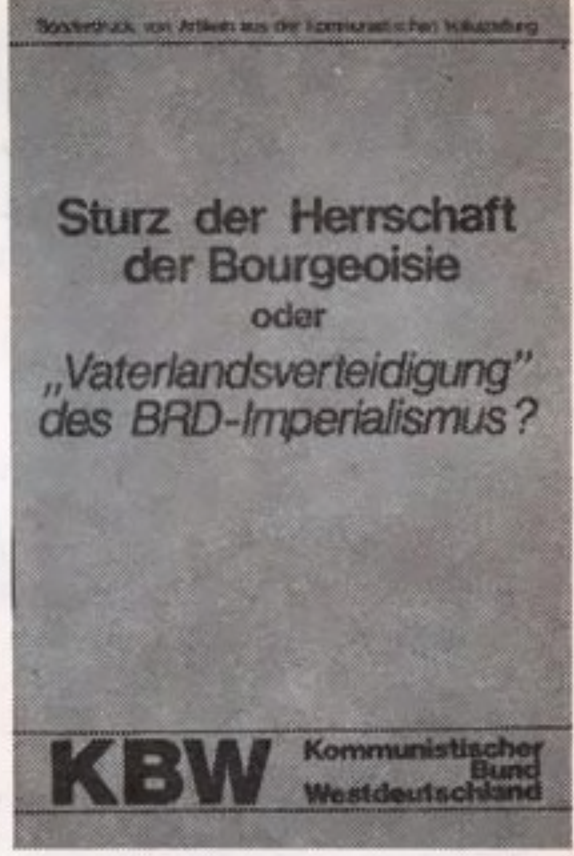
Warum man 1976 von einer marxistisch-leninistischen Bewegung sprechen konnte und heute nicht mehr

z.ges. Man soll es nicht beschwören, aber so wie es aussieht, werden sich an den Bundestagswahlen 1980 von Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, auf der einen Seite die revisionistische, von den sowjetischen Sozialimperialisten ausgehaltene und am kurzen Zügel geführte DKP und auf der anderen Seite der KBW beteiligen. Dazwischen drin wird es vielleicht das eine oder andere grüne, bunte oder alternative Wahlbündnis geben, das von der Gruppe „Rote Fahne" und vom „Arbeiterkampf" unterstützt wird. Vielleicht ringen sich auch KABD und KPD/ML zur Unterstützung von was Buntem oder Alternativem durch. Wahrscheinlicher ist, daß sie etwa unter der Losung „Klassenkampf statt Wahlkampf" jeweils zum Boykott der Wahlen aufrufen. Ob es allerdings zu einer grünen, bunten oder alternativen Liste kommen wird, zu einer, zwei oder gar keiner, und, falls es zu ein, zwei grünen oder bunten Listen kommt, mit welcher Plattform sie antreten werden, läßt sich noch nicht sagen. Auf jeden Fall werden „Rote Fahne" und „Arbeiterkampf" wie verschiedene andere Gruppierungen einigen Papier- und Gesprächsaufwand treiben, um irgendwie unter die Haube zu kommen. Ein Versuch, zu einer revolutionären, marxistisch-leninistischen Einheitsliste zu kommen, wie ihn der KBW vor den Bundestagswahlen 1976 unternommen hat, erweist sich gegenwärtig als witzlos. Damals, Ende 1975/Anfang 1976, ging der KBW von der Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung aus, die sich, gespalten, in verschiedenen Organisationen verkörperte, und die sich mit Nutzen für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung auf einige programmatische Punkte einigen konnte, um einheitlich in den Bundestagswahlkampf einzugreifen. Die Einigung kam damals nicht zustande, und heute ist sie durch die Entwicklung der verschiedenen Organisationen überholt. Als Ergebnis der damaligen, wenn auch erfolglosen Bemühungen hielten wir fest, daß trotz verschiedener Ansprüche, die Partei des Proletariats zu sein, doch alle Organisationen anerkennen mußten, daß es eine marxistisch-leninistische Bewegung gibt, die weit über ihre eigenen Reihen hinausgeht. Dieses Ergebnis bildete noch die Grundlage der erfolgreichen Bemühungen des KBW, eine Aktionseinheit für die Bonner Demonstration gegen die Verbotsanträge zustandezubringen und die marxistisch-leninistische Bewegung in diesem Kampf gegen die Reaktion als führende Kraft zusammenzufassen. Seither haben sich die Bedingungen geändert. Von der Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung kann man nicht mehr sprechen. Es gibt eine sich von Kampf zu Kampf entwickelnde Arbeiterbewegung und es gibt eine demokratische Bewegung, die von verschiedenen Kräften der Volksklassen gebildet wird. Der KBW ist der organisierte, revolutionäre Flügel dieser großen gesellschaftlichen Bewegungen. Eine besondere marxistisch-leninistische Bewegung gibt es nicht mehr. Das ist eine Tatsache, ob einem das paßt oder nicht. Objektiv gab es die Möglichkeit und den Zwang, sich im Kampf gegen die Bourgeoisie zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß wurde sabotiert und kam nicht zustande. Die Kräfte, die diesen Kampf sabotiert haben, hatten anderes im Sinn. Die Einheit haben sie immer gefürchtet, weil diese manchmal auf Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit hinausläuft. Sie haben die Einheit stets in Worten hochgehalten, in der Tat aber konnten sie sich von der Einheit nichts versprechen als die Beendigung ihrer Duodezherrschaft.

Klassenmäßig ist die marxistisch-leninistische Bewegung immer auf der Kippe gestanden. Die Frage war stets, läßt sich diese Bewegung umwälzen und als Vorhut der Arbeiterklasse einheitlich organisieren oder zerfällt sie in die verschiedenen klassenmäßig bestimmten Elemente der Bewegung. Heute kann man die Organisationen, die aus dieser Bewegung hervorgegangen sind, ihrem ideologischen, politischen und organisatorischen Gehalt wie ihrer Entwicklungsrichtung nach klassenmäßig ganz gut bestimmen, wie immer sie im einzelnen sozial zusammengesetzt sind. Die Klassenanalyse der bürgerlichen Gesellschaft der BRD ist ja im allgemeinen nicht so furchtbar schwierig, wie manche Hauptseitler „Theorie" behaupten: Es gibt die verschiedenen Schichtungen der Arbeiterklasse auf der einen Seite und die verschiedenen Schichtungen der Bourgeoisie auf der anderen. Die Schichtungen der Arbeiterklasse ergeben sich vor allem aus den Unterschieden der Einkommenshöhe und des Intensitätsgrades der Arbeit, während ihr Einkommen insgesamt aus Lohnarbeit stammt, die das Kapital als ihren Gegensatz produziert. Die verschiedenen Schichtungen der Bourgeoisie gliedern sich danach, ob sie ihr Einkommen hauptsächlich aus dem Profit, dem Zins oder der Rente ziehen, unter welchen Formen die Bourgeoisie den Mehrwert unter sich aufteilt, wie nach der Höhe dieses Einkommens, wobei die Finanzbourgeoisie, in deren Hand nicht nur Industrie- und Bankkapital verschmilzt, sondern auch große Massen Grundeigentum sich befinden, und die sich wachsende Teile der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmasse aneignet, die beherrschende Stellung einnimmt. Zwischen den Extremen der bürgerlichen Gesellschaft, zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, existieren die Überreste der alten Mittelklasse, der traditionellen Kleinbourgeoisie, die von eigner Arbeit mit eignen Produktionsmitteln lebt, und die zahlreichen, periodisch zahlenmäßig zunehmenden Elemente der neuen Mittelklasse, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital leben, das Kapitalverhältnis selber jedoch nicht produzieren. Die Mittelklassen werden von beiden Polen der Gesellschaft angezogen, wie sie auch versuchen, die polarische Auseinanderentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu dämpfen. Die traditionelle Kleinbourgeoisie wird sich entsprechend der Größe und Sicherheit ihres Eigentums und der Höhe ihres Einkommens verhalten, wobei die Masse der Bauern und der Handwerker durch das Proletariat gewonnen werden können. Die neue Mittelklasse wird sich im großen und ganzen danach verhalten, ob sie entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft oder gar darunter bezahlt wird oder ob ihre Gehälter wie bei den gehobenen







„Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei ist eine Tagesaufgabe"

(Auszüge aus einem Artikel des Sekretärs des ZK des KBW zu dem Gespräch zwischen KBW, KABD, Gruppe Rote Fahne (KPD) und Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) am 14.2.76 über die Beteiligung an des Bundestagswahlen 1976)

(...) Die Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung ist die Ursache dafür, daß sie bisher erst begrenzte Fortschritte im Aufbau der Partei und in der Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung gemacht hat, daß sie noch keineswegs in der Lage ist, die Arbeiterbewegung zu führen und die Arbeiterbewegung zu befähigen, die Volksmassen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Was verhindert die Einheit der Marxisten-Leninisten?

Die Einheit der Marxisten-Leninisten wird aber vor allem durch den Einfluß von ökonomistischen, sozialchauvinistischen und sektiererischen Strömungen verhindert. Diese Strömungen haben in verschiedenen Organisationen die Oberhand gewonnen. So hat im Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands die ökonomistische Strömung die Oberhand gewonnen. Der Kommunistische Arbeiterbund hat eigens eine Theorie entwickelt, die die Berechtigung des Ökonomismus beweisen soll, ohne ihn eingestehen zu müssen. Richtig ist der Ausgangspunkt dieser Theorie, daß sich die Marxisten-Leninisten auf die Arbeiterklasse konzentrieren müssen. Falsch ist alles weitere. Daß die Arbeiterklasse nur über eng wirtschaftliche Interessen zunächst für den Kampf um soziale Reformen (35-Stunden-Woche) und für den Kampf um Rechte (volles Streikrecht) gewonnen werden könne. Aufgrund der mangelnden Verankerung der Marxisten-Leninisten in der Arbeiterklasse und der politischen Unreife der Arbeiterklasse müsse man die anderen Klassen und Schichten des Volkes zunächst sich selber überlassen. Diese Auffassungen verbinden sich mit einer Phasentheorie für den Parteiaufbau und einer schematischen, weil linearen Auffassung über die Entwicklung der Klassenkämpfe von der nichtrevolutionären zur revolutionären Situation. An die Stelle der Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf, die zum einheitlichen Klassenkampf verbunden werden müssen, tritt beim KABD die Beziehung von gewerkschaftlichem und selbständigem Kampf, wobei die Selbständigkeit der Arbeiterklasse nicht in ihrer politischen Linie, sondern in ihrer von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängigen Kampfführung gesehen wird.

Ökonomistisch ist diese Auffassung, weil sie die Arbeiterklasse auf sich selbst und ihre engsten ökonomischen Interessen konzentriert, somit den Verzicht auf die Erziehung der Arbeiterklasse zur führenden Klasse des Volkes bedeutet. Sie überläßt die anderen Klassen und Schichten des Volkes natürlich auch nicht sich selber, sondern der Bourgeoisie und ihrem politischen und ideologischen Einfluß. Sie betreibt die Isolation der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie. Zusammengefaßt: Richtig ist die Konzentration der Marxisten-Leninisten auf die Arbeiterklasse. Ökonomistisch ist die Konzentration des Proletariats auf sich selbst und den Boden des ökonomischen Kampfes.

In der Gruppe Rote Fahne hat der Sozialchauvinismus die Oberhand gewonnen. Worin äußert sich dieser? Die Gruppe Rote Fahne (KPD) geht davon aus, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in ganz Deutschland gegenwärtig der Kampf gegen den Sozialimperialismus als der gefährlicheren Supermacht ist und daß dieser Hauptaufgabe alle anderen Aufgaben des Klassenkampfes untergeordnet werden müßten. Sie sagt, dies sei notwendig, um an den Sozialismus heranzukommen. Um auf diese Art an den Sozialismus heranzukommen, stellt sie den Kampf gegen den US-Imperialismus und insbesondere den Kampf gegen den BRD-Imperialismus zurück. Sozialchauvinistisch ist diese Auffassung deshalb, weil sie die Arbeiterklasse unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Sozialimperialismus ideologisch und politisch dem Chauvinismus ausliefert.

Sektierertum gibt es mehr oder weniger in allen marxistisch-leninistischen Organisationen. Es besteht in der Unfähigkeit, sich mit den Massen zu verbinden. Die Oberhand gewonnen hat das Sektierertum, wenn eine politische Linie zum Programm erhoben wird, die direkt ausschließt, daß sich die Marxisten-Leninisten mit den Massen im Kampf verbinden können, z.B. wenn ausdrücklich darauf verzichtet wird, den Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen, oder wenn bei Aktionseinheiten nicht Forderungen, die dem revolutionären Kampf dienen, zur entscheidenden Grundlage gemacht werden, sondern Bedingungen, die die Entfaltung einer Politik der Aktionseinheit unter den Massen von vornherein verhindern, z.B. die grundsätzliche Weigerung, mit Revisionisten und Trotzkisten zu verhandeln.

Die Spaltung der Marxisten-Leninisten bekämpfen

Auf Initiative des KBW hat am Samstag, den 14. Februar, ein Gespräch zwischen Vertretern der Leitungen von KBW, Kommunistischem Arbeiterbund Deutschland (KABD), Gruppe Rote Fahne (KPD), Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) stattgefunden, um die Möglichkeiten eines gemeinsamen Eingriffs in die Bundestagswahlen zu prüfen. Sie können besser genutzt werden, wenn die Marxisten-Leninisten sich auf einige grundsätzliche Festlegungen einigen und auf dieser Grundlage gemeinsam den Wahlkampf führen. An dem Gespräch haben alle vier Organisationen teilgenommen. Damit haben sie alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist. Das Zentrale Komi-

Schichten der neuen Mittelklasse in keinerlei erkennbarem Zusammenhang zum Wert ihrer Arbeitskraft zu stehen scheinen und auf lukrative Vergütung ihrer der herrschenden Klasse nützlichen Dienste hinauslaufen. Ein entsprechendes Phänomen, aber dem Wesen nach nicht vergleichbar, gibt es auch in der Arbeiterklasse, indem die Kapitalisten eine geringe Zahl von Arbeitern mittels Bestechung von der Masse der Arbeiter als Arbeiteraristokraten abheben. ,,Rote Fahne", KABD und KPD/ML, und das haben sie mit dem KB und anderen ,,linken" Organisationen gemeinsam, stützen sich heute auf diese verschiedenen Kräfte der Mittelklassen und spiegeln ihre spontanen Interessen und Ansichten wieder. Man könnte das bis ins einzelne untersuchen und nach Herkunft und Interesse unterscheiden, auf welche Schichten der Mittelklassen sie sich hauptsächlich stützen, welche Vorurteile sie bevorzugt vertreten und in welcher mehr oder weniger engen Verbindung sich diese Schichten zur Bourgeoisie befinden. So springt in die Augen, daß KPD/ML wie auch der KABD sich mehr auf das traditionelle Kleinbürgertum stützen und dabei eine ,linke' und rechte Variante darstellen. Man erinnert sich an die Empörung des KABD, als der KBW für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1975 wie in allen anderen Wahlkämpfen die Propagandalosung aufstellte: ,,Aufhebung des Privateigentums, nieder mit dem Lohnsystem!" Er fürchtet um die in Baden-Württemberg noch zahlreich vorhandenen Gütchen. Die ehrenwerte Prüderie dieser Organisationen speist sich aus den besten Tugenden der Kleinbourgeoisie, wobei die KPD/ML deren Hang zur gelegentlichen Anarchie teilt.

deren Hang zur gelegentlichen Anarchie teilt.

Nicht weniger springt in die Augen, daß sich ,,Rote Fahne" und KB hauptsächlich auf die neue Mittelklasse stützen, wobei sich die KPD vor allem auf die professoralen und freischaffenden Kulturträger ausrichtet, während der KB mehr die Handwerker unter den Ideologen, die Lehrerbeamten, samt ihren heimlichen Exzessen im Auge hat. Das wird an der etwas unterschiedlichen Zusammensetzung der jeweiligen Leitungen liegen. Man soll es ja nicht übertreiben, aber es lassen sich bis in die Auflösung hinein Unterschiede dieser Organisationen erkennen: während sich KPD/ML und KABD zu engen, aber inbrünstigen Sekten entwickeln, lösen sich KB und KPD mehr in lose Vereinigungen auf, die fünfe auch mal gerade sein lassen. Die KPD erhebt im Augenblick diese Auflösung zur Linie und will sich zu einem ,,ideologisch-politischen Zentrum" entwickeln. Man hört die Erinnerung an die Salons des 18. und 19. Jahrhunderts heraus, nur daß es eben heute nicht mehr um die Vorbereitung der bürgerlichen Revolution geht. Daß die ,,Rote Fahne" jetzt das ,,Eindringen in die ideologischen Einrichtungen" als Weg zur Revolution preist, soll man auch nicht als eine vorübergehende Entgleisung, sondern als eine konsequente Formulierung der Interessen ansehen, die die Rote Fahne vertritt. Unvermeidlich wird sich auf diesem Weg herausstellen, daß nicht ein ,,Zentralorgan", sondern ein Zirkular unter den Mitarbeitern zwecks Kanalisierung des liberalen Wässerchens, das sie über die ,,Medien" lassen wollen, notwendig ist.

All diese Organisationen haben zu verschiedenen Zeiten mit großer Emphase vom Aufbau der Partei des Proletariats gesprochen, während sie ein großes Geschick darin entwickelten, die jeweils notwendigen Schritte des Parteiaufbaus zu sabotieren. Man soll keine Böswilligkeit vermuten. Die Mittelklassen als solche, wie erst recht ihre gehobenen Schichten, finden nicht in der Klassenpartei des Proletariats ihren Rahmen. Man soll nicht entrüstet sein, daß ,,Rote Fahne" u.a. ihn dort auch nicht mehr suchen, sondern offen zu den spontanen Interessen der Mittelklasse passenderen Organisationsformen übergehen und verfaulen oder verknöchern. Einheit mit diesen Organisationen wäre nur durch ihre Umwälzung möglich.

verknöchern. Einheit mit diesen Organisationen wäre nur durch ihre Umwäl-

Sie haben sich nicht umgewälzt und kommen zu sich selber. Schon immer war ihr Desinteresse an Untersuchungen des Feindes wie an Untersuchungen der Schichtungen der Arbeiterklasse auffällig. Immer mehr drehen sie sich um sich selber.

1976 mußte man die Einheit anstreben. Heute kann man sie gar nicht anstreben. Man weiß nicht, ob man das als Rückschlag verstehen soll. Eine Lösung ist es jedenfalls auch. Der Parteiaufbau verläuft in dieser Hinsicht etwas anders als wir gedacht hatten, aber es geht auch so.

Materialien zur Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands

Dokumente zu dem Gespräch zwischen KBW, KABD, Gruppe Rote Fahne (KPD) und Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) in Mannheim am 14.2.1976 über die Beteiligung an den Bundestagswahlen

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF Arbeitshefte 1

Wirtschaftliche und politische Entwicklungstendenzen des Imperialismus in der BRD

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

tee des KBW hat bereits in der Einladung zu diesem Gespräch drei Punkte der Einigung vorgelegt. Es hat festgestellt, daß eine Einigung für die gemeinsame Teilnahme an den Bundestagswahlen möglich ist, ,,wenn sie auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angestrebt wird und dem Klassenkampf dient, d.h.

- dem Kampf gegen den BRD-Imperialismus und die westdeutsche Finanzbourgeoisie als Hauptfeind der Arbeiterklasse auf dem Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland,
- dem Kampf gegen die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter und Unterdrücker in der Welt, als Hauptfeinde der proletarischen Weltrevolution und Hauptfeinde der Völker der Welt im Kampf gegen Hegemonismus und Kriegsgefahr,
- dem Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus, die das größte Hindernis ist beim Zusammenschluß des Proletariats auf dem Weg zu seiner Befreiung."

Dies sind äußerst präzise Festlegungen, die ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen ermöglichen. Weil sie sehr präzise sind, stießen sie auf den Widerspruch der anderen Organisationen. Der KABD lehnt eine Beteiligung an den Bundestagswahlen ab, weil sie der Hauptaufgabe, dem Aufbau der Partei, schaden würde. Es ist klar, daß es sich dabei nicht einfach um eine taktische Differenz handelt und daß sich hinter dieser taktischen Entscheidung die ökonomistischen Grundauffassungen der Organisation verbergen. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) lehnt die Festlegung auf den BRD-Imperialismus als Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland ab, denn diese Festlegung würde dem Sozialchauvinismus einen festen Riegel vorschieben. Die Vertreter der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) haben die drei Punkte des Zentralen Komitees des KBW als ,,Themen" anerkannt, die man allerdings präzisieren müßte. Eine der ,,Präzisierungen" sah dann so aus, daß die präzise Festlegung auf den Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland verwischt werden sollte. So konnte es zu keiner Einigung kommen.

Unsere Position in dieser Auseinandersetzung ist einfach und klar: Die Schaffung der Partei ist notwendig und steht auf der Tagesordnung. Sie kann nur geschaffen werden, wenn der Einfluß von Ökonomismus, Sozialchauvinismus und Sektierertum in der marxistisch-leninistischen Bewegung gebrochen wird.

Wider das Gründungsfieber (1970)

z.lup. Schon früh wurde von seiten derjenigen Genossen, die 1973 den KBW gründeten, Kritik an der politischen Linie derjenigen Kräfte geübt, die 1970 die ,,KPD/AO" gründeten und sich im Juli 1971 in ,,KPD" umtauften. In einem im April 1970 unter der Überschrift ,,Wider das Gründungsfieber" im ,,Rotes Forum" veröffentlichten Artikel heißt es:

,,Die Phase der Erarbeitung der revolutionären Theorie und Strategie ist in Westdeutschland noch kaum eingeleitet. So ist es auch nicht erstaunlich, daß die Plattform (der ,,KPD-Aufbauorganisation", Red.) einige Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus wiederholt und im übrigen lediglich 4 Themen nennt, in deren Untersuchung eine politische Linie erarbeitet werden soll: objektive Entwicklungstendenzen des Monopolkapitals und des Staatsapparates; Diktatur des Proletariats nach unserer Revolution und Diktatur des Proletariats in der DDR; proletarischer Internationalismus; Gewerkschaften.

Das ist selbst für die vorläufige Plattform einer KPD-Aufbauorganisation etwas wenig (...) Der nachdrücklichen Verschwiegenheit in theoretischen und analytischen Fragen entspricht eine erstaunlich detaillierte Darlegung nicht nur der organisatorischen Prinzipien, sondern auch der einzelnen Fragen der Organisation. Aber einige Mitteilungen über den tatsächlichen Organisationsgrad der Westberliner Linken im allgemeinen und der KPD-Aufbauorganisation im besonderen wären viel nützlicher als ein Destillat dessen, was sich jeder Kommunist als wünschenswerte Organisation so auszudenken pflegt. Wir haben lange genug die Organisationsfrage in den Mittelpunkt gestellt und oft genug erfahren, daß es die spezifisch studentische Form von Opportunismus ist, immer dann von Organisationsprinzipien zu *reden*, wenn die notwendige theoretische und praktische Arbeit zu organisieren gewesen wäre, als daß wir uns durch Projektemacherei und Pläneschmieden noch schrecken ließen. (...) Die kommunistische Partei wird aber nicht das Ergebnis solcher Projektemacherei sein, sondern der Analyse der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitals und der Kämpfe, die das Kapital notwendig hervorbringt. Diese Analyse kann durch die Usurpation von Namen nur versprochen werden, mehr aber auch nicht. Die ,,Vorläufige Plattform" ist ein arg schwankender Boden, denn bei jedem Schritt in Richtung auf Einlösung dieser Versprechen muß sich ihre Brüchigkeit erweisen. Unter Plattform verstand man bisher die programmatische Formulierung bestimmter Positionen, auf die sich vorher getrennt arbeitende Gruppen geeinigt haben. Die ,,Vorläufige Plattform" heißt wohl deshalb vorläufig, weil sie jeder inhaltlichen Bestimmung von Positionen vorausgeht und diese dennoch organisatorisch bis ins einzelne festlegt. Das ist die feierliche Verkündung des Parteistatuts, bevor das Programm der Partei auch bloß skizziert ist, das ist die Haltung des Ochsenfroschs, kurz bevor er platzt. (...) Das bestehende Zirkelwesen hätte wenigstens dann eine progressive Funktion, wenn es den theoretischen Kampf vorwärtstreiben würde und jeder Zirkel, der in diesem Kampf keine Position bezöge, sich diskreditieren würde. Stattdessen nimmt das Einerlei von Organisationsvorschlägen zu, ohne daß auch nur der Schatten von inhaltlichen Richtungskämpfen sich zeigen würde. Dies zeigt, daß die Zirkel Zirkel bleiben wollen, gerade auch dann, wenn sie ständig vom Parteiaufbau reden: denn sie wollen das Pferd vom Schwanz aufzäumen, weil sie gar nicht daran denken, das Pferd auch besteigen zu wollen. Der Parteiaufbau fängt mit der Erarbeitung der revolutionären Theorie an und führt über die Erstellung des Programms zur statutenmäßigen Verpflichtung derer, die dieses Programm vertreten, es organisiert durchsetzen.

(...) Sollte die Gruppe von Berliner Genossen aber mit ihrer vorläufigen Plattform genau diese Arbeit organisieren wollen und nicht mehr und nicht weniger, dann wäre es korrekt gewesen, statt die organisatorischen Präliminarien als großartige Ergebnisse anzupreisen, möglichst bald die ersten Früchte dieser organisierten Arbeit vorzuweisen. Bloß so kann das Gerede und der Klatsch um Windeier durch Auseinandersetzung und theoretischen Kampf abgelöst werden. Das Zirkelwesen wird nicht durch Namensänderung überwunden."

Fünfzehn Monate nachdem dies geschrieben wurde, hat sich die ,,KPD/AO" in ,,KPD" umgetauft und dabei mitgeteilt, sie sei es eigentlich schon die ganze Zeit gewesen, auch wenn sie es nicht sogleich gemerkt habe.

Auseinandersetzung um den Metalltarifkampf 1971

Auseinandersetzung um den Metalltarifkampf 1971

z.jöd. Im August und September 1971 fanden in Hamburg erste Aktionseinheitsverhandlungen von verschiedenen revolutionären Organisationen statt. Das Ziel bestand darin, ein gemeinsames Vorgehen für den Metalltarifkampf zu finden. An diesen Verhandlungen nahmen auch einige Vorgründerorganisationen des KBW teil, und auch die Vorgründerorganisationen des Kommunistischen Bundes aus Hamburg. Die Gruppe Rote Fahne hatte sich gerade zu diesem Zeitpunkt zur Partei erklärt, die Gruppe Roter Morgen soll es schon länger gewesen sein, wenigstens war dies der Grund des Nichterscheinens. Auf der ersten Konferenz wurde eine gemeinsame Plattform dieser Organisationen geschaffen. ,,Die ökonomischen Parolen der Aktionseinheit richten sich gegen die Spaltung der Arbeiterklasse durch das kapitalistische Lohnsystem und werden in der Parole ,Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse' zusammengefaßt", schrieb das ,,Neue Rote Forum" in seiner Ausgabe 4/71 (Theoretisches Organ der KG/NRF Mannheim/Heidelberg). Der erste Versuch, eine Aktionseinheit der revolutionären Organisationen zu finden, wurde im wirtschaftlichen Kampf, dem grundlegenden Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse gemacht. Daß der Aufruf aber keine Aktionseinheit der verschiedenen revolutionären Organisationen ermöglichte, wurde in dem Moment deutlich, als die Tarifkommission in Hamburg eine Forderung von 10% aufstellte und keine Einheit darüber erzielt werden konnte, wie sich die Aktionseinheit zu dieser Forderung stellt. Lehnte das SALZ und der KAB, die Vorläufer des KB, die Forderung in Bausch und Bogen ab, stellten der Kommunistische Bund Bremen und Göttingen fest: ,,Die Zehnprozent-Forderung ist in Hamburg der Boden, von dem aus der Tarifkampf geführt werden muß ..."



Mit Streiks setzen 1971 die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 7,5% durch.

,,Die Auseinandersetzung um die Frage, wie man sich gegenüber den Forderungen der Tarifkommission zu verhalten hat, zeigt deutlich, daß die Aktionseinheit zum Metalltarifkampf nicht in der Lage ist, einheitlich zu agieren, und daß die bestehenden Differenzen die sehr allgemeinen Formulierungen der Plattform immer wieder brechen werden." (NRF) Es kam im September noch einmal zu einem gemeinsamen Treffen, auf dem in gewisser Weise abschließend die Differenzen in einer Resolution festgehalten wurden. War an der Plattform die Forderung ,,Mindestens 120 DM" fortschrittlich, wurde diese Forderung fallengelassen. Der eine, weil er eine oppositionelle Linie entwickeln wollte, der andere, weil er sich der Gewerkschaftssozialdemokratie anschmiegen wollte. Mittlerweile sind *beide* Linien vernichtet. Ein kürzlich stattgefundenes Treffen der beiden Führungen in Hamburg kann auch dies nicht verhindern.

Vietnam-Demonstration – Bonn, 14.1.1973

z.wig. Von Anfang an spielte die Auseinandersetzung um die Politik der Aktionseinheit in der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands eine wichtige Rolle. Es ging um die Frage: Wie können die Kommunisten die Massen in konkreten Kampfsituationen auf ein einheitliches Kampfziel vereinigen. Darum ging es auch bei der Demonstration gegen die US-Aggression in Vietnam am 14.1.73 in Bonn. Zu dieser Demonstration hatten weit über 100 kommunistische und demokratische Organisationen, Gewerkschaftsgruppen und -organe aufgerufen, die sich auf Initiative der Vietnam-Komitees und der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen hatten. Die Partei wird in Kämpfen aufgebaut. Die Auseinandersetzung um die richtige Führung des Kampfes gegen die US-Aggression in Vietnam war auch eine Auseinandersetzung um den Aufbau der Partei.

In den ,,Thesen zur Politik der Aktionseinheit" schrieb der Zentralausschuß der KG (NRF) damals: ,,Es war unsere Aufgabe, alle Kräfte gegen den US-Aggressor und für die Unterstützung des 9-Punkte-Abkommens zusammenzufassen und auf dieses Kampfziel zu konzentrieren. Dies bedeutete nicht nur die maximale Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker Indochinas, sondern war zugleich der tiefe und äußerst richtige Wunsch der Massen, aller Teile der Solidaritätsbewegung, sowohl der wirklich revolutionären, als auch derer, die noch unter revisionistischem, oder überhaupt bürgerlichem Einfluß stehen. Vor dieser Einheit hatten nur die revisionistischen Führer und die Linkssektiererhäuptlinge Angst."

Die unter revisionistischer Führung stehende ,,Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" begründete die Ablehnung einer gemeinsamen Demonstration damit, keine gemeinsamen Aktionen mit kommunistischen Organisationen durchzuführen. Die ,,Rote Fahne" schrieb damals: ,,Die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration in Bonn hat somit wichtige Lehren erteilt: Aktionseinheit mit den revisionistischen Führungen ist auch im antiimperialistischen Kampf unmöglich. Dieser Standpunkt der Partei ist in den letzten 2 Wochen aufs eindeutigste bekräftigt worden."

,,Während die Kommunisten die Spaltung des antiimperialistischen Kampfes durch den Sozialimperialismus und den Revisionismus bekämpfen, um sich mit den von den Revisionisten beeinflußten Massen im Kampf zu vereinigen und die Spalter zu isolieren, wollen die Linkssektierer die Spaltung beweisen. Aber sie beweisen nur, daß sie nicht in der Lage sind, die Massenkämpfe zu führen, ja nicht einmal sich in die Massenkämpfe einzureihen." (NRF 3/73) Die KPD nahm nicht an der gemeinsamen Abschlußkundgebung teil. KPD/ML und die Vorläufer des Arbeiterkampfes hatten schon bei den Aktionseinheitsverhandlungen allerlei Gründe vorgebracht, sich nicht an der Demonstration zu beteiligen. An der Demonstration nahmen 25000 teil. Mit Hilfe des richtigen Aufrufs, der sich auf die Unterzeichnung und Einhaltung des 9-Punkte-Abkommens durch die US-Imperialisten und die sofortige Einstellung der Unterstützung des US-Krieges durch die Bundesregierung konzentrierte, konnten größere Teile der von den Revisionisten und Reformisten geführten Bewegung für die Demonstration gewonnen werden.

„Leistungsfußball": Nach spätestens zwölf Jahren ist die Arbeitskraft des Fußballers ruiniert

z.scc. „Dann humpelt Breitner. Preßschlag mit dem langen Jakobs. Aber der Bayer ist zäh und humpeln kann er schnell... Dann muß Breitner, er hat eine Rißwunde auf dem Spann, vom Platz." (Bild am Sonntag, 20.8.78)

„Noch ein Bruch. Eine Röntgenaufnahme bestätigte: Rüdiger Wenzel brach sich beim Zusammenprall mit Schäffer das Schlüsselbein." (Bild, 11.9.78)

„Hartwig sprang höher als drei Darmstädter Abwehrrecken und köpfte den Ball unhaltbar ins rechte obere Eck. Danach fiel er wie ein Stein zu Boden, blieb regungslos liegen und faßte sich, vor Schmerzen krümmend, ans linke Bein... Starke Wadenprellung." (1.10.78)

„,Mille' sprintete, faßte sich an den Oberschenkel – Zerrung." (11.3.79)

„Seliger holte mit rechts aus, wollte schießen – und trat in den weichen, mit Torf bedeckten Rasen. Muskelfaserriß im rechten Oberschenkel." (18.3.)

„Hölzenbein in Gips... Bänderriß im rechten Sprunggelenk nach einem Tritt von Hein. Mindestens sechs Wochen Pause." (30.4.)

Rund 15 engbeschriebene Schreibmaschinenseiten würde die knappe Zusammenfassung aller Verletzungen der rund 400 Fußballbundesligaspieler allein während eines Jahres füllen. Durch immer ausgeklügeltere Trainingsmethoden, durch ein ausgefeiltes Prämien- und Strafsystem werden die Berufsfußballer zu wachsenden Höchstleistungen gepeitscht. Das „moderne" Spielsystem –. Devise: „Alle verteidigen, alle stürmen" – unterscheidet sich vom einfachen Offensiv- bzw. Defensivfußball der 50er und 60er Jahre wie z.B. ein „einfaches" Montageband vom „flexiblen Montagesystem" in der Automobilindustrie. Für die Spieler heißt es: Mehr laufen, schneller sprinten, Gelenke, Muskeln, Sehnen, Bänder noch extremer belasten. Verschleißerscheinungen treten zwangsläufig immer früher auf. Hinzu kommt: Längst sind die Leistungen, die der Arbeitskraft abverlangt werden, über die „Spiel"regeln hinausgewachsen. Geschwindigkeiten z.B. von 25 bis 30 km/h erreicht auf Kurzstrecken inzwischen ein Großteil der Berufsfußballer. Mit dem Tempo des „Spiels" wächst unvermeidlich nicht nur die Zahl, sondern auch die Heftigkeit der Zusammenstöße.

Mit 30, 32 ist die Arbeitskraft verwüstet. Überdehnte Bänder, ausgeleierte Gelenke, Knochenabsplitterungen, Bandscheibenschäden, Herz- und Kreislaufschwächen machen den Berufsfußballer zum Rentner.



„Zweikampf" bei Tempo 25/h. Bei zwei Autos, die mit dieser Geschwindigkeit aufeinanderstoßen, ist der Blechschaden in der Regel schon erheblich.

Gladiatorenkämpfe: Aus der etrurischen Sitte, Kämpfe bei Bestattungen zu veranstalten, hatten die Herrscher des römischen Imperiums eine blutige Belustigungsschau entwickelt. Kriegsgefangene und Sklaven ließen sie in Gladiatorenschulen ausbilden. Wer bei der Vorführung verwundet wurde, bezahlte meist mit dem Leben, der Sieger erhielt manchmal die Freiheit. Unter Führung von Spartacus, einem Gladiator, erhoben sich die Sklaven in einem gewaltigen Aufstand gegen ihre Unterdrücker 74 v.u.Z.

Lizenzspieler: überhaupt kein einträgliches Geschäft

z.haj. Günter Netzer ist aus dem Lager der Lizenzspieler in das ihrer Antreiber gewechselt. Seine Forderung: „Preisabsprache" der Vorstände. „Es gibt Vereine, die werben sich gerade diesen Durchschnittsspieler gegenseitig zu überhöhten Preisen ab... Weil dieses Pokerspiel um einen sowieso schon überbezahlten Mann mit überhöhten Ablösesummen betrieben wird – danach richtet sich das neue Gehalt – bekommt der im neuen Klub dann wieder etwas drauf und folglich stimmt in der Relation dann gar nichts mehr." Die Presse heult noch jedesmal auf, wenn Paul Breitner erklärt, die Hauptsache sei, daß die Kasse stimmt. Beckenbauer und Müller nach ihrem Weggang, wie überhaupt die ganze alte Mannschaft von Bayern München gelten als besonders geldgierig.

Während bei Westfalia Herne nach der Pleite des Erdöl-Handelskapitalisten Goldbach – Finanzier von rund 75% der Ausgaben des bisherigen Zweitbundesligisten – die Spieler noch nicht einmal wissen, wieviel sie von ihren noch nicht bezahlten Gehältern sehen werden, hat der Vorstand von Fortuna Düsseldorf die Spieler mit der Kürzung der Gehälter konfrontiert. Reinhold Fanz, der nicht eingewilligt hat, sondern 10% „Inflationszuschlag" verlangte, steht inzwischen auf der Verkaufsliste des Vereins.

Etwa 1400 Lizenzspieler sind bei den 58 Vereinen der Bundesliga und den beiden Regionalligen verpflichtet. Bloß wenige verdienen so wie Keegan oder besser annähernd soviel: sein „Grundgehalt" macht 420000 Mark im Jahr. Dazu kommen noch Prämien und Handgelder. Weitere Einnahmen ergeben sich aus der Werbung: ein Vertrag mit British Petrol wirft 750000 über 2 Jahre ab, auch die Schallplatten werden etwas bringen. Insgesamt wenigstens 800000 Mark Einkommen im Jahr. Am unteren Ende der Einkommensskala der Lizenzspieler befinden sich die rund 1000 Spieler der Regionalliga-Vereine. Westfalia Herne z.B. hat bei dem Offenbarungseid mitgeteilt, daß die Ausgaben des Vereins sich auf 1,2 Mio. DM im Jahr belaufen. Rechnet man davon 200000 DM für sonstige Ausgaben und 1 Million für die Bezahlung der Lizenzspieler, so macht das ein Bruttoeinkommen von 40000 DM bei 25 unter Vertrag stehenden Spielern. In der Bundesliga liegt die untere Grenze der Einkommen etwas höher. Ersatz- und Reservespieler können Einkommen zwischen 50000 und 70000 DM im Jahr erreichen. Der Spielerkader der Nationalmannschaft hat nach einzelnen Bekanntgaben etwa 350000 DM im Jahr. Die größere Zahl der von den Vereinen und dem DFB streng gehüteten Einkommen der Spieler kann man eher bei 120000 und darunter schätzen.

In der Höhe vergleichbar sind solche Einkommen von 80000 bis 120000 DM im Jahr, wie sie der festere Kader der Bundesliga-Vereine haben mag, bloß mit den Grundgehältern von Schmidt und seinen Ministern oder von Leuten in den Geschäftsleitungen großer Konzerne. Ein Arbeiter bein gegenwärtigen Durchschnittslohn von knapp 2300 Mark brutto im Monat muß dafür drei bis vier Jahre arbeiten.

Man muß keine besondere Phantasie haben, um sich vorzustellen, daß es bei einem Bundesliga-Verein dem Spielerkader ergeht, wie in einem Treibhaus der Schweißauspressung: ausgeklügelte Trimmung für die Verausgabung des ganzen körperlichen Kräfteeinsatzes mindestens einmal für anderthalb Stunden die Woche bis zur letzten Kraft, ein Abverlangen von Leistung – das noch nicht einmal durch einen Akkordrichtsatz oder tarifliche Bestimmungen etwas gezügelt ist. Dazu die Jagd von einem Spiel zum nächsten: Trainingslager, Einstudieren des Gegners, Reisen usw. Die strengen Isolationsvorkehrungen und Verhaltensvorschriften der westdeutschen Spieler bei der letzten Fußballweltmeister-

„Spielen, bloß spielen!" Für Punkte und Profit wird die Gesundheit der „Spieler" geopfert

z.scc. Dem Kapitalisten, der in Fußball macht, geht's nicht anders wie jedwedem Kapitalisten: Er kauft die Arbeitskraft des Fußball„spielers" nicht zum Vergnügen und schon gar nicht zu fremder Leut' Vergnügen, sondern um sie profitlich zu vernutzen. Zwischen dem ersten und dem zehnten Tabellenplatz liegen vielleicht nur zehn Punkte, aber einige Zehntausend Zuschauer aufs Jahr und einige Millionen Mark. Ob die in der Kasse klingeln oder nicht, oder ob am Ende der Verein gar durch „Abstieg" ruiniert, hängt davon ab, ob er ein Höchstmaß an Leistung aus den Berufsfußballern herauspressen kann. Und sei's, daß er sie mit Hilfe von Trainer und Arzt, Prämiendruck und Strafandrohungen krank und verletzt aufs Feld jagt.

„Noch 20 Stunden bis zum Spiel in Nürnberg gegen Duisburg. Im Zimmer von Bernhard Dietz brennt Licht. Der Nationalspieler hat einen Schwächeanfall. Eine Ärztin ist bei ihm, mißt den Blutdruck. 105 im Liegen, im Stehen nur 95. Normal wären 140 für Bernhard... Schwächeanfall, Darminfektion, dauerndes Erbrechen – Dietz spielt trotzdem." (Bild, 20.4.)

„Norbert Eilenfeld... hat sein rechtes Knie geprellt... Eduard Angele hat eine dicke Prellung im Sprunggelenk. Günter Köstner... hat den rechten Oberschenkel aufgerissen. Uli Stein... hat eine schwere Grippe erwischt." Alle spielen, denn: „(Trainer) Rehagel: ,Nach den Platzverweisen von Sackewitz und Pagelsdorf darf keiner mehr ausfallen.'" (10.5.)

„Im Pokal winkt viel Geld! Deshalb spielt Nürnbergs Libero Horst Weyerich gegen Kiel in Leder. Im Training stürzte er, brach sich den rechten Mittelhandknochen. Der wird jetzt mit einer Ledermanschette geschützt. Denn Weyerich muß spielen. Weil Schöll wegen einer Zerrung ausfällt." (28.4.)

„Dortmund: Wie krank ist Frank wirklich? – Mal trainiert er ein bißchen mit, meist aber ist er verletzt. Gespielt hat Dortmunds Stürmer Wolfgang Frank (28) in dieser Saison ganze 45 Minuten. Jetzt wurde Borussias Präsident Dr. Rauball ungeduldig... Vereinsarzt Dr. Melliwa soll ein Gutachten über Frank schreiben... ,Sieben Monate nach einer gut verlaufenen Operation an der Achillessehne müßte er schon lange wieder spielen.' Kneift Frank?... Dr. Rauball wird deutlicher: ,So einen teuren Mann können wir nicht abschreiben. Für 800000 Mark haben wir überhaupt noch nichts von ihm gehabt.'" (11.5.)


Kopfverletzungen sind an der Tagesordnung. Wenn „nötig", wird die Wunde in der Pause genäht – der Verletzte muß weiterspielen.

Invalide unter 30. Der „Verein" zahlt keinen Pfennig

z.scc. Rund ein bis zwei Prozent der Berufsfußballer bleiben bei der keine Skrupel kennenden Profitjagd der Kapitalisten jährlich auf der Strecke, noch vor Erreichen des „Fußballrentenalters". In Wirklichkeit ist der Prozentsatz weit höher. Einigen „Spielern" gelingt es unter geradezu wahnwitzigen Anstrengungen, trotz schwerer gesundheitlicher Schäden weiterzuarbeiten, ihre Arbeitskraft noch ein, zwei Jahre zu verkaufen, um auch als Rentner leben zu können.

„Bernd Nickel: Spiel – die Sehne reißt schon wieder... Bernd Nickel (29) holt zum Schuß aus – mit rechts. Schreit auf. Furchtbare Schmerzen – Nickel weiß: Die Achillessehne ist gerissen. Schon wieder! Genau an der Stelle, wo sie erst vor vier Monaten riß. Am rechten Fuß, am 12. August gegen Schalke. Krankenhaus, Pause: Erst Mitte November begann Nickel zu trainieren. Jetzt sollte er erstmals wieder voll ran. Noch in der Nacht zum Mittwoch wurde ,Dr. Hammer' operiert. Zwei Stunden lang...'" (Bild, 7.12.78)

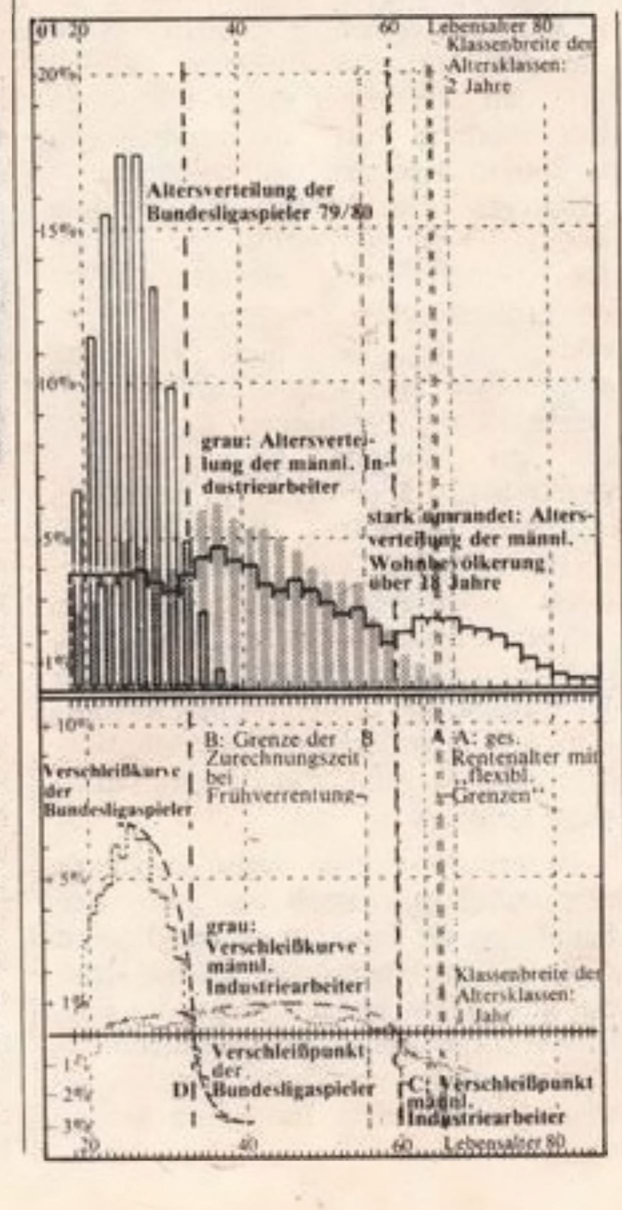
„Prof. Schobert befürchtet: ,Wenn sich Nickels Sehne durch die jahrelange Beanspruchung an mehreren Stellen auffasert, kann ihm so etwas immer wieder passieren.'" (8.12.)

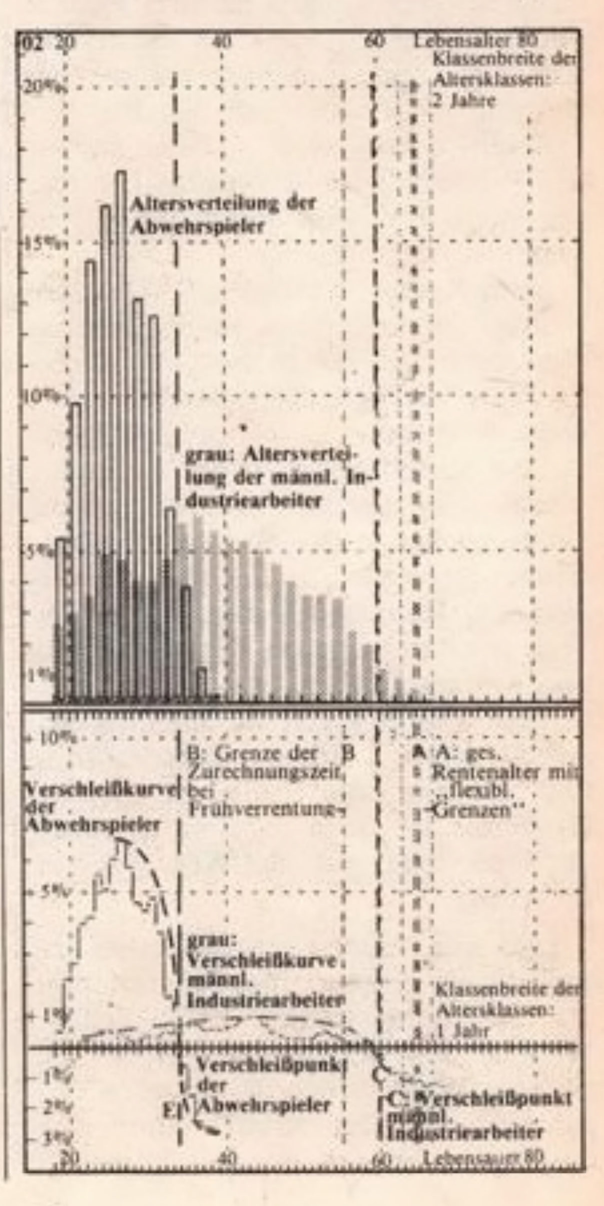
„Wird Stuttgarts Pechvogel Helmut Dietterle jetzt ,Fußballrentner'? Prof. Klümers aus Freiburg fand in Dietterles Knie-Knorpel ein Loch, so groß wie ein Fünf-Mark-Stück." (Bild, 25.1.) Dietterle war bereits 4mal an Achillessehnen und Meniskus operiert worden.

„Der Leidensweg des Heinz-Werner Eggeling begann 1976. Zweimal wurde der Bochumer Linksaußen am Meniskus operiert. Lag insgesamt 89 Tage in der Sportheilstätte Hellersen. Sein Knie wurde aber nicht heil... Anfang 77 schwoll das Knie wieder an... Bäche von Eiter und Blut wurden aus dem Knie abgelassen... Die Schmerzen blieben... Das Knie wurde völlig stillgelegt. Kam in eine ,Frankfurter Schiene' – eine Art Gipsbett." Erneute Operation. „Am 29. April gegen Fortuna Düsseldorf kam dann das Comeback nach fast zweijähriger Pause." (Bild am Sonntag, 8.10.78)

„Erwin Kremers im Trikot von Schalke 04. Jetzt darf er es nicht mehr tragen. Schalke warf ihn raus." Wegen ständiger Verletzung konnte Kremers in der vergangenen Saison nicht arbeiten. „Er zeigt auf seine Waden und Füße. Brüche, Knochenabsplitterungen, Prellungen." (Bild, 24.1.79) Ebenso wie sein Bruder Helmut, der nach einer Achillessehnenoperation arbeitsunfähig war, wurde Erwin Kremers inzwischen „verschenkt."


Verletzung, Krankenhaus, Arbeitsunfähigkeit, Lohnsenkung. Hat der Mann „Glück", fällt er „nur" einige Wochen aus.







Als der Olympiasieger im Marathonlauf 1906 in Athen ins Ziel kam, lief der griechische Kronprinz auf den letzten Metern beifallklatschend neben ihm her. Der Kanadier Sherring lief die 41,86 km in 2 Std. 51 min., heute liegen die Zeiten bei ca 2 Std. 20 min. Der Läufer, der die Nachricht vom Sieg des Miltiades über die Perser an der Ostküste Attikas 490 v.u.Z. nach Athen bringen mußte, – dies ist der Ursprung des Marathonlaufs – brach nach der Ankunft in Athen tot zusammen.





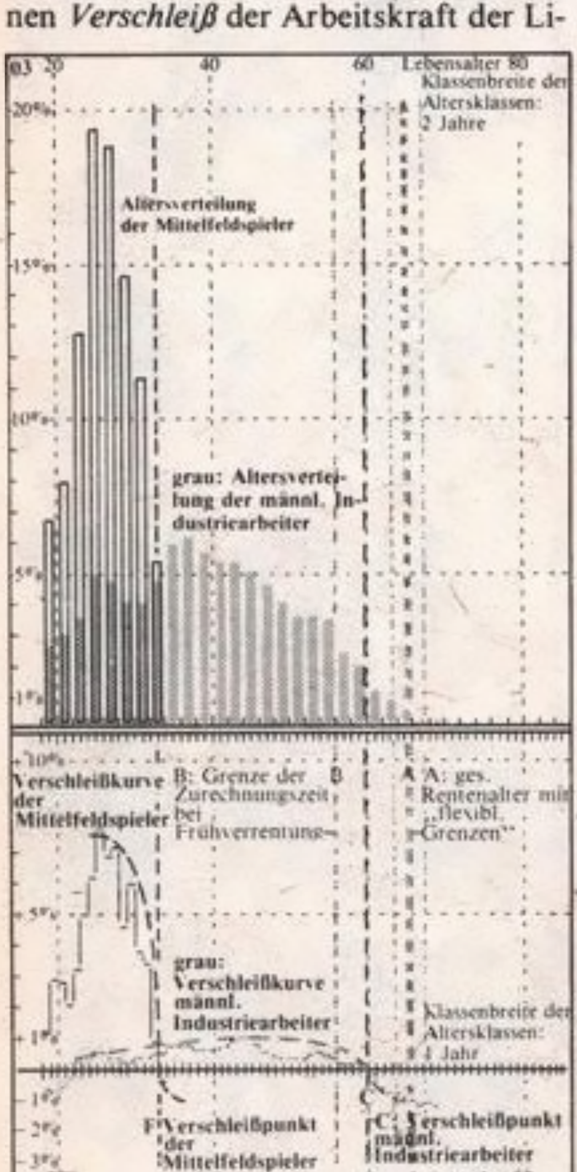
Ehrengäste beim Endspiel der X. Weltmeisterschaft, darunter Bundeskanzler Schmidt, der damalige Bundespräsident Scheel, Prinz Bernhard der Niederlande, Außenminister Genscher, in der zweiten Reihe Fürst und Fürstin von Monaco, Mildred Scheel. Scheel überreicht den Siegespokal an den Mannschaftsführer Beckenbauer. Bei den Empfängen und Feiern, die die Bourgeoisie anläßlich des Weltmeisterschaftstitels veranstaltete, waren geladen Kissinger, Mischnick, Maihofer, der DDR-Sonderbeauftragte Kohl, der Münchner Polizeichef Schreiber, Neckermann, Hildegard Knef, Strauß, Biedenkopf u.v.a.m. Nicht geladen waren die Frauen der Fußballer. Hoeneß hatte seine Frau trotzdem mitgebracht, sie wurde regelrecht rausgeschmissen.

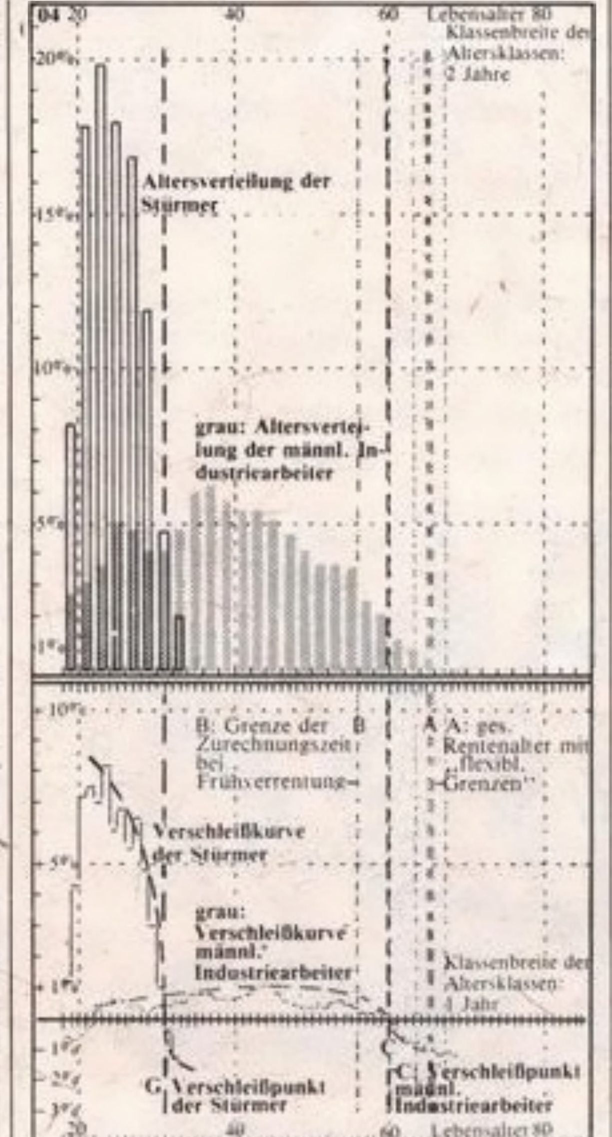
schaft sind noch im Gedächtnis. Dazu die ununterbrochenen Versuche seitens der Vorstände und der finanzierenden Mäzene, gnadenlos Konkurrenz zu schüren, und ihre Intrigen.

Aus dieser Lage ergibt sich auch die doch ziemlich entschlossene Haltung in den Bundesliga-Mannschaften gegenüber den Gehaltskürzungsplänen der Vorstände, keineswegs aus Geldgier. Die unteren Schaubilder veranschaulichen den Zusammenhang. Im oberen Teil ist jeweils die Altersverteilung aufgetragen. Der Vergleich der männlichen Industriearbeiter mit der männlichen Wohnbevölkerung über 18 Jahre ergibt als Schnittpunkt das 60. Lebensjahr. Mit diesem Lebensjahr hat der Verschleißprozeß der Industriearbeiter den durch das gesetzliche Rentenalter noch quälend hinausgeschobenen Punkt erreicht, wo der Anteil der Industriearbeiter nach Lebensjahren unter den Anteil der Wohnbevölkerung sinkt. Der entsprechende Vergleich ist in den Bildern 01 bis 04 mit der Altersverteilung der Bundesligaspieler, den Abwehrspielern, dem Mittelfeld und dem Sturm durchgeführt, jetzt jeweils bezogen auf die Altersverteilung der Industriearbeiter. Ergebnis: durchschnittlich ist der Spieler in der Bundesliga nach 32 Jahren verschlissen; im Sturm, wo eine deutlich höhere Kraftverausgabung stattfinden muß, ist der Verschleißpunkt bereits nach 30 Jahren erreicht, im Mittelfeld wie im Durchschnitt mit 32, und in der Abwehr, wo der Einsatz von taktischem Geschick eine relativ größere Bedeutung hat als die reine Laufleistung etwa, liegt der Verschleißpunkt bei 33 bis 34 Lebensjahren. Im Ergebnis wird also von den Bundesliga-Spielern die Verausgabung ihrer ganzen Arbeitskraft in einem Zeitraum von 15 Jahren erzwungen, wie es sonst bloß über das ganze Arbeiterleben von 18 Jahren bis zum Rentenalter stattfindet.

Diese Tatsache wirft ein ganz anderes Licht auf ,,überhöhte Einkommen'', und man kann ruhig davon ausgehen, daß die sich stets wiederholenden Meldungen über den großen Fußballspieler xy, ,,heute Hilfsarbeiter'', in diesem mit etwa 32 Jahren vollzogenen *Verschleiß* der Arbeitskraft der Lizenzspieler ihren Grund haben. Teilt man den richtigen Standpunkt der Lizenzspieler, daß sie für diesen frühzeitig abgeschlossenen Verschleiß ihrer Arbeitskraft wenigstens eine angemessene und damit notwendig auf das ganze Lebensalter bezogene Entschädigung oder Entlohnung haben müssen, so fällt auch die Beurteilung ihrer gegenwärtigen Bezahlung nicht schwer.

Ein Nationalspieler mit 350000 im Jahr hat netto am Jahresende nach Abzug von Steuern (rund 175000 DM), Krankenversicherung (3864 DM), Unfallversicherung (3000 DM) und Rentenversicherung (4320 DM) noch 163000 DM. Rechnet man weiter, daß 6000 DM monatliche Ausgaben erforderlich sind, um seine Arbeitskraft für diese Spitzenleistung über den Zeitraum vom 26. bis zum 32. Lebensjahr in Gang zu halten, so bleiben dem Spieler 90000 DM jährlich oder insgesamt 630000 DM Rücklage. Würde unser Spieler mit diesem Gelde ab dem 33. Lebensjahr auf dem Niveau des Haushaltes mit höherem Beamteneinkommen (3600 DM monatliche Verbrauchs-Ausgaben) zu leben versuchen, so wäre er damit bereits vor Erreichen seines 50. Lebensjahres ein verschuldeter Mann. Verhält er sich bescheidener, gibt den durchschnittlichen Bruttoverdienst von 2300 DM monatlich aus, versichert sich in der Kranken- und Rentenversicherung entsprechend, macht auf sein Vermögen nach Abzug der Einkommens- und Vermögenssteuern einen Zins von 4%, so reicht es immer noch nicht bis zum Rentenalter. Mit 60 Jahren ist sein Vermögen verzehrt. Die Rente von knapp 1300 DM, die er zu erwarten hat, gibt es erst ab 63. Ergebnis: es hilft ihm nichts, selbst nach diesen über 7 Jahre bezogenen Gagen von 350000 DM kann er es sich nicht leisten, ein wenn auch ganz bescheidenes Rentiersdasein zu führen. Er muß die verschlissene Arbeitskraft weiter einsetzen – das gilt für die Masse der Lizenzspieler mit ihren ja bei weitem niedrigeren Einkommen, oder er muß den Sprung zum Kapitalisten versuchen, der andere für sich arbeiten läßt. Das können bloß ganz wenige, und noch seltener hat man davon gehört, daß er gelang.





Lizenzspieler-Statut: modernes Gladiatorenreglement der Bourgeoisie

z.gug. Einträglich ist das Geschäft, Lizenzfußballer zu drillen und zu handeln, einerseits. Das Prinzip: Spieler werden von den Bundes- oder Regionalligavereinen eingekauft, bei den Amateurvereinen sind sie relativ billig und kosten einen Bundesligaverein zwischen 22500 und 30000 DM, einen Verein der Landesliga zwischen 18000 und 25000 DM an Ablösesumme. Je höher dann der Drill, die Leistung und Verausgabung des Spielers im neuen Verein, um so höher ist sein Weiterverkaufspreis, um so intensiver aber auch die Anstrengungen des jeweiligen Vereins, gute Spieler, die Eintrittsgelder und Siegesprämien garantieren, zu halten. Geldgeber für den Einkauf der Vereine sind private Kapitalisten, der DFB ihre Agentur. ,,Als Sicherheit für ihre Kredite'', so Neudecker, Präsident des FC Bayern München und Chef des DFB-Bundesligaausschusses, ,,lassen sich die Darlehensgeber Spieler als Sicherheit übereignen.'' (Capital, 2/79)

,,Übereignet'' wurde z.B. die gesamte Mannschaft von Wormatia Worms. Der ehemalige Vorsitzende des Vereins und Finanzmakler W.Heyn, bei dem die Spieler unter Vertrag standen, verkaufte die Verträge an eine Münchner Finanzierungsgesellschaft, als er in Geldschwierigkeiten war.

Neben der geschäftlichen Seite dieses Metiers verschaffen sich die durch Überfluß und Nichtstun gelangweilten Kapitalisten damit vor allem einen Zeitvertreib und Belustigung. Denn im Gegensatz zur Warenproduktion schaffen ihnen die Fußballspieler, in die sie ja beträchtliche Summen anlegen, keinen Mehrwert, und bezahlen müssen sie die Spieler aus ihrer Revenue, wobei sie in ihrer Vergnügungssucht ihre Geldgier nicht vergessen und z.T. über die hohen Eintrittsgelder sich einen Teil ihrer Ausgaben zurückholen, oder gar ein Geschäft machen.

Es ist die gleiche verkommene Art von Zeitvertreib, wie sie die Herrscher des römischen Imperiums betrieben, die sich Gladiatoren ausbilden und zu ihrem Gaudi im Wettkampf gegenseitig töten ließen, vergleichbar auch mit der Unterhaltung mittelalterlicher Fürsten durch Hofnarren und Gaukler.

Klar, daß dieses Geschäft Regeln erfordert, die die Fußballspieler so entrechten, daß sie selbst zum Spielball werden, und es braucht Regelungen des Spielermarkts, der Angebots- und Preislisten. Festgelegt sind diese Regeln im ,,Lizenzspielerstatut''.

Lizenzerteilung – Verfügungsgewalt des DFB über die Spieler

Über die Berechtigung, in einem Verein der 1. oder 2. Liga zu spielen, muß der Spieler einen Vertrag mit dem DFB abschließen. In diesem Vertrag muß er alle Satzungen, die Hoheitsgewalt und alle Beschlüsse des DFB anerkennen und Strafen zustimmen, falls er dagegen verstoße. Voraussetzung für die Erteilung der Lizenz ist u.a.:

,,*§12 b)* Vollendung des 18. Lebensjahres bis zum 31. Juli desselben Jahres
. . .
d) Krankenversicherung für die Zeit der Vertragsdauer auf eigene Kosten, soweit die gesetzliche Regelung nichts anderes bestimmt, und Verpflichtung, die Hälfte der Versicherungsprämie für die Unfallversicherung . . . zu übernehmen.''

Seine Interessen kann der Lizenzspieler innerhalb des DFB nicht vertreten, das macht der ,,Liga-Ausschuß'', der sich aus 1. Vorsitzenden, seinen 2 Stellvertretern, 5 Vertretern aus der Bundesliga und je 2 Beisitzern aus den Regionalligen zusammensetzt.

,,*§14* Zuständigkeit des Liga-Ausschusses:
1. Die Interessen der Verein der Lizenzligen und der Lizenzspieler nimmt . . . der Liga-Ausschuß wahr.
2. Der Liga-Ausschuß ist auch zuständig
a) für die Erteilung und Entziehung der Lizenzen für Vereine und Spieler der Lizenzligen
b) für die Erteilung der Spielerlaubnis an die Lizenzspieler . . .
e) für die Entscheidung über Anträge und Einsprüche zur Transferliste.''

Der Spieler hat innerhalb des DFB keinerlei Einfluß, weil er im Verein nichts zu sagen hat oder über den Verein im DFB, denn:

,,*§10* Lizenzspieler sind Arbeitnehmer besonderer Art eines vom DFB lizenzierten Vereins. Die Mitgliedschaft in diesem Verein ist für die Dauer des Vertrages ausgeschlossen.''

Damit sind sie auch ausgeschlossen von den Versammlungen der Ligenvereine, die dreimal während der Spielzeit stattfinden, bei denen ,,Angelegenheiten des bezahlten Fußballs und . . . sonstige Aufgaben nach den Bestimmungen des Lizenzspielerstatuts'' wahrgenommen werden.

Arbeitsvertrag – Drohung mit Arbeitssperre bei Rausschmiß, hohe Zahlungen bei Kündigungen

Hat der Spieler einen Lizenzvertrag mit dem DFB abgeschlossen, kann er einen Vertrag mit einem Ligaverein schließen.

,,*§21* Form und Inhalt von Verträgen . . . 2. Die Vereine sind in Ausgestaltung der Verträge mit Lizenzspielern grundsätzlich frei. Die Verträge dürfen jedoch keine Vereinbarung enthalten, die gegen die Satzung, dieses Statut und die Ordnungen des DFB . . . verstößt''.

Der Arbeitsvertrag regelt die Höhe der Unfallversicherung, die für Tod mindestens 50000 DM und für Unfallinvalidität mindestens 100000 DM betragen muß, in ihm werden Höhe des Gehalts, Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung bei Krankheit geregelt. Wird dem Spieler während der Spielzeit vom Verein gekündigt und der DFB befindet das für rechtens, kann der Spieler keinen neuen Vertrag schließen.

,,*§23* . . . 2. Hat ein Verein einem Spieler aus wichtigem Grund unwidersprochen fristlos gekündigt, oder ist die fristlose Kündigung im arbeitsgerichtlichen Verfahren durch rechtskräftiges Urteil als rechtswirksam anerkannt worden, so kann der Spieler für das laufende Spieljahr keinen Vertrag mit einem anderen Verein schließen.''

Kündigt der Spieler dagegen fristlos, muß er eine Transferentschädigung an den Verein zahlen:

,,*§31* Transferentschädigung bei fristloser Kündigung
. . . hat der abgebende Verein bei rechtswirksamer fristloser Kündigung durch den Lizenzspieler einen Anspruch auf eine Transferentschädigung in Höhe der vereinbarten Bruttobezüge des laufenden Vertragsjahres.''

Transferliste – Verschacherung der Spieler

Ein Wechsel des Vereins muß immer laufen über den DFB:

,,*§27* Die Transferliste ist eine Einrichtung des DFB zur Regelung des Vereinswechsels der Lizenzspieler . . . Die Spielberechtigung für einen Verein der Lizenzligen oder die Freigabe für einen ausländischen Verein dürfen nur Lizenzspieler erhalten, die in die Transferliste aufgenommen sind.

2. Die Transferliste wird vom DFB geführt. Sie ist mit Ausnahme der Zeiten 15. bis 30.6. und 10. bis 31.12. jeden Jahres ganzjährig geöffnet. Die Aufnahme in die Transferliste ist durch Einschreibebrief bei der Geschäftsstelle des DFB zu beantragen.

3. Antragsberechtigt sind:
a) Lizenzspieler, die zu einem Verein des DFB oder zu einem ausländischen Verein wechseln. . .
c) Vereine des DFB, die einen Lizenzspieler an einen Verein des DFB oder einen ausländischen Verein abgeben
. . .

,,*§27* Der Spieler wird in die Transferliste aufgenommen, wenn
a) Verein und Spieler den Antrag gestellt haben, . . .
c) ein Einspruch gegen die Aufnahme eines Spielers in die Transferliste zurückgewiesen worden ist . . .
7. Über Anträge und Einsprüche von Antragsberechtigten . . . entscheidet der Liga-Ausschuß.''

Das bedeutet, will der Spieler zur neuen Spielsaison zu einem anderen Verein, der alte Verein hat dagegen aber Einwände und der Liga-Ausschuß stimmt zu, kann der Spieler nicht wechseln, muß beim alten Verein weiterspielen oder ganz aufhören, weil er, ohne auf der Liste zu sein, keine Spielberechtigung kriegt. Steht er auf der Transferliste, dann entscheiden die Verhandlungen der Vereine untereinander.

,,*§29* 1. Ein Verein der Lizenzligen, der einen Spieler eines anderen Vereins unter Vertrag nimmt, ist zur Zahlung einer Transferentschädigung an diesen Verein verpflichtet . . .

,,*§30* 2. Scheitert der Transfer eines Lizenzspielers an der Höhe der Transferforderung, hat der Lizenzspieler Anspruch auf einen neuen Vertrag bei seinem bisherigen Verein.''

Erneut hat der Spieler nur die Wahl, ganz aufzuhören oder zwangsweise bei dem Verein zu spielen, bei dem es den Kapitalisten gefällt.

Wojtyla spielt Himmel und Hölle

z.maf. Er hat sich mittlerweile ganz gut eingelebt. In Castelgandolfo hat man ihm ein Schwimmbad ausgebaggert, worin er, stilvoll, ,,unter hohen alten Bäumen'', an die Gläubigen denkt und Bewegung hat. Allzuvoll war der internationale Showkalender der letzten Monate, der Hl. Vater hat es am Rücken. Die italienische Zeitung La Stampa offenbart mit der Grausamkeit, die nur dem Naiven gelingt: ,,Deshalb ging Papst Johannes Paul II. in letzter Zeit so gebeugt in seine Audienzen.'' Es waren also nicht Zustände christlicher Demut, die freilich auch schlecht zu IHM gepaßt hätten, der bei seinen letzten Reisen Äußerungen tat, geeignet die Gläubigen unsicher zu machen, wo in Bezug auf die Stellvertretung Gottes oben und unten ist. Ob nun Er IHM diese Prüfung auferlegt hat, damit Er wieder er werde, ist ein theologisches Problem, gewiß ist, viele Leute haben Rückenschmerzen und gelangen nicht zu einem Schwimmbad in bester Erholungslage. Das Penthouse oben auf dem apostolischen Palast wird ja auch umgebaut. In dieser Umgebung, in der alles Hl. ist, hat der Hl. Vater der Hl. Kongregation für Glaubensfragen ein Sendschreiben an die Bischöfe des Erdkreises abgezeichnet, das ideologisch von ,,den letzten Dingen'' handelt und der Nachfolgebehörde der Hl. Inquisition ermöglicht, für die Bistümer der ganzen Christenheit Unterkontrollbehörden zu errichten, wobei es um die schriftliche Propaganda in Sachen Weiterleben nach dem Tode, Auferstehung, Himmel, Fegfeuer und Hölle geht.

Die ,,Eschatologie'', wie die Beschäftigung mit diesen Fragen heißt, ist der Hauptzweig der Theologie, hier kann sie frei von peinlichen Begegnungen mit den Wissenschaften wirken. In den letzten Jahren hatte die theologische Forschung (ein ziemlich großer Broterwerbszweig übrigens) in den kapitalistischen Ländern angedeutet, daß man viel von den Gläubigen verlange, wenn man ihnen den Glauben an all dies abverlange. Wieso hält der Hl. Vater so starke Stücke auf Himmel und Hölle?

Die Hl. Kongregation zielt auf eine Denkfigur hin, geeignet, wirklich heftige Klassenkämpfe zu absorbieren. ,,Die Kirche vertritt das Fortleben und die Erhaltung von einem geistigen Element nach dem Tode, welches mit Bewußtsein und Willen ausgestattet ist in der gleichen Weise wie das vorhandene ,Ich' besteht, wobei jedoch nach einer Zwischenzeit die Ergänzung durch seinen Körper nicht mehr da ist.'' – Seit Bestehen des Christentumes hatten die unterdrückten Klassen die Begrifflichkeit des ,,Himmels'' stets benutzt, um auf eine legale, von der herrschenden Klasse kaum anfechtbare Art zur Konstruktion ihrer gesellschaftlichen Utopie zu gelangen. Der Himmel wurde stets recht irdisch bei aufkommenden Klassenkämpfen, über kurz oder lang ging man daran, das ,,Reich Gottes auf Erden'' zu errichten, wobei jedesmal etliche Ausbeuter über die Klinge mußten. Deswegen legt Wojtyla, der sich viel vom Engagement in der Dritten Welt erwartet, Wert auf eine reizlos sterile Himmelswiese, (eine Hintertüre ist da auch, wenn nämlich das Jüngste Gericht gewesen ist und alle menschliche Geschichte um, soll es zu einer körperlichen Wiederauferstehung kommen, aber vorher nicht).

Warum braucht es diese ,,Zwischenzeit'', bis nach dem Sterben die ,,Ergänzung durch den Körper nicht mehr da ist''. So günstig es ist, die Freuden des Himmels abstrakt zu gestalten, so wenig klug, der Strafe für die Sünden durch vorschnellen Entzug der Körperlichkeit, die phantasieanregende Anschaulichkeit zu nehmen. Es möcht sich der eine oder andere unter der ,,großen Gottferne'', durch die die Strafe wirkt, nichts so besonders Unangenehmes vorstellen können.

Wichtig ist, daß die Hl. Kongregation beliebt hat, die Hölle ganz schlimm zu machen. Die Kirche hat zu glauben, ,,daß den Sünder, der vom Antlitz Gottes ausgeschlossen sein wird, immer eine Strafe erwarten wird, ebenso wie sie an die Wirkung derselben Strafe in all seinem Sein glaubt. Sie glaubt schließlich, was die Auserwählten anbetrifft, an deren mögliche Läuterung, die im Antlitz Gottes eingeleitet wird und die in allem verschieden ist von der Strafe der Verdammten. Das ist es, was die Kirche meint, wenn sie von Fegefeuer und Hölle spricht.'' Der Punkt, an dem der Malstift angesetzt werden kann: ,,in all Seinem Sein''.

Die Vorstellung von der Hölle wird bunt und farbig in Gesellschaftszuständen, in denen ersichtlich ist, daß die Verbrechen der herrschenden Klasse uferlos sind und sich unentwegt steigern, so daß die Notwendigkeit einer Beendigung ihrer Herrschaft hervortritt. Die Hölle ist da, um diesen das Leben zu retten und in der Volksphantasie die Abrechnung dem Herrn zuzuschieben. Aber es führen zwei Wege zur Hölle. Der eine für die Ausbeuterklassen, die Unterdrückung üben und das gesellschaftliche Mehrprodukt aneignen. Diese Höllenfahrt können sie vermeiden, wenn sie rechtzeitig beichten gehen, und sie werden dann nur gefegfeuert, denn ganz ungeschoren sollen sie nicht sein. Dieser Weg zur Hölle ist ganz phantastisch und in der Praxis für niemand weiters störend. Der zweite Weg zur Hölle führt über den Kampf gegen die Unterdrückung, denn die Gebote der Hl. Kirche sind so angelegt, daß dieser ohne Todsünde nicht gangbar ist. Dieser Weg zur Hölle nach dem Tode führt an den Gerichten der irdischen Gerechtigkeit vorbei, deren reale Schrecken durch den Höllenzauber etwas blaß gemacht werden können. Es ist schon eine sehr praktische Konstruktion, die jedem das seine gibt. Die Gefahr, daß unterdrückte Klassen das Christentum als Krücke benutzen, um zu politischen Zielvorstellungen zu gelangen, ist durch das Abmähen der Himmelswiese weitgehend gebannt, der Groll gegen die Grausamkeit der Unterdrücker kann sich in Phantasien über die wegen der Gerechtigkeit Gottes sichere Strafe hernach totlaufen, den Unterdrücker schickt man beichten und dann ist ja alles gut, und das aufrührerische Element schleift man vor Gerichte, und wenn er seinen revolutionären Handlungen nicht büßend abschwört, dann eben Hölle. Währenddessen schwimmt Wojtyla ,,unter hohen alten Bäumen''.

Immer noch ist die Verwirklichung des Demokratischen Friedensvertrages eine entscheidende Kampfaufgabe

Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm

In diesem Quellenheft sind die wichtigsten Vertragsdokumente zusammengestellt, auf denen die Anwesenheit von fremden Truppen, die Existenz von Militärstützpunkten und die Einschränkung der Volkssouveränität durch die beiden Supermächte in der BRD, der DDR und in Berlin beruhen. Diese Rechte leiten sich aus der Besatzungszeit her und sind ihrem Wesen nach Besatzungsrechte geblieben. In keinem Land der Welt gibt es eine solche Truppenkonzentration der beiden Supermächte wie in Deutschland, wie in der BRD, in der DDR und in Berlin. In der BRD stehen gegenwärtig 234000 Mann US-Truppen, 53000 Mann englische Truppen und 67600 Mann französische Truppen, in Westberlin 6000 Mann US-Truppen, 3000 Mann britische Truppen und 3000 Mann französische Truppen. In der DDR einschließlich Ostberlins stehen 370000 Mann der sozialimperialistischen Sowjetunion. Schon allein diese Masse fremder Truppen, insbesondere der beiden Supermächte, zeigt, daß die Volkssouveränität in der BRD und Westberlin wie in der DDR nicht nur durch Herrschaft der Bourgeoisie und ihre wütende Reaktion eingeschränkt wird, sondern vorneweg schon durch die beiden Supermächte, die das Recht haben, ihre Truppen in Deutschland zu stationieren, nach Geschmack zu verstärken, und die spätestens im Kriegsfall die Oberhoheit auch ausdrücklich beanspruchen werden. Neben der Last der Herrschaft der Bourgeoisie haben die Volksmassen die Last fremder Vorherrschaft zu tragen. *(Aus dem Vorwort)*

Kommunismus und Klassenkampf – Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm. Verlag Kühl KG – Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. 132 Seiten / Best. Nr. 1736 / 9,50 DM, zu beziehen über

Buchvertrieb Hager – Vertrieb revolutionärer Literatur
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt
und jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung





Römischer Sklave

Das Christentum.

Aus den religiösen Hoffnungen der ,,Mühseligen und Beladenen'' der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen.

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Entstehung des Christentums. Gegen das elende Leben hienieden kann man nichts machen, dafür gibt's für die ,,Mühseligen'' und ,,Beladenen'' ,,ewiges Leben''.

Selig seid ihr Armen; denn das Reich Gottes ist euer.
Selig seid ihr, die ihr hungert, denn ihr sollt satt werden.
Selig seid ihr, die ihr weinet, denn ihr werdet lachen.
Selig seid ihr, so euch die Menschen hassen und euch ausstoßen und schelten euch und verwerfen euren Namen als einen bösen um des Menschensohnes willen...

Aber dagegen,
Weh euch ihr Reichen! denn ihr habt euren Trost dahin.
Weh euch, die ihr satt seid! denn euch wird hungern.
Weh euch, die ihr lachet! denn ihr werdet weinen und heulen.
Weh euch, wenn euch jedermann wohlredet! Desgleichen taten ihre Väter den falschen Propheten auch.

(Lukas 6,20-26)

Durch die Aufnahme der griechischen Philosophie passen die ,,Kirchenväter'' das Christentum vollends an die Bedürfnisse der Sklavenhalter an

Selig sind, die da geistlich arm sind, denn das Himmelreich ist ihr.
Selig sind die, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.
Selig sind die, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden.
Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei Übels wider euch, so sie daran lügen.

Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.
Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.
Selig sind, die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.
Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.

(Matthäus 5; 3,4,7,8,9,11)



Relief vom Triumphbogen des Kaisers Titus in Rom. Römische Soldaten schleppen Kunstgegenstände des Jerusalemer Tempels im Triumphzug mit.



Römischer Weintransport. Deutlich ist zu erkennen, daß die Pferde wie Ochsen an ein Joch gespannt sind. Das Kummet, mit dem die Zugleistung des Pferdes auf das Vierfache gesteigert werden konnte, setzte sich erst nach dem Sturz der Sklavenhalterordnung im Mittelalter durch.

Das Christentum fordert die Unterwerfung unter die Sklaverei

Das Christentum fordert die Unterwerfung unter die Sklaverei

Ein jeglicher bleibe in dem, darin er berufen ist. Bist du als Sklave berufen, sorge dich nicht; doch du kannst frei werden, so ergreife es viel lieber. Denn wer als Sklave berufen ist in dem Herrn, der ist ein Freigelassener des Herrn; desgleichen wer als Freier berufen ist, der ist ein Knecht Christi. Ihr seid teuer erkauft; werdet nicht der Menschen Knechte. Ein jeglicher, liebe Brüder, worin er berufen ist, darin bleibe er vor Gott.

(1. Kor. 7, 20-24)

Von der Göttlichen Begründung des Sklavenhalterstaates

,,Durch mich herrschen die Könige, und die Mächtigen halten die Gerechtigkeit. Durch mich werden die Fürsten erhöht werden, und die Tyrannen regieren durch mich die Erde.'' Auch Paulus sagt mit Bezug hierauf: ,,Allen höheren Gewalten seid untertan, denn es ist keine Gewalt außer von Gott. Die aber sind, sind von Gott angeordnet.'' Und weiter heißt es: ,,Denn nicht ohne Grund trägt sie das Schwert; Gottes Dienerin nämlich ist sie, Rächerin zum Zorn dem, der Böses tut.'' Daß er aber dies nicht von den Gewalten der Engel, noch von den unsichtbaren Fürsten sagt, wie es einige zu erklären wagen, sondern von den menschlichen, spricht er. ,,Deswegen entrichtet ihr auch Abgaben, denn sie sind Gottes Diener hierzu dienend.'' Das hat auch der Herr bestätigt, indem er nicht tat, was ihm vom Teufel geraten wurde; vielmehr ließ er den Steuereinnehmern für sich und den Petrus die Steuer geben, denn ,,Diener Gottes sind sie, hierzu dienend''.

(Irenäus, Gegen die Häresien, S. 24)

Die ,,Konstantinische Wende'' – als erstes wird gegen die plebejischen Elemente im Christentum angegangen, statt Christen- jetzt Ketzerverfolgung

Da ich ferner erfahren habe, daß einige Leute unsteten Sinnes das Volk der heiligsten und katholischen Kirche durch schlimme Täuschung irreführen wollen, so wisse, daß ich den Präkonsul Anylinus und den Vizestatthalter Patrizius mündlich dahin beauftragt, daß sie zu allem anderen hin vor allem auch darauf gebührend ihr Augenmerk richteten und nicht wagten, über solches Unterfangen hinwegzusehen. Wenn du demnach wahrnimmst, daß gewisse Menschen dieser Art in ihrem Wahnsinn verharren, so wende dich ohne Bedenken an die erwähnten Richter und trage die Sache vor, auf daß sie entsprechend der mündlichen Weisung, die ich ihnen gegeben habe, solche Leute zur Umkehr veranlassen. Die Göttlichkeit des großen Gottes möge dich erhalten auf viele Jahre!''

(Kaiser Konstantinus Augustus, nach: Eusebius, Kirchengeschichte, 10,6)



Der ständige Alptraum der Könige und Feudalherren: Bauernaufstände

Theologische Rechtfertigung der feudalen Ausbeutung Der ,,Sachsenspiegel'' (1220 – 25)

Theologische Rechtfertigung

Schwerter hinterließ Gott auf der Erde, um die Christenheit zu beschirmen: dem Papst das geistliche, dem Kaiser das weltliche. Für den Papst ist festgesetzt, daß er zur bestimmten Zeit auf einem weißen Pferd reiten soll, und der Kaiser ihm den Steigbügel halten, daß ihm der Sattel nicht verrutscht. Das hat die Bedeutung, daß alles, was dem Papst widersteht und was er mit geistlichem Gericht nicht bezwingen kann, das soll der Kaiser dem Papst zu Gehorsam mit weltlichem Recht erzwingen. Ebenso soll die geistliche Gewalt dem weltlichen Gericht helfen, wenn es nötig ist.

